AUS DE
GEHEI
ARCHIV
DER
ENTEN

ERSTE
BAND

AUS DEN GEHEIMARCHIVEN DER ENTENTE

DIE EUROPÄISCHEN MÄCHTE UND DIE TÜRKEI WÄHREND DES WELTKRIEGES

KONSTANTINOPEL UND DIE MEERENGEN

ΑΠΟ ΤΑ

ΜΥΣΤΙΚΑ ΑΡΧΕΙΑ

ΤΗΣ ΑΝΤΑΝΤ

ΟΙ ΕΥΡΩΠΑΙΚΕΣ ΔΥΝΑΜΕΙΣ ΚΑΙ Η ΤΟΥΡΚΙΑ

ΚΑΤΑ ΤΗΝ ΔΙΑΡΚΕΙΑ ΤΟΥ ΠΑΓΚΟΣΜΙΟΥ ΠΟΛΕΜΟΥ

ΚΩΝΣΤΑΝΤΙΝΟΥΠΟΛΗ ΚΑΙ ΤΑ

ΘΑΛΑΣΣΙΑ ΣΤΕΝΑ

6 Inch
Dec 1961

6 Inch

H 422
R 96

CRV

ΟΙ ΕΥΡΩΠΑΙΚΕΣ ΔΥΝΑΜΕΙΣ

ΚΑΙ Η ΤΟΥΡΚΙΑ

ΚΑΤΑ ΤΗΝ ΔΙΑΡΚΕΙΑ ΤΟΥ ΠΑΓΚΟΣΜΙΟΥ ΠΟΛΕΜΟΥ

ΚΩΝΣΤΑΝΤΙΝΟΥΠΟΛΗ ΚΑΙ ΤΑ ΘΑΛΑΣΣΙΑ ΣΤΕΝΑ

ΑΠΟ ΤΑ ΑΠΟΡΡΗΤΑ

ΕΓΓΡΑΦΑ ΤΟΥ ΠΡΩΗΝ ΥΠΟΥΡΓΕΙΟΥ ΕΞΩΤΕΡΙΚΩΝ

ΥΠΟ ΤΗΝ ΕΠΙΜΕΛΕΙΑ ΤΟΥ Ε. ΑΝΤΑΜΩΦ

ΜΟΝΑΔΙΚΗ ΓΕΡΜΑΝΙΚΗ ΕΚΔΟΣΗ
ΜΕ ΤΗΝ ΑΔΕΙΑ ΤΗΣ ΛΑΙΚΗΣ ΕΠΙΤΡΟΠΗΣ
ΤΟΥ ΥΠΟΥΡΓΕΙΟΥ ΕΞΩΤΕΡΙΚΩΝ

ΠΡΩΤΟΣ ΤΟΜΟΣ

1930

ΕΚΔΟΤΙΚΟΣ ΟΙΚΟΣ CARL REISSNER - ΔΡΕΣΔΗ

Die Europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges

Konstantinopel und die Meerengen

Nach den Geheimdokumenten
des ehem. Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten

Unter der Redaktion von E. ADAMOW

Einzige vom Volkskommissariat
für Auswärtige Angelegenheiten
genehmigte deutsche Ausgabe

Erster Band

1930
CARL REISSNER - VERLAG - DRESDEN

Die deutsche Ausgabe besorgten
Dr. KURT KERSTEN und BORIS MIRONOW

Copyright 1930 by Carl Reissner, Dresden
Printed in Germany
Druck der Offizin Haag-Drugulin AG., Leipzig

264674
Fin opus les £42.- (6 vols.)
12/4/26

Inhaltsverzeichnis

I. Band

Seite

Vorwort VII

Die Meerengen- und Konstantinopelfrage in der internationalen Politik in den Jahren 1908—17 1

I. Die Meerengenfrage 1908—11 3

II. Die Krise 1912—13 20

III. Die Mission Liman von Sanders 73

IV. Englisch-französisch-russische Einheitsfront gegen die Türkei 105

V. Die Begegnung in Konstanza und der Beginn des Krieges 109

VI. Erwägungen der Zarenregierung in der Konstantinopel- und Meerengenfrage 117

VII. Unterhandlungen zwischen Rußland, Frankreich und England 138

VIII. Italiens Stellung zur Konstantinopel- und Meerengenfrage 159

IX. Die Stellung Rumäniens, Serbiens, Japans und der Vereinigten Staaten . 165

X. Versuche eines Sonderfriedens und die Meerengenfrage 167

XI. Die Unterhandlungen über die Veröffentlichung des Abkommens . . . 168

XII. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage und das Februarabkommen 1917 zwischen Frankreich und Rußland über Elsaß-Lothringen und das Saargebiet 171

XIII. Die Konstantinopel- und die Meerengenfrage unter der Provisorischen Regierung 174

II. Band

Dokumente

I. Erwägungen der Zarenregierung in der Konstantinopel- und Meerengenfrage 1

II. Unterhandlungen zwischen Rußland, England und Frankreich 1914 bis 1916

§ 1. Verhandlungen und Anerkennung der Aspirationen der Zarenregierung auf Konstantinopel und die Meerengen seitens England 1914 . 83

§ 2. Die Vereinbarung über Konstantinopel und die Meerengen 1915 . . 111

III. Die Stellungnahme Italiens zur Konstantinopel- und Meerengenfrage 1915—1916

§ 1. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage in Verbindung mit Italiens Eintritt in den Krieg 1915 193

§ 2. Die Mitteilung der Abkommen über den Nahen Orient an Italien und sein Anschluß an das Konstantinopel- und Meerengenabkommen 1915—16 237

Seite

IV. Stellungnahme Rumäniens zur Konstantinopel- und Meerengenfrage 1914—16 261
V. Stellungnahme Serbiens zur Konstantinopel- und Meerengenfrage 1915 295
VI. Stellungnahme Japans zur Konstantinopel- und Meerengenfrage 1915—16 299
VII. Stellungnahme der Vereinigten Staaten zu den interalliierten Abkommen 1917 315
VIII. Die Konstantinopelfrage in den Verhandlungen Protopopows mit Warburg 1916 329
IX. Verhandlungen unter den Alliierten über die Veröffentlichung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens 1916 341
X. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage im Zusammenhang mit dem französisch-russischen Abkommen über die Ostgrenzen Frankreichs und Westgrenzen Rußlands vom Februar 1917 387
XI. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage unter der Provisorischen Regierung 1917 405

Vorwort

Die vorliegende Ausgabe beendet die Sammlung der russischen diplomatischen Dokumente zur Frage der Wechselbeziehungen zwischen den europäischen Mächten und der Türkei während des Weltkrieges, die mit der Sammlung „Die Aufteilung der Asiatischen Türkei" (Moskau 1924) begonnen wurde, und die durch Einhaltung des Komplexes der politischen Wechselbeziehungen mit der vorhergehenden Sammlung „Die europäischen Mächte und Griechenland während des Weltkrieges" verbunden ist.

Die Konstantinopel- und Meerengenfrage war, wie der ehemalige Außenminister Sasonow schreibt, praktisch untrennbar mit einer ganzen Reihe komplizierter Probleme verbunden. So erklären sich Reichtum und Mannigfaltigkeit des Materials, das für diese Aufgabe benutzt wurde. Andererseits ist die Konstantinopel- und Meerengenfrage historisch mit der Aufteilung der europäischen Türkei verbunden, die (mit der Annektion Bosniens und der Herzegowina sowie der Besetzung der afrikanischen Provinzen der Türkei durch Italien) die europäische Krise 1911/14 charakterisierte, welche alle Anzeichen der Einheit und Unzertrennlichkeit der „Orientfrage" in ihrem letzten Abschnitt im Verlaufe dieser Periode darstellt. Da es unmöglich ist, die Ereignisse und Beziehungen, die durch die veröffentlichten Dokumente beleuchtet werden, ohne Zusammenhang mit dem politischen Bilde der Balkankrise 1911/13 zu verstehen, sind wir genötigt, dem Dokumententeil eine Charakteristik dieses Bildes, möglichst ausführlich und dokumentarisch belegt, vorauszuschicken.

Man muß sich auch vor Augen halten, daß unserer Publikation diplomatischer Dokumente, die politische Beziehungen und Fragen beleuchtet, Dokumente militärischer Art nur soweit beigefügt werden konnten, als sie den Bestand einer Korrespondenz politischen Inhalts und Bedeutung bilden. Die geschichtliche Erforschung der Konstantinopel- und Meerengenfrage vom militärisch-strategischen Standpunkt aus war nicht unsere Aufgabe und ist Sache einer selbständigen Arbeit für Sachverständige in dieser Frage. Die Ergebnisse dieser Arbeit wären jedoch für die Bewertung der allgemeinen Politik der

Zarenregierung höchst nützlich, eine solche Arbeit erschiene als wertvolle Ergänzung der vorliegenden Aufgabe.

Dieser Ausgabe legt das Allgemeine Archiv des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten drei Dociers des Archivs des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zugrunde, in denen die Dokumente über das Abkommen vereinigt sind, das zwischen Rußland, Frankreich und England in der Konstantinopel- und Meerengenfrage am 19. Februar/4. März 1915 geschlossen wurde, ferner kam ein besonderes, viertes Docier „Konstantinopel 1916/1917" hinzu. Äußerlich stellen diese Dociers lederne Mappen dar, die im Ministerium mit folgenden Aufschriften versehen wurden: „Konstantinopel und die Meerengen" 1915 — A, B, C, — und 1916/17. Die Akten 1915 sind in einer Reihe besonderer Mappen enthalten, die durch die Gemeinsamkeit des Inhalts in einer bestimmten detaillierten Frage vereinigt sind. Alles in allem sind es 32 Mappen mit folgenden Titeln: 1. Betrachtungen über die Mittel zu unserer Besitzergreifung über die Meerengen; 2. Betrachtungen Kuropatkins über die Meerengen; 3. Unsere Wünsche bezüglich der Meerengen; 4. Stellungnahme Englands zur Meerengenfrage (bis Februar 1915); 5. Das Abkommen zwischen Rußland, Frankreich und England über das Schicksal von Konstantinopel und den Meerengen; 6. Entwurf einer Mitteilung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens an Italien; 7. Entwurf einer Mitteilung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens an Japan; 8. Unterhandlungen mit Djemal in Verbindung mit dem Konstantinopel- und Meerengenabkommen; 9. Unsere Kriegsaktionen gegen die Meerengen; 10. Vorschlag des Ankaufs zweier brasilianischer Schlachtkreuzer, um sie nach dem Mittelmeer zu entsenden; 11. Projekt der Entsendung unseres Detachements nach den Dardanellen; 12. Anschluß des „Askold" an das Alliiertengeschwader, das gegen die Dardanellen operiert; 13. Kriegsaktionen der Alliierten gegen die Dardanellen und Konstantinopel; 14. Projekte der Besetzung und Verwaltung von Konstantinopel und die Abteilung von neutralen Zonen im Fall von Kriegsaktionen; 15. Das Eindringen der Deutschen in die Meerengen und das Schicksal der Meerengen; 16. Stellungnahme Italiens zur Meerengenfrage; 17. Stellungnahme des Vatikans zur Meerengenfrage; 18. Stellungnahme Rumäniens zur Meerengenfrage; 19. Stellungnahme Bulgariens zur Meerengenfrage; 20. Burgas als Basis der russischen Flotte; 21. Stellungnahme Griechenlands zur Meerengenfrage, die Imbros- und Tenedosfrage; 22. Die Frage des Auftretens von Griechenland in Zusammenhang mit den Operationen gegen die Meerengen; 23. Stellungnahme Serbiens zur Meerengenfrage; 24. Möglichkeit des Abschlusses eines Waffenstillstandes oder Friedens mit der Türkei; 25. Die Lage in der Türkei; 26. Informationen über die türkischen Landes- und Seestreitkräfte in Verbindung mit den Operationen gegen die Meerengen; 27. Die

Finanzfrage in der Türkei in Zusammenhang mit den Kriegsaktionen gegen die Meerengen; 28. Die Aktionen unserer Flotte gegen Songuldak; 29. Varia; 30. Das Memorandum von A. Nemitz: „Vorläufige Betrachtungen über eine Konstantinopeloperation"; 31. Das Memorandum von N. Basili: „Über unsere Ziele in den Meerengen"; 32. Entwürfe von Notizen. In der Mappe „Konstantinopel 1916/17", die keine Unterabteilungen hat, ist nur eine kleine Aktensammlung besonders gruppiert: „Das Projekt einer Bosporusexpedition 1917"; der übrige Teil der Mappe enthält Dokumente zur Frage der Mitteilung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens an Italien, über die Veröffentlichung dieses Abkommens und über die Lösung der Konstantinopelfrage unter der provisorischen Regierung.

Jetzt befinden sich diese 4 Dociers in der 2. Abteilung des Staatsarchivs.

Eine eingehendere Untersuchung der Mappen, die im Ministerium des Auswärtigen zusammengestellt wurden, förderte das Ergebnis, daß diese Dociers vom Ministerium durchaus nicht vollständig zusammengestellt waren, da viele Dokumente, die eine wesentliche Bedeutung für die historische Rekonstruktion der Fragen besitzen, und auf die häufig Hinweise in dem Docier selbst vorhanden sind, in der ministeriellen Auswahl fehlen. Deshalb stellte das Allgemeine Archiv des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten ergänzende Nachforschungen an, man sichtete folgende Dociers des Archivs des ehemaligen Außenministeriums: 1. Besondere Akten „Italien" 1915/16; 2. Besondere Akten „Rußland und die Alliierten" 1914/17; 3. Besondere Akten „Der Friede" 1914/17; 4. Die Korrespondenz zwischen dem Außenministerium und dem GHQ. 1914/17; 5. „Das Geheimarchiv des Ministers" 1914, 1915 und 1916/17; 6. Die Sammlung der dechiffrierten Dokumente (dociers speciaux) aus England, Frankreich, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Italien und Japan 1914/16; 7. Berichte aus Tokio 1914/17; 8. Sammlung der ankommenden und abgehenden Telegramme des Außenministeriums 1914/17 (Allgemeines Archiv des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten).

Ergebnis dieser Forschungen war eine wesentliche Ergänzung aller Dociers, sowohl hinsichtlich des rein politischen Inhalts, als auch, soweit es sich um Operationen der Ententemächte in den Meerengen handelt, sofern sie zur Kompetenz des Außenministeriums gehörten.

Außerdem wurden folgende neue Dociers zusammengestellt: 1. Die Stellung der Vereinigten Staaten zu den interalliierten Abkommen; 2. Die Konstantinopelfrage in den Unterhandlungen Protopopows mit Warburg; 3. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage in ihrem Zusammenhang mit der französisch-russischen Vereinbarung über die Ostgrenzen Frankreichs und die Westgrenzen Rußlands;

4. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage in ihrem Zusammenhang mit den Versuchen Deutschlands, mit Rußland einen Sonderfrieden zu schließen.

Andererseits hielt es das Allgemeine Archiv für angebracht, gewisse Akten, die in die ministeriellen Mappen eingeordnet waren, auszulassen, da sie rein militärischen Charakter trugen: 1. Kriegsaktionen der Alliierten gegen die Dardanellen und Konstantinopel, ein Docier, das — wenige Dokumente ausgenommen, die in unserer Sammlung publiziert sind — die Wiedergabe der offiziellen alliierten Meldungen über die Lage an der Gallipolifront durch die russischen diplomatischen Agenten im Auslande enthält; 2. Der Anschluß des „Askold" an das Alliiertengeschwader; 3. Der Vorschlag des Ankaufes der zwei brasilianischen Schlachtkreuzer; 4. Angaben über die türkischen Landes- und Seestreitkräfte; 5. Die Aktionen unserer Flotte gegen Songuldak. Außerdem sind die Mappen: 1. Das Eindringen der Deutschen in die Meerengen, 2. Varia ausgelassen worden. Die besondere Mappe „Die Unterhandlungen mit Djemal" wurden vollständig in der Sammlung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten „Die Aufteilung der Asiatischen Türkei" veröffentlicht.

In den I. Band der vorliegenden Publikationen wurden Dokumente aufgenommen: 1. Zur Vorbereitung und zum Abschluß des Konstantinopel- und Meerengenabkommens; 2. zur Stellungnahme der mit der Triple-Entente befreundeten Mächte, nämlich Serbiens, Italiens, Rumäniens, Japans und der Vereinigten Staaten zur Konstantinopel- und Meerengenfrage; 3. zu den Unterhandlungen Protopopows mit Warburg, in denen die Konstantinopelfrage berührt wurde, und die, wie es scheint, mit ein Anlaß zu den Verhandlungen über die Veröffentlichung des Abkommens waren; 4. zu den Verhandlungen zwischen den Ententemächten über die Veröffentlichung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens; 5. zur Bestätigung dieses Abkommens in Verbindung mit der französisch-russischen Vereinbarung 1917; 6. zur Lösung der Konstantinopelfrage unter der provisorischen Regierung. Dazu wurden die ministeriellen Mappen des Jahres 1915 benutzt, die oben unter Nr. 4, 5, 6, 7, 16, 17, 18 und 23 angeführt sind, ferner das Docier „Konstantinopel 1916/17", dabei wurden die Mappen Nr. 6, 16 und 17 einerseits und Nr. 14 und 27 andererseits in einem Docier vereinigt. Die Mappe Nr. 3, die durch die Memoranden Basilis und Nemitz' (Nr. 30 und 31) sowie durch Briefe aus dem GHQ. ergänzt wurde, stellt ein besonderes Docier dar, das in unserer Publikation „Die Erwägungen der Zarenregierung zur Konstantinopel- und Meerengenfrage" überschrieben ist.

Auf diese Weise wurden in den I. Band Dokumente aufgenommen, die die Stellung der Mächte der antideutschen Koalition zur Konstantinopel- und Meerengenfrage charakterisieren, ferner diejenigen,

die den Abschluß, die Veröffentlichung und Bestätigung des Abkommens in dieser Frage betreffen.

Im II. Band dieser Veröffentlichungen finden sich folgende Dokumente: 1. zur politischen Seite der Kriegsaktionen an den Meerengen; 2. zu den Verhandlungen der Verbündeten bezüglich der künftigen Verwaltung Konstantinopels; 3. zu den Verhandlungen mit Deutschland und der Türkei über den Abschluß eines Waffenstillstandes oder eines Sonderfriedens; 4. zur Herüberziehung Griechenlands auf die Seite der Ententemächte im Zusammenhang mit den Operationen gegen die Meerengen und über seine Stellung zur Konstantinopelfrage; 5. zur Stellung Bulgariens zur Meerengenfrage und 6. zu den Verhandlungen hinsichtlich der Ausnutzung von Burgas als Basis für die russischen Truppen. Zu diesem Zweck wurden die ministeriellen Mappen für das Jahr 1915 Nr. 1, 2, 9, 11, 14, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 27 ausgenutzt und die Mappe „Das Projekt der Bosporusexpedition 1917".

Eine Reihe von Dokumenten dieser Sammlung wurden bereits in anderen Ausgaben des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht („Sammlungen von diplomatischen Dokumenten aus dem Archiv des ehemaligen Außenministeriums, Petrograd 1917/18, „Die europäischen Mächte und Griechenland", Moskau 1922, „Die Aufteilung der Asiatischen Türkei", Moskau 1924); auch in den „Iswestija" und in der „Prawda" wurden 1917 Dokumente publiziert, aber da sie mit dem in dieser Ausgabe veröffentlichten Material untrennbar verbunden sind, wird ihr Abdruck wiederholt. In jedem einzelnen Fall wird in einer Fußnote darauf hingewiesen, wo das entsprechende Dokument bereits veröffentlicht ist.

Es ist noch zu bemerken, daß weitere archivalische Forschungen es möglich machten, die vorliegende deutsche Ausgabe durch einige Dokumente zu ergänzen, die zur Zeit des Druckes der russischen Ausgabe noch nicht vorlagen. Diese hier zum erstenmal veröffentlichten Dokumente sind im Dokumentenverzeichnis durch Sterne gekennzeichnet.

Personen- und Sachregister zur diplomatischen Korrespondenz folgen im III. Bande.

E. Adamow,

Professor am Institut für Orientkunde in Moskau.

Vorbemerkung

Die einfachen Klammern ( ) stammen aus dem Original, die eckigen [ ] von der deutschen Redaktion.

Punkte entsprechen den fehlenden Worten im Original; in den Fällen, wo man auf Grund des Dokumentes genau die Zahl der ausgelassenen oder nicht-entzifferten Telegraphenzeichen feststellen kann (z. B. in den dechiffrierten Telegrammen der auswärtigen Regierungen und der Vertretungen in Petersburg), wird diese Zahl in Anmerkungen angegeben.

Die Überschriften der Dokumente sind in den Originalen nicht vorhanden. Statt des stereotypen Satzes „Geheimtelegramm des Botschafters . . ." oder „Außenministers" wird der Absender und Empfänger genannt. Der Absendungsort wird nur dann verzeichnet, wenn er für den Absender ungewöhnlich ist (z. B. Großes Hauptquartier).

In den russischen Dokumenten werden beide Stile genannt, in den ausländischen nur der europäische (neue).

Worte, die im Original unterstrichen sind, werden gesperrt gedruckt.

Druckfehlerberichtigung

Zu Band I:

S. 56: Zeile 7 v. u. bis Zeile 5 v. u. der Passus von „hält" bis „summieren" in Anführungsstriche.
S. 60: Zeile 4 v. o.: richtig: „Nowoje-Wremja".
S. 60: Anm. [2]) Zeile 2: Das Facsimile.
S. 144: Zeile 2 v. o.: nicht verfolgen sondern erfolgen.
S. 159: Zeile 8 v. u.: war recht ergiebig.
S. 168: Zeile 10/11: Protopopow Nehludow.
S. 183: Zeile 4 v. o.: Peschechonow.
S. 183: Zeile 14 v. u.: desto besser, erwiderte.
S. 187: Zeile 19 v. u.: machten sich.

Zu Band II:

S. 34: Zeile 18 v. u.: an Bulgarien unbedingt.
S. 46: Zeile 2 v. u.: Jahrzehnte vorher sehr.
S. 54: Anm. [1]) Zeile 15 v. o.: Recht zugestand,
S. 69: Zeile 1 v. o.: asiatische Türkei als Quelle, dessen es bedarf (Lebensmittel
S. 71: Anm. [2]) Zeile 2: wurden das II. und das kaukasische V. Armeekorps entsandt.
S. 73: Zeile 10 v. u.: anläßlich dieser Frage.
S. 88: Dokument Nr. 17: Telegramm [3]) Anmerkung [3]) Übersetzung aus dem Französischen.
S. 94: Zeile 6 v. u.: zu diesen unvorteilhaftern.
S. 96: Anm. von Seite 95 Zeile 5 v. o.: unserem Alliierten.
S. 118: Dokument Nr. 41: Telegramm [3]).
S. 129: Anm. [3]) Siehe Seite 116 Anm. [1]).
S. 131: Anm. [4]) Siehe Seite 116 Anm. [1]).
S. 134: Zeile 8 v. o.: im Sinne ihrer völligen Freiheit.
S. 149: Zeile 10 v. u.: 2. Bedingungen, in betreff derer gegenseitige.
S. 165: Zeile 9 v. u.: Nr. 937.
S. 174: Zeile 11 v. u.: bekannten (. . .)[2]).
S. 188: Zeile 3 v. o.: eines überfallenen Landes sowie die Verpflichtung.
S. 196: Zeile 5 v. u.: der Frage Bulgarien.
S. 266: Zeile 15 v. u.: auf die Notwendigkeit hingewiesen,
S. 320: Zeile 4 v. u.: zu bringen, speziell um die Frage.
S. 328: Zeile 8 v. u.: Verständnis weiter entwickelt.
S. 381: Zeile 10 v. u.: in der gesagt wird, der russischen Regierung sei eine Denkschrift übermittelt worden, in welcher die Regierung.
S. 413: Anm. [2]) Zeile 1 v. u.: Kap. XIX. S. 576 f.
S. 431: Anm. [1]) Zeile 8 v. u.: Mandelstamms.
S. 441: Anm. [2]) Übersetzung aus . . . Zeile 1 v. u.: wurde. Originaltext französisch.
S. 446: Anm. [1]) Zeile 3 v. o.: Anm. [2]).
S. 452: Zeile 13 v. u.: für Zeitgemäßheit des Auftretens Lloyd Georges.
S. 453: Anm. [3]) Zeile 1: Übersetzung aus.

Die Darlegungen Prof. E. Adamows über „Die Meerengen- und Konstantinopelfrage in der internationalen Politik 1908—1917" tragen das Entstehungsdatum Moskau 1925.

Die Meerengen- und Konstantinopelfrage in der internationalen Politik 1908—1917

von Prof. E. Adamow

1. Die Meerengenfrage 1908—1911

Die Dokumente des russischen Außenministeriums, die sich auf die Meerengen- und Konstantinopelfrage im Verlaufe des Weltkrieges beziehen, zerfallen in zwei ungleiche Gruppen: Die erste umfaßt die Periode, die vom Beginn des Weltkrieges bis zum Eintritt der Türkei in den Krieg reicht, die andere Periode reicht vom Eintritt der Türkei bis zum Zusammenbruch der russischen Kriegspolitik, der russischen Armee und des russischen Staatswesens selbst. Die erste kleinere Dokumentengruppe überrascht den unvorbereiteten Leser durch den unerwarteten und eigentümlichen Charakter ihres Hauptthemas; dies Thema wird durch die Frage der Garantie der Unversehrtheit des türkischen Gebietes als Gegenleistung für die türkische Neutralität bedingt; diese Garantie wurde der Türkei von derselben zaristischen Regierung angeboten, deren Bestrebungen nach der Besetzung des Bosporus, der Besitzergreifung der Meerengen, deren Traum vom „Kreuz auf dem Dom der Heiligen Sophia" schon so oft aus bereits veröffentlichten Archivakten und Memoiren verschiedener Staatsmänner bekannt geworden sind. Der Leser wird hier in völlige Verwirrung geraten. Ist das denn möglich? Ist es möglich, daß vom ersten Tage des Weltkrieges an die Petersburger Regierung nicht nur „die geschichtlichen Aufgaben" Rußlands, die „Überlieferungen der hohen Ahnen" Nikolaus' II. „von den Schlüsseln zu den Türen des eigenen Hauses", Zarjgrad und Heilige Sofia vergessen hat, sondern obendrein noch positiv alle diese „jahrhundertealten Bestrebungen und Träume des russischen Volkes" im Wege der Befestigung und Sicherung der Unversehrtheit aller türkischen Besitzungen zu liquidieren gedachte? Und wie kam es denn, daß es die türkische Regierung, der die Möglichkeit geboten war, nur gegen Verzicht auf das Risiko und die Opfer einer Kriegsteilnahme in den Besitz der Garantie einer territorialen Unversehrtheit und Unverletzbarkeit zu gelangen, vorzog, sich in den Strom tödlicher Gefahren und Volksbedrängnis zu stürzen, in den Krieg gegen England, Frankreich und Rußland zu ziehen, ohne zum Kriege, wenigstens im Rahmen eigener Kräfte und Mittel, bereit zu sein?

Es genügt nicht, auf diese Frage mit Zitaten aus russischen Kriegspublikationen oder mit Erklärungen türkischer Staatsmänner

zu antworten, die post faktum bestätigen, daß die Türkei gezwungen war, in den Krieg zu ziehen. Unsere Antwort kann nur die durch Dokumente erhärtete Schilderung der Vorgänge sein, die die aktive Beteiligung der Türkei am Kriege beschleunigt haben. Diese Vorgänge umfassen in ihrer Gesamtheit eine lange geschichtliche Periode, vor allem die Zeit seit 1908 und unmittelbar anschließend die Balkankrise 1912/13. Der erste Teil unserer Einleitung schildert diese Zeitabschnitte, während der zweite Teil der Prüfung des Dokumentenmaterials des vorliegenden Bandes gewidmet ist.

Die klar abgegrenzte Epoche in der Geschichte der russischen Außenpolitik ist die sogenannte „Rückkehr Rußlands zum Nahen Osten", weil die Wege nach dem Mittleren und Fernen Osten für Rußland verschlossen waren[1]). Die Vereinbarungen mit Japan und England, die nach dem Kriege abgeschlossen wurden, sicherten den Status quo und den Frieden von der Mandschurei bis Persien in den Grenzgebieten zur selben Zeit, wo die Lage im Nahen Osten im unmittelbaren Zusammenhang mit der allgemeinen Konstellation vielmehr als das Zentrum des politischen Gleichgewichts endgültig ausgeschieden war. „Die goldenen Ketten", die das russische Reich an Frankreich geschmiedet hatten, wurden durch die Blumen der grellleuchtenden Hoffnung auf Verwirklichung der alten Pläne der Glorifizierung des Hauses Romanow im Bunde mit seinem uralten Gegner England geschmückt. Die Drohung der „Krimkombination", mit der Wilhelm noch im russisch-japanischen Krieg Nikolaus in der Hand hielt, existierte nicht mehr. Vielmehr verhieß die völlig neue Situation Rußlands, als eines Verbündeten der „Seemächte", der zarischen Regierung, nach überstandenen inneren und äußeren Prüfungen äußere Triumphe und die Überwindung des inneren Feindes.

Im Protokoll der „Beratung vom 21. Januar 1908 über die Lage

---

[1]) Siehe „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914", Bd. 25, 2. Hälfte, Nr. 8739. Pourtalès an Bülow am 16. März 1908: „Als durch die russischen Niederlagen in der Mandschurei die Expansionsbestrebungen Rußlands nach dem Fernen Osten hin zurückgedrängt worden waren . . . traten alsbald Anzeichen hervor, welche auf ein erhöhtes Interesse der russischen Politik für den Nahen Orient hinwiesen . . . Die alten Schlagworte von der historischen Mission Rußlands auf der Balkanhalbinsel, von der Notwendigkeit für Rußland, über die freie Ausfahrt aus dem Schwarzen Meere zu verfügen, wurden wieder in stärkerem Maße geltend" . . . Dieses Dokument verdient auch in seinen weiteren Abschnitten aufmerksam untersucht zu werden, da dort die Wirkung des deutsch-russischen Gegensatzes auf der Balkanhalbinsel, in Kleinasien und in Persien festgestellt wird, des Gegensatzes, der von der englischen Diplomatie geflissentlich geschürt wurde. Siehe auch Nr. 8740, S. 356 ff., General Jakobi an Wilhelm II. am 16. März 1908 über das Bündnis der reaktionären Moskowiter mit den liberalen Slawophilen gegen Deutschland, das als einzigstes Hindernis für Erfolge der „neuen Ostpolitik Rußlands" betrachtet wird. Vgl. auch Nr. 8761, S. 385. Pourtalès an Bülow am 16. 1. 1908.

in der Kleinasiatischen Türkei und auf der Balkaninsel"[1]) ist die einleitende Rede A. P. Iswolskis wiedergegeben, in der die allgemeine internationale Lage folgendermaßen beleuchtet wird:

„Vor zwei Jahren war die brennendste Frage auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten die Lage im Fernen Osten. Dank der mit Japan geschlossenen Verträge über einzelne Fragen, die durch das allgemeine politische Abkommen bestätigt wurden, hat sich die Lage wesentlich zum Besseren gewandelt. Das Abkommen mit England sicherte dies Ergebnis endgültig. Unter den Argumenten, die der Außenminister zugunsten des Abschlusses der genannten politischen Abkommen anführte, maß er stets dem Umstand eine wichtige Bedeutung bei, daß Rußland in nächster Zukunft vor ernsten Verwicklungen im Nahen Osten stehen könnte. Hofmeister Iswolski war immer der Meinung, daß der Verlauf der Ereignisse im Nahen Osten nicht von uns abhängig sei, während im Fernen Osten eine für uns ungünstige Entwicklung der Ereignisse wesentlich durch unsere eigenen Bemühungen verhindert werden könnte ... Hier — im Nahen Osten — können jederzeit Ereignisse der Art eintreten, daß wir ihnen nicht vorzubeugen in der Lage sind. Die historischen Aufgaben Rußlands im türkischen Orient und die Überlieferungen unserer Vergangenheit werden Rußland im Falle solcher Verwicklungen in eine besonders schwierige Lage bringen. Steht es beiseite, so wird es Gefahr laufen, mit einem Schlage die Früchte jahrhundertelanger Bemühungen zu verlieren, die Rolle der Großmacht auszuspielen und in die Lage eines Staates von zweiter Bedeutung geraten, dessen Stimme nicht gehört wird ...

... Der Vorgänger des Hofmeisters Iswolski, Graf Lamsdorff, befleißigte sich in den Balkanfragen einer defensiven Politik: Er versuchte Bulgarien zurückzuhalten und unterstützte gleichzeitig das Einvernehmen mit Österreich[2]); eine solche Politik trägt einen rein

---

[1]) Vorsitzender: Stolypin (Präsident des Ministerrats). Mitglieder: Finanzminister Kokowzew, Marineminister Dikow, Außenminister Iswolski, Chef des Generalstabs Palizyn, Stellvertreter des Kriegsministers Poliwanow und Stellvertreter des Außenministers Gubastow. Auf dem Original ist von Nikolaus II. verzeichnet: „Gelesen". — Veröffentlicht von M. Pokrowski im „Anzeiger des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten" 1919, Nr. 1, Seite 19/25.

[2]) In Wirklichkeit machte schon Lobanow-Rostowski (1895/96) den ersten Versuch zur Verwirklichung einer solchen Politik. In den Memoiren des Barons von Rosen, die nach seinem Tode erschienen sind, wird die „traditionelle" russische Politik in Serbien anschaulich charakterisiert, die auf Aufreizung der serbischen Gelüste zur Gebietserweiterung sowohl auf Kosten der Türkei als auch Österreich-Ungarns gerichtet war. Baron Rosen wurde mit der Instruktion nach Serbien geschickt „nicht in den Spuren seiner Vorgänger zu wandeln"; in Serbien trat aber als erbitterter Gegner des neuen „ruhigen" Kurses im engsten Einvernehmen mit den russischen Militäragenten der französische Gesandte auf. Siehe Rosen: „Forty years of diplomacy".

negativen Charakter. Sie vermag nicht eine vom Standpunkte der geschichtlichen Interessen Rußlands günstige Lösung der Balkanfragen herbeizuführen; sie hat dabei nur einen Vorteil — sie trägt dazu bei, daß diese Fragen erstarren. In jedem Falle ist es keineswegs eine Politik, die auf dem Wege zu den Grundzielen, die wir verfolgen, ernste Erfolge aufweisen könnte.

In letzter Zeit wurde dieser Politik ein ernster Schlag versetzt. Österreich-Ungarn verheimlicht seine egoistischen partikularistischen Interessen nicht mehr . . .[1]). Andererseits haben sich für die Verwirklichung der mazedonischen Reformen ernste Schwierigkeiten ergeben . . .

Es ist nicht leicht, einen Ausweg aus dieser schwierigen Lage zu finden. Man könnte ihn unter gewissen Bedingungen im engsten Einvernehmen mit England suchen. Der englische Botschafter in St. Petersburg hat schon in seinen Unterhaltungen mit dem Hofmeister Iswolski eine solche Kombination angedeutet, indem er auf die Interessengemeinschaft der beiden Mächte in den Fragen des Nahen Orients hinwies[2]).

Tatsächlich könnte man leicht die gemeinsamen Maßnahmen beider Mächte, soweit sie militärischer Natur sind, in der Türkei kombinieren. Der Außenminister kann nicht umhin, zugeben zu müssen, daß eine solche Politik sehr verlockende Perspektiven eröffnet; er hätte sie bei günstigen Bedingungen als eine Politik empfohlen, geeignet, glänzende Ergebnisse zu zeitigen und die Verwirklichung der geschichtlichen Ziele Rußlands im Nahen Orient zu fördern. Aber eine solche Politik würde aufs neue die türkische Frage in ihrer Gesamtheit aufwerfen . . .

Es ist sehr wichtig, sich im voraus darüber Rechenschaft abzulegen, welche Stellung Rußland im Falle kommender Verwicklungen einnehmen kann. Soll es sich ihnen gegenüber passiv verhalten, alles tun, um Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen und sich nicht in den Kampf hineinziehen lassen? Auf diesem Wege kann man keine Erfolge oder regelrechten Schutz russischer Interessen erwarten. Nehmen wir eine solche Position ein, so werden wir aus der Krise verkleinert hervorgehen und keine Großmacht mehr sein. Oder befinden wir uns jetzt vielleicht nicht in einer solchen Lage, in der wir auf aktive Politik unbedingt verzichten müssen?"

---

[1]) 1907 in der Frage der Sandschak-Eisenbahn; ferner am 27. Januar 1908 die berühmte Rede Aehrenthals in den Delegationen, in der die Balkanhalbinsel als eine natürliche Interessensphäre Österreich-Ungarns angesehen wurde, und die die äußerste Unzufriedenheit Petersburgs erweckte, wo sich (wie auch in London und in Paris) die Aufregung gegen Deutschland richtete, das man in diesem Falle als Hintermann Österreich-Ungarns betrachtete.

[2]) Vgl. die Wiedergabe der Unterhaltungen Sir Arthur Nicolsons mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch im Telegramm Pourtalès am 25. Februar 1908. „Die Große Politik" Bd. 25, II, S. 336.

Schließlich ist Iswolski „bereit, dem Chef des Generalstabes darin beizustimmen, daß die türkischen Aktionen an der persischen Grenze für Rußland ernstlich unvorteilhaft sind, aber man müsse doch bemerken — meint er —, daß es unvermeidlich zu Komplikationen im Nahen Osten kommen muß, wenn wir unsererseits irgendwelche aggressiven Aktionen an der asiatischen Türkengrenze unternehmen. Unsere Militäraktionen würden auf der Balkanhalbinsel als Signal zum Vorgehen gedeutet werden".

Der Gehilfe des Kriegsministers, General Poliwanow, erklärte, daß „unsere Armee nicht als ordnungsmäßig wiederhergestellt betrachtet werden kann". Der Marineminister eröffnete, daß „die Schwarze-Meer-Flotte augenblicklich zu einer Kriegsaktion nicht bereit sei, nämlich zu einer kriegerischen Aktion gegen den Bosporus, auf deren Notwendigkeit der Chef des Generalstabes hingewiesen hat". Der Finanzminister erklärte, daß „ein Krieg mit der Türkei Persiens halber vom Volksbewußtsein verurteilt würde". Dann „hielt es Iswolski für seine Pflicht, nochmals die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Klarstellung zu lenken, ob man es für möglich halte, den Boden der streng defensiven Politik zu verlassen, auf dem Rußland bis jetzt gestanden hatte, einer Politik, die äußerst unvorteilhafte Ergebnisse für uns zeitigen kann, oder ob es für ihn die Möglichkeit gibt, mit jener Bestimmtheit aufzutreten, die sich für den Außenminister einer Großmacht ziemt, der gewiß ist, imstande zu sein, die Interessen des Landes mit Nachdruck zu verteidigen". Darauf erfolgte eine kategorische Antwort Stolypins, er erachte es „für seine Pflicht, entschieden erklären zu müssen, daß der Außenminister im Augenblick auf keinerlei Unterstützung einer entschiedenen Politik rechnen dürfe. Eine neue Mobilmachung würde der Revolution Kräfte zuführen, die wir jetzt zu überwinden beginnen . . . In einem solchen Augenblick darf man sich nicht für Abenteuer entscheiden, oder auch nur Aktivität in internationalen Fragen bekunden. Einige Jahre später wird Rußland wieder in der alten Tonart reden, wenn wir eine vollständige Beruhigung erreicht haben. Eine andere Politik als eine strikt defensive wäre in diesem Augenblick nur ein Wahngebilde einer verrückten Regierung und würde Gefahren für die Dynastie heraufbeschwören. Der Staatssekretär Stolypin hält es deshalb für seine Pflicht zu erklären, daß jetzt eine Mobilmachung, unter welchem Vorwand auch immer, unmöglich wäre." „Auch im Falle ernster Verwicklungen auf dem Balkan muß man auf die diplomatische Kunst des Außenministers vertrauen. In seinen Händen ruht ein Hebel ohne Stützpunkt, aber Rußland muß eine Atempause haben, in der es erstarken kann, um den ihn gebührenden Platz einer Großmacht wieder einzunehmen." [1])

[1]) Der Herausgeber der „Großen Politik" bemerkt richtig, im Bd. 25, II, S. 303: „In der Frage Iswolskis und in der Antwort Stolypins liegt der Schlüssel für Iswolskis Haltung in den Jahren 1908 und 1909."

Eine Woche später — am 28. Januar — wurde eine Sitzung des Landesverteidigungsrates abgehalten, die der „Frage der Vorbereitung des Krieges gegen die Türkei" gewidmet war[1]). Diese Beratung anerkannte, daß man „infolge der äußersten Zerrüttung des Materials der Armee und der ungünstigen inneren Lage jetzt solche aggressive Aktionen vermeiden müsse, die politische Komplikationen herbeiführen können, und daß nur solche Aktionen einer fremden Macht einen Kriegsgrund abgeben könnten, die einen wesentlichen und für das Volksbewußtsein fühlbaren Schlag gegen die Würde und die Ehre Rußlands bedeuten würden".

Die Schwierigkeit der Lage der Regierung bestand darin, daß sie durch den Verzicht auf jede andere, außer einer streng defensiven Politik, als „auf einen für die Dynastie gefährlichen Wahnsinn", nicht nur zur Zielscheibe der nationalistischen Kreise wurde, sondern auch in den liberalen Kreisen, die den Großmachtsstandpunkt vertraten, das Prestige derselben Dynastie minderte[2]). So bildete die innere Schwäche des Regimes einen verzauberten Kreis: entweder Risiko einer neuen Revolution oder weiteres Sinken des Dynastieprestiges und der Autorität der Regierung; der Ausweg aus diesem Kreis eröffnete sich nur in unbestimmter Zukunft, nämlich nach „völliger Beruhigung". Der Gedanke, daß diese „völlige Beruhigung" nur im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Glanzes der Dynastie Romanow möglich wäre, war auch den regierenden Kreisen keineswegs fremd; der Außenminister selbst neigte offenbar zu einer solchen Auffassung, als er seine Frage vor der Staatskonferenz formulierte. Aber die Furcht vor dem militärischen Mißerfolg und der Revolution siegte mit aller Entschiedenheit. Iswolski war gezwungen, mit Hilfe „eines Hebels ohne Stützpunkt" zu agieren, indem er bei der Verteidigung des Großmachtprestiges des Reiches ausschließlich zur Diplomatenkunst seine Zuflucht nahm.

Diese Situation offenbarte sich in voller Klarheit im Herbst desselben Jahres 1908. Während der diplomatische Feldzug Iswolskis

---

[1]) Pourtalès meldet am 21. Februar dem Fürsten Bülow, daß russische „Chauvinisten", die wiederum an Einfluß gewonnen haben, den Krieg mit der Türkei zur Wiederherstellung des militärischen Prestiges Rußlands für notwendig hielten, das durch den Krieg mit Japan erschüttert wurde. Die türkischen Rüstungen und die türkische Position in der persischen Frage würden als bedrohlich und provozierend anerkannt. Die freche herausfordernde Haltung der Türkei wurde, wie Aehrenthals „Bombe", mit der geheimen Unterstützung Deutschlands erklärt. Siehe „Die Große Politik" Bd. 25, II, Nr. 8723 und 8725, S. 331, 333, ferner Anmerkung XXX, S. 331.

[2]) Vgl. die Unterhaltung Iswolskis mit dem deutschen Geschäftsträger v. Miquel. „Die Große Politik" Bd. 25, I, Nr. 8541, S. 54. Selbstredend wies Iswolski als einzig mögliche Quelle der ev. Gefahren auf den Fernen Osten hin, indem er die Annäherung an England mit der japanischen Gefahr erklärte, während in Wirklichkeit vor allem die Möglichkeit ernster Verwicklungen im Nahen Osten in Betracht gezogen wurde.

zugunsten der Öffnung der Schwarzen Meerengen für die Durchfahrt der Kriegsschiffe der Schwarzen-Meer-Staaten mit einem völligen Mißerfolg endete[1]), nutzte Aehrenthal die durch die oben zitierten Debatten und Resolutionen beleuchtete und ihm in allen Einzelheiten bekannte Lage der russischen Regierung und vollzog ohne viel Federlesen die Annektion Bosniens und der Herzegowina als eine Vorschußkompensation für die in Wirklichkeit gar nicht erfolgte Öffnung der Meerengen. Diese sattsam bekannte „Niederlage Iswolskis" wirkte sich zunächst in einer ungewöhnlichen Erregung der russischen, besonders der rechtsstehenden öffentlichen Kreise aus. In der Reichsduma waren, wie Paul Miljukow bezeugt[2]), die Abgeordneten in ihrem nationalistischen Übereifer dem technisch geschulten, aber sachlich gleichfalls nationalistisch eingestellten Außenamt weit voraus. Eine erstarkte „neoslavische Agitation" trat in Erscheinung. In seinem Brief an Nelidow (Botschafter in Paris) beschwert sich tatsächlich Iswolski am 5. November 1908 darüber, daß man einerseits in Petersburg „gar nicht geneigt sei, aus Liebe zu Serbien Krieg zu führen", andererseits aber die Aufgabe der Liquidierung der bosnischen Krise durch den Lärm in der Petersburger Gesellschaft und Presse sehr erschwert werde, dadurch werde Serbien und Montenegro zu Abenteuern provoziert, bei denen Rußland ihnen keine materielle Hilfe irgendwelcher Art leisten werde. England verspricht Rußland seine diplomatische Unterstützung, fordert aber die russische Einwirkung auf Serbien im friedfertigen Geiste (Verminderung der Kompensationsforderungen); die französische Regierung ist gleichfalls bereit, den russischen Vorschlag der Einberufung einer Konferenz zu unterstützen, warnt aber im Memorandum vom 13./26. Februar 1909, die serbischen Forderungen erschienen ihr unerfüllbar; da diese Krise die Lebensinteressen Rußlands nicht berühre, bitte sie die russische Regierung mit gemeinsamen Kräften die Kriegsgefahr zu bannen, da der Krieg in Frankreich nicht volkstümlich wäre. Im März kam es zu offenen Kriegsvorbereitungen in Serbien und Österreich-Ungarn. Die englisch-französisch-russischen Unterhandlungen führen zur Ausübung eines gemeinsamen Druckes auf die serbische Regierung. Iswolski beauftragt am 4./17. März den russischen Gesandten in Belgrad, die serbische Regierung zu überreden, angesichts der nach jeder ungenügenden serbischen Antwort steigenden

---

[1]) Vgl. Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen 1910—1914. Sammlung diplomatischer Geheimdokumente des ehem. russ. Außenministers. Moskau 1922, S. 529/30; Grey, Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892—1916, deutsch 1926. I, S. 175—183, („Twenty-five years" Bd. 1, S. 177 bis 186); sowie den Brief Iswolskis vom 5. Oktober 1918 im „Journal des Débats" (H. Welschinger, „L'Alliance France-Russe"), Paris 1919, p. 264.

[2]) Im Artikel zur zehnten Wiederkehr des Ausbruches des Weltkrieges in den „Poslednije Nowosti".

Forderungen der österreichischen Regierung, die Annektion anzuerkennen, da „die serbische Antwort, die durch Zwangsmaßnahmen erzwungen sei, wenn sie auch einen kategorischen Verzicht auf die Rechte auf Bosnien und die Herzegowina enthalten sollte, keine entscheidende Bedeutung für das Schicksal dieser Provinzen haben wird“ [1]). Das entschlossene Auftreten Pourtalès' in Petersburg zugunsten Österreichs zwingt auch die russische Regierung, formell die Krise zu liquidieren, auf die Annullierung des Art. 25 des Berliner Vertrages einzugehen usw.

Seit diesem Augenblick macht sich ein Umschwung in den Pariser Stimmungen bemerkbar: Am 19. März (1. April) 1909 benachrichtigte Nelidow Iswolski, daß die französische öffentliche Meinung „Ihnen (Iswolski) für das Opfer dankbar ist“, das Europa vor einem Kriege bewahrt hat, das französische Außenministerium sei aber unangenehm davon überrascht, daß die russische Regierung dies Opfer nicht mit dem Einverständnis anderer Mächte darbrachte und nicht auf den englisch-französisch-russischen Forderungen zugunsten Serbiens bestanden hatte. Deutschland und Österreich feiern einen leichten Sieg. Infolgedessen fordert die öffentliche Meinung Frankreichs wie Englands die weitere Annäherung zwischen Rußland, Frankreich und England, die während des serbisch-österreichischen Konfliktes bereits gemeinsam gehandelt haben, nämlich mit dem Ziele „einer planmäßigen Kräfteentwicklung“ und der „Wiederherstellung des politischen Gleichgewichtes, das zugunsten Deutschlands und Österreichs verletzt wurde“. Von Rußland wird die Wiederherstellung seiner militärischen Kräfte gefordert, dann wird Deutschland und Österreich durch die gemeinsamen Anstrengungen der Ententemächte der Weg zum Mittelmeer und zur österreichischen Suprematie auf dem Balkan verlegt. Noch mehr: in der französischen Presse werden scharfe Beschuldigungen gegen die französische Regierung erhoben, daß sie durch ihre Haltung Rußland gezwungen hätte, vor Deutschland und Österreich zu kapitulieren. Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, machte Pichon darauf aufmerksam, daß die Entschlossenheit Deutschlands und Österreichs nicht nur durch ihre Gewißheit der russischen Schwäche zu erklären sei, sondern auch durch ihre Überzeugung, daß England und Frankreich im Kriegsfalle nicht zu seinem Schutze aufgetreten wären [2]). Cambon forderte eine militärische Demonstration, die Deutschland und Österreich vom Gegenteil belehrt hätte. Außerdem trat er gegen die Behauptung eines englischen Ministers auf, daß England Serbiens wegen einen Krieg zu führen nicht beabsichtige. In der Tat, nachdem man in Frankreich be-

---

[1]) B. von Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik, Berlin 1921, 1. Kapitel.

[2]) Dieselbe Ansicht flößte Nicolson von Petersburg aus Grey ein (vgl. Grey, „Twenty-five years“ Bd. 1, S. 188/89; deutsch S. 184 f.).

reits Befehle über militärische Umgruppierungen an der Ostgrenze und über Vorbereitungen zur Mobilmachung ausgefertigt hatte, war man in London darüber „sehr erfreut" und hatte sich dort seinerseits mit Paris über die Zusammenziehung des englisch-französischen Geschwaders bei Malta neben anderen speziellen Maßnahmen der britischen Admiralität verständigt[1]). „Aber gleichzeitig", schreibt der russische Botschafter in Paris, „haben die Telegrammagenturen ganz Europa über die geheime Sitzung des Ministerrates in Zarskoje Selo informiert, in der der Finanzminister, der Handels- und der Kriegsminister darauf hinwiesen, daß Rußland nicht imstande sei, einen Krieg zu führen . . . Diese öffentliche Bestätigung unserer völligen Ohnmacht hat auf unsere Freunde einen erschütternden Eindruck gemacht. Die Kabinette von Paris und London haben daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß sich Rußland, Frankreich und England mehr als zuvor einander nähern und zugleich im verstärkten Tempo rüsten müssen, um den Gegner zu überzeugen, daß sie imstande wären, sich und ihren Forderungen Achtung zu erzwingen. Nur auf diesem Wege", schließt der Botschafter, „kann man das zugunsten des Dreibundes verletzte europäische Gleichgewicht wiederherstellen, und nur auf diesem Wege kann Rußland den zeitweilig verlorenen Einfluß auf die Balkanstaaten zurückgewinnen, schließlich kann Rußland nur auf diesem Wege die ihm durch das Schicksal vorgezeichnete geschichtliche Mission erfüllen!"

Die russische Diplomatie wandelte schon in dieser Zeit auf neuen Wegen. Die „Niederlage Iswolskis" und der Triumph Aehrenthals veranlaßten eine so eifrige Zusammenarbeit der englisch-französisch-russischen Diplomatie, daß die Politik des russischen Außenministers, der über „keinen Stützpunkt" in Rußland selbst verfügte, ihn in Paris und London gewann. Im Oktober 1909 kam es zum italienisch-russischen Einvernehmen anläßlich der Begegnung Nikolaus' II. mit Viktor Emanuel und ihrer Minister Iswolski und Tittoni in Racconigi. Der italienische Imperialismus, der zur Zeit der bosnischen Krise Kompensationen für sich forderte, bereitete sich auf den Überfall der türkischen Besitzungen in Nordafrika vor. Zunächst hatte er sich die wohlwollende Neutralität Frankreichs und Englands gesichert, jetzt war er bestrebt, sich auch mit Petersburg ein besonderes Einvernehmen zu sichern. Dieser Wunsch wurde auch in Racconigi erfüllt: die russische Regierung gewährte Italien in Nordafrika Handlungsfreiheit gegen die Türkei, die italienische Regierung hingegen ver-

---

[1]) Die englische Regierung weigerte sich von Anfang an „die eigenmächtige Verletzung oder Abänderung des Berliner Vertrages ohne vorausgegangene Befragung der anderen Mächte" anzuerkennen und schlug dem Wiener Kabinett vor, „den Entschluß der Annektion Bosniens und der Herzegowina zu überlegen". Grey, „Twenty-five years" Bd. 1, S. 175/76f. Telegramm Greys an Goschen vom 5. Oktober 1908; deutsch I. S. 173 f.

pflichtete sich, die russischen Interessen in der Meerengenfrage wohlwollend zu unterstützen (§ 5 des Abkommens) [1]). Zur selben Zeit begann die geheime Tätigkeit der Aufrichtung des Bundes der Balkanstaaten, denen sich auf diese Weise die Möglichkeit von „Kompensationen" für die österreichische Annektion eröffnete, auch auf türkischem Gebiet. Diese Tätigkeit, die noch unter Iswolski begann, wurde mit besonderer Energie unter Sasonow fortgeführt. Von seiten Serbiens lag kein Grund zur Beunruhigung vor: Alle Berechnungen und Hoffnungen der Leiter seiner Außenpolitik stützten sich auf die Hilfe Rußlands, Frankreichs und Englands. Fast drei Jahre energischer Bemühungen der russischen Diplomatie waren nötig, um Bulgarien zum Einverständnis zu bewegen, sich an dieser neuen Kombination zu beteiligen. Erst am 30. März 1912 konnte Sasonow endlich die Botschafter in Paris und London benachrichtigen, daß das bulgarisch-serbische Bündnis abgeschlossen, und auf diese Weise Rußland vor der Erweiterung des Einflusses irgendeiner größeren Macht auf dem Balkan gesichert sei [2]).

Diesem ging der zweite Abschnitt der Unterhandlungen Iswolskis über die Öffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe voraus. Im ersten Abschnitt wurde der Versuch bekanntlich von Grey unterbunden, der unwiderruflich darauf hinwies, daß keine Vereinbarungen mit den Zentralmächten (Unterhandlungen in Buchlau) die russischen Wünsche in dieser Frage einen Schritt ihrer Verwirklichung näherbringen könnten. Das Antwortmemorandum Greys ist vom 14. Oktober 1908 [3]) datiert und in seinen Berichten vom 24. Oktober,

---

[1] [Vgl.: Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, II. Bd. Der Tripoliskrieg und der Erste Balkankrieg. D. V. G. 1926. S. 363. Inhalt des Abkommens.]

[2]) [Iswolski a. a. O. II. S. 76. Telegr. Sasonows an Iswolski. Nr. 580.]

[3]) Geheim. Memorandum:

„Die Regierung Sr. Majestät gibt zu, daß die Öffnung der Meerengen eine kluge und richtige Maßnahme wäre (fair and reasonable), und sie wird sich ihr prinzipiell nicht widersetzen.

Der Vorschlag sieht vor, daß die Meerengen auf Basis der Gleichberechtigung für alle geöffnet werden sollen; dieser Vorschlag darf keine Ausnahmeklausel enthalten.

Der Vorschlag birgt die Schwierigkeit, daß Rußland und den Schwarzen-Meer-Staaten (riverain powers) ein besonderes, wenn auch begrenztes Recht gewährt worden soll. Die Regierung Sr. Majestät kann nicht umhin, feststellen zu müssen, daß der Zeitpunkt zur Sicherung einer allgemeinen Zustimmung für ein solches Abkommen äußerst unopportun ist.

Die öffentliche Meinung in England war durch die österreichische Aktion sehr in Anspruch genommen; sie wird sehr enttäuscht sein, wenn Rußland nach seinem Protest gegen die Aktion Österreichs offenbar die Gelegenheit ausnützen wollte, sich einen Vorteil zu sichern, der anscheinend die Stellung der Türkei berührt oder den status quo zu Ungunsten anderer ändern würde.

1. und 29. November 1908 meldete der russische Botschafter in Konstantinopel, Sinowjew, nach Petersburg die von ihm (wie er in einem sehr vertraulichen Telegramm vom 31. Januar/13. Februar 1908 unter Nummer 26 erinnert) aus sehr geheimen Quellen enthaltenen Angaben über Unterhandlungen, die zwischen der türkischen und englischen Regierung in der Frage des Abschlusses eines Geheimabkommens

---

Wenn andererseits die herzliche Zusammenarbeit Rußlands und Englands auf uneigennütziger Grundlage die augenblicklichen Schwierigkeiten überwinden sollte, würde sich hier der gute Eindruck in der öffentlichen Meinung geltend machen und eine Veränderung der Lage in der Meerengenfrage in einem für Rußland günstigen Sinne herbeiführen können.

Die Regierung Sr. Majestät anerkennt trotzdem im Prinzip, daß die Öffnung der Meerengen in irgendeiner Weise vernünftig wäre, und kann sich deshalb der Diskussion dieser Frage nicht entziehen.

Sie fühlt jedoch, daß auf ein rein einseitiges Abkommen, das den Schwarzen-Meer-Staaten in Kriegszeiten den Vorteil sichert, das ganze Schwarze Meer als unverletzbaren Zufluchtsort zur Verfügung zu haben, von wo Schlachtkreuzer und handelsschädigende Schiffe herausfahren, und wohin sie sich nach Belieben zurückziehen könnten, unbehindert von Verfolgungen der kriegführenden Macht, die öffentliche Meinung in England nicht vorbereitet ist, oder zu deren Annahme sie nicht bewogen werden könnte.

Jedes Abkommen müßte deshalb derart sein, daß es, indem es Rußland und den Küstenmächten zu jeder Zeit die Ausfahrt unter solchen beschränkenden Bedingungen gewährt, wie sie Herr Iswolski formuliert hat, und sie vor der Gefahr des Erscheinens einer fremden Seemacht im Schwarzen Meere zu Friedenszeiten sichert, sich in gewissen Punkten auf das Prinzip der Gegenseitigkeit stützt, nach der im Kriegsfalle die kriegführenden Mächte auf gleichen Fuß, soweit es sich um die Durchfahrt der Meerengen handelt, gesetzt werden.

Die Regierung Sr. Majestät möchte ferner bemerken, daß als notwendige Vorarbeit zu jedem Vorschlag das Einverständnis der Türkei erforderlich wäre. In diesem Augenblick auf die Türkei einen Druck ausüben, um sie zu veranlassen, ein Abkommen anzunehmen, das ihr unvernünftig und ihren Interessen bedrohlich erscheint, würde dem Ziele schaden, das England und Rußland gemeinsam ins Auge gefaßt haben, nämlich die Bestrebungen, den Sturz der jetzigen türkischen Regierung, den Wirrwarr und die Anarchie, die sich daraus wahrscheinlich ergeben würden, zu verhindern.

Am 14. Oktober 1908.

Die durch Sperrdruck hervorgehobenen Worte wurden in der „Kopie", die in dem Band „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen" veröffentlicht wurde, durch Gedankenstriche ersetzt. Grey veröffentlichte in seinen „Erinnerungen" gewisse Dokumente, die sich auf diese Unterhandlungen beziehen, aber nicht dies Memorandum, dessen vollständiger Wortlaut zum erstenmal in unserem Vorwort zur russischen Ausgabe des II. Bandes „Konstantinopel und die Meerengen" veröffentlicht ist. Besonderes Interesse verdient die im dritten Absatz ausgelassene Stelle, die unter den Bedingungen der herzlichen Zusammenarbeit Rußlands und Englands die Möglichkeit einer günstigen Wendung in der englischen „Öffentlichen Meinung" vorsieht. Dadurch wurde offenbar die Möglichkeit geschaffen, später von dem „Versprechen" zu reden, das in dieser „Absage" enthalten war.

zwischen beiden Mächten eingefädelt wurden, durch das die beiderseitigen Interessen geschützt werden sollten. Das Telegramm schließt mit folgenden Worten: „Welches Ergebnis die zwischen der Pforte und der englischen Regierung aufgenommenen Unterhandlungen auch haben können, der letzteren ist es bereits gelungen, sich unter Ausnützung der für sie günstigen Umstände ein Mittel zur Erstarkung ihres Einflusses in der Türkei zu sichern.

Die Reorganisation der türkischen Flotte ist dem englischen Kontreadmiral Gamble übertragen, der persönlich den Befehl über die Flotte übernahm und beabsichtigt, in nächster Zukunft mit dem Geschwader eine Rundfahrt durch alle türkischen Häfen des Mittelmeeres bis Beirut durchzuführen. Die Reorganisation der Zollinstitutionen ist gleichfalls einem Engländer, Herrn Crowford, übertragen. Der durch seine Bewässerungsanlagen in Ägypten bekannte Sir William Willcox ist nach Mesopotamien kommandiert, um einen Bewässerungsplan für dies Land aufzustellen. Endlich besuchte in diesen Tagen das Mitglied des englischen Königlichen Privatrates, Sir Ernest Cassel, Konstantinopel, der vom englischen Ministerium beauftragt war, das Projekt einer Errichtung englischer Banken in der Türkei auszuarbeiten.

Selbstverständlich wird der Erfolg der von der Türkei mit englischer Unterstützung vorgesehenen Maßnahmen davon abhängen, ob es der türkischen Regierung möglich ist, die zu ihrer Realisierung notwendigen Mittel ausfindig zu machen."

Noch interessanter ist das streng geheime Telegramm Sinowjews vom 10./23. Januar 1909 Nr. 7:

„In letzter Zeit hat die englische Regierung ihre Bemühungen bei der Pforte wieder aufgenommen, um sie zu veranlassen, für den unaufschiebbaren Ausbau der Verteidigung am Bosporus zu sorgen.

Aus dem Bericht, der vom Großwesir an den Sultan am 21. Dezember (3. Januar) gerichtet wurde, und den ich mir verschafft habe, ersehe ich, daß Kiamil-Pascha sich an den großbritannischen Botschafter gewandt hat, um ihn über die Ursachen, die den Botschafter zu dem erwähnten Drängen bewogen haben, aufzuklären, und daß Sir Gerard Lowter antwortete, die englische Regierung sei der Überzeugung, Rußland werde die erste günstige Gelegenheit benützen, um die Öffnung der Meerengen zu erzwingen, es werde sich vielleicht entschließen, plötzlich etwas zu unternehmen, um die Türkei vor eine vollendete Tatsache zu stellen; angesichts dieser Lage hält es die englische Regierung für ihre Pflicht, der Pforte nachdrücklichst den Rat zu erteilen, alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um einer solchen Zufallseventualität vorzubeugen.

Zur selben Frage gelang es mir, auch noch andere Dokumente zu verschaffen.

Im Telegramm vom 24. Dezember (7. Januar) berichtete der türkische Botschafter in London, daß der englische Staatssekretär für

auswärtige Angelegenheiten ihm mitgeteilt habe, die Türkei brauche die Aufwerfung der Meerengenfrage russischerseits nicht besonders zu fürchten, da in diesem Falle die großbritannische Regierung sich der Mühe der Erklärungen unterziehen werde mit dem Ziele eines Schutzes der Unverletzlichkeit des Prinzips der Schließung der Meerengen für die ausländischen Kriegsschiffe. Auf die Frage Rifaat-Paschas, ob die englische Regierung keine Nachrichten über die Absichten Rußlands, die genannte Frage aufzuwerfen, erhalten habe, antwortete Sir Edward Grey, besonders ausführliche Angaben habe er nicht erhalten, erachte es aber trotzdem nicht für überflüssig, der türkischen Regierung Wachsamkeit zu empfehlen.

Weiter meldete der türkische Botschafter in London in seinem Telegramm vom 29. Dezember (11. Januar), daß der Gehilfe des englischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten ihm eröffnet habe, nach den vom englischen Botschafter in Konstantinopel einlaufenden Angaben nehme der Großwesir die Ratschläge Sir Gerard Lowters im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Verteidigung des Bosporus ausreichend zu sichern, mit höchster Aufmerksamkeit entgegen, aber anscheinend würden die von Kiamil-Pascha erteilten Befehle von den militärischen Behörden nicht ausgeführt, denn bis jetzt sei nichts Wesentliches zur Befestigung der Meerengen geschehen.

Im Telegramm vom 1./14. ds. Mts. machte der türkische Außenminister Rifaat-Pascha den Vorschlag, das Londoner Kabinett darüber aufzuklären, das Artillerieamt solle alle möglichen Maßnahmen zur Sicherung der Verteidigung des Bosporus treffen; um jedoch nicht Gerüchte aufkommen zu lassen, werden diese Maßnahmen unter höchster Vorsicht ausgeführt; dieser Umstand ließ wahrscheinlich den englischen Botschafter die Schlußfolgerung ziehen, daß seine Ratschläge nicht beachtet würden."

Endlich wird in dem Geheimtelegramm Sinowjews vom 8./21. April 1909 unter Nummer 75 mitgeteilt:

„Nachdem der Großwesir vom Erscheinen der englischen Kriegsschiffe in der Nähe der Dardanellen Kenntnis erhielt, wandte er sich an den englischen Botschafter mit der Bitte, ihm die Bestimmung dieser Schiffe zu erklären. Da aber Sir Gerard Lowter es nicht für möglich hielt, dem Wunsche Tewfik-Paschas zu entsprechen, wurde der türkische Geschäftsträger in London beauftragt, in dieser Frage den englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten zu interpellieren.

Im Telegramm vom 5./18. ds. Mts. meldete der genannte Geschäftsträger, Sir Edward Grey habe ihm mitgeteilt, die englische Flotte hätte Befehl erhalten, sich in den türkischen Gewässern zu sammeln, um jedes feindliche Attentat auf die Türkei seitens ihrer Nachbarn zurückweisen und auch auf die Sicherheit der Ausländer

bedacht sein zu können, wenn auch die englische Regierung hoffe, daß die Notwendigkeit dazu nicht vorliegen würde."

Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß die Petersburger Regierung, in ihren Hoffnungen auf London und Paris „enttäuscht", im Februar 1910 erklärte, daß mit Österreich volles Einvernehmen in den Balkanfragen erreicht wäre (seitens Österreichs war in diesem Sinne alles geschehen), und im November 1910 überraschte sie ihre Freunde in London und Paris durch die Zusammenkunft in Potsdam. Die Tatsache, daß Poincaré erst nach seiner Ankunft in Petersburg den Inhalt des serbisch-bulgarischen Vertrages erfuhr, beweist, daß die russische Diplomatie sich nicht beeilte, ihre Karten den Alliierten zu zeigen. Anläßlich der Zusammenkunft Nikolaus' II. mit dem Präsidenten der französischen Republik in Cherbourg (am 3. August 1909) schrieb der belgische Geschäftsträger in Paris, „die schönen Tage der franko-russischen Allianz seien vorüber . . . Von dem frenetischen Jubel sei wahrhaftig nichts übriggeblieben . . . Von diesem Bündnis spricht man wie von einer angenehmen Sache, auf die man aber schwerlich zählen würde, wenn man in die Lage käme, ihrer zu bedürfen [1]."

Iswolski ging als Botschafter nach Paris, seinen Posten nahm Sasonow ein, der seine Tätigkeit mit der Potsdamer Zusammenkunft einleitete und von den regierenden Berliner Kreisen mit großer Sympathie empfangen wurde.

Die Eröffnung der Feindseligkeiten gegen die Türkei seitens Italiens zwingt die russische Regierung, auf die Meerengenfrage zurückzukommen. Am 19. September 1911 (alten Stils) erhält der russische Botschafter in Konstantinopel, Tscharykow, aus Petersburg den Befehl, „die Umstände des italienisch-türkischen Krieges und der deutsch-französischen Unterhandlungen über Marokko auszunützen" und zu versuchen, der neuen türkischen Regierung einige Zugeständnisse abzuringen, besonders die Zulassung der Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen. Die Aufnahme, die die Türken diesem russischen Vorschlag erwiesen, zwingt das russische Außenamt, sich wieder zurückzuziehen. Am 2. Dezember erhielt Tscharykow aus Petersburg folgendes Telegramm: „Da die von Ihnen Assim-Bey (dem türkischen Außenminister) überreichten Punkte vorzeitig ohne unser Verschulden bekannt wurden, halten wir es für unmöglich, die Unterhaltung im Rahmen der Texte, die Sie den Türken mitteilten, weiterzuführen." (Tscharykow wies darauf hin, daß die Türkei in die Möglichkeit versetzt werde, eine Garantie ihres europäischen Besitzes [Mazedonien] gegen die Balkanstaaten zu erhalten.) Am 6. Dezember erklärte die offiziöse Zeitung des türkischen Auswärtigen Amtes („Eni-Gazette"):

[1]) [Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges. 1925. D. V. G. IV. S. 224 ff.]

„Keine türkische Regierung und kein Türke können einen einzigen Augenblick mit dem Gedanken spielen, daß das Ottomanenreich in die Stellung eines russischen Vasallen geraten kann . . . Wir können dem ottomanischen Volke erklären, daß sich die Pforte weigern wird, die russischen Wünsche zu erfüllen."

Der englische Standpunkt wurde vom Gehilfen des Staatssekretärs, Nicolson, dem französischen Botschafter in London, Cambon, mitgeteilt, der ihn dem russischen Botschafter Graf Benckendorff folgendermaßen darlegt: „Seiner Überzeugung nach (Benckendorffs Mitteilung vom 23. Oktober) ist der Standpunkt Englands derselbe wie im Jahre 1908, und ist der jetzige Augenblick (Krieg zwischen Italien und der Türkei) für die Aufwerfung der Meerengenfrage ungeeignet." Grey bestätigte, daß „in Friedenszeiten die Durchfahrt der russischen Schiffe mit Einwilligung der Türkei möglich sei, aber in Kriegszeiten darf man, im Falle der Einmischung Rußlands, die andere kriegführende Macht nicht in eine ungerecht unvorteilhafte Lage bringen[1])".

Die russische Regierung verlangte von Frankreich, als Gegendienst für „die wohlwollende Stellungnahme zu seinen Verhandlungen mit Deutschland über Marokko", daß es „auf Opposition oder Einmischung in solche Fragen verzichten sollte, an denen Frankreich weniger interessiert sei, und wo wir wichtige Interessen haben, nämlich in den Meerengen und in der Mandschurei". (Brief Sasonows an Iswolski nach Paris vom 22. September 1911.) Aus den liebenswürdigen Antworten der französischen Regierung gewann Iswolski den Eindruck (Brief vom 13. Oktober 1911), daß „in der Meerengenfrage Frankreich konform mit England zu gehen wünscht"[2]). Und tatsächlich überreichte am 4. Januar 1912 der französische Minister des Auswärtigen de Selves Iswolski eine Note, in der es hieß, er freue sich, die Erklärungen der französischen Regierung bestätigen zu können, die 1908 abgegeben wurden, und zwar: „Die französische Regierung erklärt sich bereit, ihre Ansichten über diese Frage mit der russischen Regierung auszutauschen, wenn neue Umstände eine Prüfung der Meerengenfrage notwendig machen sollten"[3]).

In Rom beschränkte man sich auf ein Gespräch über die „Festlegung der Verpflichtungen seitens Italiens, die es in Racconigi übernommen hat".

---

[1]) Benckendorff wies darauf hin, daß die Öffnung der Meerengen für die russischen Kriegsschiffe durch die Garantie der Unantastbarkeit Konstantinopels und sogar des ganzen türkischen Gebietes kompensiert werde, worauf Nicolson erwiderte, daß eine solche Garantie mit der Neutralitätspolitik im gegenwärtigen italienisch-türkischen Kriege schwer zu vereinbaren wäre. Siebert, S. 674 und 679.

[2]) [Iswolski a. a. O. I. S. 168.]

[3]) [Iswolski a. a. O. II. S. 24.]

Die deutsche Regierung unterstützte in Konstantinopel aufs energischste die entschlossene Haltung der Jungtürken, und versuchte die Potsdamer Freundschaft zu wahren, indem sie dem russischen Botschafter liebenswürdig mitteilt, daß „sie in keiner Weise unseren Vereinbarungen mit der Türkei betreffs der Meerengen widerspricht". (Mitteilung Osten-Sackens vom 10. November.)

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, Pallaviccini, war so unvorsichtig, Tscharykow zu erklären, daß „das Wiener Kabinett sein prinzipielles Einverständnis mit der Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch die Meerengen erklärte (im Jahre 1908)". Aehrenthal aber erklärte später dem russischen Botschafter in Wien, daß Pallaviccini nur seine persönliche Meinung geäußert hätte; er, Aehrenthal, „sei bereit, freundschaftlich diese Frage zu besprechen, obwohl er sich durch die Versprechen des Jahres 1908 nicht gebunden fühle"; am 10. November desselben Jahres 1911 teilte der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg mit, seine Regierung anerkenne „die speziellen Interessen" Rußlands in den Meerengen, halte es aber für notwendig, eine Formel zu finden, die Österreich vor einem Überfall der russischen Flotte sicherte.

Die offizielle Antwort der türkischen Regierung an den russischen Botschafter vom 8. Dezember lautete: „Die ottomanische Regierung kann im Einklang mit den Verträgen, die bis 1871 abgeschlossen und durch den Berliner Kongreß bestätigt wurden, die ausschließliche Durchfahrt der russischen Flotte durch die Meerengen in Friedenszeiten wie auch während des Krieges nicht zulassen, und erklärt, daß alle Rechte auf die Meerengen ausschließlich der ottomanischen Nation und ihrem Souverän im Interesse des Schutzes der Unverletzlichkeit des ottomanischen Gebietes gehören."

Sasonow konnte die unbequeme Lage nur durch die Erklärung erleichtern, die an demselben Tage dem Mitarbeiter des „Temps" abgegeben wurde, daß die russische Regierung keine offiziellen Demarchen in der Meerengenfrage unternommen habe, die Unterhandlungen Tscharykows mit dem türkischen Minister des Auswärtigen theoretischen und privaten Charakter trügen, und Tscharykow den Rahmen der ihm gegebenen Instruktionen überschritten hätte.

So erlitt die russische Regierung eine Niederlage, indem sie versuchte, eine Änderung der Lage hinsichtlich der Meerengen mit Hilfe Österreichs (in Buchlau) herbeizuführen; indem sie ferner versuchte, sich auf Paris und London zu stützen, die Unterstützung in dieser Frage aber nicht im voraus bezahlt hatte, erlitt sie eine zweite Niederlage; als sie schließlich versuchte, sich auf die Balkanstaaten zu stützen und die Vermittlung zwischen ihnen und der Türkei auszunützen, erlitt sie die dritte Niederlage. Der „Hebel" in der Meerengenfrage entglitt ihr. Aber er arbeitete dort vorzüglich, wo die

Rede von der Bildung einer allgemeinen ententefreundlichen Orientierung war, vornehmlich bei der Bildung der Balkan-„Konföderation". Hier war die einzige Bedingung des Erfolges, daß man die Spitze dieses „Kriegsinstrumentes", wenn nicht ausschließlich, so doch hauptsächlich gegen Österreich-Ungarn und so auch gegen das mit ihm verbündete Deutschland richtete. Dieser Bedingung entsprach die ständige Weigerung Petersburgs, das russisch-österreichische Abkommen vom Jahre 1897[1]) zu verlängern oder einen neuen Vertrag zu schließen, der Österreich-Ungarn vor der Gefahr der Bildung einer Balkanliga geschützt hätte. „Der erste Triumph der russischen Politik", schrieb vom österreichischen Standpunkt ganz richtig Graf Andrassy, „war die Bildung eines Balkanbundes unter russischem Protektorat und zwar zuerst gegen die Türkei, dann aber im Fall der Notwendigkeit gegen uns. Dieser Balkanbund war die vollständigste Niederlage für unsere Politik: er verdrängte uns vom Balkan"[2]).

Die Desavouierung und später der Abgang Tscharykows konnten die Frage nicht erschöpfen. Am 23. November 1911 erklärte Italien seine Absicht, die Dardanellen zu blockieren, und im April 1912 wurden die Meerengen von der Türkei tatsächlich geschlossen[3]). Die Petersburger Diplomatie verlangte die Unterstützung Paris' und Londons im Interesse der Öffnung der Meerengen. Es kam zu einem lebhaften Notenwechsel, aber das Ergebnis war der französische Vorschlag, eine Konferenz zur Liquidierung des italienisch-türkischen Krieges einzuberufen. Bevor der Vorschlag verwirklicht wurde, öffnete die Türkei die Meerengen wieder und schloß mit Italien Frieden. In diesem Notenwechsel ist der Brief Iswolskis an Sasonow vom 26. April (9. Mai) 1912 von besonderem Interesse; Iswolski schreibt: „Poincaré skizzierte sozusagen flüchtig eine Idee . . . wenn unsere Ansicht von der Verpflichtung der Türkei, zu Kriegs- und Friedenszeiten dem neutralen Handel die Meerengen offen zu halten, sich durchsetzen sollte, so würde dies letzten Endes zu ihrer förmlichen Neutralisierung führen, und das um so mehr, als dieser Standpunkt der augenblicklich allgemeinen Tendenz des Völkerrechts entspräche. Das dürften wir seiner Ansicht nach nicht aus dem Auge lassen, um nicht eines Tages mit unseren eigenen politischen Interessen und unsern eignen Absichten in Widerspruch zu geraten[4])."

---

[1]) A. F. Pribram, Österreich-Ungarns Geheimverträge. 1879/1914. Wien 1920. [Außerdem: E. Brandenburg, Von Bismarck bis zum Weltkrieg. 2. Aufl. 1925. S. 85.]

[2]) G. R. J. Andrassy, Die Diplomatie und der Weltkrieg. S. 47.

[3]) Die Schließung erfolgte am 19. April 1912, die Wiedereröffnung am 18. Mai 1912.

[4]) Siebert S. 504. [Iswolski a. a. O. II. S. 107.]

2. *Die Krise 1912/13*

Inzwischen kam der Balkankriegsmechanismus in Bewegung, und die russische Diplomatie erntete die ersten Früchte ihres ersten Triumphes. Unter der Begleitung von Begrüßungen der Wiener und Berliner Presse gingen die siegreichen bulgarischen Truppen gegen die Tschataldscha-Linien vor, die letzte Befestigungslinie auf dem Wege nach Konstantinopel. Die offiziöse Wiener Presse forderte Bulgarien auf, ans Ende zu gehen, und behauptete, daß niemand sie zu hindern vermöchte, Konstantinopel zu besetzen; und daß „die öffentliche Meinung Österreich-Ungarns wünscht, daß den Bulgaren jenes Symbol des völligen Sieges über die Türkei, die Besetzung Konstantinopels durch ihre Truppen beschieden sein möchte". Auch die Berliner Presse begrüßte den bevorstehenden Einzug Ferdinands in den Dom der Heiligen Sophia. Um mit Professor Schiemann zu reden, „waren die Deutschen bulgarischer als die Bulgaren selbst". Gleichzeitig wurde Radko Dmitriew nach Petersburg geschickt, um mit der russischen Regierung Verhandlungen über Möglichkeiten in der Konstantinopelfrage zu führen, deren völliger Mißerfolg im Voraus gegeben war.

In Wien wie in Berlin wurden Berechnungen angestellt, in den Hauptpunkten waren sie das Ergebnis der Reise Ferdinands (mit dem bulgarisch-serbischen Kriegsvertrag in der Tasche) im Sommer 1912 nach Wien und Berlin, — man berechnete, ob die bulgarische Hegemonie auf dem Balkan den gesamten Balkan-„Kriegsmechanismus" gegen seine ursprünglichen Erfinder, d. h. gegen Rußland richten würde. So glaubt Professor Veit Valentin in seinem Buche, das auf Grund der Dokumente des Berliner Auswärtigen Amtes geschrieben wurde, feststellen zu müssen, daß sich die Dinge tatsächlich so abgespielt haben. „Dem bulgarischen König", sagte er, „ist es gelungen, die gegen Österreich gerichtete Spitze der Balkankombination in der Richtung der serbischen und großmächtig russischen Aspirationen abzuleiten, und da die bulgarische öffentliche Meinung laut den Krieg und die Befreiung der mazedonischen Brüder forderte, krönte er am 19. Juni 1912 das Bündnis mit Serbien mit dem Militärabkommen, indem er im Juli und August gleichzeitig mit Serbien eine Militärkonvention mit Griechenland und Montenegro gegen die Türkei schloß. Wie wenig die Panslawisten und sogar das offizielle Rußland an dieser letzten Entwicklung beteiligt waren, zeigt die Tatsache, daß Rußland Serbien unmittelbar vor Beginn des Krieges geraten hat, Bulgarien über Bord zu werfen. Das Balkanbündnis war in seiner letzten tatsächlichen Verwirklichung die Schöpfung des Königs Ferdinand von Bulgarien, und darum war es in Wirklichkeit gegen Rußland noch mehr als gegen die Türkei orientiert. Die Liquidation der Europäischen Türkei ohne die russische Hegemonie und die Vorherr-

schaft in Konstantinopel wäre doch ein Schlag gegen die Grundbestrebungen der russischen Großmacht. Und dafür rechnete Rußland mit Bulgarien ab[1]."

Die Konjunktur des Jahres 1912 ist von einer so wesentlichen Bedeutung für die Vorgänge des Jahres 1914, daß man bei ihr verweilen muß, um so mehr, als sie eher durch ihre Darstellung verdunkelt als durch die offiziellen Dokumentenausgaben erhellt wurde. Ein Beispiel für eine solche unrichtige Beleuchtung der Tatsachen finden wir in der genannten Arbeit des Professors Valentin. „Den auf dem Balkan aktiv interessierten Mächten," schreibt er[2]), „Rußland, Österreich-Ungarn, stand die Gruppe der inaktiv interessierten, Deutschland, England und Frankreich, gegenüber. Deutschland vereinigte sich mit den Mächten der Entente cordiale im gemeinsamen Wunsch, den europäischen Frieden zu erhalten und den Kampf auf dem Balkan zu lokalisieren. Sie einigten sich untereinander, um auf ihre Alliierten, Rußland und Österreich-Ungarn, im gleichen Sinne einzuwirken. Poincaré hat persönlich die Initiative zum Erhalten des Friedens und des status quo genommen."

Das Buch des Professors Valentin erschien 1921, somit waren ihm die Ergebnisse der Archivforschungen unbekannt, die 1922 in Moskau veröffentlicht wurden. Wenn er einfach den Standpunkt vorausgenommen hat, der die Verfasser des französischen Gelbbuches über die Balkanfragen 1912/13 geleitet hat, so könnten seine Worte bei Gegenüberstellung mit den russischen Dokumenten als gewollte Ironie erscheinen.

Ende Juli 1912 weilte der Präsident des Ministerrates und Außenminister Poincaré in Petersburg[3]). Der alleruntertänigste Bericht Sasonows vom 4./17. August 1912 über die Besprechungen mit Poincaré verzeichnet: 1. Die erfolgreiche Beendigung der Unterhandlungen zwischen den Chefs des französischen und russischen Admiralstabes, den Abschluß und die Bestätigung der Marinekonvention; 2. Die Forderung Poincarés auf Erfüllung des Wunsches des französischen Generalstabes, den Schienenstrang auf den strategischen Bahnen, die zur Westgrenze führen, zu verdoppeln; 3. Die Mitteilung Poincarés vom ganz geheimen mündlichen Abkommen zwischen der englischen und der französischen Regierung, kraft dessen sich England bereit erklärte, „Frankreich mit seiner Land- und Seemacht zu Hilfe zu kommen, falls dieses von Deutschland angegriffen würde",

---

[1]) V. Valentin, Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges. S. 112. „Daß Ferdinand mit der Wiener Regierung zusammengearbeitet hat", ist kaum widerlegbar.

[2]) Ebd. S. 113.

[3]) Welche Bedeutung dieser Reise in Paris beigemessen wurde, zeigen die pamphletartigen Memoiren Poincarés selbst. „Au service de la France" Bd. 2. S. 100.

— England versprach, „Frankreich zu Lande durch ein an die belgische Grenze zu entsendendes Detachement in Stärke von 100 000 Mann zu unterstützen, um einen vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee in Belgien abzuwehren“[1]). Dabei „berührte Poincaré die Möglichkeit eines gleichzeitigen Zusammenwirkens der Seestreitkräfte Rußlands und Englands“ und fragte Sasonow, ob er anläßlich seiner bevorstehenden Reise nach England mit den englischen Ministern in diesen Fragen nicht ein gemeinsames Vorgehen erörtern wollte; 4. Gegenüber dem bulgarisch-serbischen Abkommen äußerte Poincaré Befürchtungen wegen seines offensiven Charakters und eventueller Verwicklungen auf dem Balkan, die jeden Augenblick möglich seien; „Poincaré hielt es für seine Pflicht, hervorzuheben, daß die öffentliche Meinung in Frankreich der französischen Regierung nicht gestatten würde, sich in reinen Balkanangelegenheiten für ein militärisches Vorgehen zu entscheiden, wenn nicht Deutschland daran beteiligt sei und durch seine eigene Initiative einen casus foederis schaffe. In letzterem Falle könnten wir selbstredend auf die genaue und restlose Erfüllung der Pflichten Frankreichs uns gegenüber rechnen.“ Darauf erklärte Sasonow seinerseits, „daß . . . auch wir vor der russischen öffentlichen Meinung es ebenfalls nicht würden rechtfertigen können, wenn wir uns aktiv an militärischen Operationen beteiligen sollten, die durch irgendwelche außereuropäischen, kolonialen Angelegenheiten hervorgerufen würden, es sei denn, daß vitale Lebensinteressen Frankreichs in Europa betroffen wären“. Dieser Bericht endet mit einer Verherrlichung Poincarés, der als „treuer und zuverlässiger Freund“ gefeiert wird, „einen nicht gewöhnlichen staatsmännischen Verstand und unbeugsame Willensstärke“ besitzt: „im Falle einer Krise in den internationalen Beziehungen wäre es sehr erwünscht, daß an der Spitze der Regierung unserer Verbündeten, wenn nicht Herr Poincaré selbst, so doch eine Persönlichkeit stünde, die die gleiche Entschlossenheit besitzt und ebenso frei von jeder Furcht vor Verantwortung ist, wie der augenblickliche französische Premierminister“[2]). Am 30. August (12. Sep-

---

[1]) „Poincaré bat mich dringend, unbedingtes Stillschweigen über diese Information bewahren und selbst den Engländern nicht Anlaß zu der Vermutung zu geben, daß wir darüber unterrichtet seien.“

[2]) Die eigenhändige Aufzeichnung Poincarés über diese Unterredung, die sich im Archiv des französischen Auswärtigen Amtes befindet, lautet:

„Ich bitte Sasonow, mich über das serbisch-bulgarische und das griechisch-bulgarische Abkommen zu informieren. Verheimliche nicht, daß es mir unverständlich ist, weshalb Rußland Frankreich nicht darüber unterrichtet hat. Iswolski sagte mir, er kenne sie nicht, versicherte mich aber, ihr Ziel wäre Aufrechterhaltung des status quo“, — woran Poincaré — beiläufig — einfach nicht glaubte. Nachdem Poincaré mit dem russischen Wortlaut des serbisch-bulgarischen Vertrages in der Übersetzung Sasonows bekannt gemacht ist, stellt er fest: „Hier wird über den status quo nur im Falle seiner Verletzung

tember) berichtet Iswolski in einem privaten, streng vertraulichen Brief aus Paris Sasonow seine Unterhandlungen mit Poincaré nach der Rückkehr des letzteren aus Petersburg. Poincaré ist durch die Nachrichten aus den Balkanhauptstädten etwas beunruhigt, „wo der Kampf der militärischen Elemente (die, um ihre Existenz zu retten, um jeden Preis aus der augenblicklichen Konjunktur Vorteil ziehen wollen) gegen die Radikalen und die Antimilitaristen geht" . . . „Poincaré glaubt, daß der bulgarisch-serbische Geheimvertrag sowohl auf die Bulgaren als auf die Serben aufreizend wirkt", „sollte infolge einer Erklärung russischerseits Bulgarien nicht imstande sein, aus der augenblicklichen Lage Vorteil zu ziehen, so würde das dem russischen Prestige und Einfluß in Bulgarien sowie der Idee der politischen Freundschaft und Verständigung der Balkanstaaten unter russischer Leitung einen schweren Schlag versetzen. Die Nachfolger Geschows, die Stambulowisten oder die Radoslawisten, würden sofort die Konvention mit Serbien zerreißen und zu ihrem alten Schaukelsystem zwischen Rußland und Österreich, sowie zu dem Buhlen um die Gunst Wiens zurückkehren. Ferner sagte mir Poincaré, daß nach seinen Informationen Österreich-Ungarn im Falle eines kriegerischen Vorgehens Serbiens keinesfalls im Sandschak vordringen, wohl aber je nach dem Gang der Ereignisse sich gegen Belgrad wenden werde; selbstverständlich könne das Rußland nicht gleichgültig lassen, und dies werde wahrscheinlich zum allgemeinen Kriege führen". Dann wiederholte Poincaré seine Erklärung, die er Sasonow hinsichtlich der Einhaltung der Bündnisverpflichtungen im Falle des Eingreifens Deutschlands abgegeben hatte, und bemerkte, daß im Hinblick auf die kritische Lage auf dem Balkan die höheren französischen Militärbehörden mit verstärkter Aufmerksamkeit alle Kriegseventualitäten prüften, er wisse, daß die eingeweihten und verantwortlichen Persönlichkeiten die Aussichten Rußlands und Frankreichs im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes sehr optimistisch beurteilten; diese optimistische Auffassung gründe sich unter anderem auf der Einschätzung der Kräfteablenkung, die die vereinigten Kräfte der Balkanstaaten (mit Aus-

---

gesprochen . . . Der Vertrag hat eine kriegerische Spitze nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Österreich. Er richtet darüber hinaus die Hegemonie Rußlands über beide Königreiche auf, da Rußland als Schiedsrichter bei allen Unstimmigkeiten erscheint. Ich erklärte Sasonow, daß diese Konvention keineswegs dem Wortlaut entspräche, den man mir gegenüber formuliert habe, und daß sie tatsächlich ein Kriegsvertrag (instrument de la guerre) sei und nicht nur die geheimen Pläne der Serben und Bulgaren enthülle; man könne aber fürchten, daß sie auf die Unterstützung Rußlands rechnen" . . . (Ministère des affaires étrangères. — Documents Diplomatiques. „Les affaires balkaniques 1912/14". I. S. 38.) Damit sind die Aufzeichnungen Poincarés erschöpft. Die Herausgeber dieser Ausgabe berufen sich in einer Anmerkung auf den Bericht Sasonows. Vgl. auch R. Poincaré a. a. O. Kap. IV.

[Der Bericht Sasonows an Iswolski a. a. O. II. S. 219—226.]

nahme Rumäniens) bedeuten würden, indem sie entsprechende Teile der österreich-ungarischen Streitkräfte auf sich ziehen würden [1]).

In Petersburg schwankte man unzweifelhaft zwischen den Einflüsterungen aus Paris, das Prestige und den Einfluß Rußlands auf dem Balkan zu verteidigen, und dem Stolypinschen Gebot der Vorsicht. Der Premierminister Kokowzew als Geschäftsmann verspürte keine Neigung zu dem „Fiebertraum", vor dem Stolypin warnte. Solange Nikolaus II. mit Nikolai Nikolajewitsch und anderen kriegerischen Generalen in Spala auf der Jagd weilte, stieg die Stimmung. Wenn aber der Kaiser nach Zarskoje Selo zurückkehrte und über die innere Lage informiert wurde, vollzog sich ein starker Umschlag: Die in Aussicht genommene Mobilmachung gegen Österreich wurde widerrufen, und der dem Zaren gefügige Sasonow entfernte sich ganz von dem Poincaré gefügigen Iswolski [2]).

Der Besuch in England (Unterredungen mit dem König, Grey und Bonar Law auf Schloß Balmoral) bestätigte Sasonow formell die Existenz einer anglo-französischen Vereinbarung über Kriegsaktionen zur See und auf dem Kontinent; außerdem „erklärte Grey ohne Bedenken, im Falle des Eintretens der vorausgesehenen Umstände würde England alle Anstrengungen machen, um der deutschen Seemacht den empfindlichsten Schlag zu versetzen"; der König rief in sichtlich erregtem Tone aus: im Falle eines Zusammenstoßes würden die Engländer nicht nur die deutsche Kriegsflotte vernichten, sondern auch „jedes deutsche Handelsschiff versenken, das ihnen in die Hände fiele". Aber unter dem Eindruck seiner Unterhandlungen in England berichtete Sasonow dem Zaren, daß England die Unzufriedenheit der Muselmanen (in Indien) nicht auf sich laden und die Lage der englandfreundlichen türkischen Regierung (Kiamil-Paschas) in keiner Weise schwächen möchte. Unter solchen Umständen dürfe man auf die Unterstützung Englands, falls „ein energischer Druck auf die Türkei" erforderlich sein sollte, nicht rechnen. Hinsichtlich Frankreichs gewann Sasonow im Verlauf seines Pariser Aufenthalts die Auffassung, man befürchte dort, daß die Balkanereignisse Frankreich in einen Krieg verwickeln könnten; man befürchte Verluste für die französischen Kapitalsanlagen auf der Balkanhalbinsel, deshalb ersehne die französische Regierung „so glühend" eine friedliche Lösung der entstandenen Konflikte.

In Berlin überzeugte sich Sasonow, daß Deutschland gleichfalls die Verwicklung in den Krieg fürchte und deshalb zu allem bereit

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 249—252.]

[2]) Vgl. G. Buchanan, Meine Mission in Rußland. Berlin 1926. S. 69. Valentin erzählt auch, daß der französische Botschafter in Berlin, Cambon, einem deutschen Staatsmann gegenüber sich über die Unzuverlässigkeit der „phantastisch schwankenden russischen Politiker beschwerte, die sogar Frankreich gegenüber ein kapriziöses Doppelspiel trieben", a. a. O. S. 114.

sei, um den Krieg auf dem Balkan zu lokalisieren, wenn man ihn nicht verhindern könnte. Aber hier mußte Sasonow vom Kanzler und Staatssekretär des Äußern mit Nachdruck Worte des Bedauerns im Hinblick auf den Besuch der französischen Grenzfestungen durch Nikolai Nikolajewitsch und die Teilmobilmachung im Warschauer Militärbezirk hören. Trotzdem beendet Sasonow seinen Bericht mit den Worten: „unsere Beziehungen zu Deutschland sind im Grunde genommen stets von aufrichtiger Freundschaft getragen, die Ew. Kaiserliche Majestät durch die persönliche Begegnung mit Kaiser Wilhelm im Juli d. J. zu festigen geruht hatten“ [1]).

Am 3. Oktober suchte der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Thurn Sasonow auf, der erklärte, daß „selbst, wenn die Ereignisse zu einer Erweiterung Bulgariens bis zu der im Frieden von San Stefano vorgesehenen Grenze führen sollten, werde Österreich dieser Eventualität mit vollster Ruhe entgegensehen, d. h., daß es für sich selbst keinerlei territoriale Vergrößerung auf der Balkanhalbinsel suche. Sasonow stellte als Antwort die Frage: „Und wie würde sich Österreich-Ungarn zu einer Vergrößerung Serbiens verhalten?“ „Österreich“, antwortete der Botschafter, „kann keinesfalls zugeben, daß ihm der Weg nach Saloniki abgeschnitten wird, und es könne sich deshalb mit einer Ausdehnung Serbiens bis zum Meere nicht zufriedengeben.“ Der Botschafter erklärte, daß ein Ausgang zum Ägäischen Meere für den österreichischen Handel mit dem Orient notwendig sei. „Keine Regierung könnte der öffentlichen Meinung widerstehen, wenn sie auf dies Ziel verzichtete [2]).“

Am 4. Oktober verschickte Poincaré nach Vereinbarung mit Sasonow (der sich in Paris befand) den Wortlaut eines Vorschlages über einen Kollektivschritt der Mächte bei den Balkanländern und der Türkei mit dem Hinweis, daß die Mächte „alle Maßnahmen, die zum Friedensbruch führen könnten, energisch verwerfen“, falls der Krieg trotzdem ausbrechen sollte, „würden sie bei Beendigung des Konfliktes keine territoriale Veränderung des gegenwärtigen status quo auf dem Balkan zulassen“, ferner wünschen sie, „im Interesse der christlichen Bevölkerung die Verwirklichung der administrativen Reformen in der Europäischen Türkei in die Hand zu nehmen, selbstverständlich ohne dabei die Integrität des Gebietes des Ottomanenreiches irgendwie zu verletzen“ [3]). Am selben Tage befahl Neratow

---

[1]) Der alleruntertänigste Bericht Sasonows, datiert „1912, IX“, ist in Band III des „Krasnij Archiv“ veröffentlicht.

[Die Begegnung fand in Baltisch-Port statt. Bericht bei Iswolski a. a. O. II. S. 289—302.]

[2]) Aktennotiz des Kanzleidirektors des Außenministeriums Schilling mit der Bemerkung Sasonows „Richtig“. „Materialien“, S. 276. Iswolski a. a. O. S. 305 f.

[3]) [Iswolski a. a. O. II. S. 272.]

(der Leiter des Außenamtes während der Abwesenheit Sasonows) dem Botschafter in Konstantinopel, Giers, bei der Pforte energische Vorstellung zu erheben infolge „der herausfordernden Haltung der Pforte" gegenüber den Balkanstaaten; die Türkei, erklärte er, will den Grenzzwischenfall mit Montenegro nicht friedlich lösen, verschloß ihre Grenzen für die Durchlassung militärischer Transporte für Serbien und legte auf griechische Schiffe Embargo, die in russischen Häfen Getreide verladen hatten[1]).

England schloß sich diesem Schritt nicht an[2]). Poincaré und Sasonow schlugen vor, diese Vorstellungen gegenüber der Türkei sollten mit redaktionellen Abschwächungen seitens Rußlands und Österreichs im Namen aller Mächte erfolgen (Telegramm Sasonows aus Paris vom 6. Oktober). In einer neuen Fassung wurde von der Unzulässigkeit der Änderung „des territorialen status quo in der Europäischen Türkei" bei Beendigung des Konflikts gesprochen[3]). Trotzdem zögerte England, sich diesem Schritt sogar noch in dieser Form anzuschließen. Die Motive seiner Zurückhaltung sind in dem oben zitierten Bericht Sasonows verzeichnet; dies Versprechen der Erhaltung der territorialen Einheit überzeugte niemanden, am wenigsten die Türkei. Tatsächlich verbarg sich hinter diesem Versprechen die Sorge der Nichtduldung der Vergrößerung des türkischen Gebiets im Falle eines türkischen Sieges über die Verbündeten, und die Leichtigkeit, mit der die allgemeine Formel „status quo territorial actuel dans les Balkans" durch die Formel „status quo territorial dans la Turquie d'Europe" abgelöst wurde, konnte weder die türkische Regierung und ihre Londoner Gönner noch die kriegerischen Balkanregierungen verführen. Das einzige Ziel der Vorschläge Poincarés und Sasonows war das Bestreben, die Kontrolle über weitere Ereignisse in ihren Händen zu behalten. Daraus folgte auch der weitere Vorschlag Sasonows, eine internationale Konferenz einzuberufen im Interesse der Vermittlung und Liquidierung des Krieges, falls er ausbrechen sollte, eine Konferenz, die sogar im Falle des Sieges der Türkei alle notwendige Garantie dem Block der Ententemächte sichern würde (dabei war in diesem Augenblick der Friede zwischen Italien und der Türkei noch nicht geschlossen). Den Gedankengang Sasonows erhellen folgende Umstände: Bei Beginn der Kriegshandlungen sandte Poincaré am 15. Oktober an die Botschafter Frankreichs einen Runderlaß, den Regierungen, bei denen sie akkredi-

---

[1]) Es muß bemerkt werden, daß die Waffenversorgung der Balkanländer damals in großen Mengen von verschiedenen Seiten erfolgte. — [Iswolski a. a. O. II. S. 272.]

[2]) In Greys Memoiren über die Politik Englands während des Balkankrieges vom Beginn des Krieges bis zur Eröffnung der Londoner Konferenz wird über diesen Punkt völliges Schweigen bewahrt.

[3]) [Iswolski a. a. O. II. S. 277.]

tiert waren, die Formel einer kollektiven Vermittlung („zu passender Zeit", fügte Grey hinzu) und der Einberufung einer Konferenz vorzuschlagen. Punkt 4 dieser Formel lautete: „Die Mächte kommen außerdem noch dahin überein, nichts gegen die Souveränität Seiner Majestät des Sultans und gegen die Integrität des türkischen Reiches zu unternehmen[1]." Sasonow telegraphiert als Antwort auf diesen Vorschlag an Iswolski: Eine Konferenz während des Krieges könne nicht auf die erforderliche Autorität rechnen, deshalb sei er gegen die Einberufung einer Konferenz, falls die Vermittlung mißlingen sollte, glaubte aber, daß es vorzuziehen wäre, gegenwärtig vorläufig Punkt 4, der die Wiederholung der Souveränität des Sultans enthält, wegzulassen[2]. Trotzdem behält Poincaré diesen Punkt bei, unter Berufung auf den Wunsch des Londoner Kabinetts. Dann erhob Petersburg eine neue Einwendung: „Die Reformen werden nur als Verhandlungsgegenstand erwähnt, während man den Punkt der Unverletzbarkeit des Gebietes zum Prinzip erhebt", — „in weiteren Unterhandlungen wird es notwendig sein, der richtigen Festsetzung dieser Grundsätze die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, falls man sie überhaupt beibehalten will." (Neratow an Iswolski den 19. Oktober[3].)

In derselben Zeit vermied das Berliner Kabinett sorgfältig selbst das Wort „Reformen", das es durch den Ausdruck „Verbesserung der Verwaltung" ersetzte; Poincaré meinte, daß die Fortlassung des vierten Punktes „bei den Mächten Mißtrauen gegen uns erwecken und eine Sonderaktion Deutschlands und Österreichs nach sich ziehen wird", obwohl Poincaré einverstanden sein müßte, wenn sie die Fortlassung des vierten Punktes fordern, telegraphierte Iswolski an Sasonow[4]. In einem der interessantesten Dokumente des Gelbbuches über die Balkanfragen[5], in dem Briefe des beobachtenden und klugen Jules Cambon an Poincaré aus Berlin wird vermerkt, daß die Berliner Diplomatie im Hinblick auf den Balkankrieg eine Dispersion zwischen dem „muselmanischen England und dem griechisch-katholischen Rußland erwartete"[6]. Gemeinsames haben sie nur in dem Punkte der Sicherung des freien Handels durch die Meerengen. Die kompromißlerische Politik Sasonows kann von Zeit zu Zeit die Engländer

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 288 f.]
[2]) [Iswolski a. a. O. II. S. 304.]
[3]) [Iswolski a. a. O. II. S. 308.]
[4]) [Iswolski a. a. O. II. S. 310.]
[5]) Nr. 191, S. 116—18.
[6]) Grey verzeichnet, auf der Londoner Konferenz wäre Paul Cambon, der auf der Konferenz präsidierte, mit dem Verhalten des Chefs des Foreign Office unzufrieden gewesen. Cambon fürchtete, Rußland würde wieder einen Prestigeverlust erleiden und dies würde auf das französisch-russische Bündnis und die Entente mit uns ungünstig rückwirken. Grey a. a. O., Bd. I. S. 274 [deutsch I. S. 262].

befriedigen, aber erstens leisten die extremen panslawistischen Elemente Sasonow und Iswolski Widerstand (Hartwig erklärte Pasitsch in Belgrad, die Politik Sasonows sei keine russische Politik; wenn die Türken die Slawen besiegen sollten, würde das russische Volk alle Widerstände brechen); zweitens, „wenn die Bulgaren bis San Stefano kommen sollten, werden die Russen und Engländer keine gemeinsame Sprache finden", wie Kiderlen (der Staatssekretär des deutschen Amtes) bemerkte. „Hier war eine neue Gefahr, die verscheucht werden mußte", bestätigt Poincaré zum Zitat dieser Worte [1]). In Berlin wird die Möglichkeit einer völligen Umgruppierung der Mächte im Falle dieses eventuellen Bruches und der in gleicher Weise möglichen Annäherung an Österreich zugegeben (die letztere kündete sich schon bereits bei den 4 Punkten Poincarés an). Die Hauptaufgabe der französischen Diplomatie sieht Jules Cambon deshalb in der Verhinderung eines Bruches zwischen England und Rußland auf dem Weg einer Vermittlung zwischen Österreich und Rußland, wobei Frankreich die Mitarbeit Deutschlands gesichert ist, da die Lage der letzten beiden Länder in vielem die gleiche ist. Hier ist der Schlüssel zur „friedenspendenden" Politik Poincarés.

Wenn aber für die russische Diplomatie jener Zeit das Spiel nach zwei Seiten hin charakteristisch ist, unterliegt in dieser Hinsicht die französische Diplomatie, wie wir noch sehen werden, auch dem Einfluß der Umstände, die einen inneren Widerspruch in sich bargen. Jules Cambon war natürlich gegen Hartwig strenger als gegen Millerand und gegen Iswolski strenger als gegen Poincaré.

Das Berliner Kabinett war, wie Jules Cambon meinte, bereit, auf ein anderes Pferd zu setzen und erstrebte eine mit England und Österreich gemeinsame Grenzregelung im Sinne der Befriedigung der Ansprüche der Balkanverbündeten. Rußland sollte darüber nur in Kenntnis gesetzt werden [2]).

Gleichzeitig kam Iswolski, der „Tag und Nacht alle Eventualitäten erwogen hatte, die eintreffen könnten" [3]), zu der Überzeugung, daß der entscheidende Sieg der Balkanstaaten sofort in ihrer ganzen historischen Größe die Frage eines Kampfes des Slawentums nicht nur mit dem Islam, sondern auch mit dem Germanentum aufwerfen würde, in diesem Falle könnte man kaum auf irgendwelche Palliativmittel setzen, sondern müsse sich auf einen großen und entscheidenden allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten. Der entscheidende Sieg der Türkei würde uns die moralische Verpflichtung auferlegen,

---

[1]) D. D., Cambon an Poincaré am 25. Oktober. Nr. 200, S. 122. Am nächsten Tag fügte er hinzu: „Meiner Meinung nach muß man sich mit Rußland beraten und es nicht nur in Kenntnis setzen, wie Kiderlen vorgeschlagen hat."

[2]) Brief an Sasonow vom 23. Oktober. — „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen", S. 289. [Iswolski a. a. O. II. S. 312—315.]

[3]) Ebenda S. 269.

den slawischen Staaten zu Hilfe zu kommen. Iswolski schlug (zugleich mit Sasonow und Poincaré) für diesen Fall die Mobilmachung und Verwicklungen an der kaukasischen Grenze vor, mit der Behauptung, daß der Krieg dort einen lokalen, niemanden berührenden Charakter annehmen würde.

Endlich: die Verschleppung der kriegerischen Aktionen ohne entscheidende Erfolge auf der einen oder andern Seite dürfte die Vermittlung der Mächte hervorrufen, aber auch irgendwelche Unruhen in der Türkei veranlassen, für diesen Fall müßte man zu einer kollektiven Demonstration der Mächte, d. h. zur Truppenlandung am Bosporus bereit sein (ein alter seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts auftauchende Gedanke: alle russischen Staatsmänner in der Opposition beanspruchten die Ehre der Bekämpfung dieses Gedankens, servierten aber alle denselben Gedanken, wenn man von ihnen „positive Tätigkeit" verlangte. Selbst Witte sündigte in dieser Beziehung vor seinem Tode).

Am 25. Oktober herrschte in Berlin infolge des entscheidenden Sieges der Bulgaren große Aufregung. In Wien war sie noch größer, hier erwartet man von Berlin aus Schritte, die Deutschland in den Konflikt hineinziehen könnten. Inzwischen macht sich in Paris „unter dem Eindruck der letzten Ereignisse", wie Iswolski an Sasonow am 28. Oktober telegraphiert[1]), „ein ernsthafter Umschwung der Stimmung zugunsten der Balkanstaaten und des russischen Standpunktes bemerkbar"[2]). „Sogar die Börse, deren Sympathien zuerst der Türkei zuneigten, reagiert jetzt auf die Siege dieser Staaten mit einer Hausse"[3]).

Der Augenblick ist tatsächlich „psychologisch": Poincaré gibt öffentlich eine Erklärung über die russische Bündnistreue Frankreichs und läßt der Presse auf Umwegen in einer Art Information die Nachricht über den Berliner Vorschlag und den französischen Verzicht auf diesen Vorschlag zukommen, warnt auch gleichzeitig Sasonow vor den Bestrebungen Kiderlens, Rußland zu isolieren[4]), um dieser Drohung auszuweichen, müsse die russische Regierung uns bitten, den Mächten sofort die Vermittlung vorzuschlagen; sollte sich Sasonow nicht entschließen, öffentlich diese Bitte zu formulieren,

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 320.]

[2]) Am 28. Oktober formulierte Sasonow gegenüber dem französischen Botschafter den russischen Standpunkt: „Reformen in der Europäischen Türkei bis zur nominellen Souveränität des Sultans, Widerstand gegen die Bestrebungen Österreichs, Kompensationen zu erlangen, auf jeden Fall Belassung der Türken in Konstantinopel und Rayon. Sollte jemand daran rühren, wird es im Verlaufe von 24 Stunden einen Krieg geben." Poincaré, ebenda S. 276/77.

[3]) [Iswolski a. a. O. II. S. 320.]

[4]) So verstand man es auch in London. Poincaré an Cambon: „Ich bin wie auch Sir Nicolson der Ansicht, daß der Versuch Deutschlands die Konstituierung einer neuen Gruppe und die Isolierung Rußlands nach sich ziehen kann."

werde die französische Regierung gern selbst die Initiative ergreifen, unter Wahrung des Geheimnisses der vorangegangenen Abmachung[1]).

Grey telegraphiert an den englischen Botschafter in Berlin: „Ich teile die Ansicht der deutschen Regierung über die Notwendigkeit für die Mächte überhaupt, und Frankreich, England und Deutschland insbesondere, in Kontakt zu bleiben." „Was den deutschen Vorschlag selbst betrifft, so steht ihm mein englischer Kollege fortgesetzt günstig gegenüber", telegraphiert Jules Cambon an Poincaré am 29. Oktober: „Sir Eduard Goschen ist nicht weit entfernt von dem Gedanken, daß der Staatssekretär, der seiner Ansicht nach russenfreundlich ist, glaubt, daß die Petersburger Regierung nicht mit der Stimmung des russischen Volkes harmoniere, und man der Petersburger Regierung eine Kompromißlösung vorschlagen müsse, die die Mächte angenommen hätten, die aber die öffentliche Meinung in Rußland von ihrer eigenen Regierung nicht entgegengenommen hätte".

Wir gewahren auf diese Weise den sachlichen Inhalt der „friedenspendenden Politik" Poincarés: England und Rußland haben sich schon so weit voneinander entfernt, daß Poincaré, um die Entente aufrechtzuerhalten, unter größten Schwierigkeiten lavieren muß zwischen London und Petersburg, wo man versucht, ein Vermittlungsprogramm gleichzeitig in allen Hauptstädten vorzuschlagen, d. h. ohne vorhergehende Vereinbarung mit Frankreich, wodurch Poincaré fast zur Verzweiflung gebracht wurde[2]). Das Programm sieht vor: Im Interesse der Verteidigung der Sicherheit Konstantinopels (vor den Bulgaren) die Beibehaltung einer Verteidigungszone unter der tatsächlichen Souveränität des Sultans von der Maritzamündung, einschließlich Adrianopels, bis zum Schwarzen Meer; der ganze übrige Teil der Europäischen Türkei soll zwischen den Balkanverbündeten nach Übereinkunft aufgeteilt werden; wenigstens ist die russische Regierung bereit, das äußerst Mögliche in diesem Rahmen zu verteidigen. In seiner Mitteilung an die russischen Vertreter in den Europäischen und Balkanzentren erklärte Sasonow[3]): „Nur durch eine rasche und einstimmige Einwilligung der Mächte in diese Be-

---

[1]) Doc. Dipl. — Les affaires Balcaniques. Bd. I, Nr. 203.

[2]) „Materialien", S. 293. Ebenda: „Poincaré hat mir erklärt (schreibt Iswolski), daß die Besprechung dieses Programms mit Berlin vor einer vollen Verständigung zwischen Rußland und Frankreich über die darin berührten Fragen ihn in eine sehr schwierige Lage bringe. Dies sei für ihn besonders peinlich in einem Augenblick, wo er sich so streng an den Grundsatz des Einvernehmens mit Rußland halte und sich dadurch die lebhafteste Unzufriedenheit seitens Berlins und Wiens zugezogen habe. . . . Ich kann nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, daß derartige Zwischenfälle dem Gang der Verhandlungen außerordentlich schaden. So hat er mir anläßlich der Bitte der Türkei um Intervention gesagt, daß er, wenn wir ohne ihn unterhandelten, es ebenso machen würde." [Iswolski a. a. O. II. S. 329f.]

[3]) [Iswolski a. a. O. II. S. 328.]

dingungen läßt sich die Gefahr einer Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten und der damit verbundenen Verwicklungen für ganz Europa vermeiden . . . Es darf nicht (bei der Bildung des autonomen Albaniens) vergessen werden, daß der Wunsch Serbiens nach einem Ausgang zum Adriatischen Meer befriedigt werden muß. Zwischen Bulgarien und Rumänien muß nach Vereinbarung eine Grenzberichtigung stattfinden, um letzterem Lande eine gerechte Genugtuung für seine loyale Haltung während des Krieges zu geben." Indem Poincaré den Verzicht auf den status quo feststellt, versucht er die Regierungen der Großmächte auf einer allgemeinen Deklaration ihres eigenen Desinteressements als Grundlage einer unaufschiebbaren Vermittlung zu vereinigen. Das Gleiche will Sasonow, der Österreichs Ambitionen nach territorialen Kompensationen befürchtet. Deshalb ist auch Sir Eduard Grey sehr besorgt, wie Poincaré selbst, und unter diesen Umständen schlägt der Letztere Grey und Sasonow vor, sofort die Frage der Vermittlung unter folgenden Bedingungen aufzuwerfen: 1. Kollektivauftreten der Mächte; 2. Aufrechterhaltung der völligen Souveränität des Sultans in Konstantinopel und Umgebung; 3. „Änderung des nationalen, politischen und administrativen Status in den übrigen Teilen der Europäischen Türkei auf Grund eines unvoreingenommenen Ausbalanzierens der Interessen aller beteiligten Staaten"; 4. Zur Konferenz werden alle kriegführenden Staaten und Rumänien geladen.

Österreich erklärte, es sei solange gegen eine Vermittlung, als kein Ersuchen irgendeiner der kriegführenden Staaten vorliege.

„Ich bin wie Sir Eduard Grey sehr, sehr besorgt über die wahren Absichten des Wiener Kabinetts", telegraphierte am 2. November Poincaré an den zeitweiligen Vertreter P. Cambons in London, — „Meiner Meinung nach wäre es notwendig, daß sowohl die englische Regierung als auch wir erklären, daß wir uns gegen jede territoriale Vergrößerung irgendeiner Großmacht auflehnen werden... Jede territoriale Vergrößerung würde das allgemeine Gleichgewicht stören." Poincaré ist wie Sasonow mit Wirtschafts- und Handelsgarantien zugunsten Österreichs einverstanden. Am 3. November wandte sich der türkische Außenminister an den französischen Botschafter in Konstantinopel, Bompard, mit der Erklärung, daß die Vermittlung der Großmächte wünschenswert sei: „Die Pforte", erklärte Bompard, „rechnet nur mit den Großmächten, um den Einzug Bulgariens in Konstantinopel zu verhindern." Gleichzeitig wandte sich die Türkei mit demselben Vorschlag auch an andere Mächte.

Am 4. November versuchte der französische Botschafter in Wien, Dumaine, mit Nachdruck den Grafen Berchtold (Außenminister) zu überzeugen, daß alle Großmächte ihr territoriales Desinteressement erklären müßten: „Es ist mir nicht gelungen", teilt er Poincaré mit, „den Widerstand zu brechen, der sich auf die einmütige Stimmung

dieses Landes stützt." Die Note, die Jules Cambon an diesem Tage in Berlin überreicht wurde, schwieg sich auch über das territoriale Desinteressement aus, dafür brachte aber die Redaktion dieser Note die Ententemächte den Mächten des Dreibundes direkt gegenüber.

Jetzt tritt der kritische Augenblick ein, in dem endlich das ganze verwickelte Spiel der Wechselbeziehungen der Mächte aufgedeckt wird. Zuvor aber ist es notwendig, sich über die Politik der anderen Teilnehmer dieses Spieles Klarheit zu verschaffen. Bereits am 21. Oktober teilte Benckendorff Sasonow die Wandlungen Greys mit, die sich vorläufig noch in ganz intimen, eher privaten Gesprächen offenbarten. Die russische patriotische Presse fiel über Grey wegen seiner „Obstruktionspolitik" in der Türkei gegenüber Rußland her. Grey versicherte Benckendorff, keine Schwierigkeiten in der Türkei würden seine Politik beeinflussen, selbst nicht die Befürchtung, die muselmanische Welt zu reizen, er verlange nur für die Opfer in der Türkei Zugeständnisse in Persien. Jedoch verzeichnete Benckendorff am nächsten Tage, zur Stellung des Kalifen in Konstantinopel nehme Grey seine alte Haltung ein. Ferner spricht Grey sehr viel und begeistert über Reformen, sogar im Falle eines türkischen Sieges; was den territorialen status quo betrifft, so schließt Grey natürlich eine Veränderung zugunsten der Türken aus. „Im entgegengesetzten Sinne äußert er sich weniger bestimmt. Das ist alles, was ich sagen kann"[1]). Hier verdient eine Bemerkung Greys besondere Aufmerksamkeit, die sich auf die Unverletzlichkeit des türkischen Gebietes und der türkischen Souveränität bezieht: „Man hat schon so viele Formen der türkischen Souveränität erfunden, daß es leicht ist, in dieser Beziehung zu einer Verständigung zu kommen." Das Dilemma in London lautet in Benckendorffs Formulierung folgendermaßen: Sorge um den Kalifen im weiten Umfange, was mit dem englisch-russischen Einvernehmen nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, oder Beibehaltung dieses Einvernehmens und also der Entente als ganzes mit minimaler Sorge um den Kalifen, d. h. nur mit Belassung des letzteren in Konstantinopel[2]).

Persönlich und sehr vertraulich informierte der russische Botschafter — auch am 21. Oktober — seinen Minister, daß man sich in London gegenüber dem Programm Poincarés mehr als skeptisch verhalte: Den „Punkten" Poincarés stellt Benckendorff die „Londoner Punkte" gegenüber, über die ihn Sasonow dann in einer Rückfrage befragt, ob sie von Benckendorff selbst oder dem Engländer for-

---

[1]) Siebert, S. 554—556.

[2]) Am 30. Oktober verzeichnet Paul Cambon die Fortentwicklung der englischen „Sympathien" von der besiegten Türkei zu den Balkansiegern: „Die von den Engländern nicht erwarteten Erfolge der bulgarischen, serbischen und griechischen Armeen haben unbedingt ihren Einfluß auf eine Nation ausgeübt, die die Kraft respektiert." Poincaré, S. 290.

muliert seien (anscheinend konnte Benckendorff selbst sich nicht darin zurechtfinden). Diese Punkte lauten: Die restlose Behaltung Konstantinopels mit Rayon für die Türkei; die Aufrechterhaltung der nominellen türkischen Souveränität in den übrigen Provinzen der Europäischen Türkei bei Einführung dortiger radikaler Reformen unter der allgemeinen Kontrolle und Garantie der Mächte; keine territorialen Veränderungen zugunsten der Kriegführenden . . .

Benckendorff wertet auch diese Stellung Greys gegenüber den russischen Wünschen sehr hoch („minimale Sorge um den Kalifen"), indem er erklärt, daß die Lage Greys durch den Kampf „in seiner eigenen Partei erschwert sei, ferner dadurch, daß „die Sache des Sultans hier noch sehr starke Sympathien genießt", bei denen „die Evolution Greys seinen Mut beweist". Schlußfolgerung: „Grey wird, wenn nur der Sultan in Konstantinopel bleibt, mit Allem einverstanden sein, unter der Bedingung, daß der Friede eingehalten wird, d. h., er wird jede Entscheidung annehmen, die für uns und Österreich annehmbar ist." Gegenüber den österreichischen Plänen hinsichtlich der Ausbreitung auf dem Balkan verhält man sich natürlich in London negativ und meint (Benckendorff spricht in seinem Namen), daß „manche Reformen Österreich den Weg eher verlegen werden als ein großserbisches Königreich". Nicolson suggeriert endlich durch Benckendorff, daß „es am besten wäre, wenn Rußland, bevor es seine Vorschläge an die anderen Mächte verschickte, zuerst mit Österreich ins Einvernehmen gelangt wäre, mit anderen Worten, wenn Rußland sich von seinen französischen und englischen Freunden ‚selbst isolieren' würde". Darauf antwortete Sasonow am selben Tage, daß „eine gemeinsame Demarche nur Rußlands und Österreichs, selbst wenn sie auch im Namen aller anderen Mächte erfolgt wäre, auf keinen Fall erfolgen könne", da „wir auf die möglichst enge Mitarbeit Frankreichs, Englands und Italiens rechnen". In Petersburg fürchtete man offenbar die Besetzung des Sandschak Nowi-Bazar durch die Österreicher und im geheimen eine Vereinbarung zwischen Österreich und Serbien. Erst jetzt nach der ultimativen Forderung Poincarés wird die Frage der Mitteilung des serbisch-bulgarischen Vertrages an Grey aufgeworfen, um den Beweis zu erbringen, daß Rußland durch bestimmte Verpflichtungen gebunden sei. Aber man muß so vorgehen, um die englische Regierung davon zu überzeugen, daß Rußland nicht danach verlangt, einen Balkankrieg hervorzurufen. Die von Sasonow in diesem Sinne an Benckendorff übersandte Instruktion [1]) ist ein typisches Beispiel diplomatischer Kasuistik, die — beiläufig — nicht mit der Vertrauensseligkeit des Partners, sondern mit der Notwendigkeit, irgendwelche Erklärungen abzugeben, rechnet.

---

[1]) Am 31. Oktober. Siebert, S. 560, 562. [Iswolski a. a. O. II. S. 326.] Vgl. auch die interessante Darstellung Poincarés seiner Rolle in dieser Episode.

Vor allem ging es in diesen letzten Oktobertagen um die Verwirklichung folgenden strategischen Planes: Um die Bulgaren vor der Tschataldschalinie zum Stehen zu bringen und zu zwingen, die Maritzalinie (mit Adrianopel zugunsten der Türkei) als die äußerste Eroberungslinie anzuerkennen, erklärte die russische Diplomatie in Sofia, daß Frankreich und England in ihrer Rolle als Gläubiger der Türkei Anarchie und völligen Untergang befürchten und den Bulgaren die Fortsetzung des Vormarsches auf Konstantinopel nicht verzeihen würden, selbst wenn Rußland sich auf die Seite der Bulgaren schlagen sollte. Gleichzeitig wurde den russischen Botschaftern in London und Paris aufgetragen, entsprechende „freundschaftliche aber ernste Vorstellungen Frankreichs und Englands in Sofia und Belgrad" wären sehr wünschenswert, jedoch in einer solchen Form, daß sie nicht den Charakter eines Kollektivschrittes trügen und besonders die russische Initiative nicht vermuten ließen[1]). Die französische Diplomatie enthüllte aber gerade die ganze Zeit hindurch die mäßigende russische Initiative in Belgrad, um sich die serbische Klientel zu bewahren[2]), und weigerte sich entschieden, auf russischerseits erwünschte Art in Sofia aufzutreten.

Benckendorff antwortete, daß man in London unter dem Eindruck der Siege der Verbündeten jedes Interesse für die Sache der Türkei verloren habe, und daß er sich scheue, den Eindruck vorauszusagen, den die Besetzung Konstantinopels durch die Bulgaren dort hervorrufen würde[3]). Das heißt, man war sich in London, nach dem berühmten Ausdruck Salisburys, wiederum klar, daß man auf das „schlechte Pferd" gesetzt hatte, und man machte dort zugleich mit Paris Anstalten, auf einen neuen Faktor zu setzen, nachdem die Balkanstaaten so glänzend debütiert hatten. Deshalb telegraphierte Sasonow am 2. November Rußlands Einverständnis mit den vier letzten Punkten Poincarés, mit Ausnahme kleiner redaktioneller Änderungen; er führte erläuternd aus, daß das allgemeine Interesse am Schutz Konstantinopels die Aufrechterhaltung einer Verteidigungszone fordere unter der realen Souveränität des Sultans, innerhalb der bereits bekannten Grenzen mit Einschluß Adrianopels. „Der ganze Rest der Europäischen Türkei verfällt unseres Erachtens einer gütlichen Aufteilung unter den Verbündeten. Innerhalb dieser Grenzen sind wir bereit, vor den Mächten das Höchstmaß des Erreichbaren zu unterstützen." — Das nächste Hauptziel ist die solidarische Intervention der Mächte, um die Besetzung Konstantinopels durch die Verbündeten zu verhindern; als Frage zweiten Ranges wird auf die Möglichkeit der Autonomie Albaniens unter der Souveränität des Sultans aber mit Ge-

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 327.]

[2]) Ganz offenherzig erzählt davon Poincaré in seinem Buch: „Au service de la France", I. a. a. O. S. 325 und 333.

[3]) Siebert, S. 564, Nr. 290. Folgende Dokumente daselbst. Siehe auch Poincaré, S. 296/97.

währung eines Ausganges zum Adriatischen Meer für Serbien hingewiesen [1]).

Aber aus London kommen erschütternde Nachrichten; als Benckendorff das Programm Sasonows darlegte, antwortete Grey, „man könne unmöglich von den Bulgaren fordern, vor der Tschataldschalinie stehenzubleiben, da ein solches Opfer den Türken Gelegenheit geben würde, Kräfte zu sammeln und die früheren Kriegserfolge zu vernichten", daß „die öffentliche Meinung in England sich entschieden zugunsten Bulgariens ausspreche, daß er eine solche Forderung an Bulgarien nicht stellen könnte; angesichts des letzten entscheidenden Sieges der Bulgaren sei es zu spät, darüber zu reden; er glaubte, auch Sasonow werde seiner Ansicht beipflichten". Benckendorff war gezwungen, alle Andeutungen zu unterlassen und gerade heraus zu erklären: die Konstantinopelfrage ist für Rußland von so lebenswichtiger Bedeutung, daß die Stellungnahme Sasonows sich in diesem Punkte nicht ändern könne. Nachdem Grey in der Unterredung völlige Klarheit geschaffen hatte, versprach er, sich die Angelegenheit durch den Kopf gehen zu lassen und seine Entscheidung später mitzuteilen. Am nächsten Tag veröffentlichten die „Times" gerade recht die persönliche Meinung des bulgarischen Gesandten Madzarow, daß die Bulgaren nach der Besetzung Konstantinopels die Stadt verlassen würden, sobald der Friede unterzeichnet wäre; Grey erklärte Madzarow, daß die Bulgaren mit dem russischen Standpunkt in der Konstantinopelfrage rechnen müßten.

Nachdem Sasonow auf London nicht mehr hoffte, wandte er das letzte Mittel an: Im Telegramm vom 4. November beauftragt er Iswolski, Poincaré vertraulich mitzuteilen, daß „die Besetzung Konstantinopels durch die Verbündeten gleichzeitig das Erscheinen unserer gesamten Schwarzen-Meer-Flotte vor der türkischen Hauptstadt zur Folge haben würde. Um die große Gefahr europäischer Komplikationen, die mit einem derartigen Schritt verbunden wären, zu vermeiden, ist es wichtig, daß Frankreich seinen ganzen Einfluß, über den es verfügt, aufbietet. Außerdem fügte Sasonow noch hinzu, und zwar zur persönlichen Information Iswolskis, die russischen militärischen Autoritäten hielten es für möglich, ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern, und seien geneigt, Bulgarien einige Zugeständnisse z. B. hinsichtlich Adrianopels zu machen [1]).

Am selben Tage äußert Grey anläßlich der Besetzung der ägäischen Inseln durch die Griechen vertraulich Benckendorff seine Ansicht in der Meerengenfrage. Griechenland dürfe diese Inseln nur unter bestimmten Bedingungen behalten; das gemeinsame Interesse verlange, daß eine Macht zweiten Ranges nicht nach Gutdünken die Meerengen schließen dürfte, er erkennt natürlich die hervorragende Bedeutung der russischen Interessen an und ist von diesem Standpunkt aus bereit,

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 330f.]

sich an einer Diskussion über diese Fragen zu beteiligen. Nach drei Tagen, am 7. November, setzte er das Pünktchen über das i, für das kleinste Übel erklärt er die Neutralisierung, oder die Umwandlung Konstantinopels in eine Freistadt, wenn es nicht gelingen sollte, die türkische Herrschaft zu erhalten. Poincaré schätzte die Bedeutung dieses Planes richtig ein: Wie Iswolski mitteilte, war er über diese Nachricht aus London sehr beunruhigt, angesichts der Möglichkeit eines „ernsten Zerwürfnisses zwischen uns und England, das gegenwärtig am Vorabend eines ernsten diplomatischen Kampfes gegen die Balkanpolitik des Dreibundes gefährlich sei [1]).

Zur selben Zeit erhielt Poincaré vom österreichischen Botschafter eine Erklärung, daß Österreich „durchaus nicht zulassen könne", daß Serbien ein Zugang zum Adriatischen Meer bewilligt würde. Er erfuhr auch, daß in dieser Frage „eine endgültige Verständigung über diese Angelegenheit zwischen Deutschland, Österreich und Italien erzielt sei, die die serbische Forderung aufs heftigste bekämpfen" [2]).

Das allgemeine Programm der Balkanverbündeten bestand aus folgenden Punkten: 1. Die von ihnen besetzten Gebiete verbleiben unter ihrer gemeinsamen Gewalt (Condominium) bis zur Verteilung nach allgemeiner Vereinbarung; 2. Mit allen Kräften werden die Verbündeten sich der Ausschälung aus der von ihnen besetzten Gebiete in Form eines autonomen Albaniens oder Mazedoniens widersetzen; 3. Bulgarien, Serbien und Griechenland werden Mazedonien unter sich aufteilen, Albanien-Montenegro, Serbien und Griechenland; 4. Bulgarien beanspruchte (am 9. November) ganz Thrazien bis zu der Linie, die von der Maritzamündung bis Lule-Burgas—Bunar-Chissar am Schwarzen Meere läuft, mit dem unbedingten Einschluß Adrianopels und Kirkilisses; 5. Serbien beanspruchte den Sandschak Novi-Bazar (außer einem schmalen Streifen, der an Montenegro fiel), das ganze alte Serbien und Nordalbanien mit der Küste von Medua (San Giovanni) bis Semani oder bis Skumbia nach Vereinbarung mit Griechenland, das den übrigen Teil Albaniens erhielt [3]).

Das österreichische Programm, das von Deutschland und Italien gutgeheißen wurde, forderte: Die Bildung eines unabhängigen Albaniens und die Nichtzulassung Serbiens zur Adriatischen Küste; die Befriedigung der „gerechten" Wünsche Rumäniens, dessen König noch am 13. Oktober dem österreichischen Botschafter mitgeteilt hatte, daß Rumänien im Falle eines Sieges der Verbündeten über die Türkei einen Teil der bulgarischen Dobrudscha besetzen würde, worauf ihm am 31. Oktober die Unterstützung Österreichs versprochen wurde; eine Eisenbahnkonzession für die Strecke von Bosnien bis zum Ägäischen

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 333.]
[2]) [Iswolski a. a. O. II. S. 332 f.]
[3]) Telegramm Hartwigs an Sasonow vom 9. November. Siebert, S. 571.

Meere, Umwandlung Salonikis in einen Freihafen; einen Handelsvertrag mit Serbien und Montenegro.

Die Militärstellen, angesichts ihrer Betrachtung der politischen Lage, ergriffen ihre Maßnahmen. Vor allem muß man verweisen auf den in der deutschen Presse noch während des Weltkrieges veröffentlichten russischen Geheimbefehl des Warschauer Militärbezirks vom 30. September (Mobilmachungstag der Balkanverbündeten), der mit den Sätzen begann: „Als Widerruf aller früheren Anordnungen in operativer Richtung teile ich Ihnen auf Befehl des Armeekommandierenden folgende leitende Hinweise mit: Auf Allerhöchsten Befehl ist die Erklärung der Mobilmachung eine Kriegserklärung gegen Deutschland“ [1]). Die deutschen und österreichischen Quellen verzeichnen auch die Probemobilmachung und sogar die Stillegung des Personenverkehrs auf der Eisenbahnlinie Warschau—Wien. Der österreichische Generalstab erklärte seinerseits, die Sicherheit des Staats wäre bedroht. Die tatsächliche Mobilmachung der drei Armeekorps am 21. November im Nordostgebiet des Kaiserreichs und die Vermehrung der Artillerie sind offiziell bekannt. Gleichzeitig wurden die Truppen im Süden durch Reservisten aufgefüllt [2]). Ende November stand an der Spitze des

---

[1]) Wir verweisen auf diesen Befehl, den die Deutschen während des Weltkrieges gefunden haben, und der zum ersten Male in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 10. November 1916 veröffentlicht wurde, obwohl unsere Militärarchive bis jetzt seine Echtheit nicht bestätigt (wenn auch nicht bestritten) haben. Wir benutzen den einzigen bekannten deutschen Wortlaut. In dem sehr interessanten Artikel M. Pokrowskis „Wie der Krieg vorbereitet wurde“ („Prawda“ vom 30. Juli 1924, Nr. 171) wird dieser Befehl erwähnt und gesagt, daß er zwar vorbereitet aber nicht versandt worden sei. Vorausgesetzt, daß das Dokument selbst authentisch ist, der Briefbogen der Mobilmachungsabteilung der Verwaltung des Generalquartiermeisters und die Unterschrift im Text des Befehls des Stabschefs des Warschauer Militärbezirks lassen keinen Zweifel offen, daß er in der Tat versandt wurde. Montgelas weist darauf hin, daß dies Dokument im Staatsarchiv unter Nummer 2450 (datiert mit dem 30. September 1912) verwahrt wird, und daß er sich persönlich an den bekannten General Dobrorolski gewandt habe und von ihm die schriftliche Antwort erhielt: „Dieser Befehl enthält operative Anordnungen für den Fall eines Krieges, den man 1912 im Zusammenhang mit der Kriegserklärung Serbiens und Bulgariens an die Türkei erwartet hat.“ Siehe Graf Montgelas, „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“, S. 188, Beleg Nr. 7.

[2]) Das Wiener und Berliner Kabinett „waren durch die Siege bei Kirk-Kilisse, Kumanowo und Monastir äußerst unangenehm überrascht, da sie den Serben gestatteten, quer durch Albanien bis zur Adriaküste zu rücken und sich mit der bulgarischen Armee bei Adrianopel zu vereinigen. Österreich, das dadurch sehr beunruhigt wurde, rüstete in beschleunigtem Tempo. Im Oktober forderte die Regierung vom Parlament außerordentliche Kredite, die ihr sofort bewilligt wurden. Allmählich wurden alle Truppenteile in Bosnien und Herzegowina mobilisiert; über 100 000 Mann wurden in Serajewo, Gravosa usw. zusammengezogen.“ Poincaré, „Les origines de la guerre“, S. 149/50. Die entsprechende Zahl lautet im Gelbbuch sogar 200 000 Mann.

Generalstabs wiederum Conrad von Hötzendorf, ein überzeugter Anhänger der „Entwicklung" der Streitkräfte [1]).

Die offizielle Ausgabe der französischen diplomatischen Dokumente bescheinigt, wie wir gesehen haben, „die Friedfertigkeit" der Berliner Regierung. Wilhelm II., der später erklärte, daß Österreich 1909 die bequeme Möglichkeit, die Großmachtpolitik Serbiens zu untergraben und seine eigene Staatseinheit zu festigen, verpaßt hätte, da Rußland damals aus politischen und technischen Gründen nicht imstande gewesen wäre, Krieg zu führen, hielt zu dieser Zeit, im Jahre 1912, Rußland für bewaffnet genug und zweifelte nicht an seiner Bereitschaft, gemeinsam mit Serbien im Falle eines direkten Überfalls auf das letztere aufzutreten. Deshalb hielt er es nicht für möglich, die deutsche Jugend wegen irgendeines albanischen Hafens dem Untergange zu weihen. Diesen Standpunkt vertrat er gegenüber dem Erzherzog Franz Ferdinand am 22. November (d. h. an demselben Tage, an dem der berüchtigte Briefaustausch zwischen Grey und Cambon erfolgte, der das englisch-französische politische und militärische Abkommen festlegte). Wilhelm gab diese Antwort auf die Bemühungen des Erzherzogs, ihn von der Notwendiegkit eines entschiedenen Auftretens gegen Serbien zu überzeugen. Gerüchte haben ihm die Worte „Ich sehe, daß Du mit meinem Säbel kämpfen willst" in den Mund gelegt. Dieser Einstellung widerspricht auch nicht die Erklärung Bethmann-Hollwegs am 2. Dezember im Reichstag: „Die Verbündeten Deutschlands", sagte er, „müssen selbst die Befriedigung ihrer Forderungen (aus Anlaß des „albanischen Hafens") zu erreichen suchen; sollten sie einen Überfall erleben, so werden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und unserer eigenen Sicherheit zu kämpfen gezwungen sein." Diese offene Bestätigung vor der ganzen Welt dessen, was allen ohnehin bekannt war, hat auf jeden Fall viel mehr zur Klärung der Frage beigetragen als die geheimen Versprechungen und Unterhandlungen zwischen Iswolski, Grey und Poincaré [2]).

Nach der Mitteilung George Louis' vom 5. Dezember nahm Petersburg ebenso diese Rede auf: „Diese Rede", erklärte ihm Neratow, „enthält nichts, was man uns nicht schon früher gesagt hätte. Deutschland wird nur dann an der Seite Österreichs auftreten, wenn Österreich einem Überfall ausgesetzt ist [3])." Hier müssen wir einen Faktor von außerordentlicher Wichtigkeit, die Grundursache des allgemeinen Mißtrauens und der gegenseitigen Furcht verzeichnen, nämlich die fatale Angst, die Verbündeten am Vorabend der Entscheidungsschlacht zu verlieren. Je mehr sich die Lage für die in dieser oder jener Koalition

---

[1]) H. Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus", Band III, Seite 188 und 226/27. Siehe Montgelas a. a. O., S. 43.

[2]) Vgl. Iswolski a. a. O. II. S. 387.

[3]) Affaires Balcaniques Nr. 309.

leitenden Regierungen zuspitzte, um so stärker wurde ihre Abhängigkeit von ihren Alliierten und Weggenossen. Gerade diese Angst mußte infolge eines Konfliktes zwischen den schwächeren Koalitionsmitgliedern zum Kriege führen, die sich infolge ihrer größeren Verletzbarkeit, wie der Spekulation auf die Hilfe des stärkeren Verbündeten, in einem chronischen Konflikt infolge gegenseitiger Beleidigungen und Beschwerden befanden. Schließlich wurde die Frage der Kampffähigkeit dieser schwächeren Staaten völlig im Zusammenhange mit dem unmittelbaren Kriegsanlaß entschieden, d. h. daraufhin, ob sie ihre eigene Sache oder die Sache ihres Gönners verteidigen. Eben deshalb versichern Poincaré und Bethmann Hollweg, der eine geheim, der andere öffentlich, ihre Alliierten ihrer Bündnistreue, während die letzteren im Bewußtsein ihrer untergeordneten Stellung und Bedeutung nervös werden und für sich fast immer mehr fordern, als ein starker Verbündeter für einen Schwachen leisten kann und will. Aber wenn ein Schwacher zu unentschlossen und vorsichtig ist, ändert sich die Lage: der Starke verwickelt ihn in die „aktive" Politik, um die Koalitionskonjunktur zu wahren. Diese Angst, den russischen Alliierten zu verlieren, konstatiert Grey, wie wir gesehen haben, bei dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon. Dasselbe bezeugt Poincaré selbst, wenn er von der „Aufregung in Frankreich" spricht, das vor der Alternative stand, „entweder Rußland zu unterstützen oder endgültig mit ihm zu brechen". Bezeichnend ist auch das Telegramm Cambons von 12. November Nr. 1243: „Was die Frage unserer Absichten im Falle eines Konfliktes betrifft, so nehme ich mir die Freiheit, die Überzeugung auszusprechen, daß wir auf diese Frage nicht anders als durch den Ausdruck unserer Unterstützung antworten können. Zögern in diesem Moment kann früher oder später den Bruch des Bündnisses mit Rußland herbeiführen [1]."

Am 4. November wandte sich Poincaré mit einem Brief folgenden Inhalts an Iswolski:

„Mein teurer Botschafter, wie ich Ihnen neulich sagte, beunruhigt das rätselhafte Verhalten Österreichs die französische Regierung nicht weniger als die russische. Im Einverständnis mit dem Ministerrat bin ich der Meinung, daß es vernünftig wäre, schon jetzt eine gemeinsame Handlungslinie festzulegen, falls Österreich versuchen würde, territoriale Vergrößerungen zu verwirklichen. Sie beliebten mir zu sagen, daß diese Möglichkeit durch Ihr Abkommen in Racconigi vorgesehen ist, und daß Italien, wie Rußland, sein Nichteinverständnis mit der territorialen Vergrößerung irgendeiner Großmacht auf dem Balkan erklärt hätte. Die französische Regierung

---

[1]) Vgl. besonders auch den Brief Jules Cambons' vom 9. Dezember 1912 an Poincaré in „Au service . . ." Bd. II, S. 380—383.

glaubt auch, daß ein Versuch in dieser Richtung den Weg zu neuen Komplikationen eröffnen würde[1]).

Ich möchte deshalb wissen, ob die Kaiserliche Regierung genau so bestimmt wie wir irgendeiner Annektion des ottomanischen Gebiets durch eine Großmacht feindlich gegenübersteht, und ob sie geneigt ist, mit Frankreich wie mit England Mittel zur Ausschaltung dieser Gefahr zu besprechen. Genehmigen Sie usw.

Raymond Poincaré[2]) [3])

Um diesen Schritt Poincarés zu erklären, verzeichnet das französische Gelbbuch zu dieser Veröffentlichung die lakonische Mitteilung des französischen Gesandten in Athen, Deville. Dies Telegramm, gleichfalls vom 4. November datiert, lautet: „Der (griechische) Minister des Auswärtigen übermittelte mir seinen Eindruck dahin, daß Deutschland seine Politik geändert habe und den status quo auf dem Balkan nicht mehr verteidige. Er ist der Meinung, daß diese Stellungnahme mit einem Desinteressement nichts zu tun hätte. Er hat den Verdacht, daß Deutschland nach irgendeiner Operation in Kleinasien unter dem Vorwand der Verteidigung der Christen trachtet."

Es handelt sich natürlich nicht um dies komische Telegramm. In seinem Buche über die Entstehung des Weltkrieges macht Poincaré zur Erklärung des nicht zu bezweifelnden Umschwunges seiner Handlungen Angaben nach zwei Richtungen hin: Erstens versucht er zu beweisen, daß er das Bündnisabkommen mit Rußland buchstäblich angewandt hätte, zweitens weist er auf Tatsachen hin, die ihm vielleicht in diesem Falle einen Dienst erweisen könnten, wenn sie nicht einer späteren Zeit angehörten. Eine Tatsache gleicher Art, wie die Athener Offenbarung Devilles, ist die Mitteilung des französischen Konsuls in Triest, die in Poincarés Wiedergabe folgendermaßen lautet: „Der Stillstand der Balkanalliierten, der Widerstand Adrianopels haben Österreich erlaubt, sich zu fassen; es konnte seine Mobilmachung durchführen und das nötige Geld finden. Die reservierte Haltung Rußlands, das von Österreich weder für bereit noch für geneigt zu einer Beteiligung an einer militärischen Aktion gehalten wird, die Vorstellung, die sich Österreich darüber macht, daß Frankreich seinen ganzen Einfluß ausüben wird, um einen Krieg zu verhindern, der einen europäischen Zusammenstoß herbeiführen könnte,

---

[1]) In der offiziellen französischen Ausgabe (Gelbbuch) steht hier das Wort „complications", in dem Wortlaut, den Iswolski Sasonow sandte, ist der Ausdruck stärker: „compétitions".

[2]) [Iswolski a. a. O. II. S. 337.]

[3]) Indem Poincaré im zweiten Band seines Buches „Au service de la France" diesen Brief nur beiläufig erwähnt, verzeichnet er bloß, daß dieser Brief „weder Ausdehnung noch Zurückweisung, noch eine neue Erläuterung des Bündnisvertrages war; es war nichts als der Wunsch, einen verhängnisvollen Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland zu vermeiden". (S. 302.)

die Haltung Englands, mit der Österreich rechnet, dahingestellt ob mit Recht oder Unrecht, um seine Ansprüche zu begünstigen, die Erschöpfung der Balkanstaaten, dies Alles muß beitragen, um Österreich anspruchsvoller zu machen [1]."

Zwei Umstände lenken die Aufmerksamkeit auf sich: Der Generalkonsul in Triest, Chabrié, lenkt den Blick des französischen Außenministers auf Vorgänge, die der Aufmerksamkeit des französischen Botschafters in Wien anscheinend entgangen sind, von den Botschaftern in anderen europäischen Zentren ganz abgesehen, die für die Beobachtung der allgemeinen europäischen Politik nicht schlechter lagen als Triest. Aber in der offiziellen Ausgabe, in allen Bänden des Gelbbuches über die Balkanfragen finden wir dies für Poincaré so wichtige Telegramm nicht, obwohl Herr Chabrié dort durch zwei kurze und bescheidene Telegramme vom 17. und 18. Dezember vertreten ist, nämlich durch Telegramme über militärische Vorsichtsmaßnahmen an der Grenze des Sandschak Novi-Bazar und Montenegros, ferner über Bewegungen von Kriegsschiffen. Außerdem aber wird in dem Buche Poincarés auch das Datum der Triester Meldung mitgeteilt: der 18. Dezember, d. h. anderthalb Monate nach seinem Briefe an Iswolski.

Die Angaben anderer Art, die in Poincarés Buch angeführt werden, sind die Erneuerung des Dreibundes, wiederum im Dezember 1912, das neue bedeutend erhöhte Kriegsprogramm Deutschlands, das gleichfalls im Dezember entworfen und vom Kronrat erst am 1. Januar 1913 bestätigt wurde. Nach der Gegenüberstellung der Daten wird es klar, daß nicht diese Tatsachen auf die französische Regierung Anfangs November eingewirkt haben.

Graf Montgelas charakterisiert den uns interessierenden Augenblick folgendermaßen:

„Der Ende Oktober klar hervortretende Sieg der Balkanverbündeten hat zum bedeutenden Umschwung in der französischen Politik geführt. Während man im Anfang in Paris bemüht war, den Konflikt zu verhindern oder wenigstens zu lokalisieren, hat man jetzt dort ersehen, daß der siegreiche Balkanbund der wertvollste Verbündete gegen die Zentralmächte sein könnte. Die französische Politik im Gegensatz zu ihrer Position während der Krise 1908/98 tappte vollständig in den Spuren Rußlands; sie hat sogar die Wünsche der russischen Kriegspartei und die Pläne der Balkanstaaten manchmal nachdrücklicher unterstützt, als die Petersburger Regierung selbst [2]."

Wir sind der Ansicht, daß die Dokumentenangaben die allgemeine Charakteristik der französischen Politik, wie sie Graf Montgelas

---

[1]) „Les origines de la guerre", S. 150.

[2]) Graf M. Montgelas, „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", Berlin-Leipzig 1923. S. 40/41.

gegeben hat, nicht bestätigen, obwohl er im letzten Satz eine unumstößliche Tatsache feststellt, die sich jedoch in seine Konzeption nicht einfügen läßt.

Poincaré behauptet natürlich gerade das Gegenteil: „Frankreich bewies seit Beginn der Balkankrise sein unparteiliches und unabhängiges Urteil und folgte den russischen Vorschlägen nie blindlings, im Gegenteil tat es alles, um eine freundschaftliche Vermittlung zwischen Österreich und Rußland zu verwirklichen." Dann zitiert er zwei Zeilen, wie er behauptet, aus einem Telegramm, tatsächlich aber aus einem Brief Iswolskis vom 20. November: „Sollte der Zusammenstoß mit Österreich die bewaffnete Einmischung Deutschlands nach sich ziehen, so erkennt dies die französische Regierung im voraus als casus foederis und wird nicht einen Augenblick schwanken, um die auf ihr gegenüber Rußland lastenden Verpflichtungen zu erfüllen", und er fügte hinzu: „Nichts garantiert uns die Richtigkeit dieser Zitate (die den Moskauer und Siebertschen Publikationen entnommen sind), denen ich mit großem Mißtrauen gegenüberstehe", aber fünf bis sechs Zeilen weiter ruft er aus:

„Wie konnte ich anders antworten?!" und er schließt: „Zur selben Zeit riet ich Rußland zu Ruhe und Mäßigung[1])."

Wenn jedoch der französische Außenminister und Präsident des Ministerrates in diesem Augenblick irgendwo Mäßigung und Vernunft zeigt, ist es nur in Berlin: indem er seine Antwort auf das türkische Ersuchen um eine Einmischung mitteilt, verzeichnet er, daß diese Antwort der Stimmung Kiderlens völlig entsprach; mit Kiderlen sei er sowohl in der Frage des Druckes auf die Balkanregierungen, als auch in der Frage der Notwendigkeit, das allgemeine europäische Konzert zu bewahren, derselben Meinung gewesen.

Im Kommentar Iswolskis zum Memorandum Poincarés[2]) verzeichnete er die ihm erscheinende „völlig neue Auffassung Frankreichs in der Frage der territorialen Ausdehnung Österreichs auf Kosten der Balkanhalbinsel. Bisher hat Frankreich uns nur erklärt, daß die lokalen, gewissermaßen rein balkanischen Vorgänge von seiner Seite nur diplomatische Schritte und keineswegs aktive Handlungen hervorrufen könnten, jetzt scheint es anzuerkennen, daß eine territoriale Besitzergreifung das allgemeine europäische Gleichgewicht und somit auch die eigenen Interessen Frankreichs berührt. Ich habe

---

[1]) „Les origines", S. 148. — In „Au service de la France" werden schon keine Zweifel mehr gegenüber der Siebertschen und Moskauer Publikation geäußert.

[2]) „Materialien" S. 295 ff. Brief Iswolskis an Sasonow, den Sasonow infolge seiner Wichtigkeit mit der Kopie der Antwort dem Zaren unterbreitet. [Iswolski a. a. O. II. S. 335.]

nicht unterlassen, Herrn Poincaré gegenüber zu bemerken, daß er durch seinen Vorschlag, gemeinsam mit uns und England die Mittel zur Verhinderung einer solchen Besitzergreifung zu untersuchen, auch bereits die Frage der praktischen Folgen der von ihm in Aussicht genommenen Vereinbarung stellt. Aus seiner Antwort konnte ich schließen, daß er sich vollkommen darüber Rechenschaft gibt, daß Frankreich auf dieser Basis in kriegerische Aktionen verwickelt werden kann. Vorläufig schlägt er natürlich diese Frage nur zur Diskussion vor, aber Herr Paléologue hat im Gespräch mit mir völlig anerkannt, daß die in Aussicht genommene Vereinbarung zu diesen oder jenen Aktionen führen könnte. Mir scheint, daß alle obigen Ausführungen die ernsteste Aufmerksamkeit unsererseits verdienen, und daß wir die Möglichkeit, den neuen Standpunkt der französischen Regierung im Falle der Ausbreitung Österreich-Ungarns auf Rechnung der Balkanhalbinsel festzulegen, nicht vorübergehen lassen dürfen, und damit den Boden für zukünftige gemeinsame Aktionen Rußlands, Frankreichs und Englands vorbereiten sollen, wenn im Laufe der weiteren Ereignisse Österreich von seinen jetzigen Erklärungen über den Verzicht auf territoriale Kompensationen zurücktreten sollte."

Die Antwort Iswolskis ist im Gelbbuch nicht wiedergegeben, statt dessen figuriert dort die Mitteilung Devilles aus Athen. Iswolski antwortete aber folgendermaßen: „Herr Sasonow hat mich beauftragt, Ihnen zu erklären, daß Rußland ebenso wie Frankreich gegenüber einer territorialen Vergrößerung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel nicht gleichgültig bleiben kann. Er stellt mit Vergnügen fest, daß nach Ansicht der Regierung der Republik Frankreich seinerseits in einem solchen Falle nicht teilnahmlos bleiben könne. In diesem Sinne wäre die Kaiserliche Regierung völlig geneigt, im Einvernehmen mit dem Pariser und Londoner Kabinett die gemeinsame Handlungslinie zu prüfen, die man unter solchen Umständen zu befolgen gezwungen wäre[1]."

Seinerseits „mißt (Sasonow) den Erklärungen die entsprechende Bedeutung bei, die der französische Außenminister Ihnen gegenüber abgegeben hat", „teilt völlig die Ansicht darüber, daß es wünschenswert wäre, den neuen Standpunkt der Regierung der Republik im Fall der Ausbreitung Österreich-Ungarns auf Kosten der Balkanhalbinsel festzulegen"; und Sasonow teilt Iswolski den oben angeführten Wortlaut des Antwortbriefes zur Übergabe an Poincaré mit. — „Alle uns zur Verfügung stehenden Angaben", fährt Sasonow

[1]) „Materialien" S. 297 (französischer Text). Dies alles wird im letzten Werk Poincarés mit keinem Wort erwähnt, was bei dem genauen System der Tageseintragungen des Verfassers einen merkwürdigen Eindruck macht. [Vgl. Iswolski a. a. O. II. S. 346.]

in seinem Brief an Iswolski fort, „gestatten uns, zu hoffen, daß Österreich wenigstens in diesem Augenblick kaum neue territoriale Erwerbungen auf dem Balkan erstrebt. Nichtsdestoweniger kann sich Österreich-Ungarn im Verlaufe der Ereignisse und angesichts des Streites mit Serbien um den Ausgang Serbiens zur Adriaküste zur Besitzergreifung von ottomanischem oder sogar serbischem Gebiet entschließen. Für beide Fälle wäre es äußerst wichtig, Sicherheit darüber zu erlangen, daß Frankreich im Falle einer notwendigen Einmischung unsererseits nicht teilnahmlos bleiben werde. Andererseits, da . . . man schwerlich alle möglichen Zufälle voraussehen kann, die von uns diese oder jene Aktionen zur Sicherung unserer Lebensinteressen fordern könnten, würde ich es für notwendig halten, in unseren Unterhaltungen mit auswärtigen Kabinetten sorgfältig alles zu vermeiden, was sich später für uns als störend erweisen könnte. Von diesem Standpunkt aus scheint es mir wünschenswert, daß in Ihrem in Aussicht genommenen Schriftstück, das an Poincaré gerichtet werden soll, zu positive Erklärungen vermieden werden sollten, Erklärungen derart, wie sie durch die Worte des französischen Ministers gegenüber jeder Annektion des ottomanischen Gebietes seitens einer Großmacht entschieden feindlich suggeriert werden, da es sich auch auf Rußland im Meerengengebiet beziehen könnte[1]."

Mit dieser Argumentation antwortet Sasonow Iswolski (mit Billigung des Zaren oder vielleicht vom Zaren suggeriert, das wissen wir nicht) auf die neue Formulierung der Balkan- und der casus foederis-Frage beruhigend und sogar nicht ohne Befürchtung, daß diese neue Formulierung eine Falle für die russische Regierung hinsichtlich ihrer Meerengenpläne werden könnte. Wenn hier trotzdem der Gedanke auftreten könnte, daß der „neue Standpunkt" ein Ergebnis des Druckes und Sieges der russischen Diplomatie über die letzten Versuche eines „unabhängigen Denkens" der französischen Regierung sein könnte, wird ein solcher Gedanke unwiderruflich durch folgende Unterhandlungen zurückgewiesen.

Nach dem 4. November wird der Ton der russischen Diplomatie natürlich stärker: Benckendorff streitet bereits am 7. November mit Grey über die Möglichkeit, die ökonomischen Forderungen Österreichs zu befriedigen, indem er darauf hinweist, daß auch diese Forderungen die Gefahr einer Versklavung Serbiens durch Österreich-Ungarn in sich bergen. Sasonow stellt den Botschaftern, besonders dem Vertreter in Rom, die Aufgabe, ein Einverständnis Österreichs mit dem Zugang Serbiens zum Adriatischen Meer zu erzielen. Die englische Erklärung, daß England eines „albanischen Hafens" wegen keinen Krieg führen werde, bleibt anscheinend das

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 345.]

einzige Hindernis für die ultimative Formulierung dieser Forderung, aber ein Hindernis, das genügt, um nicht ausgeschaltet werden zu können; am 18. November telegraphiert Benckendorff an Sasonow:

„Im Hinblick auf die schweren Folgen, die die jetzige Lage nach sich ziehen könnte, ist der wichtigste, vielleicht sogar entscheidende Moment, sofern von England die Rede ist, daß man trotz größter Einmütigkeit in den wichtigsten Fragen allem ausweichen muß, was als eine serbische Provokation gedeutet werden könnte, und daß unsere Unterstützung nur bei Einhaltung dieser Bedingung erfolgt; auf diese Weise würden wir die Verantwortung für die aggressive Politik ausschließlich Österreich überlassen. Der Ton Serbiens und Montenegros macht bereits den Eindruck, daß die österreichische Regierung sich ruhig, sogar geduldig verhält. Diesem Umstande messe ich die größte Bedeutung bei [1]."

Einen Tag vorher — am 17. November — sendet Iswolski an Sasonow einen telegraphischen Bericht über seine Unterhaltung mit Poincaré, die von ganz anderer Bedeutung und Art ist:

„Im Verlaufe des Gespräches über die Antwort Frankreichs auf meine Mitteilungen, die den österreichisch-serbischen Zwischenfall betreffen, antwortete mir Herr Poincaré, es wäre ihm unmöglich, sogar privat die Handlungslinie Frankreichs im Falle einer aktiven Intervention Österreichs zu formulieren, bevor nicht die Kaiserliche (Russische) Regierung ihm ihre eigenen Absichten mitgeteilt hätte. ‚Bei Rußland', sagte er mir, ‚muß die Initiative in dieser Frage liegen, an der es mehr als die anderen interessiert ist; die Aufgabe Frankreichs besteht darin, Rußland die effektivste Hilfe zu leisten; würde die französische Regierung die Initiative übernehmen, liefe sie Risiko, eine Position zu beziehen, die den Absichten ihres Verbündeten nicht entspräche' . . . ‚Im allgemeinen', fügte Poincaré hinzu, ‚läuft alles darauf hinaus, daß auch Frankreich in den Krieg eintreten würde, falls Rußland Krieg führen sollte, da wir wissen, daß in dieser Frage Deutschland hinter Österreich stehen wird' [2]."

Wahrscheinlich hat vor allem die Veröffentlichung dieses Telegramms (Nummer 369) Poincaré gezwungen, in der Kammer Erklärungen abzugeben und die Publikation des Gelbbuches über die Balkanfragen zu veranlassen. Auf dies Telegramm sind auch die

---

[1]) Siebert, S. 585.

[2]) „Materialien" S. 299/300. — „Au service de la France", Bd. II, S. 335 bis 336. Der vorher angezweifelte Text wird hier ohne jeden Vorbehalt wiedergegeben, und die polemische Waffe des Herrn Poincaré wird schon nicht gegen die Herausgeber des „Schwarzen Buches" und gegen Siebert gerichtet, sondern gegen Iswolski, den er der unrichtigen Wiedergabe seiner Worte beschuldigt. Fast das ganze IX. Kapitel des zweiten Bandes des genannten Werkes Poincarés ist dieser Episode gewidmet. [Iswolski a. a. O. II. S. 346.]

oben angeführten Erklärungen seines Buches über die Entstehung des Weltkrieges zurückzuführen. Leider sind diese Erklärungen nicht nur ohne Konsequenz und Klarheit (die gleichzeitige Verneinung der Autentizität der Moskauer und Siebertschen Ausgabe, und die Behauptung, daß er Iswolski nicht anders antworten konnte, wollte er dem Bündnisvertrag treu bleiben), sondern sie sind auch nicht genau: In einem Telegramm (Nummer 369) zitiert er den Brief Iswolskis vom 12. September, in dem er eine sehr sonderbare Wendung gebraucht: „Iswolski telegraphierte an Sasonow am 12. September und 21. November 1912", während Iswolski den von Poincaré zitierten Satz („sollte der Konflikt mit Österreich eine bewaffnete Einmischung Deutschlands nach sich ziehen, wird die französische Regierung im voraus den casus foederis für gegeben erachten usw." Siehe „Materialien", S. 275) im Brief vom 12. September mitgeteilt hat, am 21. November aber schrieb und telegraphierte er ganz etwas anderes.

Wenden wir uns zum Gelbbuch.

Im ersten Band wurde auf Seite 156 unter Nummer 263 ein Telegramm Poincarés an den französischen Botschafter in Petersburg (Louis) vom 19. November veröffentlicht, in dem gerade die Rede von einem Telegramm Iswolskis vom 17. November, Nummer 369 ist: „Iswolski las mir gestern das Telegramm vor, das er nach Petersburg gesandte hat. Um die Position Frankreichs zu formulieren, sagte er, daß Frankreich in den Krieg eintreten wird, wenn Rußland Krieg führen wird, da wir wissen, daß Deutschland hinter Österreich steht. Ich bemerkte ihm, daß diese Formel zu allgemein wäre, und ich nur gesagt hätte, daß Frankreich den Bündnis-Vertrag ausführen und Rußland sogar mit der Waffe unterstützen wird, wenn ein casus foederis vorliegen sollte. Herr Iswolski versprach mir eine Verbesserung und größere Genauigkeit nachzutragen. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie selbst bei Gelegenheit unsere Position in genauer Übereinstimmung mit dem Vertrage formulieren werden[1]." Am 18. November telegraphiert auch Iswolski an Sasonow (was die Herausgeber des Gelbbuches verschweigen, die in ihrer Bemerkung nur das erste Telegramm Iswolskis erwähnen):

„Um jedem Mißverständnis vorzubeugen und angesichts der gewaltigen Wichtigkeit der Frage habe ich mein Telegramm Nummer 369 Poincaré vorgelesen, der mit seinem Wortlaut vollständig einverstanden ist. Er bat mich nur, seinen Gedanken nur in einem Punkte genauer zu entwickeln und zwar in bezug auf die Bedingungen des Eintritts Frankreichs in den Krieg. ‚Es ist selbstverständlich,' sagte er, ‚daß Frankreich in dem bestimmten Falle in den Krieg eintreten wird, wenn der von dem Bündnis vorgesehene Fall des casus

---

[1]) „Livre Jaune", Bd. I, S. 156, Nr. 263. [Vgl. dazu Iswolski a. a. O. II. S. 346.]

foederis eintreten wird und zwar, wenn Deutschland Österreich mit der Waffe gegen Rußland unterstützen wird[1].' "

Und doch entspricht diese Erläuterung nicht dem Inhalt des französisch-russischen Bündnisvertrages, der die Unterstützung bei einem Überfall Rußlands durch Österreich mit Unterstützung Deutschlands vorsieht. In derselben Redaktion erging eine Warnung an den italienischen Botschafter am 20. November: „sollte der österreich-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führen, kann Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Hilfe Frankreichs rechnen[2]."

Die diplomatische Arbeit Poincarés und Iswolskis (in seiner Eigenschaft als Botschafter in Paris) ist so eng verbunden und vereinigt, daß zu ihrer Charakteristik weniger wichtig ist, wer den anderen in diesem Falle „übertrumpfte", als der Umstand, daß „der neue Standpunkt Frankreichs", wie wir sehen, eine ungewöhnliche, treibende Kraft erhalten hat. Ließ sich Poincaré hinreißen und korrigierte er sich später, oder aber ließ sich bis zu einem für einen solchen erfahrenen Diplomaten unverständlichen Grade Iswolski hinreißen, — in beiden Fällen wird ein solcher Grad von Erregung offenbar, der sich bald in der allgemeinen Lage widerspiegeln und sich in Kürze in einer noch krasseren und ganz unzweifelhaften Form offenbaren wird.

In diesen Tagen (um den 20. November) sind Poincaré und Iswolski mit der Klärung der Haltung Italiens beschäftigt, denn Tittoni erklärte, daß Italien auf Grund des Vertrages mit Österreich im Falle eines Krieges für die Unversehrtheit Albaniens (das heißt, infolge der Gewährung eines albanischen Hafens an Serbien) Österreich Kriegsunterstützung werde gewähren müssen; eine Frage, die weit entfernt von akademischer Natur war, da sie nach Iswolski „sehr ernste Veränderungen der Dislokation der (französischen) Truppen" und eine Änderung des ganzen Feldzugplanes vorsah, der ganz auf dieser (italienischen) Neutralität begründet war[3]. Zur selben Zeit klärte Benckendorff in London die Haltung Englands auf und formulierte sie folgendermaßen: Der Eintritt Englands in den Krieg nach einem kriegerischen Auftreten Österreichs gegen Serbien hängt von zwei Bedingungen ab: erstens muß der Krieg durch die aktive Einmischung Frankreichs in einen allgemeinen Krieg umgeschlagen sein, zweitens muß die Verantwortung für den Überfall die Gegner treffen; der notwendige Zusatz zu diesen beiden

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 347.]

[2]) Der Brief Iswolskis an Sasonow vom 20. November, „Materialien" S. 302. In seinem letzten Werk erklärt Poincaré auch diese Interpretation oder Verbesserung Iswolskis für eine neue Verstümmelung seines (Poincarés) Gedankens. [Vgl. Iswolski a. a. O. II. S. 351.]

[3]) „Materialien" S. 300 ff. [Iswolski a. a. O. II. S. 352 f.]

Begegnungen ist die „unbedingte Wahrung des Prinzips unserer Uneigennützigkeit".

„Mit diesem Prinzip", erklärt Benckendorff (und diese seine Erklärung erläutert tatsächlich vieles [1]) und wichtiges in der kommenden Epoche des Krieges 1914), „erwerben wir einen Einfluß, der in einem gewissen Sinne entscheidend werden kann. Wenn wir solche Fragen, wie die Dardanellen- oder Kleinasien-Fragen aufwerfen werden, wo nur die Interessen Rußlands in Betracht kommen, werden wir ohne Zweifel diesen Einfluß verlieren. Ebenso wie Sie, erkenne ich, welche ungeheure Wichtigkeit die Teilnahme Englands im Falle eines Krieges für uns besitzt, sollte deshalb unsererseits ein Opfer notwendig sein, müssen wir diese Opfer bringen [2])."

So liegen am 20. November 1912 in voller Klarheit drei Bedingungen für den Eintritt Englands in den europäischen Krieg als Ergebnis der langen und ununterbrochenen Erörterungen der allgemeinen Lage zwischen Grey und Benckendorff formuliert vor. Diese allgemeine Lage wird sich nicht nur im Juli/August 1914 wiederholen, sondern wird, wie wir noch sehen werden, im Laufe dieser ganzen Periode vom Herbst 1912 bis zum tatsächlichen Beginn des allgemeinen europäischen Krieges unverändert bleiben.

Wir können hier nicht eine historische Untersuchung der „Doktrinen" und der Praxis der „Uneigennützigkeit" [3]) der russischen Regierung im Nahen Orient geben; es ist aber wohl bekannt, wodurch diese erzwungene Uneigennützigkeit bei periodischen Versuchen, diese aufgezwungene „Tradition" in Richtung der Durchführung „der geschichtlichen Aufgaben" zurückzustellen, bedingt war; Versuche, die mehr und mehr entweder mit diplomatischen oder kriegerischen Mißerfolgen geendet haben. In der allgemeinen politischen Konstellation, die sich im Zeichen der Entente gebildet und weiter entwickelt hat, und unter der die Verwirklichung „der geschichtlichen Aufgaben" vor allem von der Unterstützung Englands abhängig war, war die Demonstration der „Uneigennützigkeit" mehr als irgend jemals notwendig, um beim Ausbruch des allgemeinen Krieges und des Eintretens der militärischen Bundesbeziehungen und Verpflichtungen das „historische Streben Rußlands" offen zu erklären und auf Grund dieser Beziehungen und Verpflichtungen zu realisieren.

---

[1]) Unter anderem auch den Inhalt des Manifestes, das den Krieg gegen Deutschland und Österreich behandelt.

[2]) Siebert, Seite 588.

[3]) Derartige Untersuchungen darf man als Ausgangspunkt der Prophezeiungen Katharinas II. ansehen.

Grey und Poincaré, in Voraussicht der kommenden Ereignisse, erklärten ihre Bereitschaft unter Bedingung der Teilnahme Rußlands an einem Kriege gegen Deutschland, der Zarenregierung die „Schlüssel zu ihrem Hause" zu überreichen. Sie waren jedoch gezwungen, nicht nur mit der sozialistischen Opposition, sondern auch mit jenen bürgerlichen Parteien und Gruppen zu kämpfen, die vom Krieg Verluste fürchteten und in einem Abkommen mit der russischen Regierung auf dieser Grundlage eine Übernahme von Kriegslasten und des Kriegsrisikos, mit der Gewährung eines Löwenanteils der Kriegsbeute an Rußland im Falle eines Erfolges sahen. Grey ist gezwungen, mit der Opposition innerhalb seiner eigenen Partei zu kämpfen, verzeichnet Benckendorff wiederholt. „Ich denke zuweilen mit Schrecken daran," schrieb am 21. November 1912 Iswolski an Sasonow, „was geschehen könnte, wenn an seiner (Poincarés) Stelle in diesem kritischen Augenblick Caillaux oder Clémenceau an der Spitze der französischen Regierung gestanden hätte. Vergessen Sie nicht, daß er (Poincaré) gegen sehr einflußreiche Elemente seiner eigenen Partei zu kämpfen hat, die Rußland äußerst unwohlwollend gesinnt sind und offen predigen, daß Frankreich in keinem Falle wegen der Balkanfrage in einen Krieg hineingezogen werden darf[1]."

Im Laufe des letzten Drittels des Monats November wird in den Mitteilungen Benckendorffs immer nachdrücklicher hervorgehoben, daß die englische öffentliche Meinung von der Friedensliebe Österreich-Ungarns überzeugt ist und mit der Hartnäckigkeit Serbiens unzufrieden ist; ferner gibt er direkte Äußerungen der Mitglieder der Londoner Regierung in diesem Tone und dieser Deutung wieder. Seit dem 23. November erhält auch Iswolski analoge Erklärungen in Paris; in London erklärt man offen die Unzufriedenheit mit Pasitsch, am 28. November erklärt Grey nicht nur ein Kompromiß zwischen Rußland und Österreich für notwendig, sondern erklärt auch gegenüber dem deutschen Botschafter das gemeinsame Interesse Englands und Deutschlands an der Erhaltung des Friedens, da die Gefahr bestehe, daß England und Deutschland in den Krieg hineingezogen werden könnten. Auf diese Weise erhält „die öffentliche Meinung" völlige Genugtuung; dem beunruhigten Benckendorff erklärt Grey, daß gar nicht die Rede von einer Feststellung der Neutralität Englands im Kriegsfalle sei, sondern davon, daß England Aktions- und Wahlfreiheit den Umständen gemäß behalte, — wiederum eine politische Formel, die im August 1914 eine so außerordentliche Rolle gespielt hat. Eine Erklärung dieser Formel ist in dem kurzen Abriß der auswärtigen Politik für die Zeitspanne 1912/14 von E. D. Morel gegeben[2]).

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 353.]

[2]) E. D. Morel, „The secret History of a great Betrayal", published by „Foreign affairs".

Morel schildert den Zerfall der englischen Regierung in zwei Richtungen: Eine Ministergruppe, nämlich Grey, Churchill, Asquith und noch ein oder zwei andere (die Lords Haldane und Crew), führte eine reine Kriegspolitik, die andere wußte von den Vorbereitungen, tatsächlichen Absichten und Aktionen ihrer Kollegen nichts. Grey hielt es für notwendig und möglich, in der historischen Sitzung des Unterhauses den Wortlaut der identischen Briefe, vom 22. November 1912[1]), derart vorzulesen, daß der letzte Satz dieser Briefe (der von der eventuellen Anwendung der von den Generalstäben der beiden Länder ausgearbeiteten Pläne spricht) unveröffentlicht blieb, eine Tatsache, die wenig wahrscheinlich schien, die aber durch den offiziellen stenographischen Bericht bestätigt wird, und die von der außerordentlichen Schwierigkeit zeugt, zwischen der diplomatischen Illegalität und der öffentlichen Meinung unter den besonderen englischen Bedingungen zu manöverieren[2]). Mit diesem Briefaustausch wurden die sechsjährigen Bemühungen der fränzösischen Diplomatie und jenes Teiles der englischen Regierungskrise gekrönt, der längst, und zwar entschieden die Kompromißpolitik gegenüber Deutschland verworfen hat. Nachdem Grey endlich diese fristlose schriftliche Verpflichtung ausgeliefert hatte, konnte er sich nicht anders als ein Bevollmächtigter fühlen, der gezwungen sein wird, seinen Auftraggebern und an erster Stelle dem Parlament im Augenblick der Präsentierung dieser Verpflichtung zur Zahlung eine Überraschung zu bieten, deren Existenz diese Auftraggeber nicht einmal geahnt haben. Daraus erwuchsen die nachdrücklichen Wiederholungen der Formel „Aktions- und Wahlfreiheit" unter den Verhältnissen, die im November 1912 eintraten und sich bis zum 3. August 1914 fortsetzten; diese Erklärungen mußten nicht nur deshalb abgegeben werden, um die logische Möglichkeit der Diversion im Falle eines völlig unerwarteten Umschwungs der Ereignisse zu wahren, sondern mußten sich auch im Falle der Notwendigkeit im entscheidenden Augenblick dem Parlament und der öffentlichen Meinung als Beweis der Freiheit und Unabhängigkeit seiner Politik von der französischen oder russischen Diplomatie präsentieren. Seit dem 22. November konnte man am herannahenden entscheidenden Augenblick nicht mehr zweifeln: „Grey", teilt am 1. Dezember Benckendorff mit, „denkt vor allem an die Möglichkeit des Krieges,

---

[1]) Als Lloyd George sich am 7. August 1918 im Unterhause gegen die Enthüllungen der Tätigkeit der britischen Diplomatie verteidigte, bestand er darauf, daß dieser Briefaustausch einem Bündnisvertrag (Pakt) und eine „Ehrenschuld" darstellte.

[2]) Grey interpretiert diesen Fall in seinen Memoiren folgendermaßen: „Es mag sein, daß der Abbruch des Vorlesens des Briefes kurz vor seinem Schluß eine zufällige Unterlassung verursacht hat oder vielleicht dachte ich, daß der letzte Satz unwichtig ist . . . Ich kann es nicht sagen." — „Twenty-five years", Bd. II, S. 16.

deshalb wird alles davon abhängen, ob die Verantwortung für die Unnachgiebigkeit auf Österreich fallen wird." Gewiß, „es ist nicht leicht, dies zu erreichen, aber Grey muß die englische öffentliche Meinung auf seiner Seite haben", er möchte die Grenze der russischen Zugeständnisse kennen. Auch für Sasonow ist die Lage klar: „Serbien", telegraphiert er am 10. Dezember nach London, „muß sich den Entscheidungen der Entente unterwerfen, da ihm die Entscheidung in der Frage des europäischen Krieges nicht überlassen werden kann [1])."

„Seit Beginn der jetzigen Krise hat Herr Poincaré nicht aufgehört, bei jeder möglichen Gelegenheit", schrieb am 5. Dezember Iswolski an Sasonow, „das Londoner Kabinett zu vertraulichen Unterhaltungen zu veranlassen, um die Position klarzustellen, die England im Falle eines allgemeinen europäischen Konflikts einnehmen wird. Das Londoner Kabinett antwortet immer wieder, daß es von den Umständen abhängen wird, und daß die Frage über Krieg oder Frieden von der öffentlichen Meinung entschieden werden wird. Andererseits werde zwischen dem französischen und englischen Generalstab die Besprechung aller Zufälligkeiten, die entstehen könnten, nicht unterbrochen, aber die bestehenden Militär- und Marineabkommen haben in der allerletzten Zeit eine noch größere Entwicklung bekommen, so daß im jetzigen Augenblick die englisch-französische Militärkonvention einen ebenso vollständigen und erschöpfenden Charakter hat wie die entsprechende französisch-russische Konvention; der einzige Unterschied ist der, daß erstere nur die Unterschrift der Chefs der Generalstäbe trägt und darum scheinbar für die Regierung nicht obligatorisch ist." Dies „scheinbar" fällt in die Augen, wie auch der folgende Satz: „In diesen Tagen suchte der Chef des englischen Generalstabes General Wilson Frankreich unter strengster Wahrung des Geheimnisses auf, und aus diesem Anlaß wurden verschiedene Zusatzeinzelheiten ausgearbeitet, wobei dieses Mal, wie es scheint, nicht nur die militärischen, sondern auch andere Vertreter der französischen Regierung an der Arbeit teilgenommen haben [2]). Die Memoiren Churchills zeigen, wie diese Formel Grey selbst von seinem aktivsten Kollegen suggeriert wurde: „Was mich in Sorge versetzt, ist unsere Freiheit der Wahl im gegebenen Falle und also die Möglichkeit, die französische Politik zu beeinflussen. Diese Freiheit wird wesentlich begrenzt, wenn die Franzosen imstande sein werden zu sagen, daß sie ihre atlantische Küste entblößt und sich im Mittelmeere konzentriert haben, im Vertrauen auf das Marineabkommen mit uns. Das wäre

---

[1]) Siebert S. 604—611. [Iswolski a. a. O. II. S. 382.]

[2]) „Materialien" S. 309/310. Wir erinnern daran, daß der Plan der Operationen in Belgien beraten wurde. In seinem letzten Werke läßt Poincaré diesen Brief ohne jede Replik. [Iswolski a. a. O. II. S. 377 f.]

nicht richtig. Existierten wir nicht, so könnten die Franzosen ihre Kräfte nicht besser disponieren, wie sie es jetzt tun . . . Aber welche fürchterliche Waffe würden die Franzosen besitzen, um uns zur Einmischung zu zwingen, wenn sie sagen könnten: auf den Rat und nach der Vereinbarung mit ihren Marinestellen haben wir unsere Nordküste ohne Schutz gelassen. Wir haben keine Zeit, hier eine Korrektur vorzunehmen." In Wirklichkeit ist dies der entscheidende Moment, was man auch darüber schreiben könnte. Jeder, der die Fakten kennt, muß erkennen, daß wir Bündnisverpflichtungen ohne Bündnisvorteile und vor allem ohne genaue Definition dieser Verpflichtungen haben" [1]). Churchill bemerkt selbst, daß der von uns hier zitierte Anfang und Schluß seines Briefes nicht übereinstimmen. Dies interessante Dokument ist das beste Zeugnis für die Unruhe und Unsicherheit, unter denen die Teilnahme Englands am Kriege vorbereitet wurde, und die sich aus dem Bewußtsein ergab, England wäre im voraus in dem Sinne gebunden, daß es in Wirklichkeit die französische Politik nicht mehr beeinflussen könne, und daß im Falle eines entschiedenen Protestes der öffentlichen Meinung gegen die Teilnahme am Kriege, ein in der Geschichte unerhörter Skandal losbrechen würde, da in diesem Falle die Politik Greys als reinste Provokation Frankreichs erschienen wäre.

Die Grundlage des französischen Standpunktes bilden jetzt rein militärische Erwägungen. Bereits am 11. November, wie der deutsche Botschafter in Paris nach Informationen, die er als völlig zuverlässig betrachtet, mitteilt, unterbreitete Poincaré geheim seinen Kollegen, den Mitgliedern des Ministerrates, Betrachtungen über die Notwendigkeit, in dem Augenblick, wo ein kriegerischer Zusammenstoß unausbleiblich würde, vor allem Zeit zu gewinnen und deshalb vor der Notwendigkeit nicht zurückschrecken, das Parlament vor die vollendete Tatsache des Beginns der Kriegsaktionen zu stellen. Jedoch gaben die russisch-französische Militärkonvention und die Pläne der beiden Generalstäbe die Möglichkeit, dasselbe Ziel auf einem andern Wege zu erreichen. Wir werden bald sehen, auf welche Weise.

Wir müssen vorausschicken, daß man weder in Berlin noch in Petersburg entschlossen war, die Dinge bis zum Kriege zu treiben. Wilhelm schrieb am 7. November seinem Außenminister, er sähe „absolut keine Gefahr für die Existenz Österreichs oder auch nur für sein Prestige im Falle eines serbischen Hafens an der Adria"; am 8. November: „Wegen Albanien und Durazzo werde ich auf keinen Fall gegen Paris und Moskau marschieren"; am 11. November: „Der casus foederis wird jedoch gegeben sein, wenn Rußland Österreich überfallen wird, unter der Bedingung, daß Österreich Rußland nicht

[1]) Brief Churchills an Grey vom 23. August 1912. „The World Crisis", Bd. II, S. 112/113.

zum Angriff provozieren wird[1]." Am 27. November teilt Jules Cambon aus Berlin mit, die deutsche Regierung versuche „ein Kompromiß zwischen der unversöhnlichen Haltung Serbiens und Österreichs herbeizuführen". „Es unterliegt keinem Zweifel," schrieb der belgische Gesandte in Berlin Baron Beyens, „daß Kanzler, Kaiser und Staatssekretär des Auswärtigen leidenschaftliche Anhänger des Friedens sind[2]." Endlich bezeugte Poincaré selbst in seiner Rede vom 6. Juli 1922 in der Kammer und wiederholte es in seinem Buche[3]), daß „Deutschland im Laufe des ganzen Jahres 1912 ehrlich bestrebt war, mit uns gemeinsam den Frieden zu erhalten", — jedoch nur deshalb, weil „es noch nicht bereit war".

Kiderlen schlug Österreich und Italien vor, sich zu der Albanienfrage und dem Zugang Serbiens zum Adriatischen Meere zu äußern, und Rußland — zu den Grenzen des Gebietes, das bei Konstantinopel bleiben sollte, und zu dem vom russischen Standpunkt aus wünschenswerten Regime für die Meerengen; während er die Frage einer Überlassung Adrianopels an die Bulgaren als eine Frage ansah, die keine Unstimmigkeiten verursache, erblickte er Schwierigkeiten in der Entscheidung über das Schicksal des Thrakischen Chersones, da hier die Wünsche Rußlands und Bulgariens einander widersprachen; in der Meerengenfrage endlich schlug er die Neutralisierung der Meerengen vor, als Ausweg, der Alle befriedige. Indem Poincaré sich auf die mehrfachen Erklärungen Iswolskis berief, beantwortete er diesen Vorschlag durch die Vermittlung Jules Cambons derart, daß Rußland jeden Gedanken der Neutralisierung der Meerengen verwerfe, da „die Freiheit (der Durchfahrt von Kriegsschiffen) für Alle die russische Regierung zwingen könnte, schleunigst ihre Flotte im Schwarzen Meere zu vergrößern"[4]).

Was die Kriegsvorbereitungen Österreichs betrifft, so hält es der französische Gesandte in Belgrad, Descos, der darüber am 27. November mitteilt, für notwendig, hinzuzufügen, daß „sie bis zu einem gewissen Grade auch um der inneren Sicherheit willen unternommen werden könnten"[5]).

---

[1]) Dem Gericht im Prozeß Fechenbach/Coßmann mitgeteilt, „Süddeutsche Monatshefte" 1922, V, S. 99—101, veröffentlicht.

[2]) Belgische Aktenstücke Nummer 96.

[3]) „Les origines de la guerre". Dasselbe kann man auch vom letzten Werke Poincarés sagen.

[4]) „Documents diplomatiques" I, Nr. 277, 278. Siehe auch unter Nr. 301. Mitteilung Louis' über sein Gespräch mit Neratow, der erklärte, daß die russische Regierung „sich der Aufrollung der Meerengenfrage enthalten werde, wenn die beiden Meerengenufer bei der Türkei verblieben". Siehe auch Poincaré a. a. O. Bd. II, S. 366—369.

[5]) „Doc. Dipl." I, Nr. 295. Dort, wo Poincaré im II. Bande „Au service..." über die Unruhe, die durch die Mitteilungen von den österreichischen „Rüstungen" hervorgerufen wurden, spricht, schweigt er sich über diese Äußerung aus, wie uns scheint, ohne genügenden Grund.

Als Nikolaus II. von der Jagd in Spala, wo er unter dem Einfluß kriegerischer Generäle mit dem Großfürst Nikolai Nikolaijewitsch an der Spitze gestanden hatte, nach Zarskoje Selo zurückkehrte, gelang es Kokowzow und anderen vorsichtigen, der Zarenfamilie nahestehenden Personen, Nikolaus II. eine nüchternere Auffassung der inneren Lage Rußlands und seiner kriegerischen Möglichkeiten aufs neue beizubringen. In derselben Richtung sollte durch seine Zurückhaltung auch Buchanan wirken (der diesen Stimmungsumschwung Nikolaus' II. in seinen Memoiren verzeichnet) [1]), da England ebenso wie Deutschland noch nicht bereit war, und zwar nicht nur im Hinblick auf die öffentliche Meinung, sondern auch hinsichtlich seiner Kriegsvorbereitungen: In seinen Memoiren behauptet Churchill, daß die englische Flotte nicht mit Heizmaterial versorgt war, und es ihm (Churchill) beschieden war, in der folgenden Zeit dies Problem zu lösen [2]).

Im Briefe vom 5. Dezember erklärt aber Iswolski Sasonow, daß der „neue Standpunkt Frankreichs" in Kraft bleibe. „Herr Poincaré hält an der von ihm eingeschlagenen Richtung unbedingt fest. Sollte laut der französisch-russischen Militärkonvention der casus foederis in dem Augenblick eintreten, wo Deutschland in den Krieg eintreten würde", „wird uns bis zu diesem Augenblick von Seiten Frankreichs die tätigste und energischste diplomatische Unterstützung gewährt werden, wobei jedoch die Möglichkeit irgendwelcher nicht rein diplomatischer Aktionen, wie Heer- und Marinedemonstrationen usw., nicht ausgeschlossen wird". Poincaré drückt Iswolski gegenüber sein Bedauern darüber aus, daß Sasonow mit der Klärung der Frage zögere, auf welche Weise Rußland und Frankreich dem eventuellen aktiven Auftreten Österreichs auf dem Balkan entgegentreten könnten. Das Hauptziel dieses Briefes Iswolskis ist, mit allen Mitteln auf Sasonow einzuwirken, die Petersburger und Pariser diplomatische Tätigkeit völlig zu verbinden; u. a. weist er darauf hin, daß die öffentliche Meinung Frankreichs, wie Poincaré selbst zugibt, „tief pazifistisch ist" und eine sehr einflußreiche Gruppe (Combes) in der Partei, die das Kabinett Poincarés unterstützt, „den Frieden um jeden Preis" fordere; Combes und seine Genossen verkündeten laut, im entscheidenden Augenblick hänge Krieg oder Frieden nicht von der Regierung, sondern von ihnen ab. Iswolski ist aber überzeugt, daß „die Entscheidung von den an der Spitze des Kabinetts stehenden drei starken Persönlichkeiten Poincaré, Millerand und Delcassé gefällt werden würde, und es unser Glück sei, daß wir es gerade mit diesen Personen zu tun haben würden" [3]).

---

[1]) George Buchanan, „Meine Mission in Rußland", Seite 69.
[2]) Churchill, „The World Crisis", Bd. I, Kap. V, VI.
[3]) [Iswolski a. a. O. II. S. 375 f.]

Die Schwierigkeit der Lage Poincarés wurde nicht nur durch die Opposition Combes' und Clemenceaus, sondern auch durch die Opposition Jaurès' und der „Allgemeinen Conföderation der Arbeit" (Confédération Générale du Travail) bedingt. Die Conföderation hatte den 16. Dezember als Tag eines allgemeinen Proteststreiks gegen den Krieg bezeichnet. Der Streik gelang jedoch nicht; Poincaré und Iswolski entschieden mit vollem Recht, dieser Mißerfolg „habe nochmals bewiesen, daß die Antimilitaristen (im entscheidenden Augenblick) keinen Erfolg haben würden"[1]). Die Bedeutung dieses Mißerfolges kann man daran ermessen, was am nächsten Tag geschah.

Erstens kam es zu einem bezeichnenden Gespräch des französischen Kriegsministers Millerand mit dem russischen Militärattaché Oberst Graf Ignatiew. In den Eintragungen des Grafen Ignatiew ist das Gespräch folgendermaßen wiedergegeben:

Millerand: Welches ist Ihrer Meinung nach, Oberst, das Ziel der österreichischen Mobilmachung?

Ignatiew: Es ist schwer, diese Frage im voraus zu beantworten, aber die österreichischen Vorbereitungen gegen Rußland sind vorläufig zweifellos defensiver Natur.

Millerand: Gut, aber die Okkupation Serbiens betrachten Sie also nicht als eine direkte Kriegsherausforderung für Sie?

Ignatiew: Auf diese Frage kann ich nicht antworten. Aber ich weiß, daß wir einen europäischen Krieg nicht hervorrufen und keine Maßnahmen ergreifen wollen, die einen europäischen Brand verursachen könnten.

Millerand: Also werden Sie gezwungen sein, Serbien seinem Schicksal zu überlassen. Das ist natürlich Eure Sache. Aber man muß nur wissen, daß es nicht unsere Schuld ist: Wir sind bereit, und das muß man in Betracht ziehen. — Können Sie mir wenigstens nicht erklären, was man überhaupt in Rußland über den Balkan denkt?

Ignatiew: Die slawische Frage liegt uns am Herzen, aber die Geschichte hat uns natürlich gelehrt, vor allem an unsere eigenen Staatsinteressen zu denken, ohne sie abstrakten Ideen zum Opfer zu bringen.

Millerand: Aber Sie, Oberst, verstehen doch, daß es sich nicht um Serbien handelt, nicht um Durazzo, sondern um die Hegemonie Österreichs auf der ganzen Balkanhalbinsel . . . Sie unternehmen doch irgend etwas in militärischer Hinsicht?!

„Ich kann mit Sicherheit annehmen," kommentiert Ignatiew dies Gespräch in seinem Dienstbericht an den Chef des Generalstabs, „daß Millerand u. a. den Hintergedanken hatte, daß es Österreich,

---

[1]) [Iswolski a. a. O. II. S. 394.]

nachdem es mit Serbien fertig geworden war, gelingen würde, im Falle unseres verspäteten Eingreifens alle seine Kräfte an unsere Grenze zu werfen. Werden wir auch in diesem Augenblick noch nicht zu aktiven Kriegsaktionen bereit sein, so werden die österreichischen Armeen genügen, um uns an die Südwestgrenze zu ketten. Dadurch wird Deutschland die entscheidende Konzentration aller seiner Armeen gegen Frankreich erleichtert[1]."

Mit anderen Worten: Man hat in Paris beschlossen, auf eine entgegengesetzte Kombination in jedem Augenblick und unter jeden Bedingungen zu drängen: Serbien selbst zieht zu Beginn des Konfliktes einen Teil der österreichischen Kräfte auf sich, der um so bedeutender sein wird, weil es Österreich so nicht nur mit Serbien, sondern auch mit dem noch zu Serbien neigenden inneren Feind zu tun haben wird, während Griechenland gleichzeitig zur Erfüllung des Bündnisvertrages mit Serbien nachdrücklich veranlaßt wird; zur selben Zeit mobilisiert Rußland, ohne hinter Österreich zurückzubleiben, so überflügelt es nach Möglichkeit die deutsche Mobilmachung und fesselt einen bedeutenden Teil deutscher Truppen an der russischen Grenze, indem es den für Frankreich notwendigen Zeitgewinn schafft. Darauf läuft auch der „neue Standpunkt Frankreichs" hinaus, der Standpunkt Poincarés, den Iswolski in erhöhter Stimmung verzeichnet hat: Poincaré und Millerand konnten, indem sie die präventive Mobilmachung Rußlands zu erreichen suchten, natürlich nichts anderes tun, als für Frankreich die Verpflichtung zu übernehmen, einen Krieg zu führen, falls Rußland das Auftreten Österreichs gegen Serbien mit einer Mobilmachung beantworten würde.

Das zweite Ereignis dieses Tages, des 5./18. Dezember, war der Brief Iswolskis an Sasonow, der im Inhalt und Ton ganz ungewöhnlich ist, aber nur eine Ergänzung des Überfalls Millerands auf Ignatiew ist, denn über Iswolski stürmte Poincaré anscheinend auf Sasonow los.

„Da bis jetzt keine Antwort auf meine Telegramme über die Unruhe, die hier durch unsere scheinbar passive Stellungnahme zu den österreichischen Rüstungen erzeugt wird, eingetroffen ist, hält es Iswolski für notwendig, nochmals die Änderungen, die in Paris in den letzten zwei Wochen vorgegangen sind, zu summieren, während noch vor ganz kurzer Zeit sowohl die französische Regierung ebenso wie auch die hiesige Presse geneigt waren, uns der Verhetzung der Serben zu beschuldigen, und die herrschende Note der Satz war: ‚Frankreich will um einen serbischen Hafen keinen

---

[1]) Der Brief des Oberst Ignatiew an den Chef des Generalstabs datiert vom 6./19. Dezember 1912, Nr. 505. Kriegswissenschaftliches Archiv, Aktennummer 130 328. [Die Unterstreichungen stammen immer vom Herausgeber der russischen Ausgabe.]

Krieg führen[1])', sieht man sich hier jetzt mit Erstaunen und unverhehlter Sorge unserer scheinbaren Gleichgültigkeit gegenüber der Tatsache der österreichischen Mobilmachung. Diese Befürchtungen werden nicht nur durch die französischen Minister im Gespräche mit mir und mit unserem Militärattaché[2]) ausgesprochen, sondern dringen auch in das breite Publikum und die Zeitungen der verschiedensten Färbungen; im französischen Generalstab sind sie so stark, daß ... der Kriegsminister[3]) es für nötig hielt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, der mir den Brief Millerands zeigte und eine außerordentliche Sitzung des Ministerrates zur Beratung dieses Briefes berief[4]). Das Telegramm des Herrn George Louis, das die Antwort übergab, die General Laguiche[5]) von unserm Generalstab erhalten hat, zerstreute die Zweifel der Franzosen keineswegs; mir wurde der Wortlaut des Telegramms gezeigt, laut dem General Laguiche gesagt wurde, daß man nicht nur den österreichischen Rüstungen bei uns rein defensive Bedeutung beimißt, sondern auch, daß Rußland in dem äußerst unwahrscheinlichen Falle des Angriffs Österreichs gegen Serbien keinen Krieg führen wird. Eine solche Antwort hat Poincaré und alle französischen Minister in äußerste Verwunderung versetzt[6]). Nach allen hier eintreffenden Informationen beendet Österreich im jetzigen Augenblick die vollständige Mobilmachung von zehn Armeekorps, wobei ein Teil der mobilisierten Truppen demonstrativ gegen Rußland aufgestellt ist; diese Mobilmachung lastet als eine schwere Bürde auf den ohnehin zerrütteten Finanzen Österreichs, und man kann darum jeden Tag irgendein kategorisches Auftreten seitens des österreichischen Kabinetts erwarten. Dies Auftreten kann, wie man hier glaubt, einen Widerstand seitens Rußlands hervorrufen, und dies wird seinerseits automatisch und unausbleiblich zuerst Deutschland und dann Frankreich in den Krieg hineinziehen. Einer solchen Möglichkeit stellt sich die französische Regierung völlig ruhig, bewußt und voller fester Entschlossenheit, ihre Bundesverpflichtungen zu erfüllen, gegenüber. Alle von ihrer Seite notwendigen Maßnahmen sind ergriffen, die Mobilmachung an der Ostgrenze ist vollzogen, der materielle Teil ist in vollständiger Bereitschaft usw. Und gerade in diesem Augenblick nun scheint Frankreich auf eine ganz andere Auffassung der Lage seitens seines Alliierten zu stoßen, der, wie es scheint, am

---

[1]) Wie wir gesehen haben, wurde dieser Satz zum ersten Mal in London ausgesprochen („France ne veut pas faire la guerre pour un port Serbe").

[2]) Wie es scheint, wurde dieser Brief unter dem Eindruck des Gesprächs des Grafen Ignatiew mit Millerand geschrieben.

[3]) Millerand.

[4]) Davon ist natürlich weder im französischen Gelbbuch, noch bei Poincaré etwas erwähnt.

[5]) Der französische Militärattaché in Petersburg.

[6]) Die Reizbarkeit Millerands wird nach diesen Worten völlig verständlich.

meisten an der Lage interessiert ist. Daraus zieht man den Schluß, daß man sich entweder bei uns keine Rechenschaft über die kriegerischen Absichten Österreichs gibt, oder aber, daß wir aus irgendwelchen besonderen Ursachen uns in diesem Augenblick mit Frankreich nicht unterhalten wollen[1]). Diese beiden Vermutungen sind für uns im äußersten Maße ungünstig und trotz aller meiner Bemühungen, auf sie zu reagieren, wird es mir immer schwerer, hier die uns wünschenswerte Stimmung zu unterstützen[2])."

Wir wollen noch einmal bemerken, daß es hier nur unsere Aufgabe ist zu untersuchen, wie die russische Regierung zwischen den Verbündeten und feindlichen Regierungen manövrierte vom Standpunkte der Bestrebungen der russischen Regierung im Hinblick auf die Meerengen- und Konstantinopelfrage, und daß unsere Aufgabe durch die Fixierung der Rolle und des Gewichtes dieser Aspirationen im Verlaufe der Weltkrise begrenzt ist. Auf Grund der von uns zu diesem Ziele herangezogenen Archivmaterialien halten wir es für möglich, und zwar nachdem wir die beiden obigen Dokumente zitiert haben, eine Schlußfolgerung zu ziehen:

Seit Beginn der Weltkrise 1911—14 war die kriegspolitische Konjunktur des Ausganges dieser Krise durch die Militärabkommen und Pläne der Generalstäbe Frankreichs und Rußlands im voraus bestimmt, und diese Lage wurde im Augenblick der Zögerungen in Petersburg von Paris aus mit der Hartnäckigkeit ultimativer Art diktiert; den unerschütterlichen Beweis dafür werden wir weiterhin in einem der Sasonowschen Immediatberichte finden. „Das reale Kräfteverhältnis" des russischen und französischen Imperialismus sowie die gemeinsame alliierte Basis des Finanzkapitals, auf der sich der russische Imperialismus seit dem Jahre 1887 entwickelte, erklären vollkommen, wie es uns scheint, in Verbindung mit der Gefahr der Wiederholung der revolutionären Bewegung in Rußland, sowohl die furchtsamen Zögerungen in Petersburg, als auch die bestimmende Rolle von Paris. Als Antwort auf die drohenden und überredenden Mitteilungen Iswolskis und die unmittelbaren Appelle Millerands und Laguiches an den russischen Generalstab, hat man in Petersburg eiligst die dortige Stellungnahme in der erforderlichen Richtung und dem erforderlichen Sinne zurechtgestutzt; kriegerische Gruppen und Stimmungen gewannen sofort gegenüber der Vorsicht und den Meinungen der Personen, die dem gefährlichen va-banque-Spiel abgeneigt waren, die Oberhand.

Am 5. Januar benachrichtigte Sasonow Iswolski, daß die Schwarze-Meer-Flotte auf den ersten Befehl hin auslaufen kann „und der Entschluß gefaßt sei, nach dem 1. Januar die Reservisten im ganzen euro-

---

[1]) Unterstrichen im Original.

[2]) „Materialien" S. 311/312. Zum Inhalt dieses Briefes wird in den Büchern des Herrn Poincaré nichts gesagt. [Vgl. Iswolski a. a. O. II. S. 396 ff.]

päischen Rußland und im Kaukasus zurückzuhalten"[1]). Am selben Tage teilte Iswolski Poincaré mit, daß Sasonow dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Forderung der Demobilmachung vorgelegt hat[2]), und am selben Tage forderte der russische Botschafter in Konstantinopel von der türkischen Regierung den Verzicht auf Adrianopel, Skutari (Albanien) und Janina mit dem Hinweis, daß die russische Regierung im Falle der Unnachgiebigkeit der türkischen Regierung die Neutralität Rußlands nicht garantieren könne, ein Ausdruck, der später dementiert und dann wieder bestätigt wurde[3]). Das Dementi wurde dadurch herausgefordert, daß der Ausfall gegen die Türkei (eine Kompensation für den Sieg Österreichs in der Frage des serbischen Zuganges zur Adria) eine Zurückweisung seitens Poincarés hervorrief, der erklärte, er wünsche am wenigsten einen Konflikt wegen der kleinasiatischen Türkei und protestiere gegen ein solches Auftreten ohne vorherige Beratung mit ihm[4]). Andererseits konnte Sasonow am 27. Dezember dem serbischen Vertreter in Petersburg versichern, daß sich Serbien mit dem vorübergehenden Mißerfolg in der Frage des albanischen Hafens leicht zufriedengeben könne, da die Zukunft ihm gehöre, in demselben Sinne, wie es vom französischen und russischen Gesandten in Belgrad suggeriert wurde, d. h. in der Voraussetzung, wie Boghitschewitsch formuliert, „wichtiger Ereignisse, die sich zwischen den Großmächten ereignen müssen", und nach der Erklärung Sasonows, sogar den Zusammenbruch Österreich-Ungarns zur Folge haben müssen.

Das Ergebnis des Herbstes 1912 ist die tatsächliche Aufteilung fast der ganzen Europäischen Türkei und die Bildung eines siegreichen, wenn auch nicht festen Blocks von 15 Millionen Serben, Montenegrinern, Bulgaren und Griechen auf der Südflanke der Zentralmächte.

Im Januar 1913 wird Poincaré zum Präsidenten gewählt. Ein Ereignis, das sowohl damals wie später in Frankreich als ein Triumph des kriegerischen französischen Imperialismus gewertet wurde. Die erste Unterhaltung Poincarés nach seiner Wahl überzeugte Iswolski, daß der Widerstand Poincarés gegen einen entschiedenen Druck auf die Türkei in der Adrianopelfrage, wie Poincaré selbst erklärte, aus der Notwendigkeit folge, „die Möglichkeit zu besitzen, im voraus die französische öffentliche Meinung auf die Teilnahme

---

1) „Materialien" S. 313. [Iswolski a. a. O. III. S. 23.]

2) „Doc. Dipl." Bd. II, Nr. 34.

3) Ebenda Nr. 33 und 73.

4) Ebenda Nr. 40. Das russische Projekt einer Marinedemonstration gegen die Türkei wurde in Paris mit einer ironischen Bemerkung Paléologues bei einem Essen abgetan, der die Gelegenheit wahrnahm, daß sein Gesprächspartner nicht Iswolski, sondern der Geschäftsträger Sewastopulo war: „Sie werden sehen, daß Sie letzten Endes diese Demonstration noch ganz allein machen müssen." („Materialien", S. 316.) [Iswolski a. a. O. III. S. 32.]

Frankreichs am Kriege, der wegen der Balkanaffären entstehen könnte, vorzubereiten"[1]). Trotzdem verspürt Sasonow offenbar die Unbequemlichkeit, zwei Wirte zu haben: in Paris und Petersburg, wo die nationalistische Presse, die „Nowoje-Wjrema" an der Spitze, täglich das „diplomatische Mukden" oder das „diplomatische Tsusima" (gemeint ist der serbische Hafen und Adrianopel) anprangerte. Indem Sasonow die völlige Identifizierung Iswolskis mit Poincaré feststellt, protestiert er gegen die Reprimanden Iswolskis und beschuldigt ihn seinerseits „der Bestrebung, die russische Politik der Aktionsfreiheit zu berauben"[2]). Es ist ihm gelungen, auf der Botschafterkonferenz in London die Übergabe Adrianopels an die Bulgaren durchzuführen; die Folge war, daß Enver die Regierung in Konstantinopel stürzte und die Kriegsaktionen am 3. Februar wieder aufgenommen wurden.

In dieser Zeit wurden in Deutschland die Erfolgchancen im Falle eines europäischen Krieges in voller Harmonie mit dem Optimismus des französischen Generalstabs pessimistisch gewertet. Im Einklang damit wollte man in Berlin, nach dem Zeugnis u. a. des russischen Botschafters Swerbejew, den Frieden um jeden Preis haben und ergriff dort zur selben Zeit Maßnahmen zur Verstärkung der Armee. Frankreich antwortete darauf mit dem Feldzug zugunsten der dreijährigen Dienstzeit und mit der Organisation der Kolonialtruppen. Am 25. Februar kommt Benckendorff in einer Charakteristik der Politik Poincarés auf der Londoner Konferenz zur Schlußfolgerung, „von allen Mächten wolle zwar Frankreich den Krieg nicht, sehe ihm aber ohne großes Bedauern entgegen ...". „Alle Mächte arbeiten für den Frieden. Aber von allen Mächten würde Frankreich allein einem Krieg mit der größten Kaltblütigkeit zustimmen." Berlin bestand zu dieser Zeit jedenfalls auf der Demobilmachung Österreichs, und in Wien gab man, wenn auch nicht ohne Proteste, dem Druck Wilhelms II. (durch Vermittlung Erzherzogs Franz Ferdinand) und Moltkes nach[3]).

Im März besetzten die Verbündeten Adrianopel und Janna, aber bis Konstantinopel kamen die Bulgaren nicht, und nur deshalb wurde die russische Regierung von der Ausführung ihres Entschlusses, die Schwarze-Meer-Flotte nach dem Bosporus zu schicken, befreit. Am 16. April willigten die ermüdeten Gegner in einen neuen Waffenstill-

---

[1]) „Materialien" S. 323. Die Charakteristik Poincarés als eines Diktators siehe auch dort S. 325/326. In Berlin rief seine Wahl beinahe eine Panik hervor. [Iswolski a. a. O. III. S. 43.]

[2]) Brief Iswolskis an Sasonow im Urtext vom 17./29. Januar 1913 datiert. The Facsimile in Livre Noir, Bd. II, S. 16. „Materialien" S. 324. [Iswolski a. a. O. III. S. 48, 17./30. Januar datiert.]

[3]) Darüber beschwert sich der Chef des Generalstabs, Conrad von Hötzendorf in seinen Memoiren. „Aus meiner Dienstzeit", Band III, S. 167—169. [Ferner Brandenburg a. a. O. S. 396.]

stand ein, aber die Flottendemonstration der Mächte hinderte die Montenegriner nicht, am 23. April die Übergabe Skutaris zu erzwingen. Wie sich Sasonow ausdrückte, wollte der montenegrinische Fürst „einen Weltbrand anzünden, um sich über seinem Feuer für sich selbst ein Rührei zu braten". Tatsächlich forderte Österreich die Räumung Skutaris (das von der Botschafterkonferenz Albanien zugesprochen war) und Deutschland schloß sich ihm an. Boghitschewitsch[1]) bestätigt, daß in diesem kritischen Augenblick die Gönner der Balkanländer infolge ihrer Kriegsmüdigkeit besorgt waren, und in der Voraussicht nahe bevorstehender Ereignisse, die neue Kräfteanstrengungen von ihnen erfordern würden, beschlossen, ihnen die notwendige Atempause zu geben. Anfangs Mai räumten die Montenegriner Skutari und die Serben Durazzo. Ende des Monats unterschrieben die Delegierten der Türkei und der Balkanländer in London die Friedenspräliminarien, in denen als Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei die Linie Enos—Midia festgelegt war.

Jedoch hatten sich schon seit Mitte April infolge der Aufteilung der besetzten Gebiete die Beziehungen zwischen den Verbündeten derart verschärft, daß sich König Ferdinand an Nikolaus II. mit der Bitte um Intervention wandte. Rumänien forderte von Bulgarien „Kompensationen" auf dem rechten Donauufer; Serbien und Griechenland meldeten ihre Rechte auf Mazedonien an, das Bulgarien fast ganz als ihm rechtlich zustehenden Teil betrachtet hatte. Sasonow erklärte dem serbischen Premierminister Pasitsch (durch Hartwig), indem er die Serben zur Nachgiebigkeit zugunsten der Bulgaren zu bestimmen suchte, daß „Serbien erst die erste Etappe seines historischen Weges erreicht habe" und daß „es bis zur Erreichung seines Zieles noch einen furchtbaren Kampf würde bestehen müssen, in dem seine Existenz auf dem Spiele stände"; für Serbien sei es notwendig, zuvor die Unterstützung Bulgariens zu gewinnen und seine Kräfte vollauf wiederherzustellen, dann werde es nichts hindern können, sich bis zum Überfluß für die Zugeständnisse an die Bulgaren durch den Löwenanteil bei der unausbleiblichen Auflösung Österreich-Ungarns zu belohnen Trotzdem zog es Pasitsch vor, nicht nachzugeben, und demissionierte mit allen seinen Kollegen. Ferdinand rechnete, Nikolaus II. auf seine Seite herüberziehen zu können, und stellte Danew an die Spitze der Regierung, der mit Pasitsch auf die Aufforderung Nikolaus' II. hin in Petersburg erscheinen sollte, um seine Ansprüche vorzutragen und die Entscheidung des Zaren entgegenzunehmen. Die bulgarischen Generäle vereitelten diese Pilgerfahrt durch die plötzliche Offensive; aber anstatt der Reihe nach ihre Gegner zu schlagen, gerieten die Bulgaren in den Ring der siegreich gegen sie vorstürmenden Feinde. Sie wurden

---

[1]) Ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen", Zürich 1919, S. 168.

gezwungen, Adrianopel zu räumen, das von den Türken (am 22. Juli) kampflos besetzt wurde. Rumänien versicherte sich der Neutralität Rußlands; die russische Regierung suchte die Möglichkeit auszunützen, auf Rechnung des „undankbaren Bulgarien" noch einen neuen Verbündeten in dem mit den Zentralmächten verbündeten Rumänien zu gewinnen; am 11. Juli warf Rumänien seine frischen Truppen über die Donau. Schon zu Beginn des ersten Balkankrieges hatte sich Rumänien seitens der Zentralmächte das Versprechen einer Kompensation zu seinen Gunsten gesichert, wofür es im Februar 1913 den Vertrag mit dem Dreibund erneuert hatte. Jetzt erhielt es diese Kompensation mit der gütigen Erlaubnis, wenn nicht direkt aus den Händen der Zarenregierung. Silistria wurde gleichfalls Rumänien durch die Botschafterkonferenz in Petersburg „zugesprochen". Ferdinand war gezwungen, sich nach Wien und Petersburg mit der Bitte um Vermittlung zu wenden. Am 30. Juli wurde der Waffenstillstand geschlossen, am 10. August in Bukarest der Friede unterzeichnet, der jedoch die Entwicklung der Weltkrise im Bereich der Balkaninteressen nicht aufgehalten hat. Österreich-Ungarn erstrebte mehr als früher die Schwächung des serbischen „Piemont", wenn nicht zu seinen Gunsten, so doch wenigstens zugunsten Bulgariens. Die vorsichtige deutsche Politik der Annäherung an Rumänien und Griechenland befriedigte die österreichische Regierung in keiner Weise, die der Meinung war, daß die südslawische Frage zu einer Frage der weiteren Existenz der Doppelmonarchie und folglich zu einer Frage der lebenswichtigsten Interessen des ganzen Dreibundes geworden war. Im Oktober präsentierte Österreich, diesmal mit energischer persönlicher Unterstützung Wilhelms II., Serbien die ultimative Forderung, alle seine Truppen aus Albanien herauszuziehen. Natürlich war es schwer, auf diesem Wege die Lage auf dem Balkan grundsätzlich zu ändern, wie sie durch die Bildung des rumänisch-serbisch-griechischen Blocks mit dem entschiedenen Übergewicht der französischen und russischen Diplomatie nicht nur in Serbien, sondern auch in Rumänien gegeben war.

In Berlin mußte man erkennen, daß die Ergebnisse des letzten Balkankrieges tatsächlich auf eine für den Dreibund wesentlich ungünstige Weise die allgemeine Lage verändert hatten, genau so wie Sasonow und Schebeko (der russische Botschafter in Wien) zu keiner anderen Schlußfolgerung kommen konnten, als zu einer gegenseitigen Gratulation zum entschiedenen Erfolg, trotz des Zusammenbruchs des slawischen Balkanblocks.

Im Lichte der Ereignisse der Jahre 1911/13 erscheinen die Grundlinien und tatsächlichen Ziele der Politik der Petersburger Regierung in der Meerengenfrage zu Anfang dieser Periode äußerst kraß. Grundlage für die Unterhandlungen Tscharykows hatten, wie wir wissen, die Annäherung an die Türkei, die Einwirkung auf die Balkanstaaten im friedlichen Sinne und „sogar" die Garantie Konstantinopel mit dem

angrenzenden Bezirk für die Türkei abgegeben[1]). Dafür sollte der Sultan aus eigener Machtvollkommenheit und „ein für allemal" den russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Meerengen gewähren, jedoch ohne das Recht der Stationierung im Bosporus. Die Formel „aus eigener Machtvollkommenheit" war in der Interpretation Benckendorffs gewählt worden, um das langwierige Verfahren einer Überprüfung der bestehenden Verträge zu umgehen.

Die türkische Regierung (Said-Pascha) sah sich der Einheitsfront England, Frankreich und Rußland gegenüber und erklärte deshalb ihre Bereitschaft zur Annäherung an England und durch seine Vermittlung an Rußland, aber zur Zeit, da der Gedanke einer Vereinbarung zwischen der Türkei und der Entente über die Fragen der Ostmittelmeerinteressen (nach dem Beispiel des englisch-spanischen Abkommens im Westmittelmeer) lanciert wurde, führte die türkische Regierung gleichzeitig, nach den Informationen Tscharykows, Unterhandlungen über eine Annäherung an einen zuverlässigeren Partner — nämlich Deutschland.

Die Schwierigkeit, der Türkei ihre territoriale Unversehrtheit zu garantieren, wurde durch die Tatsache ihres Krieges gegen Italien bedingt, denn die Annäherung an Italien war für die Ententemächte natürlich unvergleichlich wichtiger als die Annäherung an die zertrümmerte Türkei. Die Frage Nicolsons, wie sich die russische Regierung die Verwirklichung einer solchen Garantie der Unversehrtheit der Türkei im Hinblick auf Italien vorstelle, mußte Benckendorff mit der aufrichtigen Anerkennung beantworten, er wisse es selbst nicht, sei aber „überzeugt, daß unsere jetzigen Beziehungen zu Italien jede Möglichkeit irgendwelcher feindlichen Aktionen gegenüber diesem Lande ausschließen"[2]).

Die türkische Regierung äußerte tatsächlich den Wunsch, sich der Entente anzuschließen, jedoch unter der Bedingung, daß die Entente sie gegen Italien während der Friedensunterhandlungen unterstütze, was Grey natürlich kategorisch verweigerte. Auf diese Weise ist die Türkei, die völlig isoliert war und keinen Schutz weder bei der einen noch bei der anderen Gruppe der europäischen Mächte fand, zu einer leichten Beute ihrer nächsten Nachbarn geworden, und die Frage ihres Eintrittes in eine dieser beiden Gruppierungen wurde für sie zu einer Frage ihrer weiteren Existenz.

Auch im Petersburger Außenministerium konnte man sich keine realen Ergebnisse einer Demarche in Konstantinopel vorstellen und beschloß deshalb, „die jetzige politische Lage auszunützen, um die

---

[1]) „Rußland wird vielleicht nicht zurückschrecken, den Türken die Stadt Konstantinopel mit dem anliegenden Gebiet zu garantieren," erklärte Benckendorff im Gespräch mit Grey im Oktober 1911. Wie wir gesehen haben, versuchte Sasonow dies Ziel mit allen Kräften Ende 1912 zu erreichen.

[2]) Siebert, 18. Kapitel.

französische und englische Regierung zu veranlassen, ihre Stellung zur Meerengenfrage in ganz konkreter Form, und zwar schriftlich darzustellen, völlig unabhängig von dem Abkommen, das zwischen uns und der Türkei geschlossen werden könnte". Der Gedanke Greys eines „vorausgehenden" Abkommens mit der Türkei wurde dabei sogar als äußerst unbequem angesehen. Andererseits erklärte Neratow in dem Brief vom 2. November 1911, es handle sich nicht um eine dringende Entscheidung der Frage, sondern um die Klärung der „Bedingungen", unter denen diese Frage gelöst werden könnte. „Ich werde mich bemühen," antwortete Benckendorff, „obwohl es noch sehr schwer ist, die englische Regierung zu prinzipiellen Verpflichtungen im Fall künftiger Möglichkeiten zu bewegen; ich werde einen Versuch unternehmen, aber ich bin seines Erfolges nicht sicher." Er findet einen Trost in der Veränderung, die sich in London in den letzten zwei Jahren vollzogen hatte: im Jahre 1908 (wie man aus den Memoiren Greys ersieht, war die Lage die gleiche wie im Jahre 1907 zur Zeit des Abschlusses des englisch-russischen Abkommens im Verlauf der Unterhandlungen Greys mit Benckendorff) schreibt Grey, daß sich irgend einmal die russischen Wünsche erfüllen würden, aber jetzt sei es noch „zu früh", nun aber sagt er nicht mehr, „es ist zu früh", sondern erklärt seine Bereitschaft zum Handeln. Aber handeln kann man nur unter günstigen Umständen; er hofft, daß sie eintreffen werden, während die Frage vertagt ist usw. . . . Trotzdem also Benckendorff so sehr von dem allgemeinen Stimmungswandel in betreff Rußlands überrascht ist, kommt die Meerengenfrage unerklärlicherweise nicht vom Fleck. Um diesen merkwürdigen Umstand zu erklären, beruft sich Benckendorff auf die Hartnäckigkeit Greys, als „auf eine traditionelle Methode", aber er ignoriert völlig den anläßlich dieses Projektes erhobenen Einwand, daß im Falle eines Krieges das Schwarze Meer zum gesicherten Zufluchtsort der russischen Flotte werden würde; er hofft, daß dieser Einwand jetzt nicht von den Engländern aufgeworfen würde, wenn es überhaupt geschehen sollte. Letzten Endes gibt er zu, er könne sich nicht denken, wie man in dieser Frage das unzweifelhafte Bestreben der englischen Regierung, die Annäherung an Rußland zu fördern und sogar auszubauen, ausnützen könne; jedoch hält er ein allgemeines Abkommen über Konstantinopel, den Balkan und vielleicht auch Kleinasien für möglich, „bei der Überlassung Ägyptens an England usw." [1]).

In dem streng geheimen Brief an Iswolski am 28. November 1912 charakterisiert Sasonow selbst die russische Politik in der Meerengenfrage folgendermaßen [2]):

„Vom ersten Anfang der Krise an haben wir nicht aus den Augen

---

[1]) Siebert, S. 685.
[2]) [Iswolski a. a. O. II. S. 364]; Siebert, S. 687—690.

gelassen, daß der Krieg eine Veränderung des Regimes der Meerengen nach sich ziehen kann. Gleichzeitig fürchteten wir jedoch, diese Frage anzuregen, ehe der Umfang der Erfolge der Balkanstaaten, die Wahrscheinlichkeit der Einnahme von Konstantinopel durch ihre Truppen und der Standpunkt der anderen Großmächte bezüglich der Ereignisse auf dem Balkan klar in die Erscheinung getreten wären. Diese Erwägung hat uns eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem englischen Vorschlag auferlegt, die Frage einer eventuellen Internationalisierung Konstantinopels und neuer Garantien für das Regime der Meerengen zu beraten. Unserer Ansicht nach können die Grundinteressen Rußlands in den Meerengen nicht durch irgendwelche vertraglichen Garantien und Klauseln geschützt werden, da diese immer umgangen werden könnten; sondern wir müssen immer bedenken, welche tatsächliche Gewalt wirklich imstande ist, ein gegebenes Regime der Meerengen vor irgendwelchen Verletzungen zu bewahren.

Selbstverständlich haben wir uns noch ablehnender gegenüber von Wien ausgehenden Bestrebungen verhalten, einen gewissen Parallelismus unserer Interessen mit denen der Donaumonarchie herzustellen. Rußland sollte sich hinsichtlich des Westteiles der Balkanhalbinsel desinteressiert erklären, während Österreich uns volle Handlungsfreiheit in Konstantinopel gewähren würde. Von der Annahme ausgehend, daß etwaige Veränderungen im Regime der Meerengen nur nach Beendigung des Krieges zutage treten können, und daß andererseits wir uns auf Kompensationen nicht einlassen können, da dies den Interessen der Balkanstaaten schaden würde, haben wir eine abwartende Haltung beobachtet, ohne jedoch den günstigen Augenblick versäumen zu wollen, um unsere Wünsche genau zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl die weitere Entwicklung des Krieges noch nicht vorausgesehen werden kann, so läßt sich doch annehmen, daß das Vordringen der Alliierten augenblicklich bereits seinen Höhepunkt erreicht hat, und die Wahrscheinlichkeit der Einnahme Konstantinopels nur noch sehr gering ist. Infolgedessen bleibt unsere ursprüngliche Annahme bestehen, daß Konstantinopel und ein genügend großes Gebiet auf dem Festland zum Besitz der Türkei gehören werden. Man kann annehmen, daß, sogar nach einem siegreichen Kriege, Bulgarien ziemlich lange Zeit brauchen wird, um sich von seinen Verlusten zu erholen und sich endgültig in den eroberten Gebieten festzusetzen. Nicht weniger schwierige Aufgaben erwarten die geschwächte und besiegte Türkei.

Rußland, das sich am Kriege nicht beteiligt hat, besitzt nur die Möglichkeit, einerseits seinen Einfluß auf die Balkanstaaten, zu denen, wenn möglich, auch Rumänien gerechnet werden muß, zu erweitern, und andererseits seine Stellung in der Türkei zu befestigen, die mehr denn je auf gute Beziehungen zu Rußland bedacht sein muß.

Alles dies veranlaßt uns, augenblicklich mit ganz besonderer Vor-

sicht an diejenigen Vorschläge heranzutreten, die uns von anderen Staaten in der Meerengenfrage gemacht werden könnten. Wir müssen uns davor hüten, der Errichtung irgendwelcher einengender Garantien zuzustimmen, die in Zukunft ein Hindernis bilden könnten, die Meerengenfrage endgültig unseren Interessen gemäß zu lösen. Andererseits können wir den günstigen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne einige weniger radikale, aber immerhin bedeutsame Modifikationen durchzuführen. Am praktischsten scheint es uns, die Meerengenfrage wie im Jahre 1908 zu behandeln, d. h. die Ufer-Staaten des Schwarzen Meeres in Friedenszeiten unter gewissen Bedingungen, die die Sicherheit Konstantinopels garantieren, zu ermächtigen, ihre Kriegsschiffe ein- und auslaufen zu lassen.

Natürlich kann augenblicklich nicht die Rede davon sein, zwischen Rußland und der Türkei ein einseitiges Abkommen in dieser Frage zu treffen; ein derartiges Übereinkommen würde unseren Beziehungen zu den Balkanstaaten zuwiderlaufen. Es wäre wohl auch kaum notwendig, denn statt freundschaftlicher Versicherungen, die seinerzeit wegen des Selbstbewußtseins der Türkei erfolglos blieben, haben wir jetzt viel wirksamere Mittel in unserer Hand, um auf die Türkei einzuwirken, namentlich augenblicklich, da ein Teil der türkischen Truppen von unserer Grenze nach dem Kriegsschauplatz überführt worden ist. Die größte Bedeutung müssen wir natürlich der Haltung der Großmächte beilegen, und wir können nur feststellen, daß in den letzten Jahren der Boden für eine uns günstige Lösung gut vorbereitet worden ist. Wie Ihnen bekannt ist, können unsere Wünsche für keine einzige europäische Regierung unerwartet sein, und eine jede von ihnen hat seinerzeit ihre bedingte Zustimmung ausgedrückt. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, uns Österreich gegenüber auf den Standpunkt eines Übereinkommens oder einer Kompensationen zu stellen; wir haben aber von jeher nicht geleugnet, daß man die österreichischen Interessen wirtschaftlichen und politischen Charakters auf dem Balkan in Rechnung ziehen muß. In der Frage des Zuganges Serbiens zur Adria haben wir ebenfalls dem Belgrader Kabinett geraten, den Interessen seines Nachbarstaates Rechnung zu tragen. Wir halten uns deshalb berechtigt zu erwarten, daß das Wiener Kabinett sich zu unseren Interessen in der Meerengenfrage ähnlich stellen wird. Auf alle Fälle glauben wir, daß der Widerstand der österreichischen Diplomatie in dieser Frage wohl kaum ein ernstliches Hindernis zur Erfüllung unserer mehr als mäßigen Wünsche sein könnte [1]).

Dies sind die allgemeinen Erwägungen, von denen wir uns in der Meerengenfrage leiten lassen. Indem ich sie Ihnen für den Fall einer Aussprache mit Poincaré mitteile, halte ich es für nötig hinzuzufügen,

---

[1]) Es ist klar, daß damit die oben erwähnten „weniger radikalen Modifikationen" des Meerengenregimes gemeint sind.

daß wir es nicht für richtig halten, augenblicklich mit irgendwelchen unabhängigen Vorschlägen hervorzutreten, da der Kompensationsweg, wie oben ausgeführt, nicht in unserem Interesse liegt. Sollten sich jedoch die Verhältnisse ändern, und diese Frage von selbst auf die Tagesordnung gestellt werden, so wäre uns interessant, den Standpunkt der französischen Regierung kennenzulernen, damit wir genau Zeitpunkt und Mittel zur Erreichung unseres Zieles bestimmen können."

Auf diesen Brief an Iswolski äußerte sich Benckendorff sofort am 2. Dezember in einem Briefe, der nicht minder interessant und viel bestimmter ist als seine früheren Mitteilungen an Neratow. Grey meint, daß im Unterschied zum Jahre 1908 der „Boden" genügend vorbereitet ist, und Rußland die Meerengenfrage in Verbindung mit der Liquidation des Balkankrieges aufwerfen kann — eben hier aber weigerte sich gerade Sasonow. Außerdem verharrt Grey auf dem Standpunkte seines damaligen Memorandums, besonders auf dem Standpunkte der Notwendigkeit einer vorherigen Vereinbarung mit der Türkei. Benckendorff glaubt nicht, daß „sich diese Voraussetzung verändert hat"; obwohl die Türkei aus dem Kriege geschwächt hervorgehe, bedeute dies nicht, daß sie jede Bedeutung in den Augen Englands verloren habe. Noch mehr: als rein muselmanischer und asiatischer Staat ist sie gerade jetzt für England ein äußerst wichtiger Staat. Also die Unterstützung Englands ist gesichert, — Grey und Nicolson werfen aus eigener Initiative die Meerengenfrage auf und raten, sie auf der bevorstehenden Konferenz zu stellen, aber diese Unterstützung, worüber sich sogar Benckendorff klar ist, geht auf die Lösung der Frage in einem „vom englischen Standpunkt und nicht von unserem Standpunkt wünschenswerten Sinne" hinaus. Trotz der famosen Änderung, die sich in England gegenüber Rußland vollzogen hat, schließt sich der Londoner Botschafter vollkommen dem Standpunkt Sasonows an, wie er im Briefe an Iswolski wiedergegeben ist.

Was Iswolski betrifft, so wurden mit ihm und dem Grafen Ignatiew, wie wir gesehen haben, viel ernstere Gespräche in diesen Tagen geführt: er mußte mit Sasonow über die Frage der gemeinsamen französisch-russischen Politik gegen Deutschland und Österreich kämpfen. Im April 1913 erinnerte sich Poincaré an Konstantinopel, angesichts der Gefahr einer Besetzung durch die Bulgaren; er schlägt selbst eine Flottendemonstration der Mächte in den Meerengen und im Marmarameer vor, womit Sasonow natürlich sofort einverstanden ist. Grey schlägt seinerseits vor, durch Vermittlung der Botschafterkonferenz die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Notwendigkeit zu lenken, gemeinsame Maßnahmen zwecks Belassung des Sultans in Konstantinopel in Übereinstimmung mit den vorherigen Entscheidungen der Mächte zu ergreifen. Zur selben Zeit wird die Entscheidung über die von den Siegern erhobene Forderung einer türkischen Kriegsentschädigung unaufschiebbar. Diese Forderung hatte in Paris die Op-

position der Regierung und Banken heraufbeschworen, die fürchteten, eine finanzielle Schwächung der Türkei, wie Iswolski am 24. April an Sasonow schrieb, würde die Interessen der europäischen Mächte und ihrer Untertanen in der Türkei schädigen; die Pariser Finanzkreise waren sogar bestrebt, „alle schwebenden Finanzangelegenheiten zugunsten der Türkei und zum Nachteil der Verbündeten" zu lösen, während Grey, nach den Informationen Iswolskis, die Einführung einer internationalen Kontrolle (bei Beschränkung der Ausgaben und Rüstungen) in der Asiatischen Türkei beabsichtigt, da die bereits in Betracht gezogene „Auflösung dieses Staates" (im Gegensatz zur Liquidation der Europäischen Türkei) „zu unberechenbaren Konflikten führen könnte" [1]).

Iswolski begrüßt diesen Gedanken Greys, ohne jedoch ein Wort darüber zu sagen, wie sich eine solche Kombination auf das Meerengenregime und das künftige Schicksal Konstantinopels auswirken könnte. Sasonow nennt im Briefe an Benckendorff vom 1. Mai das Programm Greys sehr verführerisch, soweit es sich auf die Beschränkung der militärischen Ausgaben der Türkei beziehe; Sasonow stellt aber die Frage, die Iswolski übergangen hatte: „Wo bleibt im Falle der Beschränkung der türkischen Rüstungen die Garantie, daß Konstantinopel und die Meerengen effektiv beschützt werden? Da die Landgrenze zwischen der Türkei und Bulgarien sehr lang werden kann, wird wohl die Türkei die größten Anstrengungen machen müssen, um ihre Hauptstadt schützen zu können."

„Indem wir diese Frage stellen," fährt Sasonow nicht ohne Humor fort, „werden natürlich die überrascht sein, die Rußland der Eroberungspläne verdächtigen. Wir können natürlich nicht der Zukunft vorauseilen, aber wir können nicht umhin zu bemerken, daß, wenn die Verteidigung Konstantinopels und der Meerengen im entscheidenden Augenblick nicht genügend gesichert sein wird, — ein Umstand, der weit entfernt ist, im Einklang mit unseren Interessen zu stehen — dies nur eine gefährliche Versuchung für die Bulgaren wäre, da die vorzeitige Aufrollung der Meerengenfrage uns in eine sehr schwierige Situation bringen könnte. Wenn wir also einerseits keinen Grund haben, die Türkei daran zu hindern, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Angriff auf Konstantinopel und die Meerengen zurückzuweisen, müssen wir keine zu bedeutende Erstarkung der Türkei, nachdem sie eben eine beispielslose Niederlage erlitten hat, befürchten. Und da die Meerengenfrage eine ganze Reihe anderer Probleme mit sich bringt, deren Lösung eine planmäßige Vorbereitung erfordert, wäre es gefährlich und vorzeitig, schon jetzt, bevor dies Programm ausgearbeitet ist, von einer Verminderung der Verteidigungsmittel der an und für sich schon schwachen Türkei zu sprechen."

---

[1]) „Materialien", S. 364/65. [Iswolski a. a. O. III, S. 132.]

Ferner gibt Sasonow eine begründete Kritik des englischen Projekts selbst: Wenn das Ziel der internationalen Kontrolle erreicht ist, d. h. die Finanzen der Türkei in Ordnung kommen, wird nichts die Türkei hindern, auch militärisch zu erstarken; geschieht es aber nicht, so wird die internationale Kontrolle zur Hegemonie irgendeiner anderen Macht führen, auf jeden Fall aber zum Kampfe unter den konkurrierenden Mächte. Zur selben Zeit „überkommt ihn die unfreiwillige Befürchtung, daß die Aktionsfreiheit Rußlands gegenüber der Türkei durch eine Errichtung europäischer Kontrollen zu sehr begrenzt wird. Die Ereignisse gestalten sich derart, daß wir, ohne uns durch unausführbare Utopien verführen zu lassen, mit der Möglichkeit rechnen können, bessere Beziehungen als bisher zur Türkei herzustellen. Die Türkei muß sich Rechenschaft darüber geben, daß Konstantinopel und die Meerengen künftig großer Bedrohung ausgesetzt sind. Diese Gefahr wird in den Augen der Türken ihr traditionelles Mißtrauen gegenüber Rußland überwiegen; unser bis zum gewissen Grade gemeinsames Interesse, nämlich die Verhinderung des Überganges der Meerengen in dem Besitz einer anderen Macht, wird uns der Türkei näherbringen. Außerdem werden die Türken zum Bewußtsein kommen, daß das beste Mittel eines Schutzes gegen Bulgarien in der Ausnützung des Einflusses liegt, über den Rußland in Sofia verfügt. Dieser Umstand setzt keineswegs eine feindselige Einstellung Rußlands gegenüber Bulgarien voraus. Bulgarien weiß sehr wohl, daß die Meerengen zur unbestrittenen Interessensphäre Rußlands gehören, und es in dieser Richtung unsererseits keine Schwankungen und Zugeständnisse geben kann“ [1]). Der Botschafter in Konstantinopel, Giers, unterstützte entschieden diesen Standpunkt Sasonows, der am 10. Mai an Sasonow telegraphierte, daß er persönlich zwar vom nahen und endgültigen Zusammenbruch der Türkei überzeugt wäre, die Türken selbst aber keineswegs geneigt seien, sich dem Kondominium der europäischen Mächte zu unterwerfen und von einigen Mächten (natürlich Deutschland) gestützt würden; vom russischen Standpunkte aus könne „das Auftauchen eines internationalen Elements in unseren bis jetzt direkten Beziehungen zur Türkei die Verwirklichung unserer historischen Aspirationen, die Meerengen in unseren Besitz zu bringen, nur erschweren und hinausziehen. Insofern die Türkei keinen bedeutenden Absatzmarkt für unseren Handel darstellt, sind wir keineswegs an ihrer Wiederaufrichtung interessiert. Es wäre für uns am vorteilhaftesten, wenn in der Türkei provisorisch und ausreichend eine Ordnung zur Gewährleistung des Schutzes der Person und des Eigentums der Einwohner ohne Unterschied der Religion und Nationalität wiederhergestellt würde. Dies würde uns erlauben, die Liquidation der Türkei bis

---

[1]) Siebert, S. 692/94

auf den Augenblick zu vertagen, in dem unserer Anteilnahme an dieser Liquidation die größten Vorteile gesichert wären".

So wie England in früheren Jahren die Verstärkung der Verteidigungsmittel Konstantinopels und der Meerengen gegen Rußland zu erreichen suchte, ist jetzt die russische Regierung besorgt, ob die Türkei einem Angriff der Bulgaren gewachsen ist. Sasonow befürchtet auch die „vorzeitige" Aufrollung der Meerengenfrage, aber für die Zukunft ist er beruhigt: er befürchtet eine zu große Erstarkung der Türkei nicht; es ist genug Zeit, um die Lösung der Probleme in Verbindung mit der Meerengenfrage planmäßig vorzubereiten, man muß nur dafür Sorge tragen, daß sich der „kranke Mann" bis zu dem Augenblick hält, in dem er gar imstande ist, sich gegen zufällige Prätendenten auf sein Eigentum zu verteidigen in der Erwartung, daß dies Eigentum ihm vom „gesetzlichen Erben" abgenommen wird. Der Satz von den „unausführbaren Utopien" lenkt die Aufmerksamkeit auf sich; man kann ihn kaum anders verstehen, als einen Hinweis auf eine tatsächlich unwahrscheinliche und trotzdem erwähnte Lösung, und zwar als einen Hinweis auf einen freiwilligen Akt im Stile der Gebietserwerbungen der Katharinazeiten. Ein anderes ist die Möglichkeit der Annäherung zwischen der Türkei und dem zaristischen Rußland auf Grund der „gemeinsamen" Meerengenverteidigung; von dieser Möglichkeit ist Sasonow fest durchdrungen und verspricht, sie zum Ziele seiner Politik zu machen. Offenbar ist im Laufe der vorbereitenden Periode, die zur Ausarbeitung des bekannten Programms notwendig ist, die beste Kombination eine russophile Orientierung der türkischen Regierung, tatsächlich eine Berechnung, die qualitativ nicht sehr weit von einer nicht durchzuführenden Utopie entfernt ist. Schon in dieser Zeit verzeichnet die französische Diplomatie eine verdächtige Vereinbarung zwischen der Türkei und Österreich über die endgültige Räumung Albaniens durch die Türken.

Die Wiederaufnahme der Kriegsaktion auf dem Balkan bedeutete an erster Stelle den Zusammenbruch des Prestiges des russischen Zaren und seiner Regierung, denn die Balkanregierungen zogen das Risiko und die Lasten eines Bürgerkrieges der Arbitrage Nikolaus' II. vor. Andererseits hatte die Bedrohung Konstantinopels durch die Bulgaren, die auch Adrianopel verloren, ein Ende. Mit Nachdruck drang die Petersburger Regierung auf eine kollektive Marinedemonstration zur Bändigung der Türkei und setzt sich zur Aufgabe, die Türken hinter die Linie Enos—Midia und die Bulgaren nach Adrianopel zurückzubringen. England und Frankreich sind bereit, sich unter der Bedingung an ihr zu beteiligen, wenn alle Großmächte daran teilnehmen. Giers spricht davon, daß der Augenblick für eine Kriegsdemonstration an der kaukasischen Grenze gekommen sei; aber Sasonow zieht vor, den Türken im Namen von ganz Europa zu drohen. Deutschland jedoch beruhigte die Türken schleunigst durch die Erklärung, daß es sich

an einer Marinedemonstration, falls sie vorgeschlagen würde, nicht beteiligen könnte; das römische Kabinett gab eine ähnliche Erklärung ab. Es blieb bei der Annahme platonischer Resolutionen seitens der Londoner Botschafterkonferenz, die an die im Londoner Vertrag bestätigte Enos—Midia-Linie erinnerten, aber weder in Sofia noch in Konstantinopel Eindruck machten; auf jeden Fall haben die Türken bereits einen zuverlässigeren, wenn auch nicht uneigennützigeren Verteidiger gefunden als die Zarenregierung. Der ganze Sasonowsche Feldzugsplan hat sich auf diese Weise als „nicht durchführbare Utopie" herausgestellt, und am 25. Juli schlägt Iswolski im Auftrage seiner Regierung die Veranstaltung einer Marinedemonstration durch Streitkräfte der Ententemächte vor. Pichon und Paléologue antworteten mit dem Hinweis, daß das Ergebnis die Auflösung des europäischen Konzerts und die Bedrohung des europäischen Friedens sein würde; ein alleiniges Auftreten Rußlands sei noch gefährlicher, da es eine Gegenaktion Österreichs „oder sogar Deutschlands", d. h. noch unmittelbarere Kriegsgefahr hervorrufen würde. Erst nachdem Grey den Gedanken der Übertragung eines Mandats an Rußland, um aufzutreten, aufgeworfen hat, schlägt Paul Cambon als kleineres Übel vor, Rußland „als dem Befreier Bulgariens" Aktionsfreiheit zu gewähren, aber auch dann stellt Pichon die Bedingung einer vorherigen — aber unmöglichen — Vereinbarung zwischen Rußland und Deutschland.

Inzwischen ist die Kavalafrage aufgetaucht[1]; um diese Frage entspann sich der Kampf der Interessen und Einflüsse. Die deutsche Diplomatie machte eine überraschende Diversion, indem sie Kompensationen in der Zollfrage zugunsten der Türken vorschlug, als Mittel, auf die Türken in der Adrianopelfrage einzuwirken; dadurch errang sie die vorteilhafteste Stellung in Sofia wie in Konstantinopel. Während Deutschland den Bulgaren Adrianopel halb verspricht, schlägt es in Petersburg vor, die Türken, wenn sie sich nur zum Verzicht auf Adrianopel bereit erklären, mit einer Einschränkung der Kapitulationen zu belohnen. Während Sasonow sich weigert, den Türken irgendwelche Zugeständnisse zu machen, fordert er fortgesetzt Adrianopel für Bulgarien, aber da die Türkei ihrerseits mit einer kategorischen Weigerung antwortet, ziehen die Bulgaren aus dieser Hilfe für sich keinen Nutzen, um so mehr, als sich auch Sasonows Auftreten zugunsten Bulgarien bei der Entscheidung der Kawalafrage ebenso erfolglos erwiesen hatte.

Auf diese Weise brachte die offenbare Weigerung der französischen Regierung, einen Konflikt mit der Türkei selbst und wegen der Türkei mit den Zentralmächten auszutragen, die Zarenregierung am anderen Tag nach dem trügerischen „ersten Triumph" der russischen Diplomatie in eine absolut hilflose Lage; alle Drohungen Sasonows

[1]) E. Adamow, „Die europäischen Mächte und Griechenland", Moskau 1919, S. 27.

erwiesen sich als Seifenblasen, und alle Druckmittel des mächtigen russischen Reiches auf die Türkei liefen auf eine merkwürdige Geste hinaus, zwei leichte Kriegsschiffe, die vor Konstantinopel geankert hatten, wurden nach Sewastopol zurückberufen. Man mußte den Türken auf Umwegen den drohenden Charakter dieser Maßnahmen erklären, die angeblich diese beiden Kampfeinheiten dem Befehlshaber der Schwarzen-Meer-Flotte zur Verfügung stellten!

Hiermit und mit dem Auftreten auf seiten der Griechen in der Kavalafrage begnügte sich die französische Regierung nicht, sie bereitete Sasonow dauernd Unannehmlichkeiten, indem sie der türkischen Regierung Vorschüsse auf Rechnung des Tabakmonopols leistete. Das französische Gelbbuch erwähnt die Klagen Sasonows aus diesem Anlaß, verschweigt aber natürlich, wie die französische Regierung mit diesen Klagen fertig wurde, indem sie Sasonow z. B. folgende Informationen gab: Es seien dreißigtausend Franken gezahlt worden, während tatsächlich, wie später Iswolski mit ungekünsteltem Erstaunen mitteilt, dreihunderttausend Franken gezahlt wurden. Man scheint sich sowohl in Paris als auch in anderen Hauptstädten über Sasonow lustig gemacht zu haben, da Pichon sich darauf herausredete, daß im Rate der „Regie des Tabacs" die Franzosen angeblich in der Minderheit wären, und deshalb die Entscheidung über die weiteren Ausgaben von den Deutschen und Österreichern abhängig wäre, während man in Berlin den russischen Botschafter über den wahren Sachverhalt aufklärte und ihm die Tatsache der absoluten Mehrheit der französischen Stimmen bestätigte. Sasonow akzeptierte endlich (am 13. August) die deutschen Vorschläge von Kompensationen an die Türkei für die Räumung Adrianopels, in der Hoffnung, wenigstens auf diese Art die Lage der russischen Diplomatie zu verbessern, bemüht sich aber fortgesetzt um die Zurückhaltung der Vorschüsse, die türkische Regierung aber beantwortete alle Versprechungen, Überredungsversuche und Drohungen mit der Erklärung, sie würde ihre Truppen die Maritza überschreiten lassen, um die muselmanische Bevölkerung Westthraziens vor den Vergewaltigungen der bulgarischen Truppen zu schützen. Diese Drohungen machte sie wahr, und die bulgarische Regierung mußte bei der direkten Bedrohung mit einem neuen Kriege nach der aufrichtigen Erklärung Sasonows an Bobtschew am 19. August über die Nichtverwirklichbarkeit unmittelbarer Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei die Ratschläge der deutschen Diplomatie befolgen, unmittelbare Unterhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Bei Beginn dieser Unterhandlungen wird offenbar, daß nicht nur in Berlin, sondern auch in einigen Londoner Kreisen „ohne Unzufriedenheit", wie der französische Geschäftsträger in London mitteilte, „die Belassung Adrianopels bei den Türken aufgenommen wäre" [1]). Die Zusammen-

[1]) Doc. Dipl., „Les Affaires Balcaniques", 1912/14, Bd. III, Nr. 67.

stöße, die die von Österreich unterstützten Albanier mit Serben hatten, machten die Lage insofern verwickelt, als sie die Aufmerksamkeit der Regierungen wiederum auf die albanische Frage lenkten. Die griechisch-türkische Kontroversen berechtigten die Bulgaren zu gewissen Hoffnungen der Bildung der allgemeinen Front gegen Griechenland. Unter diesen Umständen gaben die Bulgaren nach und unterschrieben am 29. September den Friedensvertrag von Konstantinopel.

Nach dem Friedensschluß zwischen der Türkei und Bulgarien erfuhr der griechisch-türkische Konflikt eine bedeutende Verschärfung. Die Frage der ägäischen Inseln und besonders die Albanienfrage hielten die europäische Diplomatie, Börse und Finanzwelt fortgesetzt in Spannung. In der zweiten Oktoberhälfte ruft das plötzliche österreichische Ultimatum an Serbien mit der Forderung der dringenden Räumung des albanischen Gebietes im Rahmen des neugebildeten Staates eine gewisse Sensation hervor; die Erfüllung dieser Forderung durch Serbien liquidiert diesen Zwischenfall. Mitte November ist auf dem Papier sogar der griechisch-türkische Konflikt beigelegt. Aber in dieser Zeit beschäftigt man sich in Petersburg, London und Paris schon mit der Ernennung des Chefs der deutschen Militärmission, des Generals Liman von Sanders, zum Kommandierenden General des Konstantinopeler Armeekorps, und alle anderen ungelösten Fragen geraten ins Hintertreffen.

3. *Die Mission Liman von Sanders*

Die Krise, die durch die Mission Limans hervorgerufen wurde, dauerte vom 20. November 1913 bis Mitte Januar 1914. In Petersburg wurde die Nachricht von der Ernennung Limans als tatsächliche Negierung irgendwelcher Vorrechte und Interessen Rußlands in den Meerengen aufgenommen, als unmittelbare Bedrohung dieser Interessen in der Gegenwart und aller Pläne und Berechnungen für die Zukunft.

Delcassé mißt dieser Frage von Anfang an eine außerordentliche Wichtigkeit bei und wirkt in diesem Sinne sowohl auf die russische als auch auf die französische Regierung ein, deren Aufmerksamkeit er auf den deutschen „Versuch der Besitzergreifung der Türkei durch die Dreibundmächte" lenkt, „wovor die Entente, ohne Verlust für sich selbst, ihre Augen nicht schließen darf" [1]). Deutschland verfügt schon in Kleinasien über eine Interessensphäre, wo es ein Eisenbahnnetz von über 4000 Kilometer Länge baut. Im östlichen Teil des Mittelmeers formiert Deutschland ein Geschwader, für das es eine Marinebasis und eine Kohlenstation brauchen wird. Italien erhält eine Konzession, nämlich den Bau des Hafens und der Eisenbahn in Adalia. Österreich

[1]) Telegramme Nr. 700 und 701, dechriffiert im Russischen Auswärtigen Amt. Sie wurden im Gelbbuch nicht veröffentlicht.

sucht sich ein geeignetes Gebiet aus. Im Telegramm Delcassés, Nr. 751 (mit dem Vermerk „erhalten am 30. November 1913"), heißt es: „Der Zerfall der Türkei hat bereits begonnen oder beginnt, und Deutschland nimmt mit Hilfe der ottomanischen Regierung Positionen ein, die ihm alle Vorteile bei einer Aufteilung sichern."

Die friedfertigen Unterhandlungen Kokowzows in Berlin, in denen die freundschaftlichen Beziehungen besonders betont wurden, erweckten anscheinend in dem energischen französischen Diplomaten den Wunsch, die zu liebenswürdigen Unterhändler zu verhetzen. So erklärt sich, weshalb die Unterhandlungen Kokowzows unerwartet in der Presse veröffentlicht wurden. Am 26. (13.) November telegraphierte Swerbejew aus Berlin: „Der französische Botschafter, der hier allein über diese Unterhandlungen auf dem laufenden war, und den ich aus diesem Anlaß gefragt habe, erklärte auf meine Frage, woher der ‚Temps' die genannte Nachricht geschöpft habe, der hiesige Korrespondent des ‚Temps' habe diese Nachricht von seinem Petersburger Kollegen erhalten und nach Paris weitergeleitet. Da eine unzeitgemäße Publikation die Unnachgiebigkeit der deutschen Regierung nur verstärken kann, werden Euere Exzellenz es vielleicht für wünschenswert erachten, die Version des französischen Botschafters, daß diese Nachricht aus Petersburg stammt, zu kontrollieren."

Die unterrichteten Personen erinnern sich genau, daß Delcassé gleichzeitig durch Vermittlung des Sekretärs der französischen Botschaft (Sabatier d'Espeyran) in der russischen Presse einen intensiven aggressiven Feldzug eröffnete, der nicht nur Kokowzows, sondern auch Sasonows Unzufriedenheit hervorrief. Nach dem Zeugnis René Marchands wiederholte der Sekretär der französischen Botschaft nachdrücklich und ohne Scheu: „Man muß die Gelegenheit wahrnehmen, um die Brücke zwischen Petersburg und Berlin endgültig abzubrechen." Derselbe, bekanntlich vorzüglich informierte, Zeuge bestätigt auch, daß es in der Botschaft selbst einen ehrlichen Mann, Charles de Chambrun, gab, der erklärte, er beabsichtige seinen Abschied einzureichen, wenn diese unterirdische Politik fortgesetzt würde, im Falle eines Krieges werde natürlich der Anstoß zu ihm von uns gegeben werden [1]).

Bekannt ist das „persönliche" Projekt Bompards, das jedoch von Paléologue im Gespräch mit Iswolski unterstützt wurde, einen russischen Panzerkreuzer mit der Erklärung nach dem Bosporus zu senden, er würde sich von dort nur nach Abänderung des Vertrages mit Liman entfernen. Bompard schlug vor, beim Sultan einen Ferman für die Einfahrt des Kreuzers zu erbitten, während Paléologue versicherte, man könne auch ohne Erlaubnis des Sultans auskommen, da sich „die türkischen Batterien natürlich nicht entschließen würden, das

---

[1]) „Livre Noir" Bd. I, Vorrede.

Feuer auf das Schiff zu eröffnen". Iswolski wagte nicht, ein Urteil abzugeben, „wieweit die Erwägungen des französischen Botschafters in Konstantinopel durchdacht sind", aber hält es für „sehr bezeichnend, daß man im hiesigen Außenministerium die Möglichkeit einer solchen schroffen Wendung der Dinge zuläßt"[1]). Man kann sich denken, daß diese „Erwägungen" von der Gruppe Poincaré, Delcassé, Paléologue sehr gut durchdacht waren, wenn auch nicht klar ist, ob diese Gruppe, wie im vorhergehenden Jahr, die Beschleunigung einer kriegerischen Lösung anstrebte, oder ob sie beabsichtigten, in Konstantinopel auf Rechnung Rußlands endgültig für Agadir abzurechnen und in jedem Fall „die Brücke zwischen Petersburg und Berlin endgültig zu zerstören".

Die diplomatischen Unterhandlungen[2]) über diesen Fall wurden von Kokowzow anläßlich seiner Begegnung mit Wilhelm in Berlin in sehr freundschaftlichem Tone durch den Hinweis auf die Entsendung von Instrukteuren ohne Kommandogewalt eröffnet, als öffne sich hier ein Ausweg aus der Lage. Jedoch begegnete dieser Hinweis nicht der Sympathie des Kaisers, der sich auf die Ergebnislosigkeit der zwanzigjährigen Tätigkeit solcher Instrukteure berief. Dann ersuchte Sasonow, der Einspruch dagegen erhob, daß „es so aussehe, als ob eine Hauptstadt, in der sich unsere Botschaft befände, mit einer deutschen Garnison belegt würde", die deutschen Offiziere in ein anderes, von der russischen Grenze hinreichend entferntes Gebiet Kleinasiens zu versetzen. Pichon beeilte sich seinerseits zu warnen, daß Frankreich die deutsche Mission weder in Smyrna noch in Beirut zu sehen wünsche, während Grey sich darauf berief, es sei nicht erwünscht, die Beziehungen zu Wilhelm, der ohnhin durch die Angriffe der russischen Presse beleidigt wäre, zu verschärfen; er empfahl einen freundschaftlichen Appell an Berlin und als praktischen Ausweg die Schaffung eines erwünschten neuen internationalen Regimes in den Meerengen, durch das die Freiheit der Schiffahrt in den Meerengen garantiert würde. Gegen dies Projekt hat sich Sasonow auch diesmal entschieden aufgelehnt: der deutschen Mission waren die Meerengen in keiner Beziehung untergestellt, dafür befand sich aber in Konstantinopel die britische Marineinstruktionsmission des Admirals Limpus[3]). Sasonow

---

[1]) Brief Iswolskis vom 19. Dezember (1. Januar). [Iswolski a. a. O. IV, S. 10.] Von diesem Plan findet man im Gelbbuch natürlich nicht die leiseste Erwähnung.

[2]) [Kokowzows Bericht, Iswolski a. a. O. III. S. 390—420.]

[3]) Admiral Limpus war der Marinebeirat der türkischen Regierung in den Jahren 1912—14, zuvor war er Kommandeur verschiedener Schiffe und diente in Südafrika, Ägypten und China. 1910 avancierte er zum Konteradmiral und erhielt das Kommando über die Portsmouther Linienschiffsbrigade. Nach Eintritt der Türkei in den Weltkrieg wurde Admiral Limpus zum Chef der Schiffsbasis auf Malta ernannt (September 1914—Oktober 1916), sowie zum

schlug Paris und London vor, eine gleichlautende Erklärung in Konstantinopel abzugeben, daß das deutsche Kommando über das Armeekorps in Konstantinopel das Schwinden der einzigen realen Garantie der Unversehrtheit des türkischen Staates bedeute, nämlich des Gleichgewichts der Mächte; dieser Umstand werde die übrigen Mächte zwingen, ihre eigenen Interessen in der Türkei zu garantieren.

Grey verwarf das Sasonowsche Projekt, da er die Drohungen für überflüssig und jedenfalls frühzeitig erachtete, später mußte er aber zugeben, daß die Anwesenheit des britischen Admirals in Konstantinopel ein zu starkes Argument in den Händen der deutschen Regierung darstelle. In den Auseinandersetzungen mit der letzteren konnte er sich nur darauf berufen, daß der Admiral kein Kombattant wäre, worauf Grey die Antwort erhielt, daß auch der deutsche General kein Kombattant wäre. Deshalb mußte er versprechen, den Vertrag der türkischen Regierung mit Limpus zu „prüfen", obwohl er fortgesetzt die Überzeugung aussprach, daß man zwischen der Lage von Limpus und der Lage von Sanders keine Analogie führen dürfe. Endlich äußert Grey sein Projekt eines mündlichen Appells an die Pforte, das auf das Ersuchen hinauslaufe, die interessierten Regierungen über den Charakter und die Bedeutung der Mission Sanders zu informieren; die Folge ist ein energischer aber ergebnisloser Protest Sasonows. Und sogar nachher schwankt Grey, indem er die Befürchtung ausspricht, daß selbst eine einfache, aber von drei Mächten der Entente formulierte Anfrage einen zu ernsten Schritt bedeute. Dabei erklärt Grey dem französischen Botschafter, daß er tatsächlich einen neuen Rückzug seitens Sasonows befürchte. Sasonow, der Kenntnis davon erhielt, erklärte in einem Telegramm an Benckendorff vom 12. Dezember, daß seine Schwankungen durch den Rückzug und die Weigerung einer tatsächlichen Unterstützung seitens der englischen Diplomatie hervorgerufen würden, in denen er, Sasonow, eine direkte Gefahr und einen organischen Fehler der Entente erblickte. Er versuchte dabei eine für die Engländer äußerst unangenehme Frage aufzuwerfen: Die Frage der Versetzung des Admirals Limpus von Konstantinopel nach Ismid (ein Gedanke von Giers), aber Benckendorff konnte sich anscheinend nicht entschließen, weder mit Grey noch mit Nicolson darüber zu sprechen.

Iswolski erhielt in Paris von allen Seiten Erklärungen über die volle Solidarität Frankreichs mit Rußland und über die Bereitschaft, Rußland mit allen Mitteln im Falle der deutschen Mission zu unterstützen, und bestand darauf, daß die weiteren Aktionen von Petersburg aus bestimmt würden. Sasonow war aber dazu nicht imstande. Da alles von England abhing, empfing Benckendorff die Instruktion,

---

ersten Marineoffizier auf Malta (April 1915—Oktober 1916). 1917 wurde er an die Spitze des Komitees gestellt, das die englische Flotte mit Munition versorgte. Er nahm 1919 seinen Abschied.

von Grey ein Programm der weiteren Schritte zu erlangen; als Antwort folgte aus London eine Anfrage an Sasonow, die folgende Punkte enthielt: Was will die russische Regierung als äußerstes Minimum, welche Repressalien beabsichtigt sie zu ergreifen, wenn die Türkei die ihr vorgelegten Forderungen nicht erfüllen sollte, und bis zu welchen äußersten Maßnahmen ist die russische Regierung bereit zu gehen, wenn sich die Türkei hartnäckig weigern sollte und zwar bei Unterstützung seitens Deutschlands? . . . Dem englischen Gedächtnis ist anscheinend die vorjährige „drohende Zurückziehung" des „Kagul" und „Rostislaw" aus den türkischen Gewässern nicht entfallen, so daß Grey darauf hinweisen konnte, daß „die russische Regierung auch diesmal den Fall durch ähnliches Vorgehen beenden wird". Wie vor einem Jahr die französische Regierung, forderte jetzt die englische Regierung von der russischen Regierung Beweise für ihren „Ernst" und ihre „Bereitschaft" [1]).

Indessen schlug der deutsche Botschafter in Konstantinopel in Form eines vorläufigen Meinungsaustausches dem russischen Botschafter Giers einen Kompromißausweg vor, dem Kommando eines der deutschen Offiziere sollte nicht ein Armeekorps in der Hauptstadt, sondern in Adrianopel unterstehen. Jedoch wies er darauf hin, daß das deutsche Prestige Zeit zur Verwirklichung dieses Programmes erfordere. Sasonow erklärte am 27. Dezember auf dringende Giers' Anfrage das prinzipielle Einverständnis mit einem solchen Kompromiß, zwei Tage später wandte er sich aber an den Zaren mit einer Denkschrift und erbat die Erlaubnis, zur Diskussion dieser Denkschrift eine besondere Konferenz einzuberufen, mit dem Ziele, wie wir sehen werden, den Grad der russischen „Bereitschaft" festzustellen.

Da diese Denkschrift bis jetzt nirgends veröffentlicht ist, lassen wir sie hier im Wortlaut folgen:

„Die letzten Berichte des russischen Botschafters in Berlin weisen auf die Doppelsinnigkeit und unzweifelhafte Unaufrichtigkeit der deutschen Staatsmänner in der Frage der Stellung des deutschen Generals, der zum Kommandeur des I. türkischen in Konstantinopel stationierten Armeekorps ernannt ist. Von den widersprechenden Erklärungen in dieser Frage, die der deutsche Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und der deutsche Botschafter in Konstantinopel abgegeben haben, ganz zu schweigen, haben beide durchblicken lassen, daß sie vermeiden, die Frist zu bestimmen, innerhalb der die Frage gelöst werden könnte, sondern vermeiden überhaupt, sich durch irgendwelche positive Versprechen zu binden.

Das Projekt der Mitteilung an die Presse, das Herr von Jagow unserem Botschafter überreicht hat, einschließlich der Klauseln, mit denen diese Übergabe begleitet wurde, daß nämlich die Mitteilung

---

[1]) Die Hauptquelle zur Frage der Mission von Sanders Sieberts Ausgabe.

keinen Anlaß für eine Berufung auf irgendwelche Versprechen enthalte, ist vor allem eine grelle Widerspiegelung der doppelsinnigen Handlungsweise des Berliner Kabinetts.

Man kann deshalb nicht umhin, die Zweifel des russischen Botschafters in Berlin zu teilen, daß die beabsichtigte Verschleppung der Unterhandlungen den Wunsch zeigt, Zeit zu gewinnen, um die Möglichkeit der vereinigten Aktionen der Entente zu vereiteln, nach der uns nur übrigbleiben wird, uns mit den vollendeten Tatsachen abzufinden.

Diese Mutmaßung erscheint uns um so wahrscheinlicher, da eine solche Taktik schon einmal mit Erfolg angewandt ist, nämlich in der Adrianopelfrage, wo Freiherr von Wangenheim zuerst darauf bestand, keinen Druck auf die Türkei auszuüben, da es gelingen werde, die Türkei auf friedlichem Wege der Unterwerfung unter den Willen der Mächte geneigt zu machen; später aber begann er zu behaupten, die Hartnäckigkeit der Pforte könne nicht erschüttert werden.

Wenn man unsere Handlungsweise im Falle eines sehr wohl möglichen Mißerfolges unserer unmittelbaren Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel durchdenkt, kann man nicht umhin, folgende Argumente aussprechen zu müssen:

Infolge des von Frankreich und England ausgesprochenen Wunsches haben wir beschlossen, die Folgen der Reise des Barons von Wangenheim nach Berlin und seines persönlichen Berichtes an den Kanzler abzuwarten. Jetzt könnten wir beide Mächte vertraulich mit dem Charakter der letzten Unterhandlungen unseres Botschafters in Berlin mit den deutschen Staatsmännern bekannt machen und sie darauf hinweisen, daß wir, ohne auf die Fortsetzung dieser Unterhandlungen zu verzichten, gleichzeitig mit ihrem Erfolg nicht besonders rechnen. Infolgedessen ist es notwendig, daß wir schon jetzt im voraus übereinkommen, in welchem Maße wir auf die Mitarbeit der beiden Mächte bei weiteren gemeinsamen Schritten rechnen können.

Man darf sich natürlich nicht den ganzen Ernst solcher Schritte verhehlen, wenn sie von den Ententemächten beschlossen werden sollten.

Wenn Rußland, Frankreich und England sich tatsächlich entschließen sollten, gemeinsam in Konstantinopel wegen der Unzulässigkeit des Armeekommandos in Konstantinopel seitens eines ausländischen Generals vorstellig zu werden, müssen sie bereit sein, ihre Forderungen durch entsprechende Zwangsmaßnahmen zu unterstützen. Wir haben also die Aufgabe, uns darüber zu informieren, ob Frankreich und England im Prinzip zu solchen Zwangsmaßnahmen geneigt sind, und worin solche Zwangsmaßnahmen bestehen könnten.

Indem ich es unseren Kriegs- und Marinestellen überlasse zu bestimmen, welche Zwangsmaßnahmen ihnen am ehesten verwirklichbar erscheinen, nehme ich mir die Freiheit, meinerseits vorzutragen,

daß es vom politischen Standpunkt aus vielleicht am zweckmäßigsten wäre, im Falle einer unbefriedigten Antwort der Pforte gleichzeitig und gemeinsam bestimmte Punkte in Kleinasien seitens Rußlands, Frankreichs und Englands zu besetzen, mit der Erklärung, daß die genannten drei Mächte diese Plätze solange besetzt halten werden, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Im Falle der Annahme des genannten Prinzips könnten England und Frankreich Häfen wie Smyrna und Beiruth besetzen; wir hätten die Auswahl zwischen der Besetzung von Trapezunt oder Bajesid oder könnten noch irgendeine andere Operation ausführen, wenn unsere Militär- und Marinestellen sie für zweckmäßig hielten.

Bei Lösung der genannten Frage darf man natürlich nicht vergessen, daß auf den Druck gegen die Pforte hin die Möglichkeit eines aktiven Auftretens Deutschlands zu ihrem Schutz nicht ausgeschlossen ist. In diesem Falle kann die Lösung der Frage aus Konstantinopel und der Türkei an unsere Westgrenze übertragen werden samt allen Folgen, die sich daraus ergeben.

Euerer Kaiserlichen Majestät untersteht die Annahme einer so verantwortungsvollen Entscheidung. Indem ich meine untertänigste Pflicht erfülle, halte ich mich für verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen folgende Betrachtungen auszusprechen:

Im Falle einer Entscheidung dafür, daß die Verwirklichung unserer Forderungen bis ans Ende durchzusetzen ist, ist zweifellos, ohne die Gefahr ernster europäischer Komplikationen in Betracht zu ziehen, obwohl die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die feste Entschlossenheit, die Haltung, die wir einnehmen werden, nicht aufzugeben, sich als genügend erweisen wird, um die uns gebührende Genugtuung zu erreichen. Sollte sich aber andererseits Rußland in einer so wesentlichen Frage, wie es das Kommando eines deutschen Generals über ein Armeekorps in Konstantinopel ist, mit der vollendeten Tatsache abfinden, wird unsere Nachgiebigkeit einer bedeutenden politischen Niederlage gleichkommen und kann die gefährlichsten Folgen nach sich ziehen. Vor allem wird uns diese Nachgiebigkeit nicht vor der wachsenden Aspiration Deutschlands und seiner Verbündeten schützen, die immer mehr und mehr einen unnachgiebigen und unversöhnlichen Ton in allen Fragen, die ihre Interessen berühren, anzunehmen beginnen. Andererseits wird sich in Frankreich und England die gefährliche Überzeugung befestigen, daß Rußland um der Erhaltung des Friedens willen zu beliebigen Zugeständnissen bereit ist. Wird sich eine solche Überzeugung bei unseren Freunden und Verbündeten befestigen, so kann die auch ohnehin nicht sehr fest zusammengefügte Einheit der Ententemächte endgültig erschüttert werden, und jede der Mächte wird bestrebt sein, andere Sicherungen ihrer Interessen durch Vereinbarungen mit Mächten des geg-

nerischen Lagers zu suchen. Ein solches Ergebnis wird anscheinend von Deutschland in Rechnung gestellt, das unter verschiedenen seltsamen Vorwänden gegen die von uns Deutschland vorgeschlagenen Kompensationen Einwände erhebt, Kompensationen im Sinne der Versetzung des englischen Admirals aus Konstantinopel, dem die Reorganisation der türkischen Flotte obliegt, an einen andern Ort. Das Berliner Kabinett rechnet vielleicht darauf, daß es sich auf unsere Kosten mit England verständigen wird, und mit solchen Aussichten läßt sich vielleicht die bevorstehende Reise des Freiherrn von Wangenheim nach London erklären.

Sollten sich die genannten Annahmen bestätigen, bliebe Rußland letzten Endes tatsächlich völlig politisch isoliert, da wir auf Frankreich kaum besonders werden rechnen dürfen, das auch ohnehin geneigt ist, die gemeinsamen politischen Interessen vorteilhaften Finanztransaktionen zum Opfer zu bringen[1]).

Alle oben angeführten Erwägungen veranlassen mich allerunterthänigst Euerer Kaiserlichen Majestät die auf ihnen begründete Meinung vorzutragen, daß wir schon jetzt mit beiden Mächten in einen sehr vertraulichen Meinungsaustausch in dieser Frage treten müssen, falls unsere Kriegs- und Marineämter ihrerseits es für möglich halten sollten, uns der Gefahr ernster Verwicklungen auszusetzen, natürlich unter der Bedingung einer entsprechenden Entschlossenheit Frankreichs, uns mit allen seinen Kräften zu unterstützen, und der Entschlossenheit Englands, uns eine wesentliche Unterstützung zu gewähren. Sollte dieser Meinungsaustausch eine ausweichende Taktik unserer Freunde und Verbündeten ergeben, müßten wir natürlich in unseren weiteren Schritten mit dem sehr ernsten Risiko eines separaten Auftretens Rußlands rechnen. Sollten aber die Antworten Frankreichs und Englands als befriedigend anerkannt werden, müßten wir bei aller notwendigen Zurückhaltung und Vorsicht zur möglichsten Verhinderung von Verwicklungen unsere Interessen entschlossen bis ans Ende verteidigen.

Sollten die dargelegten Erwägungen Euerer Majestät als solche erscheinen, die Aufmerksamkeit verdienen, ersuche ich Majestät zur Prüfung dieser Erwägungen und Annahme dieser oder jener Entscheidungen eine besondere Beratung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kokowzow, unter der Beteiligung des Kriegs- und des Marineministers, des Chefs des Generalstabes und meiner Person zu ernennen und mir zu erlauben, diesen Personen die Kopien dieser meiner allerunterthänigsten Denkschrift mitzuteilen.

St. Petersburg, am 23. Dezember 1913." —

---

[1]) Sperrdruck des Verfassers.

Auf dem Original die Resolution des Zaren: „Einverstanden“ [1]).

Den Teilnehmern der Beratung wurden die Kopien dieser Denkschrift und folgende Thesen des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten übersandt:

1. Indem Rußland die Möglichkeit des Kommandos eines deutschen Generals über irgendeine türkische Truppeneinheit außerhalb Konstantinopels, z. B. in Adrianopel, zugibt, kann es sich jedoch mit der Anwesenheit eines ausländischen Generals in Konstantinopel, der dort einen Truppenteil kommandiert, nicht einverstanden erklären.

2. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten soll in diesem Sinne die Unterhandlungen in Berlin und Konstantinopel fortsetzen.

3. Da die letzten Nachrichten auf die zweideutige Handlungsweise der deutschen Regierung in dieser Frage hinweisen, muß man jetzt Entscheidungen für den Fall treffen, daß es sich notwendig erweisen sollte, unsere Forderungen durch Zwangsmaßnahmen zu unterstützen.

4. Die genannten Zwangsmaßnahmen könnten unsererseits in der Besetzung eines Punktes in Kleinasien, z. B. Trapezunts oder Bajesids, zum Ausdruck kommen, mit der Erklärung, daß wir dort bis zur Erfüllung unserer Forderungen bleiben werden.

5. Nach der bestimmten Feststellung der von uns anzuwendenden Zwangsmaßnahmen muß man über diese Frage in einen vertraulichen Meinungsaustausch mit der englischen und französischen Regierung treten, angesichts der Notwendigkeit sich zu Zwangsmaßnahmen erst dann zu entschließen, nachdem voraus klargestellt ist, ob wir auf entsprechendes Auftreten der beiden Mächte rechnen können.

6. In den Unterhandlungen mit den genannten Regierungen muß man seitens der drei Mächte die Notwendigkeit äußerst vorsichtigen und gemeinsamen Handelns festlegen, um, wenn es sich möglich erweisen sollte, eine Verschärfung des Konflikts zu vermeiden, der einen allgemeinen europäischen Krieg zur Folge haben könnte. Gleichzeitig müssen unsererseits Bemühungen gemacht werden, um Frankreich und England von der Notwendigkeit zu überzeugen, das einmal begonnene Werk der Verteidigung der gemeinsamen Forderungen bis zum Ende durchzuführen.

7. Sollte dieser Standpunkt von allen drei Mächten angenommen werden, und sollten die Unterhandlungen in Berlin nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, ist eine bestimmte Steigerung der Zwangsmaßnahmen zu verabreden. Solche Zwangsmaßnahmen können sein:

---

[1]) Das weitere Schicksal dieser Denkschrift ist interessant: Im Archiv des ehemaligen Außenministeriums war es nicht aufzufinden; eine Kopie der Denkschrift, die anscheinend dem Marineminister gehörte, wurde im Archiv des Marineadmiralstabs in Leningrad gefunden. — [Die Thesen veröffentlichte Friedrich Stieve in seinem Buch „Iswolski und der Weltkrieg“, 1924, D.V.G., S. 234 f.]

a) ein konsequent durchgeführter finanzieller Boykott der Türkei;
b) sollte diese Methode keine gewünschten Ergebnisse haben und keine entsprechende Einwirkung zeitigen, wie es in der Adrianopelfrage der Fall war, könnten die drei Mächte ihre Vertreter in Konstantinopel abberufen;
c) gleichzeitig würden die Regierungen Rußlands, Frankreichs und Englands die Pforte von der Frist der Erfüllung ihrer Forderungen benachrichtigen, und dann würde man zur Verwirklichung der Zwangsmaßnahmen übergehen mit der Warnung, daß sie erst nach Erfüllung der vorgelegten Forderungen eingestellt würden.

8. Falls für die rechtzeitige Ergreifung der Zwangsmaßnahmen sich unsererseits gewisse vorbereitende Maßnahmen militärischer Art, z. B. eine Truppenverstärkung im Kaukasus, notwendig erwiesen, ist es erwünscht, daß diese Maßnahmen möglichst wenig Publizität erhalten. Vom politischen Standpunkt aus erscheint es jedoch notwendig, daß man unmittelbar nach der Drohung, falls man zu ihr wird Zuflucht nehmen müssen, ohne Zögern zu ihrer Verwirklichung schreiten kann.

9. Die Ergebnisse der Beratung wird der Minister für auswärtige Angelegenheiten gemäß Allerhöchstem Befehl, den er erhalten hat, zur Prüfung und Entscheidung Seiner Kaiserlichen Majestät vorlegen.

Die Beratung, die in ihrer Zusammensetzung äußerst begrenzt war, fand am 31. Dezember 1913 unter dem Vorsitz Kokowzows und Teilnahme des Kriegsministers Suchomlinow, des Marineministers Grigorowitsch, des Außenministers Sasonow und des Chefs des Generalstabs Shilinski statt.

Im Laufe der Woche, nach der Überreichung der Denkschrift an den Zaren, trafen aus Konstantinopel, wie Sasonow den Konferenzteilnehmern erklärte, „widersprechende" Nachrichten ein: So teilte Giers im Telegramm vom 29. Dezember mit, daß Liman das Kommando des I. Armeekorps niedergelegt habe, aber als Inspektor der Kriegsschulen und Chef der Militärmission bleiben werde, während im Telegramm vom 30. Dezember gesagt war, daß die Abberufung Limans vom Kommando des I. Korps noch keine vollendete Tatsache wäre. „Wenn die im ersten Telegramm mitgeteilten Nachrichten dem wahren Sachverhalt entsprechen würden, könnte man die jetzige Konferenz als weniger dringend anerkennen, und die Prüfung der Lage würde bloß akademischen Charakter tragen."

Kokowzow erklärte, daß der Zweck der Beratung die „Bestimmung der Stellung wäre, die man im Falle eines jeden möglichen Umschwungs der Dinge einnehmen müßte", seiner Meinung nach wäre es das moralische Recht und die Pflicht der russischen Regierung, ihren Standpunkt nicht aufzugeben, wie er während der Verhandlungen in Berlin im Oktober 1913 zuerst festgelegt sei. Darauf stellte Sasonow die Frage, wie man sich zum Kommando eines deutschen Offiziers über eine Division, die nicht in Konstantinopel selbst, son-

dern in Skutari liege, verhalten sollte, da eine solche Lösung der Frage schon früher in Erwägung gezogen wäre.

Eine solche Wendung erkannte die Beratung ebenfalls für unannehmbar, die dem General Liman zu übertragende „Inspektion" könne nur dann als zulässig erachtet werden, wenn unter „Inspektion" die allgemeine Aufsicht über die Armee und nicht ein territoriales Kommando verstanden werden solle.

Nach der Ansicht Suchomlinows „treten die Absichten Deutschlands, das sich der Reorganisation der türkischen Armee energisch angenommen hat, klar zutage. Die türkischen Truppen, deren Ausbildung der deutschen Militärmission übertragen ist, werden sich an unserer Kaukasusgrenze befinden und natürlich gegen Rußland gerichtet sein". Deshalb „möchte er sich über die Möglichkeit informieren, auf die Türkei mit, im Sinne einer Entfernung der Militärmission einzuwirken". Sasonow teilte den Mißerfolg seines Planes eines Finanzboykotts der Türkei, indem er sich darauf berief, daß „die französische Regierung nicht immer die Möglichkeit besitze, im erwünschten Sinne auf die französischen Finanzkreise einzuwirken" . . . „Falls die Maßnahmen finanzieller Art auf die Türkei nicht die gewünschten Einwirkungen haben sollten, müßte man ein Programm ausarbeiten, in dem die Methoden für einen unmittelbaren Druck auf die Pforte vorgesehen wären. Wir müssen unsererseits klarstellen, welche Maßnahmen von Rußland vorgeschlagen werden könnten" . . .

Kokowzow, der nach wie vor seinen vorsichtigen Standpunkt wahrte, bat, man solle zuvor die Lage auch von der andern Seite beleuchten: Die deutsche Regierung sucht einen Ausweg aus der Lage, braucht aber die Wahrung ihres Prestiges inner- und außerhalb Deutschlands; deshalb erschweren ihr die ultimativen Forderungen einen Kompromißausweg; man müßte die Unterhandlungen mit Berlin bis zu dem Augenblick fortsetzen, in dem es völlig klar sei, daß man unmöglich auf diesem Wege das vorgezeichnete Ziel erreichen würde. Sasonow schloß sich eilends dieser vorsichtigen Formulierung an, und nun begann die Beratung der „Einwirkungsmaßnahmen" damit, daß Kokowzow feststellte, „bevor die Kaiserliche Regierung diesen oder jenen Beschluß faßt, muß sie wissen, in welchem Maße ihr von Frankreich Unterstützung gewährt wird, und ob man auf eine aktive Teilnahme Englands an der Einwirkung auf die Pforte rechnen könnte".

„Indem der Minister für auswärtige Angelegenheiten bestätigte, daß er die Druckmittel tatsächlich in Berechnung der Unterstützung aller Ententemächte vorgesehen hätte, wies er darauf hin, es bliebe ungeklärt, wieweit England zu energischem Vorgehen bereit wäre. Was Frankreich betreffe, könne die russische Regierung auf aktive Unterstützung bis zur äußersten Grenze rechnen. Der Minister habe von Herrn Delcassé im Namen des französischen Außenministers die Versicherung erhalten, daß Frankreich so weit gehen werde, wie Ruß-

land es wünsche"[1]). Nach der Ansicht Kokowzows „erwies England bis jetzt den Bemühungen des Petersburger Kabinetts keine wesentliche Unterstützung, es hat eher Deutschland durch die Tatsache der Anwesenheit des Admirals Limpus erleichtert, dem Einspruch Rußlands Widerstand zu leisten."

Ferner erklärte Sasonow, daß seiner Meinung nach eine energische Einwirkung der drei Mächte nicht unbedingt zum Kriege mit Deutschland zu führen brauche. „In Wirklichkeit erscheine ein Auftreten Rußlands, wenn es von Frankreich allein unterstützt werde, für Deutschland nicht besonders gefährlich, der Kampf unter Teilnahme Englands aber könne für Deutschland verhängnisvoll werden, da Deutschland sich der Gefahr klar bewußt sei, daß es im Falle der englischen Intervention innerhalb sechs Wochen[2]) einer völligen sozialen inneren Katastrophe preisgegeben werden könne."

Die aktive Teilnahme Englands erscheint „nicht gesichert", aber unzweifelhaft scheint seine Intervention im Falle einer für Rußland und Frankreich ungünstigen Entwicklung der Kriegsaktionen. Die Notwendigkeit für die russische Regierung, nur nach Feststellung der aktiven Teilnahme Englands zu handeln, „bedeutet in diesem Falle die schwache Seite Rußlands". Darauf begann man — so merkwürdig es auch erscheinen mag — für England nach Formen seiner Kriegsaktionen zu suchen: Nur mit der Flotte oder auch mit einer Landungsarmee?...

Nach der Ansicht Kokowzows ist in beiden Fällen der Krieg mit Deutschland unvermeidlich, deshalb stellt er die Frage: „Ist der Krieg mit Deutschland erwünscht und kann sich Rußland auf ihn einlassen?" Sasonow antwortete: Ein Krieg mit Deutschland ist unerwünscht; die Frage zu entscheiden, ob Rußland im Augenblick mit Deutschland Krieg führen könne, hält Sasonow sich nicht für berufen.

Die zur Entscheidung dieser Frage Berufenen, der Kriegsminister und der Chef des Generalstabs, erklärten kategorisch „die volle Bereitschaft Rußlands zum Zweikampf mit Deutschland, vom Zusammenstoß mit Österreich allein schon gar nicht zu sprechen; jedoch ist ein solcher Einzelkampf kaum wahrscheinlich, man wird es vielmehr mit dem ganzen Dreibund zu tun haben".

Nichtsdestoweniger erachtete Kokowzow es für wünschenswert, sich der Besetzung Trapezunts und anderer „unmittelbarer Zwangsmaßnahmen" infolge ihrer Schwierigkeit und Gewagtheit zu enthalten. Sasonow schlug vor, „die Zufuhr nach Kleinasien über den Trapezunthafen" zu unterbinden; Grigorowitsch rät, „vorher" Sinob zu besetzen. Kokowzow wies wiederum darauf hin, daß eine solche Aktion die Einmischung Deutschlands hervorrufen würde. Hier wandte Sasonow ein,

---

[1]) Das Kabinett Caillaux existierte nicht mehr, Präsident des Ministerrates und Außenminister war Doumergue.

[2]) Von den Herausgebern gesperrt.

„er glaube an die Möglichkeit einer Nichteinmischung Deutschlands", natürlich im Falle „der Teilnahme Englands an unseren Aktionen". „Die in Aussicht genommene Besetzung Bajesids wäre, nach der Meinung des Ministers, eine sehr wirksame Maßnahme, die Deutschland von der Einmischung zurückhalten könnte". Suchomlinow und Shilinski unterstützten Sasonow voller Begeisterung; bei der Schwäche der Türkei an unserer Front wäre es leicht, Bajesid zu besetzen, die Türkei rüste mit aller Energie im Westen zum Kriege mit Griechenland; man müßte nur mit unserer Flotte am Bosporus erscheinen. Hier unterstützte Sasonow seinerseits die Militärs. Das Erscheinen der Flotte vor dem Bosporus werde in Konstantinopel Wirrwarr, vielleicht eine Revolution hervorrufen, wodurch auch die Frage der deutschen Mission gelöst würde. „Welche Haltung", fragt er wiederum „wird die Regierung einnehmen, wenn sie die Gewißheit der aktiven Unterstützung Englands und Frankreichs haben wird?"

Kokowzow hält im Augenblick den Krieg für das größte Unglück, das Rußland treffen könnte, und äußert sich in dem Sinne, daß es äußerst unerwünscht wäre, Rußland in einen europäischen Konflikt zu verwickeln, welcher Meinung sich die übrigen Mitglieder der Konferenz anschließen.

„Was ist aber im Falle eines Mißerfolges zu tun?" fragt Sasonow betroffen.

Kokowzow schlägt wiederum den Finanzboykott vor, obwohl er der Meinung ist, daß „der materielle Verlust die erhitztesten patriotischen Bestrebungen der Franzosen abzukühlen vermag", und infolgedessen der Erfolg einer solchen Maßnahme sehr zweifelhaft wäre. Aber um einem Kriege aus dem Wege zu gehen, ist er bereit, die Verpflichtungen einzugehen, den Franzosen aus der russischen Staatskasse die Verluste zu ersetzen, die infolge einer Unterbrechung der Zahlung der Anleihekupons seitens der Türkei entstehen könnten.... Die Beratung beschloß „1. die Bemühungen in Berlin mit Nachdruck fortzusetzen, sich aber auf die allgemeine Inspektion der türkischen Armee durch den deutschen General einzulassen, 2. die Unterhandlungen bis zur Feststellung ihrer völligen Erfolglosigkeit fortzuführen, 3. dann aber zu den in Aussicht genommenen Einwirkungsmaßnahmen außerhalb Berlins im Einverständnis mit Frankreich und England überzugehen, 4. sollte eine aktive Teilnahme sowohl Frankreichs als auch Englands an den gemeinsamen Aktionen mit Rußland nicht gesichert sein, so erscheine es nicht möglich, zu Druckmitteln zu greifen, die einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben könnten" [1]).

---

[1]) Das Protokoll dieser Beratung wurde im Jahre 1919 vollständig im „Westnik" des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten von M. Pokrowski veröffentlicht, aber ohne die Denkschrift, die diese Beratung veranlaßt hatte. [Deutsche Veröffentlichung: „Iswolski und der Weltkrieg", Berlin

Auf solche Weise erhielt die Frage „der Bereitschaft" eine ziemlich widersprechende Beleuchtung: einerseits ist man zum „Zweikampf" bereit, andererseits wird aus diesem Zweikampf ohne Beteiligung Englands, sogar bei Beteiligung Frankreichs im besten Falle nichts werden, im schlimmsten Falle wird England gezwungen sein, seine Freunde zu retten, damit von ihnen, falls England sie braucht, etwas übrigbleibt; endlich wäre die Teilnahme an einem europäischen Kriege das größte Unglück für Rußland. Die Hauptfrage Sasonows blieb ohne positive Antwort, nämlich die Frage, ob in Frankreich und England „die gefährliche Überzeugung, daß Rußland um der Erhaltung des Friedens willen auf beliebige Zugeständnisse einzugehen bereit ist", erstarken kann; Rußland „wäre dann tatsächlich politisch absolut isoliert, denn wir könnten kaum besonders auf Frankreich rechnen, das auch ohnehin geneigt ist, allgemeine politische Interessen zugunsten vorteilhafter finanzieller Geschäfte zu opfern", während das Berliner Kabinett, wie es scheint, „bereits damit rechnet, daß es sich auf unsere Kosten mit England verständigen wird" . . . Es war schwer, klarer darauf hinzuweisen, daß die russische Regierung vor einer gefährlichen Alternative stand, entweder ihren Verbündeten den Beweis der Kriegsbereitschaft zu geben, oder die Fahne einzurollen und sich dem Gutdünken ihrer Freunde und Gegner zu unterwerfen, die es in diesem Falle nicht unterlassen würden, untereinander auf Kosten der russischen Großmachtstellung zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Als die französische Kriegspartei im vorhergehenden Jahr von der russischen Regierung den Beweis „der Bereitschaft" zu erlangen suchte, hatte man in Paris die Demonstration eines solchen Beweises durch die ungeduldigen Bemerkungen „wir sind bereit; wie steht es bei Euch? entscheidet Euch!" erleichtert. Aber die „Franzosen" genügten nicht. Man mußte auch die Engländer „in der Tasche haben", die Engländer aber bauten ihre ganze Politik darauf, daß ihnen das letzte Wort gehören würde, sie also die Herren der Lage bleiben und bis zuletzt sowohl ihren Gegnern als auch ihren Freunden die Bedingungen vorschreiben würden. Jetzt drängten die Engländer, indem sie an die früheren Rückzüge der russischen Regierung (Adrianopel, „Kagul" — „Rostislaw") erinnerten und die Auflegung der Karten forderten: Wie weit beabsichtigt Ihr zu gehen? Seid Ihr bereit, bis ans Ende zu gehen? Aber als einzige Antwort konnte ihnen Sasonow jetzt nur geben: Ja, wir haben uns entschlossen, bis ans Ende zu gehen, aber nach Ihnen.

Als Antwort konnten die Engländer andere politische Kombinationen suchen, die vorteilhafter für sie waren. So eröffnete sich eine

---

1924, D. V. G. „Journal der Sonderkonferenz vom 31. Dezember 1913" S. 234—246.]

neue Perspektive: statt in der illustren Begleitung Englands und Frankreichs zu erscheinen, wäre das zaristische Rußland in die düstere politische und finanzielle Isolierung geraten, in der es auf allen Seiten von Feinden und Gefahren umringt war; statt der verführerischen Möglichkeit im allgemeinen Zusammenprall die siegreiche Flagge des Romanowreiches auf den entsprechenden Ort nach Einvernehmen mit den glorreichen Verbündeten aufzupflanzen, kam der völlige Zusammenbruch des Prestiges, der Dynastie und des Reiches, entstand die Notwendigkeit, neue Mittel zur Rettung nicht nur bei den äußeren sondern auch bei den inneren Feinden und Kreditoren zu suchen.

Wir wissen gut, wie schwer es war, im Jahre 1912, dazu noch zweimal, der Aufforderung, die „Bereitschaft" zu erklären, auszuweichen. Bei jeder weiteren Wiederholung war es doppelt schwer, die Frage zu beantworten; es gab keine Freiheit in der Wahl, man mußte sich kopfüber in eine der beiden großen Unbekanntheiten stürzen: Friede und Isolierung oder glänzende Entente und Krieg. Sasonow sprach es offen in seiner Denkschrift aus: Wenn der Friede erhalten bleibt, „wird jede der Mächte (Ententemächte) bestrebt sein, andere Sicherungen ihrer Interessen durch Vereinbarungen mit den Mächten des gegnerischen Lagers zu suchen".

Dennoch siegte die Vernunft: Die von den Generalen erklärte Bereitschaft zum Zweikampf wurde nicht weitergeleitet. Es scheint, als ob diese Erklärung nicht nur Kokowzows, sondern auch Sasonows Überzeugung nicht zu brechen vermochte, daß auf dem einen Wege „schrecklich Folgen", auf dem andern Wege das „größte Unglück" bevorständen. Und dann — dies war die Hauptsache — diese Erklärung war erzwungen. Die Schreie aus Paris: „Womit beschäftigt Ihr Euch dort? Worüber denkt Ihr nach? Beabsichtigt Ihr den Österreichern Serbien zum Opfer zu bringen, und dadurch Serbien und mit ihm die Balkanstaaten als Kampfeinheiten für immer zu verlieren?" Diese Schreie mußten diese Männer, die zur Kriegsfrage Stellung zu nehmen hatten, beeinflussen, wenn sich dazu noch die direkte Drohung gesellte, man werde mit der russischen Regierung „zu reden aufhören" und sie ihrem eigenen Schicksal überlassen. In Suchomlinows Amt hat man den Krieg längst „vorbereitet", ungeheure Mittel waren bereits ausgegeben, irgend einmal mußte man doch erklären, daß man bereit wäre. Ist es nicht klar, daß es leichter war, diese Erklärung abzugeben, da auf der andern Seite die bis zur Ungeduld „bereiten" Franzosen standen, die gerade in diesem Augenblick die Kampfaussichten optimistisch bewerteten, da auch bis zu einem gewissen Grade England in Bereitschaft war, das keine Garantie für eine Einmischung bei Beginn gegeben hatte,

---

[1]) [„Iswolski und der Weltkrieg" a. a. O., S. 184 ff., abgedruckt Iswolski a. a. O. III, S. 374 ff.]

tatsächlich aber die völlige Niederlage seiner Freunde nicht zulassen konnte? Aufmerksamkeit verdient in demselben Sinne eine Denkschrift[1]) Sasonows vom 6. Dezember 1913 zur Frage der Maßnahmen, welche die Türkei zwecks Vergrößerung ihrer Flotte ergriffen hatte. In dieser Denkschrift wird gesagt, daß infolge des Bruderkrieges der Balkanstaaten die Türkei ihre Grenzen im Interesse einer Verteidigung Konstantinopels und der Meerengen verbessert habe; infolgedessen schied die bulgarische Gefahr aus, dafür blieb die griechische Gefahr von der Seeseite her. Die allgemeine Lage der Türkei zwingt alle Mächte, der Möglichkeit eines endgültigen Zusammenbruches des Ottomanenreiches Rechnung zu tragen und für die rechtzeitige Sicherung ihrer Rechte und Interessen in den verschiedenen Gebieten Kleinasiens zu sorgen. „So erklärt sich die verstärkte Tätigkeit Deutschlands, Italiens und sogar Österreichs, das bis jetzt keine Interessen in Kleinasien hatte, eine Tätigkeit, die darauf abzielt, die Grundlagen politischer Forderungen bei der künftigen Aufteilung des Ottomanenreiches zu schaffen und zu befestigen."

„Die Zweifel an der Dauer und Lebensfähigkeit der Türkei lassen für uns die historische Frage der Meerengen und Bedeutung ihres Wertes in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wiederaufleben. ... Es wird sich in Rußland kaum ein verantwortungsvoller Politiker finden, der nicht anerkennen würde, daß im Falle einer Änderung des Status quo Rußland eine Lösung der Frage im Gegensatz zu seinen Interessen nicht dulden könne, mit andern Worten: Es kann unter gewissen Verhältnissen nicht als untätiger Zuschauer den Ereignissen zusehen."

„Die komplizierte und schwierige Frage des Meerengenschutzes ist im Grunde genommen augenblicklich in einer für unsere unmittelbaren Interessen ausreichenden Weise gelöst. Die Türkei erscheint als ein nicht sehr starker, aber auch als ein nicht allzu schwacher Staat, der unfähig ist, uns zu drohen, aber zugleich gezwungen ist, auf das weit stärkere Rußland Rücksicht zu nehmen ... da aber die Lebensdauer der Türkei nicht gesichert ist, sind wir genötigt, die Frage zu stellen, ob wir uns nicht auf Ereignisse vorbereiten müssen, die die Lage Konstantinopels und der Meerengen entscheidend verändern würden. Wir lassen die Frage des positiven Wertes der Besitzergreifung Konstantinopels und der Meerengen als auch der dazu erforderlichen Opfer offen, wir fragen aber: 1. Dürfen wir es zulassen, daß ein anderer Staat die Durchfahrt durch die Meerengen ganz in seine Gewalt be-

---

[1]) An einer anderen Stelle derselben Denkschrift heißt es: „Wenn wir die Frage nach dem notwendigen Opfer zur Erlangung dieses Besitzes und nach dem Wert dieser Erwerbung stellen, so werden wir unvermeidlich auf sich widersprechende Argumente stoßen. Auf strittige Grundlagen kann man die Orientierung der auswärtigen Politik in einer Frage von hervorragender Bedeutung nicht aufbauen."

kommt? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Die Tatsache des Besitzes der Meerengen durch einen starken Staat bedeutet die völlige Unterwerfung der wirtschaftlichen Entwicklung von ganz Südrußland unter diesen Staat. Nach den Bemerkungen des Finanzministers zu dem Budgetentwurf für 1914 war das Ergebnis des russischen Handels für 1912 um 100 Millionen geringer als der durchschnittliche Ertrag der drei vorhergehenden Jahre. Die Ursache sieht das Ministerium in der ungenügenden Verwertung unserer Ernte. Die Schwierigkeiten der Getreideausfuhr ergaben sich außer aus Elementarursachen auch aus der zeitweiligen Schließung der Dardanellen für die Handelsschiffe aller Nationen. Darauf erfolgte im Frühling durch die Staatsbank eine Erhöhung des Diskonts um $1^1/_2$ Prozent auf alle Dreimonatswechsel. So hat also die zeitweilige Schließung der Dardanellen dem ganzen wirtschaftlichen Leben des Landes einen Schlag versetzt, und dadurch wird noch einmal mehr die erstrangige Bedeutung dieser Frage für uns bewiesen. Wenn sich jetzt die Verwicklungen in der Türkei in Höhe von vielen Millionen Verlusten für Rußland widerspiegeln, wo es uns doch gelang, die Dauer der Meerengenschließung auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zu beschränken, wie wird es erst sein, wenn die Meerengen in den Besitz eines anderen Staates als die Türkei kämen, der den Forderungen Rußlands Widerstand zu leisten vermag? Und dazu ist es nicht einmal nötig, daß der Staat, der die Meerengen besitzt, an und für sich die Kraft einer Großmacht besitzt. Hat er erst einmal an den Meerengen Fuß gefaßt, so wird ihm diese Kraft aus der ganz außergewöhnlich günstigen geographischen Lage erwachsen. Tatsächlich wird der, der die Meerengen in Besitz hat, gleicherweise den Schlüssel zum Schwarzen- und zum Mittelmeer in der Hand haben, er wird gleicherweise den Schlüssel für die Durchdringung Kleinasiens und die Hegemonie über die Balkanländer besitzen. . . .

„Weiter oben wurde gesagt, daß wir die Besitzergreifung der Meerengen durch eine dritte Macht aus wirtschaftlichen Gründen nicht zulassen dürfen. Aber ist sie nicht vom politischen Standpunkt aus ebenso unzulässig? Würden die vorerwähnten Bestrebungen, die Hegemonie auf dem Balkan an sich zu reißen und Kleinasien zu durchdringen, nicht unvermeidlich zu einem heftigen Antagonismus zwischen Rußland und jedem neuen Staat führen, der an der Stelle der Türkei auftreten sollte? Die Unmöglichkeit für uns, einen neuen Staat sich an den Meerengen als unumschränkten Herrscher festsetzen zu sehen, hat zu dem Vorschlag geführt, zur Verhütung einer solchen Lage die Meerengen zu neutralisieren, die Befestigungen zu schleifen und die Anlage neuer zu verbieten [1]). Diese

[1]) Wir erinnern daran, daß ein solcher Vorschlag von der deutschen Regierung ausging, die, wie oben ausgeführt wurde, der russischen Regierung positiv vorgeschlagen hatte, diese Frage aufzuwerfen. Wir sind bis jetzt auf

Maßregel kann aber schwerlich als ausreichend erachtet werden. Jede Rechtsnorm hat nur in Friedenszeiten Gültigkeit. Wenn der Krieg ausbricht, so bedarf sie der Kraft zu ihrer Verteidigung. Denn der Krieg kann mit der plötzlichen Besitzergreifung der Meerengen durch den Feind beginnen, und selbst das Fehlen von Befestigungen wird einer derartigen Operation nur günstig sein; ihr Erfolg hängt auch jetzt zu einem beträchtlichen Teile von der Schnelligkeit und der Überraschung ab. Deshalb müßten wir, selbst wenn irgendwelche Bedingungen gefunden werden sollten, unter denen wir die Neutralisierung der Meerengen für uns möglich finden könnten, doch aus vorstehenden Erwägungen heraus unsere Land- und Seemacht des Schwarzen Meeres unbedingt in einer Weise verstärken, die uns erlauben würde, in jedem Augenblick die Besetzung der Meerengen durch irgendeine andere Macht zu verhindern.

„Zu Beginn des Balkankrieges gab es eine Zeit, in der Bulgarien Erfolge hatte und seine ehrgeizigen Heerführer die Absicht zeigten, Konstantinopel zu besetzen und die bulgarische Hegemonie über die Balkanländer aufzurichten. Die maßlosen Ansprüche Bulgariens einigten indessen jüngste Verbündete mit Rumänien, und der Krieg endete mit einer bulgarischen Niederlage. Schwerlich aber wird man annehmen können, daß Bulgarien sich mit einem solchen Ausgang zufriedengeben wird. Ist es nicht wahrscheinlicher, daß es die Gelegenheit suchen wird, wieder zu erlangen, was ihm genommen wurde? Der alte Traum einer Hegemonie und der Eroberung der Meerengen kann aufs neue lebendig werden. Das Glück ist wankelmütig und die Türkei unfähig, aus den Lehren des Schicksals zu lernen. Kein Mensch kann Tag und Stunde bestimmen, wann Bulgarien sich in einem stürmischen Angriff, zu dem die Bulgaren fähig sind, auf die Türkei stürzen wird. Dies könnte ein letzter und verderbenbringender Schlag für das ottomanische Kaiserreich sein.

„Dreißig Jahre sind es her, daß der erhabene Wille des verewigten Kaisers Alexander III. die Schwarze-Meer-Flotte auferstehen ließ. Vor etwa sechzig Jahren begann die Schiffahrt mit Handels-

---

keine Hinweise gestoßen, ob vorherige Besprechungen zwischen dem Berliner Kabinett und der Londoner Regierung stattgefunden haben. Wir verzeichnen, daß gleichzeitig mit der Aufwerfung dieser Frage in geheimen Unterhandlungen zu Petersburg ein kleines Buch von M. Zimmermann, „Bosporus und Dardanellen", historisch-juristische Skizze (Petersburg 1912) erschien, in dem der Nutzen der Neutralisierung der Meerengen und des Marmarameeres bewiesen und sogar die von Sasonow angeführten Grundlagen eines solchen Regimes formuliert wurden „in Form von Artikeln einer entsprechenden internationalen Vereinbarung". In seiner Beweisführung stellt der Verfasser den „voreingenommenen Überzeugungen, die auf Grund des Mißtrauens gegenüber der Rechtskraft der internationalen Vereinbarungen entstanden sind", seine eigene Überzeugung gegenüber, daß die öffentliche Meinung die einzige reale Grundlage sowohl der internationalen Politik wie auch des internationalen Rechts wäre. (S. 64—66.)

dampfern auf dem Schwarzen Meer. Beide Unternehmungen sind verbunden mit dem Gedanken an die Macht Rußlands und die Möglichkeit, unsere Interessen an den Meerengen sicherzustellen. Hunderte von Millionen sind für diese Unternehmung ausgegeben worden, sowie für den Unterhalt des Heeres im Militärbezirk Odessa, das gemeinsam mit unserer Flotte operieren soll. Bekanntlich wurde schon 1895 aus Anlaß der armenischen Verfolgungen die Frage der zeitweiligen Besetzung Konstantinopels durch unsere Truppen mit Wissen und Willen Englands, unseres damals gefährlichsten Rivalen, erwogen. Wir mußten auf diesen Plan verzichten infolge Mangels an Transportmitteln und der Unvollkommenheit der Mobilmachung der Landstreitkräfte.

„Achtzehn Jahre sind seitdem verflossen. Wir geben immer noch Hunderte von Millionen aus und sind unserem Ziele noch immer nicht um einen Schritt nähergekommen. Man baut Kriegsschiffe und gibt alljährlich große Summen für die Unterhaltung der Handelsflotte her. Und doch, wenn die Rede darauf kommt, daß es wünschenswert sei, zu einer bedeutungsvollen, irgendwie gearteten Landungsoperation zu schreiten, scheut die Regierung davor zurück, weil ihre Durchführung unmöglich ist.

„Als es sich im vergangenen Jahre um einen etwaigen Vorstoß unserer Heere auf Konstantinopel handelte, wurde es klar, daß wir innerhalb von zwei Monaten in kleinen Transporten allmählich zwei Armeekorps übersetzen könnten, und daß die Mobilmachungsvorbereitungen für die Transportschiffe wie für die Heranbringung des Landheeres als ein überraschender Schlag für niemanden hätte bleiben können. Mit anderen Worten: das genannte Unternehmen schien ganz einfach unausführbar, ganz abgesehen davon, daß die numerische Stärke eines solchen Landungsheeres nicht im richtigen Verhältnis zu den Aufgaben gestanden haben würde, die es erfüllen sollte.

„Übrigens handelt es sich jetzt nicht darum, daß ernstliche Unternehmungen gegen die Türkei unmöglich sind, sondern daß es uns sogar an den nötigen Mitteln fehlt, uns gegen den Schiffsbauplan zu wehren, der in der nächsten Zeit von der Türkei verwirklicht werden kann.

„Nach den zu verschiedenen Zeiten beim Außenministerium eingelaufenen Nachrichten müssen wir zu dem Schluß kommen, daß in den Jahren 1914 bis 1916 die türkische Kriegsflotte im Schwarzen Meer der unsrigen an Qualität der Schiffe und Stärke ihrer Artillerie überlegen sein wird . . .

„Es ist nicht nötig, besonders zu betonen, daß eine solche Lage nicht als erträglich angesehen werden kann. Nachdem Rußland jahrelang ungeheure Summen für die Schaffung einer starken Militärmacht im Becken des Schwarzen Meeres verausgabt hat, kann es

sich nicht mit der Lage abfinden, bei der seine Übermacht zur See über die Türken sich als ungesichert erweisen kann. Die großen Beträge, die alljährlich aus staatlichen Mitteln zur Verteidigung des Schwarzen-Meer-Beckens erhoben worden sind, zeigen, welche Bedeutung die Regierung dieser Verteidigung beimißt. Die Notwendigkeit, die neuen Verhältnisse zu prüfen, die unsern Seestreitkräften im Schwarzen Meer genau bestimmte Maßregeln angeben, ist noch zwingender. Rußland kann weder jetzt das Übergewicht der Türkei im Schwarzen Meer dulden, noch in Zukunft der Entscheidung der Meerengenfrage gegenüber gleichgültig bleiben. Wir können durchaus nicht dafür bürgen, daß diese Frage nicht in nächster Zukunft aufgeworfen wird.

„In Voraussicht der Staatsnotwendigkeit müssen wir uns aufmerksam für eine Aktion vorbereiten, die notwendig werden kann. Die Vorbereitung muß den Charakter eines bis ins einzelne ausgearbeiteten Programms tragen, an dem verschiedene Departements teilnehmen müssen.

„Man muß die eventuellen Maßnahmen zur Vergrößerung unserer Land- und Seemacht im Schwarzen Meer durchdenken. Was haben die Departements des Krieges und der Marine zu tun, um die Mobilisierung durch Anlage neuer Verkehrsmittel und durch Verbesserung unserer Transportmittel in dem entsprechenden Umfang zu beschleunigen? Welche Aufgaben können dementsprechend unsern Transportmitteln gestellt werden, und wie lange werden wir ungefähr Zeit haben, uns vorzubereiten? Ist es möglich oder nicht, unserem Heere und unserer Flotte die Aufgabe zu stellen, daß sie die Meerengen forcieren und Konstantinopel besetzen, wenn die Umstände dies erforderlich machen sollten?

„Ich komme auf die politische Seite unserer Vorbereitungen zurück. Es muß wiederholt werden, daß eine baldige Auflösung der Türkei uns nicht erwünscht sein kann, und daß man im Rahmen einer diplomatischen Einwirkung alles tun muß, um eine solche Entscheidung zu vertagen."

Weiter verläßt die Denkschrift plötzlich diese Frage, um dazu überzugehen, auf konkrete Maßnahmen hinzuweisen.

1. Maßnahmen, die Mobilisierung eines Landungs-Armeekorps von numerisch ausreichender Stärke zu beschleunigen;

2. die notwendigen Verbindungswege für eine Mobilisierung instand zu setzen;

3. die Schwarze-Meer-Flotte in einer Weise zu verstärken, daß sie der ottomanischen Flotte überlegen und imstande ist, in Verbindung mit dem Heere die Meerengen „provisorisch oder dauernd" zu besetzen;

4. die Transportmittel für eine Landungsoperation zu vergrößern;

5. die Eisenbahn im Kaukasus auszubauen.

Dann kommt die Denkschrift auf die politische Seite des Falles zurück:

„Selbstverständlich haben unser Kriegs- und das Marineministerium das Recht, dem Außenminister die Frage vorzulegen, was getan werden kann, um die denkbar günstigsten politischen Vorausetzungen zu schaffen, falls Ereignisse eintreten, die entscheidende Maßnahmen fordern.

„Ich wiederhole meinen oben ausgesprochenen Wunsch, daß der Status quo möglichst lange unverändert bleibe, und muß wiederum wiederholen, daß die Meerengenfrage schwerlich anders als unter den Bedingungen allgemein europäischer Entwicklungen aufgeworfen werden kann. Diese Entwicklungen würden uns, nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu urteilen, im Bunde mit Frankreich[1]) und möglicherweise, aber lange nicht ganz sicher, auch mit England finden oder mindestens gegenüber einer wohlwollenden Neutralität Englands. Im Falle von europäischen Verwicklungen könnten wir auf dem Balkan auf Serbien und vielleicht auch auf Rumänien[2]) zählen. Daraus ergibt sich klar die Aufgabe unserer Diplomatie, die Bedingungen einer möglichst innigen Annäherung Rumäniens an Rußland zu schaffen. Die Arbeiten in dieser Richtung müssen ebenso ununterbrochen wie vorsichtig und jeder überflüssigen Überspannung fremd sein. Die Lage Rumäniens auf dem Balkan erinnert in vieler Beziehung an die Italiens in Europa. Diese beiden Mächte leiden an Größenwahn, und da sie nicht genug Kraft besitzen, ihre Pläne offen zu verwirklichen, müssen sie ihr Leben mit einem politischen Opportunismus fristen, indem sie immer beobachten, auf welcher Seite die Macht ist, um sich auf diese Seite zu schlagen.

„Bei einer vorläufigen Abwägung der Kräfte wäre es ebenso ge-

---

[1]) Am 5. Januar teilt Iswolski mit, daß die französische Regierung, trotz ihrer aufrichtigen Friedensliebe, von ruhiger Entschlossenheit erfüllt sei, sich ihren Bundesverpflichtungen gegenüber Rußland nicht zu entziehen. Siebert a. a. O. S. 669. Außerdem dachte Sasonow zweifellos auch an die früheren Erklärungen Poincarés, im Hinblick auf die Meerengen, wie z. B. des im Briefe Iswolskis vom 21. Juni 1913 (erstmalig im „Hamburger Fremdenblatt" vom 14. Juni 1924 veröffentlicht) erwähnten Hinweises Poincarés, daß „nie die Situation für die Verwirklichung der tausend Jahre alten Ziele Rußlands günstiger war als im Augenblick".

[2]) Die Mitteilungen der französischen Diplomaten, die im Gelbbuch über die Balkanfragen veröffentlicht worden sind, zeugen davon, daß unmittelbar nach Befriedigung ihrer Aspirationen an der Südgrenze auf Kosten Bulgariens die rumänische herrschende Aristokratie und Bürokratie die Transsylvanische Frage auf die Tagesordnung setzten, da sich die Anzeichen eines Zerfalles Österreich-Ungarns verstärkten.

fährlich, sich auf so schwankende Faktoren zu verlassen, wie es unvernünftig wäre, überhaupt nicht mit ihnen zu rechnen.

„Zwei Faktoren spielen bei der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage auf dem Balkan eine Hauptrolle. Der erste Faktor ist Österreich-Ungarn, wo die Nationalitätenbewegung zusehends wächst, hervorgerufen durch den Erfolg der Serben und Rumänen und durch den Eindruck, den diese Erfolge auf ihre Landsleute innerhalb der Grenzen der habsburgischen Monarchie hervorgerufen hat. Der zweite Faktor liegt in der Unmöglichkeit für Bulgarien, sich mit den schweren Folgen des Bukarester Friedens zufrieden zu geben.

„Diese beiden Staaten können sich entweder zu einem gemeinsamen Ziel, den Balkan wiederum anders zu verteilen, zusammenschließen, oder sie treffen sich in feindlichen Lagern, wenn Bulgarien hoffen kann, Mazedonien auf andere Weise an sich zu bringen. Wie schwer es auch sein mag, Serbien und Bulgarien wieder zusammenzuschließen, so können alle beide doch nur fortfahren, ihrem nationalen Ideal zuzustreben, wenn sie sich miteinander verbinden. Als Feinde werden beide Staaten sich wechselseitig paralysieren. Serbien kann sein hohes Ideal der Vereinigung des ganzen Serbenvolks nur verwirklichen, wenn Bulgarien ihm keinen Widerstand leistet, ja ihm sogar hilft um den Preis der Herausgabe des verlorenen Mazedoniens. Dennoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die eine oder andere Hypothese nur Wirklichkeit werden kann, wenn auch Rußland zu dieser Zeit für sich selbst der Realisierung seiner historischen Ziele zustrebt und mit diesen Staaten gemeinsam handelt. Denn für sich allein sind die Balkanstaaten unfehlbar Konflikten untereinander verfallen, die nur durch die Gegenwart Rußlands als leitender, aktiver Kraft vermieden werden können.

„Nicht von dem Standpunkt theoretischer Träumereien oder der Überspannung der Mission Rußlands müssen wir alle diese Bedingungen erörtern. Wir müssen an die Zukunft denken und uns Rechenschaft geben, daß die Erhaltung des so wünschenswerten Friedens nicht immer in unseren Händen liegen wird. Deshalb sind wir gezwungen, uns nicht auf die Aufgaben von heute und morgen zu beschränken, damit wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, den man so oft dem russischen Staatsschiff macht: daß es, ein Spiel der Winde, dahinsegelt, fortgerissen von der Strömung ohne ein Steuer, unfähig, seinen Kurs zu lenken."

Da alle diese Fragen ein eingehendes Studium erfordern, damit diese oder jene Entscheidungen getroffen werden können, ersuchte Sasonow den Zaren um die Erlaubnis, einer besonderen Konferenz diese Fragen vorlegen zu dürfen, womit Nikolaus II. sein Einverständnis erklärte (in Livadia am 10. Dezember 1913). Auf dem ihm vorgelegten Telegramm Giers' aus Konstantinopel über das Marineprogramm „verzeichnete" er: „Ich erachte fortgesetzt als

vornehmste Bedingung der ruhigen Entwicklung Südrußlands die unbedingte Übermacht der russischen Schwarzen-Meer-Flotte über die türkische Flotte. Deshalb erwächst für uns die Notwendigkeit außerordentlicher Anstrengungen, künftig diese Übermacht im Schwarzen Meere zu erreichen."

Die Verschärfung der Krise im Zusammenhang mit der Mission Limans zwang Sasonow, nach dieser Denkschrift die uns bereits bekannte Denkschrift vom 23. Dezember zu überreichen, worauf schleunigst (am 31. Dezember 1913) die Sonderkonferenz einberufen wurde, um die Frage zu erörtern, wie weit man im Konflikt mit Deutschland und der Türkei wegen dieser Mission gehen könne. Die Denkschrift vom 23. November wurde erst am 8. Februar 1914 in einer Sonderkonferenz besprochen, als der Kompromißausweg, auf den sich Deutschland eingelassen hatte, der Krise ihre Schärfe genommen hatte und die Kurve der politischen Fiebertemperatur Europas wieder gesunken war. Jedoch war bekanntlich die Rede davon, die Aufgaben „nicht nur für heute und morgen allein" zu stellen. Die tangierten Interessen haben voll und ganz ihre Bedeutung behalten: „Die allgemeinen europäischen Verwicklungen" sind unausbleiblich, und genau so unausbleiblich werden sie auch die Meerengenfrage mit sich bringen . . .

Die Untertänigste Denkschrift[1]) Sasonows vom 7./20. Januar 1914 verzeichnet voller Unruhe die Änderung der nationalen Innenpolitik Österreich-Ungarns, wo die „Rassengärung", wie wir gesehen haben, die Gewähr für die „Unstabilität der jetzigen Lage auf dem Balkan" bildet: die ungarische Regierung trat einer Verwirklichung einer weiteren Autonomie in Kroatien näher und versprach den Rumänen in Transsylvanien gleiche Zugeständnisse. „Die Nachrichten, die aus Österreich-Ungarn über die Völkergärung eintreffen, müssen mit den Berichten aus Serbien und Rumänien über die außerordentliche Erstarkung der Irredenta confrontiert werden, und in Verbindung mit der wachsenden Neigung der Volkssympathien zu Rußland, auf das sich die Hoffnungen auf die künftige Verwirklichung der Volksideale verbinden.

„Man kann voraussehen, daß im Zusammenhang mit diesen Volksbewegungen, die als historische Kräfte wirken und den Staatsorganismus der österreichisch-ungarischen Monarchie untergraben, diese Monarchie vielleicht in nächster Zukunft zwischen zwei Wegen zu wählen haben wird: entweder wird sie den fundamentalen Umbau des Staatssystems auf der Basis des Föderalismus der einzelnen Nationen wählen müssen oder aber den verzweifelten Kampf mit dem Ziele der endgültigen Bestätigung der Vorherrschaft der deutsch-

---

[1]) Nicht veröffentlicht.

ungarischen Minderheit über alle anderen Völkerschaften der Monarchie.

„Die Schwankungen zwischen diesen beiden Strömungen erklären die jetzige Unstabilität der inneren wie äußeren Lage Österreich-Ungarns, die unzweifelhaft Gefahren in sich birgt, wie die Erfahrungen des verflossenen Jahres bewiesen haben. In einem geeigneten Augenblick, besonders wenn Deutschland geneigt sein sollte, kann die kriegerische Strömung in Österreich-Ungarn die Oberhand gewinnen, deren Anhänger darauf hinweisen, daß der Krieg vielleicht der einzige Ausweg aus unlösbaren inneren Schwierigkeiten ist."

Als ihre Hauptstütze betrachtet die österreichisch-ungarische Monarchie bis jetzt nicht ohne Grund die Polen, und deshalb „nimmt sich Sasonow die Freiheit", in dieser Denkschrift auf die äußerst schädlichen Folgen der Abstimmung des Reichsrates in der Frage der polnischen Sprache in der städtischen Selbstverwaltung hinzuweisen, einer Abstimmung, die „berechtigte Bitterkeit unter den vernünftigsten Elementen der polnischen Gesellschaft hervorgerufen hat, die darauf hinweisen, daß sich ihre Reihen unweigerlich lichten, und daß sie bei dem Versuch, ihr Volk auf den gesunden Weg zu bringen, machtlos dastehen können" . . . „Die neuen Strömungen, die sich in den nationalen Fragen der österreich-ungarischen Politik bemerkbar machen, bringen mich auf den Gedanken, daß die Zeit für uns gekommen ist, die Frage zu überprüfen, in welchem Maße die vernünftigen Wünsche der polnischen Gesellschaft allmählich befriedigt werden könnten." . . .

Zur selben Zeit ist die „konservative" Politik gegenüber der türkischen Erbschaft in den ersten Tagen des Jahres 1914 hervorgetreten, allerdings in der unentschiedenen Halbform, daß nämlich so die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht wünschenswert wäre, das den Griechen versprochene Lemnos „aus Erwägungen strategischer Natur" in türkischer Hand zu belassen (alleruntertänigste Denkschrift vom 5./18. Januar 1914), ferner machte sie sich in der wohlwollend ausweichenden Stellung gegenüber dem Versuch Venizelos' bemerkbar, mit Rußland eine Kriegs- und Marinekonvention abzuschließen (Alleruntertänigste Denkschrift vom 13./26. Januar 1914 mit der Resolution „Einverstanden" [1]).

Das Protokoll der Sonderkonferenz vom 8./21. Februar 1914 [2]) enthält neben technischen Angaben und Betrachtungen über die Maßnahmen zur „Vorbereitung eines möglichen Auftretens vor den Meerengen" die in der Beratung vorgebrachten Ausführungen allgemeiner politischer Natur. Griechenland und Bulgarien würden, nach Ansicht

---

[1]) Unveröffentlichte Dokumente.

[2]) Veröffentlicht von M. Pokrowski im „Westnik" des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten 1919 Nr. 1. [Siehe F. Stieve, „Iswolski und der Weltkrieg", a. a. O., S. 247 ff.]

Sasonows, einander lähmen. Auf die Frage, ob man auf die Unterstützung Serbiens rechnen dürfe, antwortet Sasonow, man könne nicht annehmen, daß unsere Aktionen gegen die Meerengen ohne allgemeinen europäischen Krieg erfolgen könnten, „man müsse daran denken, daß unter diesen Umständen Serbien alle seine Kräfte gegen Österreich-Ungarn richten würde".

„Der Chef des Generalstabs kennzeichnet die ganze Bedeutung des serbischen Auftretens gegen Österreich-Ungarn im Fall unseres bewaffneten Zusammenstoßes mit Österreich-Ungarn. Nach seinen Informationen werde Österreich-Ungarn zum Kampf gegen Serbien vier oder fünf Armeekorps einsetzen müssen. . . . Der Chef des Generalstabs spricht seinerseits die Überzeugung aus, daß der Kampf um Konstantinopel kaum ohne allgemeinen europäischen Krieg möglich wäre. Deshalb hält sich General Shilinski für verpflichtet, hervorzuheben, daß die Entsendung von Truppen für eine Expedition gegen die Dardanellen und sogar die Möglichkeit dieser Operation selbst von der allgemeinen Konjunktur zu Beginn des Krieges abhängig sein würde. Die für diese Operation in Aussicht genommenen südlichen Armeekorps könnten, nach den Worten J. Shilinskis, gegen Konstantinopel nur dann in Marsch gesetzt werden, wenn es an der Westfront nicht zum Kampfe käme, oder die Lage sich dort günstig gestaltete. Im entgegengesetzten Falle werden diese Truppen an die Westgrenze dirigiert werden, weil der erfolgreiche Kampf an der Westfront auch die Meerengenfrage im günstigen Sinne entscheiden würde[2]). Da nach dem Kriegsplan, wie er für den Fall eines Kampfes an der Westfront aufgestellt wäre, alle Truppen aus den inneren Bezirken den Bestand der an der Westfront kämpfenden Armeen bilden sollten, würde es leider nicht möglich erscheinen, an dieser Front die für die Landungsoperation vorgesehenen südlichen Armeekorps durch andere Truppenteile aus dem Innern des Reiches zu ersetzen, damit diese Korps unter allen Umständen nach Konstantinopel entsandt werden könnten."

Also:

1. Die Operationen zur Besetzung Konstantinopels und der Meerengen können nur im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges erfolgen.

2. Im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges müssen alle Truppen (nach dem Kriegsplan, der gemeinsam mit dem französischen Generalstab aufgestellt war) an die Westgrenze geworfen werden,

---

[1]) Sperrungen von den russischen Herausgebern.

und die Operation zur Besetzung Konstantinopels und der Meerengen kann infolge Fehlens der notwendigen Truppen nicht erfolgen.

Die Teilnehmer der Beratung mußten einen Ausweg aus diesem verzauberten Kreise suchen. Tatsächlich stellte Sasonow die Frage: „Wird sich in dieser Beziehung die Lage bei der jetzt durchgeführten Verstärkung unserer Armee nicht ändern?" „Diese Verstärkung", antwortete Shilinski, „kompensiert nur die kürzliche Verstärkung der deutschen und der österreichischen Armee. Diese Korps werden an unserer Westgrenze liegen; außerdem ergibt diese Verstärkung zwei Armeekorps, für die Konstantinopeloperation aber braucht man vier." Giers versucht einen Ausweg in der phantastischen Voraussetzung einer „Anarchie in Konstantinopel" zu finden, durch die die türkische Armee lahmgelegt und infolgedessen die Kaukasuskorps entlastet würden; eine solche Lage würde gestatten, diese Korps gegen Konstantinopel in Bewegung zu setzen. Shilinski hielt selbstverständlich diesen Gedanken nicht für „annehmbar" und erklärte, daß sich ein großer Teil der türkischen Kräfte in Kleinasien befinde und „nach dem Plane Enver-Paschas vorgesehen sei, in dem europäischen Teile der Türkei nur drei Armeekorps zu belassen". Sollte die Landungsoperation stattfinden, wäre es vielmehr notwendig, mit allen Kräften die türkischen Hauptkräfte an die Ostfront zu locken und sie nicht an den Meerengen zu lassen. General Danilow (der Generalquartiermeister des Generalstabs) ergänzte diese hinreichend überzeugenden Darlegungen durch die nicht minder wichtigen Erwägungen, das Verkehrsnetz der kaukasischen Eisenbahnen sei ungenügend und ziehe die Mobilmachung der Truppen im Kaukasus über mindestens drei Wochen hinaus; d. h. die Möglichkeit einer Aktionsschnelligkeit (fünf, sechs Tage) werde ausgeschaltet, die von allen als Hauptbedingung einer erfolgreichen Landungsoperation betrachtet würde; außerdem scheint er keine Illusionen hinsichtlich einer günstigen Situation an der Westfront gehegt zu haben; „unabhängig von der Schwierigkeit der Ausführung der Aufgabe einer Besitzergreifung Konstantinopels müssen wir immer mit der Notwendigkeit rechnen, alle unsere Truppen gegen den Westen, gegen Deutschland und Österreich, dirigieren zu müssen; wie viele Truppen wir auch haben mögen, auch wenn wir noch viel mehr hätten als jetzt. . . . Beim Kampfe an der Westfront oder in Erwartung des Kampfes muß man die Abtrennung von vier Armeekorps für eine Landungsoperation an den Meerengen, nach der Meinung des Generals Danilow, als unzulässig und unmöglich erachten".

Es fehlte nur die Schlußfolgerung: vom Standpunkte der „historischen Aufgaben", der „nationalen Aspirationen", „der Gebote" usw. ist die Teilnahme Rußlands an einem allgemeinen europäischen Kriege sinn- und zwecklos. Jedoch haben die Militärs diese Schlußfolgerung

nicht gezogen, sondern eine andere. Da wir (Generale) Euch (Diplomaten) bei dieser Sorge nicht helfen können, müßt Ihr selbst den Ausweg aus der Lage finden. Shilinski meint jedoch, Konstantinopel und die Meerengen würden wie reife Früchte vom Baum fallen, dabei sei es gleichgültig, von welcher Seite der Baum geschüttelt würde. Der erfolgreiche Kampf an der Westgrenze wird die „Meerengenfrage" günstig entscheiden, d. h. in Wien und Berlin wird das Kreuz auf die Heilige Sophia aufgepflanzt werden. Danilow sieht jedoch gewisse Schwierigkeiten einer Operation in solcher Form voraus und erklärt deshalb direkt: „Die Sicherung Konstantinopels gegen die Besitzergreifung seitens dritter Mächte muß eine besondere Aufgabe unserer Politik bilden."

An dieser Stelle registriert das Protokoll der Sonderkonferenz kein Auftreten seitens der Diplomaten: die Diplomaten scheinen schweigend nachgedacht zu haben. Das Wort ergriff der Kapitän II. Ranges Nemitz, der Chef des zweiten (Schwarzes Meer) operativen Teiles des Generalstabs der Marine:

„Indem er die Richtigkeit der These völlig anerkennt, daß man auf dem Hauptkriegsschauplatz gegen den Hauptgegner stark sein und deshalb die nächstwichtigen Aufgaben opfern müsse, schließe er sich den Schlußfolgerungen des Generalleutnants Danilow an, wenn wir auf dem Wege nach Konstantinopel und den Meerengen tatsächlich denselben Hauptgegner wie an der Westfront, d. h. die deutsche und die österreichische Armee, gegen uns hätten. Haben wir in Berlin und Wien unsern Willen diktiert, erhalten wir auch die Meerengen. Aber in Wirklichkeit erscheint die Lage, nach der Meinung des Generalstabs der Marine, in anderem Licht. Auf dem Wege nach den Meerengen haben wir ernste Gegner nicht nur in Gestalt Deutschlands oder Österreichs. Wie erfolgreich auch unsere Aktionen an der Westfront sein würden, die Meerengen und Konstantinopel werden sie uns nicht geben. Sie können von fremden Flotten und Armeen besetzt werden, während an unserer Westgrenze gekämpft wird. Kapitän Nemitz meint deshalb, daß wir eben gleichzeitig mit den Operationen an der Westfront mit Waffengewalt Konstantinopel und die Meerengen besetzen müßten, um im Augenblick der Friedensunterhandlungen die vollendete Tatsache unserer Besitzergreifung zu schaffen. Nur in diesem Falle wird Europa mit der Lösung der Meerengenfrage unter den für uns notwendigen Bedingungen einverstanden sein. Wenn man aus dem Bestand unserer jetzigen Armee das für diese Aufgabe notwendige Truppenquantum nicht absondern kann, muß man, nach Meinung des Kapitäns Nemitz, speziell für diesen Zweck drei neue Armeekorps formieren. Ein solches neues Rüstungsopfer kann nicht als die Kräfte Rußlands übersteigend anerkannt werden, wenn damit die Erreichung unserer geschichtlichen Aufgabe gesichert werden sollte."

„Der Gedanke, neue Korps für die Konstantinopeloperation zu schaffen," antwortete der Chef des Generalstabs, „erscheint jetzt unausführbar." Da sich immer klarer herausstellt, daß die Diskussion völligen Unsinn ergeben wird, ergreift Shilinski das Wort, um die Lage zu retten, und zwar auf dieselbe Weise wie der „zum Schweigen gezwungene" Giers, d. h. mit Hilfe von phantastischen Voraussetzungen. Er beginnt damit, daß die Meerengen von einer zu gewaltigen Bedeutung für jeden Russen wären; im Falle der Gefahr eines Besitzwechsels der Meerengen „aus türkischer Herrschaft in fremde Hände" werden wir auf ihre Besitzergreifung nicht verzichten können und deshalb sofort eine Landungsarmee nach Konstantinopel entsenden. Aber da es zu „russisch" erscheint — wir werden expedieren, obwohl es „unmöglich und unzulässig ist" —, muß man es eben mit Hilfe irgendwelcher vertröstender Annahmen zulässig und möglich machen. Shilinski, der verächtlich auf die von Giers verheißene „Anarchie in Konstantinopel" verzichtet hat, läßt sich von der Hypothese verlocken: „Der Krieg an den Meerengen und Konstantinopel kann dem Zusammenstoß an unserer Westfront vorausgehen." Nach Äußerung dieses optimistischen Gedankens läßt er sich von ihm verführen: „Nach Meinung des Chefs des Generalstabs ist es sehr wahrscheinlich, daß es auch so geschehen wird."

Sasonow konnte seinerseits gleich den Optimismus Shilinskis dämpfen, wenn er ihm seine Erfahrungen der letzten Jahre übermittelt hätte, die keinen Zweifel darüber beließen, daß weder die englische noch sogar französische Regierung ein solches Vorspiel zu einem allgemeinen Kampf dulden würden; im günstigsten Falle würde man Rußland seinem eigenen Schicksal überlassen, in jedem Falle aber würde man die zaristische Diplomatie zu einem neuen, für die Dynastie verhängnisvollen Rückzug verurteilen. Die Disposition des europäischen Krieges war entworfen, und in ihr, besonders wo sie die Rolle und Stellung Rußlands betraf, waren keine Änderungen zulässig. Der Krieg, den Rußland der Meerengen wegen begonnen hätte, wäre nicht der Krieg gewesen, der wenigstens vom Standpunkte der Hereinziehung der Volksmassen Englands, Frankreichs und der eventuellen Verbündeten auf der Balkanhalbinsel nötig gewesen wäre. Wenn andererseits dieser Krieg lokalisiert worden wäre oder die russische Kriegspartei tatsächlich greifbare Ergebnisse vor dem Zusammenstoß an der Westfront erreicht hätte, wäre es ziemlich schwer gewesen, auf die Erhaltung ihres Kriegsenthusiasmus und der „Treue gegenüber den Alliierten" zu rechnen, die im Laufe von drei Jahren die „Wechsel" auf die Meerengen und Konstantinopel warm gehalten haben. . . .

Sasonow zog es aber vor, sich an die Möglichkeit der Fortsetzung der Untersuchung unverwirklichbarer Eventualitäten zu klammern, da die Erkenntnis ihres Illusionswertes der Bankerotterklärung des russi-

schen Staatsregimes gleichgekommen wäre, der sich ausschließlich auf die imperialistische Politik im Bunde mit Frankreich und England stützte; deshalb schlug Sasonow vor, zur Besprechung der Mobilmachungsfristen überzugehen. Es stellte sich heraus, daß es möglich war, diese Fristen auf drei bis sechs und sogar unter gewissen Bedingungen auf drei bis vier Tage abzukürzen, wenigstens für die Landungsinfanterie und Kavallerie, für die Artillerie nicht mehr als auf zwölf bis vierzehn Tage.

Anders verhielt es sich mit den Transportmitteln. Die erste Abteilung konnte nicht früher als binnen zehn Tagen auf die Schiffe verladen werden. Der Marineminister wies darauf hin, daß die Transportmittel am Schwarzen Meer völlig ungenügend wären; außerdem wären diese Mittel weder einer richtigen Registrierung und organisierten Mobilmachung angepaßt, noch überhaupt dafür geeignet. Kapitän Nemitz bemerkte, daß vom Tage der Mobilmachungserklärung an bis zur Ausschiffung des ersten Echelon nicht weniger als zwei Wochen verstreichen würden. Auf einer Fahrt könne man nicht mehr als 20000 Menschen transportieren; um auf einer Fahrt zwei oder drei Armeekorps zu transportieren, wären drei Jahre planmäßiger Vorbereitungsarbeit notwendig. Als Hauptmittel zur Erreichung dieses Zieles erscheint „die Entwicklung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer". Es blieb kaum etwas anderes übrig als den Wunsch auszusprechen, die Maßnahmen zur Entwicklung der Handelsflotte im Schwarzen Meer unverzüglich auszuarbeiten; dann warf Giers noch einmal die Frage der Notwendigkeit dringender Aktionen im Falle einer „Anarchie" in Konstantinopel auf. Der Marineminister bemerkte in seiner Entgegnung, daß man im Sommer 1914 anläßlich der Manöver im Schwarzen Meere Landungsoperationen üben würde, von denen man sich nützliche Hinweise verspreche. Diese Manöver konnten jedoch schon nicht mehr stattfinden.

Da die Landung offenbar nur im Falle der Beherrschung des Meeres nötig war, ging man zur Besprechung der Marinestreitkräfte auf dem Schwarzen Meere über.

Der stellvertretende Chef des Generalstabs der Marine, Kapitän I. Ranges Nenjukow, teilte folgende Daten mit: „Bis jetzt besitzt unsere Flotte unzweifelhaft im Schwarzen Meere die Oberhand, aber im Herbst ds. (1914) Jahres werden dem Bestand der ottomanischen Marine zwei Dreadnoughts einverleibt. Der von der Türkei in England bestellte ‚Reschad V.' und der in Brasilien gekaufte ‚Rio de Janeiro'. Leider können wir vorläufig diesen Schiffen keine Dreadnoughts gegenüberstellen, und so wird die Übermacht im Schwarzen Meere auf diese Weise in nächster Zukunft an die Türkei übergehen. . . . Solange die türkische Flotte im Schwarzen Meere herrscht, wird man an die Landungsoperation nicht denken können, ohne zuvor die Herrschaft der ottomanischen Seestreitkräfte gebrochen zu haben; da sich

bald herausstellen wird, daß die zurzeit schwächere russische Schwarze-Meer-Flotte die türkische Flotte nicht vernichten kann, entfällt die Möglichkeit einer Landungsoperation von selbst, solange unsere Marinekräfte nicht das Übergewicht erlangt haben." Das Kräfteverhältnis beginnt sich erst im Sommer 1915 zu verbessern, allerdings nur unter der Bedingung, daß die Türken keine neuen fertigen Linienschiffe erwerben. Die russischen Schwarzen-Meer-Dreadnoughts sind vollendet: „Kaiserin Marie" am 1. Juni 1915 und „Alexander III." am 1. September 1915. Dann — falls die Türken ihre Flotte nicht weiter verstärkt haben sollten — wird das allgemeine Kräfteübergewicht wiederum bei der russischen Flotte liegen. Ende 1915 soll die Schwarze-Meer-Flotte durch den dritten Dreadnought („Katharina II.") verstärkt werden, im nächsten Jahre 1916 durch zwei Schlachtkreuzer, im Jahre 1917 außer dem vierten Dreadnought noch durch zwei Kreuzer, acht Torpedoboote und sechs Unterseeboote. Diesem Programm setzen die Türken jedoch ein Programm gegenüber, das sechs Dreadnoughts und zwölf Torpedobootflottillen einschließt. Der Marineminister bemerkte noch, daß Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die im Auslande im Bau befindlichen Linienschiffe aufzukaufen, die man allerdings nicht ins Schwarze Meer bringen könnte, die aber wenigstens nicht die türkische Flotte vergrößern. Giers verzeichnete, diesmal völlig richtig, daß die Erwerbung der zwei Dreadnoughts durch die Türken „ihnen eine große moralische Kraft gegeben habe", daß man damit in demselben Maße zu rechnen gezwungen ist, in welchem man mit der Vergrößerung ihrer materiellen Kraft rechnet.

Nachdem man zum Schluß noch über Eisenbahnumladefragen im Kaukasus gesprochen hatte, formulierte man die Wünsche hinsichtlich vorbereitender Maßnahmen für die Ergänzung der für die Landung vorgesehenen Truppenteile zur allergrößten Beschleunigung der Mobilmachung, zur Annahme dringender Maßnahmen, zur Verstärkung der Transportmittel im Schwarzen Meere, zur Erkundung eines Weges, den Transport der ersten Echelons in Stärke eines Armeekorps nach den Meerengen bis zu vier bis fünf Tagen vom Tage der Befehlsverteilung an zu kürzen, über den Bau „in möglichst schneller Frist":
a) einer zweiten Dreadnoughtsbrigade im Schwarzen Meere und
b) der strategischen Eisenbahnlinien im Kaukasus und Transkaukasien.

Es erwies sich als notwendig, den Beginn des Kampfes (mit der Türkei) um Konstantinopel auf etwa drei Jahre zu vertagen, wie schon der erste Interpret dieses Dokuments, M. Pokrowski, in seinem Artikel „Drei Konferenzen" bemerkt hat[1]). Diese Vertagung konnte man nur durch die Bereitschaft ersetzen, „das Unzulässige zuzulassen", und durch die Anerkennung, daß das Unmögliche möglich sei.

[1]) „Westnik" des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten 1919, I, S. 17.

Inzwischen wurde der Konflikt, den Limans Mission heraufbeschworen hatte, am 16. Januar offiziell liquidiert: Liman erhielt eine höhere Charge in der deutschen Armee und wurde aus diesem Grunde zum Feldmarschall der ottomanischen Armee, zum General-Inspekteur der türkischen Armee und Direktor der Kriegsschulen ernannt, ohne daß ihm irgendwelche Truppenteile direkt unterstellt wurden.

Am 8./21. Januar telegraphierte der Geschäftsträger in Konstantinopel Gulkewitsch, „der Verzicht Limans auf das Korpskommando werde hier als ein sehr bedeutender Erfolg angesehen, dieser Eindruck könne im Falle eines Mißerfolges unseres neuen Drängens nur stark abgeschwächt werden" (besonders im Falle des Divisionskommandos in Skutari); Nikolaus II. verfaßte folgende Resolution: „Vorläufig müssen wir uns weiteren Drängens enthalten und den Deutschen eine Atempause geben" (Zarskoje Selo, am 9. Januar 1914)[1]. Benckendorff teilte bereits am 12. Januar mit, er ersehe aus Nicolsons Worten, man hoffe in London, daß sich Rußland „mit diesem Zugeständnis zufriedengeben würde, das auf jeden Fall für es eine moralische Genugtuung bedeute"[2]. Andererseits ist die Tatsache, daß der „General Liman von Sanders am 10. Januar 1914 seines Kommandos enthoben und zum Generalinspekteur der Armee und der Militärschulen in der Türkei ernannt wurde, in Deutschland als peinliche Nachgiebigkeit, als Niederlage im Spiel der Mächte aufgefaßt, die die Gegensätze klar erkennen ließ und die vorhandene Spannung noch steigerte"[3]. Einige Tage später geht aus der Mitteilung des russischen Geschäftsträgers in Konstantinopel hervor, daß die deutsche

---

[1]) Unveröffentlichte Dokumente des ehemaligen Außenministeriums. Telegramm des Geschäftsträgers in Konstantinopel Nr. 26.

[2]) Siebert a. a. O., S. 670. — In den Memoiren Buchanans heißt es: „Die von uns eingeholten Informationen gaben uns Grund zur Annahme, daß der Wichtigkeit dieses Kommandos übertriebene Bedeutung beigemessen wurde. Außerdem waren wir dadurch ernstlich behindert, daß der Kommandant der türkischen Flotte ein britischer Admiral war, worauf auch die deutsche Regierung nachdrücklichst hinwies. Wir waren daher nicht geneigt, ganz soweit zu gehen, wie Herr Sasonow anfänglich wünschte." Nachdem Buchanan die uns bekannten Beschwerden Sasonows über die Schwäche der Ententepolitik auseinandersetzt, bemerkt er: „In dieser Ansicht war ein Körnchen Wahrheit. Während der Balkankriege hatte sich Rußland mehr als einmal aus Positionen zurückziehen müssen, die es etwas übereilt eingenommen hatte. In Konstantinopel war man so fest davon überzeugt, Rußland würde niemals Krieg führen, daß sogar die Türken dem deutschen Botschafter erklärten, er möge keine Besorgnisse wegen einer russischen Aktion hegen." Zum Schluß erklärt Buchanan, daß der Konflikt nur durch die ernste Aussprache Greys mit Lichnowski beigelegt worden sei. G. Buchanan, „My Mission to Russia and other Diplomatic Memories", Bd. I, S. 148/150. Deutsch: „Meine Mission in Rußland", 1926, S. 80 f.

[3]) H. Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914", Bd. III, Nachwort von Otto Hoetzsch, S. 318.

Regierung, die auf die Realisierung der türkischen Anleihe in Frankreich rechnete, der Türkei vorgeschlagen hatte, zwei Linienschiffe zu kaufen: „Moltke" und die später berühmt gewordene „Göben". Delcassé, der diese Mitteilung gemacht hatte, rät energisch, die Realisierung der Anleihe zu verhindern, und damit auch die erneute Vergrößerung der türkischen Seekräfte, die sich an erster Stelle gegen Griechenland, dann aber auch gegen Rußland richten könnte[1]).

Wenn der französische Botschafter in Wien noch am 16. Dezember 1913 schreiben konnte, „die Empfindung, daß die Völker sich in Richtung der Schlachtfelder bewegen, wie von einer unwiderstehlichen Kraft gestoßen, wächst von Tag zu Tag"[2]), so wird jetzt im Frühling 1914 schon das Bedürfnis empfunden, den Kriegsgefühlen, die die regierenden Kreise in ganz Europa erfüllen, einen freien Ausgang zu bieten.

Der Monat März stand im Zeichen des Zeitungskrieges zwischen Deutschland und Rußland. Die deutsche Presse begann unter der Parole des Kampfes gegen die Pläne Rußlands — das praktische Ergebnis der geheimsten besonderen Beratungen — einen Feldzug gegen den russischen Kaiser. Suchomlinow antwortete darauf mit dem berüchtigten Artikel in den „Birzewya Wedomosti", dessen Formel („Rußland ist zum Kriege bereit") für uns jetzt völlig verständlich ist: Dieser Artikel war im gleichen Maße ein Kriegsruf gegen Deutschland und Österreich, wie er auch eine Antwort an die Freunde in Paris war, auf die dort so lange und so ungeduldig gewartet wurde[3]). Eben in dieser Zeit — Mitte März — wurde bekannt, daß sich Österreich-Ungarn in die Verhandlungen Serbiens und Griechenlands über Saloniki eingemischt hatte, indem es erklärte, es würde keine größeren Rechte zugunsten Serbiens in diesem Hafen zulassen als jene, über die es selbst verfüge. Die Ungewißheit, ob der Bukarester Vertrag von Dauer bleibe, war so groß, daß am 24. April Doumergue in Gegenwart von drei Zeugen Grey (anläßlich seiner Anwesenheit in Paris) fragte, ob es wahr wäre, daß die englische Regierung der Revision dieses Vertrages sympathisch gegenüberstände[4]). Am 27. Mai teilt der französische Gesandte in Belgrad mit, Österreich ergreife auf den Aufstand in Albanien hin die „gewöhnlichen" Vorsichtsmaßnahmen: Umgruppierung der Truppen an der Grenze, Zusammenziehung der militärischen Flugschiffe, Unterbrechung der Militärurlaube und endlich:

---

[1]) Doc. Dipl., „Affaires Balcaniques 1912 bis 1914", Bd. III, Nr. 183, S. 109.

[2]) R. Poincaré, „Die Entstehung des Weltkrieges".

[3]) Ein Artikel aus derselben Quelle und zum selben Thema, der aber noch provozierender war („Rußland ist bereit, wir erwarten dasselbe von Frankreich") erschien genau drei Monate später, am 12. Juni; dieser Artikel erscheint noch charakteristischer in dem von uns angedeuteten Sinne.

[4]) Doc. Dipl., „Affaires Balcaniques", Bd. III, S. 124.

Ankündigung der großen Manöver in Bosnien in Anwesenheit des Erzherzogs und des Chefs des Generalstabs — und die serbische Presse antwortete darauf mit der Beschuldigung gegen Österreich, es beabsichtige Albanien zu okkupieren und seine Truppen im Falle der Notwendigkeit durch serbisches Gebiet zu führen.

4. Englisch-französisch-russische Einheitsfront gegen die Türkei

Indessen war es der Zarenregierung nach der formellen Liquidierung des Konfliktes, der sich aus Limans Mission ergeben hatte, gelungen, einen unzweifelhaften diplomatischen Sieg über die Türkei in der armenischen Frage zu erringen.

Wir erinnern daran, daß das russische (von Mandelstamm entworfene) Reformprojekt des Jahres 1913 eine Opposition seitens Deutschlands (mit Unterstützung Österreichs und Italiens) hervorgerufen hatte; der türkische Standpunkt wurde später durch Djemal Pascha folgendermaßen kurz formuliert: „Ich glaube nicht, daß jemand daran zweifeln kann, daß ein Jahr nach Verwirklichung dieses Projektes die Wilajets (Bezirke) von Erzerum, Wan, Bitlis, Diarbekr und Charput unter dem Protektorat Rußlands stehen oder von den Russen okkupiert sind.“ Die Kommission der Vertreter der Mächte konnte zu keiner Vereinbarung gelangen. Erst im September 1913 ist es Giers, wie Djemal Pascha sagt, gelungen, v. Wangenheim zu überreden, die sechs Hauptpunkte anzunehmen. Um dem gemeinsamen Druck der europäischen Mächte auszuweichen, beeilte sich die türkische Regierung, einen allgemeinen Reformplan auszuarbeiten, zu dessen Ausführung in Ostanatolien sie Grey vorschlug, statt russischer englische Inspektoren zu schicken. Grey antwortete, die englische Regierung würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach diesem Projekt gegenüber sympathisch einstellen. In der zwei Wochen später abgegebenen offiziellen Antwort auf den offiziellen Vorschlag jedoch wurde die Annahme des Vorschlages mit Einverständnis der russischen Regierung mit dieser Kombination bedingt. Die Türken waren also gezwungen, eine Vereinbarung mit Rußland zu treffen, die auch in Konstantinopel am 8. Februar 1914 von Gulkewitsch (wir wissen, wodurch Giers in dieser Zeit abgehalten wurde) und Said-Halim unterschrieben wurde. „Durch den Akt vom 8. Februar 1914“, schrieb Gulkewitsch an Sasonow, „ist die leitende Rolle Rußlands in der armenischen Frage offiziell unterstrichen, und der Artikel 16 des Friedensvertrags von San Stefano scheint bestätigt zu sein. Dieser Umstand muß natürlich in günstiger Weise das internationale Prestige Rußlands und den Namen seines Monarchen im neuen Glorienschein in den Herzen der Christen des Nahen Orients erscheinen lassen. . . .

Was Deutschland betrifft, so hat es mit uns in der armenischen Frage eine Vereinbarung mit dem doppelten Ziele getroffen: erstens, um die Möglichkeit zu haben, der Pforte zu sagen, es habe Rußland vor gewissen Reformen um den Preis seines Einverständnisses auf bescheidenere, für die Türkei ungefährliche Formen zurückgehalten; zweitens, um die Zuneigung der Armenier zu erwerben, die Deutschland angesichts ihrer Übermacht in Kilikien schätzt, das Deutschland als seine Einflußsphäre betrachtet"[1]; und drittens, könnte Gulkewitsch hinzufügen, um die Türken endgültig davon zu überzeugen, daß nur das engste Bündnis mit Deutschland die Türkei vor ihrem unausbleiblichen und nahen Untergang retten kann. Der Weltkrieg verhinderte die Ausarbeitung des Reformplanes in Türkisch-Armenien und setzte die Frage der ausländischen Inspektoren in Ostanatolien von der Tagesordnung ab. Hier ist eines der wichtigsten Momente, um die Frage zu beantworten, weshalb die Türkei ein Bündnis mit Deutschland schloß und in den Krieg eintrat. Djemal Pascha schrieb folgendes:

„Natürlich war unsere einzige Hoffnung, uns durch den Weltkrieg von allen diesen Verträgen zu befreien, die unserer Unabhängigkeit soviel Abbruch getan haben, und die Möglichkeit zu erhalten, künftig als unabhängige und freie Nation zu leben. . . . Wie unser Hauptziel die Annullierung der Kapitulationen und des Liban-Statutes war, wollten wir uns in der Frage der armenischen Reformen von der Vereinbarung befreien, die uns durch den Druck Rußlands aufgenötigt war[2]."

Die Bildung einer Einheitsfront der Ententemächte in der armenischen Frage wie im Limankonflikt genügte vollauf, um in den Türken endlich selbst den Glauben aufkommen zu lassen, daß die Stunde der Liquidierung ihrer selbständigen politischen Existenz herannahe: „Wir wollten unsere Armee reorganisieren und wandten uns deshalb an Deutschland. Die deutsche Militärmission kam nach Konstantinopel, ihr Ergebnis war eine beträchtliche Erhöhung der Kampffähigkeit der türkischen Armee, gleichzeitig erhöhten sich auch die Aussichten der Verteidigung der Meerengen. Es ist völlig begreiflich, daß die Russen sich widersetzten, da sie Konstantinopel immer als gesetzmäßige Erbschaft betrachtet hatten . . . aber darf man denn annehmen, daß diese Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates ohne Einverständnis Englands und Frankreichs durchgeführt wurde? Natürlich Nein[3]!"

---

[1]) Veröffentlicht im Orangebuch des Außenministeriums. Sammlung der diplomatischen Dokumente „Die Reformen in Armenien" (Petrograd 1914), Telegramm Gulkewitschs Nr. 148, S. 173/74.

[2]) „Memoires of a Turkish Statesman", S. 276.

[3]) Djemal, S. 57. — Vgl. m. d. offiziellen englischen Ausgabe „History of the Great War based on official documents by Direction of the historical section

Es ist wohl bekannt, daß trotzdem in den herrschenden türkischen Kreisen die deutschfreundliche Orientierung nicht sofort Oberhand gewann. Die Anhänger einer Annäherung an Frankreich machten äußerst energische Versuche, um einen Ausweg aus jener Situation außerhalb eines Bündnisses mit Deutschland zu finden, das die Türkei, wie allen klar war, zum Kriege mit der Entente verurteilte. Es ist bekannt, welche drakonischen Anleihebedingungen die französische Regierung stellte. Im Verlaufe der Schilderung seiner Pariser Unterhandlungen berichtet Djemal folgendes über das Scheitern des Planes des Eintritts der Türkei in die Ententegruppe:

„Frankreich und England", erklärte schon nach dem Mord in Serajewo Djemal dem Direktor der politischen Abteilung des französischen Außenministeriums, de Margerie, den Viviani infolge seiner Abreise nach Rußland bevollmächtigt hatte, diese Unterhandlung zu führen, „sind bestrebt, die Zentralmächte in einen eisernen Ring zu pressen. Dieser Ring ist überall, nur im Südosten nicht, geschlossen. Wenn die Türkei sich der Entente anschließt, wird Bulgarien gezwungen, sich uns anzuschließen, da es auf dem Balkan isoliert bleiben wird."

Als Bedingung stellte Djemal die Entscheidung über die von den Griechen besetzten Inseln. Er verheimlichte auch nicht ein anderes, für die Türkei nicht minder wichtiges Ziel:

„Sie müssen uns in die Mächtegruppierung aufnehmen und uns dadurch selbst vor der dauernden Bedrohung seitens Rußlands beschützen."

Darauf folgte eine langatmige Antwort, deren wesentlichster Teil folgende Erklärung war: „Bevor wir mit Ihnen ein Bündnis abschließen, müssen wir dazu das Einverständnis unserer Verbündeten haben; die Chancen eines solchen Einverständnisses erscheinen mir aber äußerst zweifelhaft." — „Ich habe sehr gut verstanden," schließt Djemal seine Erzählung, „daß Frankreich uns aus den eisernen Zangen Rußlands nicht herauslassen will, und wir in keinem Falle von ihm Hilfe erwarten können." Natürlich wurde zu dieser Zeit auch der Boden in entgegengesetzter Richtung sondiert, mit dem Unterschied, daß auf deutscher Seite die Aufnahme ganz anders war, da nach allen Angaben, auch nach dem Zeugnis Djemals, Deutschland selbst der Türkei ein Bündnis angeboten hatte, mit der Gewährung der Gleichberechtigung mit Österreich-Ungarn, womit Österreich-Ungarn unverzüglich nach der Unterzeichnung der Bedingungen des Bündnisvertrages durch Wangenheim bedingungslos sein Einverständnis erklärte.

---

of the Committee of Imperial Defence, — Naval operations, by Sir J. S. Corbett, Bd. II, S. 204". Bereits 1903 kam das Komitee der Reichsverteidigung nach allseitiger Prüfung der Frage zur Schlußfolgerung, daß die Fernhaltung Rußlands von den Meerengen für Großbritannien keine Marine- oder Militärbedeutung I. Ranges wäre.

Djemal, Regierungsmitglied, vom Großwesir an erster Stelle über die Vorgänge unterrichtet, stellte sich aufs ernstlichste die Fragen: Erforderte das Wohl der Türkei dieses Bündnis? Hätte die entgegengesetzte Seite vielleicht ein günstigeres und weniger riskantes Bündnis vorgeschlagen, wenn man sich mit seinem Abschluß nicht beeilt hätte? Was zwang eigentlich Deutschland und Österreich, die Türkei in das Bündnis unter gleichen Bedingungen aufzunehmen? Denn über die Uneigennützigkeit der Berliner Regierung machte sich der türkische Minister selbstverständlich keine Illusionen.

Er faßt die Ergebnisse seiner Betrachtungen wie folgt zusammen: Rußland war immer, ist und wird der ewige Feind der Türkei bleiben, der nach der Besitzergreifung Konstantinopels strebt. Der Mißerfolg im fernen Osten und die Lahmlegung im mittleren Osten zwangen Rußland, alle seine Kräfte wiederum gegen die Türkei zu richten. Zur selben Zeit fürchtete sich England unvergleichlich weniger vor dem Erscheinen Rußlands in Armenien oder sogar vor Konstantinopel, als vor der deutschen Wirtschaftsexpansion in Richtung des Persischen Golfs; im Bestreben, von Mesopotamien Besitz zu ergreifen, war England zu einem Abkommen mit Rußland unter der Bedingung bereit, daß durch die Kräfte Rußlands die Deutschen aus Kleinasien verdrängt würden. Frankreich hatte seine Hände schon auf Syrien gelegt. Indem Frankreich wie auch England sich die Hilfe des russischen Soldaten gesichert hatten, konnten sie nicht gegen die russischen Pläne einer Isolierung und weiteren Teilung der Türkei auftreten. „Deshalb habe ich, der ich nie Vorteile von einem Bündnis mit Deutschland erwartete, eine solche entscheidende Absage von Frankreich als Antwort auf das Ersuchen, uns vor Rußland zu beschützen, erhalten. Indem sich England weigerte, seine Beamten in die Ostgebiete Kleinasiens zu schicken, gab es uns dadurch zu verstehen, daß es gegen die Wünsche Rußlands nicht auftreten könne. „Außerdem haben schon die englischen Imperialisten", wie Djemal sagte, „davon geschwärmt, daß sie den Titel des Kalifen zu ihrer Verfügung haben würden, um dann ihre eigene Kreatur erheben zu können.

„Zur Zeit, wo ich mich von eingebildeten Hoffnungen hinreißen ließ (Hilfe gegen Rußland seitens Frankreichs und Englands zu finden), standen meine Kollegen vor der Tatsache, daß uns ein Bündnis mit den Mächten des Dreibundes, genauer ein Bündnis mit Deutschland, angeboten wurde ... Man denke nur: Deutschland bietet uns selbst ein Bündnis (unter gleichen Rechten) an, nachdem wir ein halbes Jahr alle Anstrengungen gemacht hatten, um nicht isoliert zu bleiben, eine Annäherung an irgendwelche Staatengruppierung gesucht und vergebens versucht hatten, ein Bündnis mit Bulgarien zu schließen ... Sollten wir diesen Vorschlag verwerfen? England hatte bereits Besitz von Ägypten ergriffen und war daran, sich Mesopotamiens und Palästinas zu bemächtigen, ohne Arabien zu vergessen; von

Rußland ist schon gar nicht zu reden. So sah es bei der Entente aus. Die Mächte des Dreibundes aber — Österreich und Italien — haben der Türkei abgepflückt, was sie wollten und konnten, und sind wahrscheinlich saturiert. Wenn auch Italien Pläne in Adalien hat, so wird sein Vorgehen in jedem Falle eine Kluft zwischen ihm und der Entente aufreißen. Deutschland aber war die einzige Macht, die die Erstarkung der Türkei wünschte; es lag im Interesse Deutschlands, eine Schwächung der Türkei mit allen Kräften zu verhindern . . . Deutschland konnte die Türkei nicht zu seiner Kolonie machen . . . und betrachtete die Türkei nur als ein Glied in der Kette seiner ökonomischen Perspektiven im Orient ... Der einzige Ausweg aus der eisernen Umklammerung der Entente wäre für Deutschland gewesen, die Zerreißung und Schwächung der Türkei zu verhindern. Wir hatten es also mit zwei Mächtegruppen zu tun: Die eine strebte danach, uns zu versklaven, während die andere danach strebte, sich uns freundschaftlich zu nähern . . . und mit uns ein Bündnis auf Grundlage gleicher Rechte und Verpflichtungen zu schließen. Könnte man diesen Vorschlag verwerfen?"

„Erstens", setzt Djemal seine Verteidigung jener Entscheidung fort, die er angenommen hatte, „hätte im Falle des Bündnisses mit Deutschland und Österreich keiner der kleinen Balkanstaaten den Versuch gewagt, sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes einzumischen, das im Bunde mit mächtigen Staaten steht, so daß wir von dieser Seite endlich Ruhe haben. Zweitens wird keine der Ententemächte riskieren, gegen uns den Arm zu erheben, aus Furcht vor einem allgemeinen europäischen Krieg. Außerdem werden die deutsche Wissenschaft, Technik und Handel der Türkei zur Verfügung stehen, die sich mit ihrer Hilfe in Kürze vom Kapitulationsjoche befreien wird. Wenn der allgemein europäische Krieg nicht im Verlaufe der nächsten fünf bis zehn Jahre ausbricht, werden Meerengen und Küsten befestigt und Armee, Wirtschaft und Finanzen in Ordnung gebracht sein, so daß sich die Türkei ruhig an diesem Kriege beteiligen kann."

5. *Die Begegnung in Konstanza und der Beginn des Krieges*

Bevor wir die Untersuchung jener Periode abschließen, die dem Krieg voranging, müssen wir auf die letzte Etappe der russischen Vorkriegspolitik eingehen, nämlich die Zusammenkunft des russischen Zaren mit dem rumänischen König in Konstanza. Wir wissen bereits, daß in der Hinüberziehung Rumäniens auf die Seite der Tripleentente in Petersburg die wichtigste Vorkriegsaufgabe der Zarendiplomatie gesehen wurde. Als Sasonow zu diesem Zwecke eine Reise mit dem Zaren nach Rumänien unternahm, ging er mit bemerkenswerter Ent-

schlossenheit und Einfachheit ans Werk: Indem er von Bratianu „eine genügend klare Antwort[1])“ zu erreichen suchte, „stellt er ihm direkt die Frage: Welche Haltung würde Rumänien bei einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn einnehmen, wenn Rußland durch die Umstände gezwungen würde, die Kriegsaktionen zu beginnen“.

Sasonow verzeichnet ruhig, daß Bratianu von dieser Frage überrascht wurde. Diese Frage mußte unter allen Umständen jeden Gesprächspartner überraschen, aber tausendmal mehr mußte sie demselben Bratianu überraschend erscheinen, als zwei Wochen später in Sarajewo laut vernehmbar für die ganze Welt die Schüsse eines serbischen Primaners knallten. Es ist hier nicht der Ort, um sich in die Wertung dieses Umstandes zu vertiefen, im Zusammenhang mit den, jetzt auch uns bekannten Enthüllungen von Stanojewitsch[2]).

„Bratianu,“ fährt Sasonow fort, „anscheinend von meiner Frage überrascht, fragte mich, ob ich in der nächsten Zukunft die Möglichkeit solcher Umstände und in ihrer Folge die Möglichkeit eines allgemeinen europäischen Krieges annähme. Ich beeilte mich Bratianu zu beruhigen, indem ich ihm sagte, ich hätte Grund zu hoffen, daß der Friede in Europa erhalten bliebe, und ich mir einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Österreich-Ungarn und Rußland auf russische Initiative hin nur in dem Fall vorstellen könnte, wenn infolge der albanischen Frage oder unter irgendeinem andern Vorwand Österreich Serbien zu überfallen gedächte, um diesem Königreich einen empfindlichen Schlag zu versetzen; in einem solchen Falle könnten wir wahrscheinlich nicht gleichgültig bleiben[3]).“

Unzweifelhaft hatte im Vergleich mit diesem Gespräch die Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen in Konstantinopel, um der Schließung der Meerengen im Falle einer Verschärfung des griechisch-türkischen Konflikts vorzubeugen, eine untergeordnete Bedeutung. Man scheint in ihr ausschließlich nur ein Mittel zur Befestigung der rumänisch-russischen Annäherung gesehen zu haben und nahm an, daß diese Vereinbarung, wie auch Sasonow in seinem Bericht verzeichnete, der rumänischen Eigenliebe besonders schmeicheln würde. Die von Nikolaus II. anläßlich einer eventuellen Schließung der Meer-

---

[1]) Vgl. ferner den alleruntertänigsten Bericht Sasonows vom 11./24. Juni 1914 im Kapitel „Die Stellung Rumäniens zur Konstantinopel- und Meerengenfrage“, S. 263 ff.

[2]) Vgl. die Artikel von M. Pokrowski in „Prolet. Revolucia“ Nr. 7 und „Bolschewik“ Nr. 9, 1924.

[3]) Wir erinnern an die Worte Sasonows in der Februarberatung (1914): „Man könnte nicht annehmen, daß unsere Aktionen gegen die Meerengen ohne allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden, und man muß annehmen, daß unter solchen Umständen Serbien alle seine Kräfte gegen Österreich-Ungarn richten würde.“

engen in Verbindung mit dem griechisch-türkischen Konflikt geäußerte Absicht, „die Meerengen gewaltsam zu öffnen", zeugt von der starken Stimmungssteigerung in Petersburg, die von der Krönung der Tripleentente und ihren ersten Früchten herrührte: Jenem halben Siege beim Zwischenfall, den die Limanmission veranlaßt hatte, und dem vollen Siege in der Frage der armenischen Reformen.

Zwei Wochen später traf ein, wovon Sasonow Bratianu gesprochen hatte: Der „Anlaß" zum Überfall Österreichs auf Serbien war durch die Ermordung des Erzherzogs in Sarajewo gegeben. Es ist nicht unsere Aufgabe, die weiteren Phasen der politischen Krise zu untersuchen, die in den Weltkrieg mündete. Wir erinnern nur daran, daß „die Eröffnung der Kriegshandlungen", wie es in den Dispositionen der französischen und russischen Generalstäbe hieß, aus zwei Gründen nicht bei Rußland lag: erstens: um der Londoner Regierung ihre Aufgabe zu erleichtern, mußte die Initiative „zur Friedensverletzung" und zum Überfall unter allen Umständen Deutschland überlassen werden; zweitens: gelang es nicht, Österreich-Ungarn vor dem Auftreten Deutschlands einen Schlag zu versetzen, war es notwendig, die gesamte Aufmerksamkeit und alle Kräfte für den Druck auf Deutschland um Frankreichs Rettung willen zu konzentrieren. Der Mechanismus der Tripleentente bestand die Prüfung; das erste kleine Transmissionsrad, Serbien, hat diesmal tatsächlich Rußland in Bewegung gebracht: Rußland hat — es ist bekannt in welcher Weise — bis zum „Abbruch" der Fernsprecher mobilisiert. Diesmal konnte man in Paris dem russischen Generalstab nichts vorwerfen, und mit Iswolski sprach man dort im „gehobenen und herzlichen" Tone.

Das erste Zarenmanifest verkündete die Ziele des Krieges mit Deutschland: „Uns erwächst nunmehr die hohe Aufgabe, für das ungerecht gekränkte, verwandte Land einzutreten" und „die Ehre, die Würde, die Unversehrtheit Rußlands und seine Stellung unter den Großmächten zu schützen".

Das zweite Manifest — anläßlich des Krieges mit Österreich-Ungarn — erklärte: „Gott weiß, daß wir nicht um der kriegerischen Pläne und des eitlen Weltruhmes willen die Waffen ergriffen haben, sondern wir kämpfen für die gerechte Sache, indem wir die Würde und die Sicherheit unseres von Gott beschützten Reiches verteidigen."

In der „historischen" Sitzung der Reichsduma vom 8. August 1914 drückte sich Rodzianko noch beredter aus: „Wir alle wissen wohl, daß Rußland keinen Krieg wollte, dem russischen Volke Eroberungsabsichten fremd sind, aber es beliebte dem Schicksal selbst, uns in Kriegsaktionen zu verwikkeln. Die Würfel sind gefallen, und in ihrer ganzen Größe ersteht vor uns die Frage des Schutzes der Unversehrtheit und der Einheit des Staates." Das Gestammel eines russischen Landjunkers, der den Kopf verloren hatte und in einer unglücklichen Stunde

mit Sasonow, Suchomlinow und Januschkewitsch berufen war, „die Unversehrtheit und die Einheit des Staates" zu retten, enthüllt die Zweifel und die Hilflosigkeit eines Menschen, der verpflichtet war, im Namen des russischen Volkes davon zu sprechen, was sich im Juli/August 1914 abspielte.

In dem Brief des Fürsten Trubetzkoj (Gesandter in Belgrad) an M. Giers, vom 7. August, wird der Leser folgende interessanten Zeilen finden: „Wenn uns Gott den Sieg beschieden haben wird, so wird sich die Frage nach den Vorteilen erheben, die wir aus dem Kriege zu ziehen wünschen, aus einem Kriege, der eine gewaltige Anspannung aller Kräfte des Landes fordert. Der eventuelle Gewinn an unseren Westgrenzen ist eher die Erfüllung einer unausbleiblichen geschichtlichen Pflicht als unser direkter Vorteil . . . Ganz gewiß richten sich die Gedanken vor allem unwillkürlich auf die Meerengen."

Tatsächlich erfolgt durch den Eintritt der Türkei in den Krieg sofort eine Änderung der Lage: Der Krieg erhält einen Sinn und ein Ziel: Das Manifest Nikolaus' II. anläßlich des türkischen Kriegsausbruches verwirft weder „kriegerische Bestrebungen" noch „den eitlen Weltruhm", es erklärt vielmehr, daß „die Entscheidung der historischen Aufgabe herannaht, die uns an den Ufern des Schwarzen Meeres von unseren Ahnen überliefert wurde". In der Sitzung der Reichsduma vom 27. Januar 1915 kommentierte Rodzianko dies Ereignis in folgender Weise:

„Gleichzeitig verstärkte der Volksgeist die Macht des Volksbewußtseins und das klare Verständnis seiner geschichtlichen Aufgaben . . . Mit dem Kreuze auf der Brust und im Herzen wird das Volk dem Appelle seines Zaren folgen, und ohne vor dem Feinde zurückzuschrecken im vollen Bewußtsein das Zarenvermächtnis erfüllen und Rußland die Wege zur Lösung der von ihm von den Ahnen[1]) überlieferten Aufgaben an den Ufern des Schwarzen Meeres eröffnen, sowie die ewige Bedrohung des allgemeinen Friedens und der Ruhe seitens der deutschen Mächte bannen." Vor den „Aufgaben am Schwarzen Meere" ist sogar die Verteidigung „des allgemeinen Friedens" gegenüber den „Bedrohungen der deutschen Mächte" in die zweite Linie zurückgetreten.

Fürst Eugen Trubetzkoj, der liberale Moskauer Professor und Schriftsteller (der Bruder des Gesandten in Belgrad) schrieb zu Anfang des Krieges über „Die Weltaufgaben Rußlands": „Rußland, im Besitz eines ungeheuren Gebietes, ist an der Vergrößerung seines Gebietes nicht interessiert; eine Eroberungspolitik kann uns Schaden und nicht Nutzen bringen. Wir brauchen unseren

---

[1]) Diese „Ahnen", die in die vorschriftsmäßige Parlamentsrede, die notwendigerweise mit dem Wortlaut des Manifestes übereinstimmen mußte, hineingepreßt wurden, sind sehr amüsant.

Besitzstand nicht zu vergrößern, sondern nur zu erhalten. Aber eben dies Streben nach Erhaltung des väterlichen Besitzes, dieser Gebietskonservatismus machen Rußland zum natürlichen Verteidiger und Beschützer der schwachen und unterdrückten Nationen, aller jener, denen die Gefahr droht, verschlungen und versklavt zu werden ... Die Verteidigung der schwachen und die Wiederaufrichtung der kleinen Völker, die von den starken Völkern verschlungen wurden, ist die geschichtliche Aufgabe, die durch den Willen des Schicksals Rußland aufgebürdet wurde ... Wir kämpfen für das Recht der Nationalitäten im Allgemeinen, für das nationale Prinzip in der Politik selbst in seinem vollen Umfange[1]."

Aber derselbe Trubetzkoj schrieb später in den „Rußkije Wedomosti"; „Rußland kämpft für die Unabhängigkeit aller Länder Europas, denen die deutsche Eroberung und Herrschaft droht. Dieser Krieg soll auch zur Sicherung seiner eigenen Unabhängigkeit führen! Denn gerade als eine Frage der Unabhängigkeit Rußlands wird jetzt die Meerengenfrage gestellt. Es ist ganz offenbar, daß ihre Neutralisierung unsere völlige ökonomische wie politische Abhängigkeit von Deutschland bedeuten würde." P. Miljukow fand eine vollendete offiziöse Formel: „Der Eintritt der Türkei in die Reihen unserer Feinde gab die Möglichkeit, die endgültige Lösung der jahrhundertealten Aufgabe unserer Politik im Nahen Orient auf die Tagesordnung zu setzen. Ziel dieser Politik in der Gegenwart muß der Übergang des Bosporus und der Dardanellen in den vollkommenen Besitz Rußlands sein, einschließlich Konstantinopels und eines genügenden Teiles der anliegenden Ufer, um die Verteidigung der Meerengen sicherzustellen[2]."

Auch der Wirtschaftler Professor M. Tugan-Baranowski schrieb: „Das historische Streben Rußlands nach der Öffnung einer freien Ausfahrt nach dem Schwarzen Meere verspricht diesmal von vollem Erfolg gekrönt zu werden, und so eröffnen sich glänzende Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung unseres gesamten Südens. Gerade in dieser Richtung kann Rußland eine genügende Belohnung für alle von ihm in diesem ungeheuer schweren Kriege erlittenen großen Opfer erhalten[3]." Indessen konstatiert das 1914 veröffentlichte Orangebuch[4]) völlig richtig die Tatsache von Unterhandlungen zwischen den Mächten der Tripleentente und der Türkei über eine

---

[1]) „Der Weltkrieg und die Weltaufgaben Rußlands", Moskau 1915.

[2]) Sammelschrift „Was erwartet Rußland vom Kriege", Petrograd 1915, S. 57.

[3]) Ebda. S. 23.

[4]) Ministerium des Auswärtigen. Sammlungen diplomatischer Dokumente. „Die Verhandlungen vom 19. Juli/1. August bis 19. Oktober/1. November 1914, die dem Kriege mit der Türkei vorausgingen". Petrograd 1914 [deutsche Ausgabe Berlin 1916, Russisches Orangebuch II].

mit Sasonow, Suchomlinow und Januschkewitsch berufen war, „die Unversehrtheit und die Einheit des Staates" zu retten, enthüllt die Zweifel und die Hilflosigkeit eines Menschen, der verpflichtet war, im Namen des russischen Volkes davon zu sprechen, was sich im Juli/August 1914 abspielte.

In dem Brief des Fürsten Trubetzkoj (Gesandter in Belgrad) an M. Giers, vom 7. August, wird der Leser folgende interessanten Zeilen finden: „Wenn uns Gott den Sieg beschieden haben wird, so wird sich die Frage nach den Vorteilen erheben, die wir aus dem Kriege zu ziehen wünschen, aus einem Kriege, der eine gewaltige Anspannung aller Kräfte des Landes fordert. Der eventuelle Gewinn an unseren Westgrenzen ist eher die Erfüllung einer unausbleiblichen geschichtlichen Pflicht als unser direkter Vorteil . . . Ganz gewiß richten sich die Gedanken vor allem unwillkürlich auf die Meerengen."

Tatsächlich erfolgt durch den Eintritt der Türkei in den Krieg sofort eine Änderung der Lage: Der Krieg erhält einen Sinn und ein Ziel: Das Manifest Nikolaus' II. anläßlich des türkischen Kriegsausbruches verwirft weder „kriegerische Bestrebungen" noch „den eitlen Weltruhm", es erklärt vielmehr, daß „die Entscheidung der historischen Aufgabe herannaht, die uns an den Ufern des Schwarzen Meeres von unseren Ahnen überliefert wurde". In der Sitzung der Reichsduma vom 27. Januar 1915 kommentierte Rodzianko dies Ereignis in folgender Weise:

„Gleichzeitig verstärkte der Volksgeist die Macht des Volksbewußtseins und das klare Verständnis seiner geschichtlichen Aufgaben . . . Mit dem Kreuze auf der Brust und im Herzen wird das Volk dem Appelle seines Zaren folgen, und ohne vor dem Feinde zurückzuschrecken im vollen Bewußtsein das Zarenvermächtnis erfüllen und Rußland die Wege zur Lösung der von ihm von den Ahnen[1]) überlieferten Aufgaben an den Ufern des Schwarzen Meeres eröffnen, sowie die ewige Bedrohung des allgemeinen Friedens und der Ruhe seitens der deutschen Mächte bannen." Vor den „Aufgaben am Schwarzen Meere" ist sogar die Verteidigung „des allgemeinen Friedens" gegenüber den „Bedrohungen der deutschen Mächte" in die zweite Linie zurückgetreten.

Fürst Eugen Trubetzkoj, der liberale Moskauer Professor und Schriftsteller (der Bruder des Gesandten in Belgrad) schrieb zu Anfang des Krieges über „Die Weltaufgaben Rußlands": „Rußland, im Besitz eines ungeheuren Gebietes, ist an der Vergrößerung seines Gebietes nicht interessiert; eine Eroberungspolitik kann uns Schaden und nicht Nutzen bringen. Wir brauchen unseren

---

[1]) Diese „Ahnen", die in die vorschriftsmäßige Parlamentsrede, die notwendigerweise mit dem Wortlaut des Manifestes übereinstimmen mußte, hineingepreßt wurden, sind sehr amüsant.

Besitzstand nicht zu vergrößern, sondern nur zu erhalten. Aber eben dies Streben nach Erhaltung des väterlichen Besitzes, dieser Gebietskonservatismus machen Rußland zum natürlichen Verteidiger und Beschützer der schwachen und unterdrückten Nationen, aller jener, denen die Gefahr droht, verschlungen und versklavt zu werden ... Die Verteidigung der schwachen und die Wiederaufrichtung der kleinen Völker, die von den starken Völkern verschlungen wurden, ist die geschichtliche Aufgabe, die durch den Willen des Schicksals Rußland aufgebürdet wurde ... Wir kämpfen für das Recht der Nationalitäten im Allgemeinen, für das nationale Prinzip in der Politik selbst in seinem vollen Umfange[1]."

Aber derselbe Trubetzkoj schrieb später in den „Rußkije Wedomosti"; „Rußland kämpft für die Unabhängigkeit aller Länder Europas, denen die deutsche Eroberung und Herrschaft droht. Dieser Krieg soll auch zur Sicherung seiner eigenen Unabhängigkeit führen! Denn gerade als eine Frage der Unabhängigkeit Rußlands wird jetzt die Meerengenfrage gestellt. Es ist ganz offenbar, daß ihre Neutralisierung unsere völlige ökonomische wie politische Abhängigkeit von Deutschland bedeuten würde." P. Miljukow fand eine vollendete offiziöse Formel: „Der Eintritt der Türkei in die Reihen unserer Feinde gab die Möglichkeit, die endgültige Lösung der jahrhundertealten Aufgabe unserer Politik im Nahen Orient auf die Tagesordnung zu setzen. Ziel dieser Politik in der Gegenwart muß der Übergang des Bosporus und der Dardanellen in den vollkommenen Besitz Rußlands sein, einschließlich Konstantinopels und eines genügenden Teiles der anliegenden Ufer, um die Verteidigung der Meerengen sicherzustellen[2]."

Auch der Wirtschaftler Professor M. Tugan-Baranowski schrieb: „Das historische Streben Rußlands nach der Öffnung einer freien Ausfahrt nach dem Schwarzen Meere verspricht diesmal von vollem Erfolg gekrönt zu werden, und so eröffnen sich glänzende Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung unseres gesamten Südens. Gerade in dieser Richtung kann Rußland eine genügende Belohnung für alle von ihm in diesem ungeheuer schweren Kriege erlittenen großen Opfer erhalten[3]." Indessen konstatiert das 1914 veröffentlichte Orangebuch[4]) völlig richtig die Tatsache von Unterhandlungen zwischen den Mächten der Tripleentente und der Türkei über eine

---

[1]) „Der Weltkrieg und die Weltaufgaben Rußlands", Moskau 1915.

[2]) Sammelschrift „Was erwartet Rußland vom Kriege", Petrograd 1915, S. 57.

[3]) Ebda. S. 23.

[4]) Ministerium des Auswärtigen. Sammlungen diplomatischer Dokumente. „Die Verhandlungen vom 19. Juli/1. August bis 19. Oktober/1. November 1914, die dem Kriege mit der Türkei vorausgingen". Petrograd 1914 [deutsche Ausgabe Berlin 1916, Russisches Orangebuch II].

Vereinbarung (Telegramme Giers vom 19. und 20. August, Sasonows vom 21. und 23. August, Iswolskis vom 22. und 4. August). Das Orangebuch verschweigt nur sorgfältig alles, wodurch der Leser eine Vorstellung vom Inhalt dieser Unterhandlungen und der in Aussicht genommenen Vereinbarung erhalten könnte.

Wir wissen, daß gleichzeitig Aktionen an der Westfront gegen Deutschland und Österreich und an der Schwarzen-Meerfront gegen Konstantinopel und die Meerengen vom russischen Generalstab für unzulässig und unmöglich gehalten wurden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, mit allen Mitteln die Türkei solange im ruhigen Zustand zu halten, bis auf dem Hauptkriegsschauplatz entscheidende Erfolge erzielt wären. Diese Politik stützte sich auf die Annahme, daß die Türkei die Beschlagnahme ihrer Kriegsschiffe durch England ruhig hinnehmen und ein teilnahmloser Zeuge im Kampf der beiden Koalitionen (von dessen Ausgang jedoch ihre weitere Existenz abhängig war) bleiben würde, sogar auch dann, nachdem die Ententemächte sich geweigert hatten, sie als Verbündeten aufzunehmen und ihr so eine Garantie für keine weitere Offensive seitens Rußlands zu gewähren[1]).

„Es unterliegt keinem Zweifel," telegraphierte Giers an Sasonow am 2. August, möglicherweise am Tage selbst der Unterzeichnung des deutsch-türkischen „Bündnis"-Vertrages, „daß die Türkei, da sie uns fürchtet und uns dank den Verleumdungen unserer Gegner der Absicht verdächtigt, daß wir beabsichtigen, schon jetzt vom Bosporus Besitz zu ergreifen, im Grunde ihres Herzens unseren Feinden Erfolg wünscht...[2]). Nach Ansicht unseres Militäragenten ist die türkische Armee im jetzigen Augenblick in einem solchen Zustand, daß sie für uns vorläufig keine Gefahr bedeutet. Unter diesen Umständen glaube ich, dürfen wir, indem wir alle Vorsichtsmaßnahmen in unsern Grenzen treffen, doch nicht während der jetzigen Ereignisse mit der Türkei in irgendwelche Streitigkeiten aus Anlaß ihrer Kriegsmaßnahmen eintreten dürfen, solange sie keinen aggressiven Charakter uns gegenüber tragen."

Mit diesem Zeugnis des Zustandes der türkischen Armee stimmen die Bekundungen der deutschen Politiker (Liman von Sanders) sowie Djemal Paschas völlig überein. Die deutsche Regierung anerkannte, daß die Türkei, die den Bündnisvertrag unterzeichnete, trotzdem

---

[1]) Das englische Blaubuch über die Ereignisse, die zum Bruch mit der Türkei führten, beginnt mit dem Telegramm Greys nach Konstantinopel vom 3. August über die Festhaltung des „Osman I." durch die englische Regierung für ihre Kriegsbedürfnisse.

[2]) Die Worte „schon jetzt Besitz vom Bosporus zu ergreifen" sind im Orangebuch durch die Worte „sie zu überfallen" ersetzt worden. Die folgenden beiden Sätze waren im Orangebuch ausgelassen worden. Vgl. Orangebuch Nr. 4, S. 4 [deutsch: „Das Zaristische Rußland im Weltkrieg", 1917, S. 6; Orangebuch 1916, S. 4].

„bündnisunfähig" blieb, und daß ihr unmittelbarer Eintritt in den Krieg die Lage der Zentralmächte nur erschweren würde. Hätten die Ententemächte, die „glänzend darüber informiert waren, daß wir keinen einzigen Soldaten", sagt Djemal, „weder an den Dardanellen, noch in Konstantinopel, noch an der russischen Grenze hatten, uns plötzlich an den Dardanellen und am Bosporus angegriffen, indem sie zugleich einen Vorstoß gegen Erserum unternahmen, und wären sie nach der Besetzung Konstantinopels und Erserums tief in Anatolien über Sivas eingedrungen, so wäre unsere Armee bis zum Kriegsende nicht in der Lage gewesen, ihre Mobilmachung zu vollenden, und der Untergang des Ottomanenreiches wäre von Anfang an besiegelt gewesen." Die türkische Regierung und der deutsche Botschafter sahen eben in diesem Lichte die Lage; man beschloß deshalb im Ministerrat, die Neutralität der Türkei zu erklären; die allgemeine Mobilmachung war durch die Notwendigkeit der Sicherung dieser fiktiven Neutralität vor Attentaten von irgendwelcher Seite begründet... Sogar jene Ministerkollegen, denen unser Bündnis mit Deutschland und die daraus erwachsenden Verpflichtungen nicht bekannt waren, hießen die allgemeine Mobilmachung als Maßnahme der weisen Vorsicht gut [1])".

So mußte die türkische Regierung die Armee schleunigst in kampffähigen Zustand versetzen, zur gleichen Zeit aber offiziell Neutralität wahren, indem sie bis zum letzten Augenblick nicht nur die alliierten Diplomaten, sondern auch ihr eigenes Land irreführte. Wenn diese Irreführung so glänzend gelang, erklärt es sich daher, daß die Hälfte der Minister zu den Irregeführten gehörte, und das Geheimnis innerhalb eines engen Personenkreises blieb; die irregeführten Minister haben in voller Aufrichtigkeit und im guten Glauben diese Lüge verbreitet und unterstützt, endlich haben sogar die „Eingeweihten" — wenigstens Enver — unter dem Eindruck des Auftretens Englands bis zur Ankunft der „Göben" und „Breslau" ein Doppelspiel getrieben [2]).

Wir bemerken, daß auch die Gegenseite einen Zeitgewinn für nötig hielt. Wie wir wissen, hat man in Petersburg die türkische Frage oder die Meerengenfrage bis zu „den entscheidenden Erfolgen

---

[1]) „Memories of a Turkish Statesman", p. 116.

[2]) Über die diplomatischen Verhandlungen bis zum Eintritt der Türkei in den Krieg vgl. „Die Aufteilung der asiatischen Türkei", S. 56/74. Das Orangebuch verheimlicht, wie schon gesagt, sorgfältig den tatsächlichen Inhalt dieser Unterhandlungen. Das Blaubuch gibt nur zwei sich darauf beziehende Telegramme wieder. Als Ergänzung zu den Betrachtungen in der „Aufteilung der asiatischen Türkei" können nur die „Erinnerungen" Djemal-Paschas dienen, aber auch in diesen „Erinnerungen" kann man das Fehlen von Hinweisen auf die Unterhandlungen zwischen Enver und Leontjew feststellen, die letzten Endes Giers veranlaßte, mit allem Nachdruck, aber erfolglos eine Vereinbarung mit der Türkei zu fordern.

auf dem Hauptkriegsschauplatz" vertagt. In London befürchtete man seinerseits einen Überfall auf den Suez-Kanal. Die französische Front verschlang alle europäischen Ressurcen. „Wochen mußten vergehen, bevor die Truppen aus England in Ägypten ausgenutzt werden konnten; noch mehr Zeit wäre notwendig, um die Truppen aus den Dominions zuzustellen... Endlich war es im Interesse der Situation Großbritanniens in Asien mit den Millionen britischer Muselmanenuntertanen notwendig, daß es im Falle eines Anschlusses der Türkei an unsere Feinde völlig klar wäre, daß es sich hier um einen überlegten und durch nichts erzwungenen Schritt seitens der ottomanischen Regierung handelte[1]."

Es ist ganz begreiflich, daß die türkische Regierung der ihr vorgeschlagenen Garantie der territorialen Unversehrtheit im Falle ihrer Neutralität und unter der Bedingung der Offenhaltung der Meerengen für die Dauer des Krieges nicht traute. Darüber haben wir an anderer Stelle[2]) gesprochen, hier werden wir uns mit einer nochmaligen Berufung auf Djemal Pascha[3]) begnügen. Indessen wurden schon am 27. September die Meerengen für geschlossen erklärt.

„Heute, um sechs Uhr abends," telegraphierte an diesem Tage L. Mallet an Grey, „habe ich erfahren, daß gestern abend der türkische Minenzerstörer gezwungen war, zurückzukehren[4]). Darauf hat der Chef des Dardanellenhafens die Meerengen geschlossen. Als diese Nachricht eintraf, befanden sich bei mir der russische und der französische Botschafter, wir begaben uns sofort zum Großwesir . . . Ich erklärte, es wäre sehr wünschenswert, daß die Dardanellen sofort wieder geöffnet würden ... Ich äußerte Seiner Hoheit unsere natürlichen Befürchtungen, daß ein türkischer oder deutscher Zerstörer den Versuch machen könnte, unsere Schiffe zu sprengen, und daß eben dieser Umstand der Grund der Instruktionen gewesen ist, die der britischen Flotte vorschrieben, die türkischen Kriegsschiffe bis zu der Zeit am Auslaufen aus den Dardanellen zu verhindern, solange auf diesen Schiffen sich deutsche Offiziere und Matrosen befinden." Hier forderte Sir L. Mallett auch Erklärungen anläßlich der Aktionen der Türken an der ägyptischen Grenze. Als Antwort auf die erste Frage über die Öffnung der Meerengen benachrichtigte der Großwesir den englischen Botschafter, daß die Meerengen geöffnet würden, „wenn

---

[1]) H. H. Asquith, „The Genesis of the War", 1923, S. 224.

[2]) „Die Aufteilung der asiatischen Türkei", S. 54/55.

[3]) Memories, S. 124: „Die Ententemächte wünschen unsere Beteiligung im Kriege auf ihrer Seite nicht (am 24. August verwarf Grey erneut den entsprechenden Vorschlag Djemals). Was ist die Ursache? Wenn wir auf der Seite der Entente in den Krieg getreten wären, hätte Rußland die letzte Chance auf Konstantinopel verloren. Darauf wäre es nie eingegangen, und deshalb waren weder Frankreich noch England damit einverstanden."

[4]) D. h. er wurde von den Engländern nicht aufs offene Meer gelassen.

die britische Regierung ihre Flotte etwas weiter vom Eingang in die Dardanellen zurückziehen würde".

Auf das Ersuchen, die britische Flotte zurückzuziehen, antwortete Grey: „Kann bis zur Rückkehr der deutschen Offiziere und Mannschaften in ihre Heimat nicht in Betracht gezogen werden[1])."

Am 16./29. August telegraphierte Sasonow an den Leiter der diplomatischen Kanzlei beim Oberbefehlshaber Kudaschew, an den Admiral Eberhardt und Giers: „Ich halte an der Anschauung fest, daß wir zur Türkei friedliche Beziehungen erhalten müssen, solange sich das entscheidende Übergewicht der russisch-französischen Waffen über die österreichisch-deutschen nicht klar herausstellt. Ich halte daher jede herausfordernde Aktion gegenüber der Türkei, die den Einfluß der zum Kriege drängenden türkischen Politiker stärken könnte, nicht für wünschenswert. An und für sich bedeutet die Ausfahrt der „Göben" ins Schwarze Meer noch nicht den Bruch, Aktionen gegen dieselbe sind jetzt nur bei voller Sicherheit für den Erfolg zulässig. Vom allgemeinen politischen Gesichtspunkt, den auch Frankreich und England einnehmen, ist es überaus wichtig, daß der Krieg mit der Türkei, sofern er unvermeidlich erscheint, von dieser selbst hervorgerufen wird[2])."

6. Erwägungen der Zarenregierung in der Konstantinopel- und Meerengenfrage

In dem oben erwähnten Briefe des russischen Gesandten in Belgrad, des Fürsten G. Trubetzkoj an M. Giers, gelangt die These zum Ausdruck, welche Haltung auch die Türkei immer einnehmen möchte, Rußland müsse für seine Teilnahme am Kriege nicht nur „an den Westgrenzen", sondern — und das ist viel wichtiger — auch an den Meerengen belohnt werden: Im Falle der Neutralität der Türkei „müssen wir nach dem Friedensschluß ein Vorzugsrecht der Schwarzen-Meer-Staaten für freie Durchfahrt der Kriegsschiffe durch die Meerengen ausbedingen", im Falle aber irgendwelchen Auftretens der Türkei — gegen Rußland oder auf dem Balkan — wäre es wünschenswert, sich auf die Sicherung „unserer Kontrolle über die Meerengen festzulegen, die am wenigsten auf den Widerstand Englands stoßen würde", und zwar müßten die türkischen Befestigungen zerstört werden, und wir auf beiden Küsten an den Ausgängen des Bosporus und am Ausgange der Dardanellen befestigte Punkte erhalten." Die Frage der Besetzung Konstantinopels betrachtet der Verfasser vorläufig noch als „akademisch".

---

[1]) Blaubuch, Nr. 97, 98 und 102. — Orangebuch, Nr. 67, 68, 69, 70 und 71, woraus zu ersehen ist, daß die Rede von einem Zurückziehen der englischen Schiffe bis zur Insel Lemnos war.

[2]) [„Das Zaristische Rußland im Weltkrieg", a. a. O., S. 35.]

Die Kriegserklärung der Türkei und das Zarenmanifest mit seiner Erwähnung „der historischen Aufgaben an den Ufern des Schwarzen Meeres" (vom 2. November) erweckte den Eindruck, wie Buchanan sofort in seiner Mitteilung nach London und später in seinen Erinnerungen verzeichnete, daß das Ziel für die Teilnahme am Kriege gefunden wäre. „Die russische Gesellschaft richtete ihre Blicke auf Konstantinopel als höchsten Siegespreis[1]." Die Denkschrift N. Basilis „Über unsere Ziele in den Meerengen" faßt alles zusammen, was zu dieser Frage von patriotischen Rednern und Schriftstellern geredet und geschrieben wurde, um „die geschichtlichen Aufgaben" vom Standpunkte der Industrie, des Handels als auch der kriegspolitischen Expansion zu begründen.

Der erste Teil der Denkschrift endet mit einer schroffen Dissonanz. Einerseits müssen vom wirtschaftlichen Standpunkt „reale" und nicht rein juridische Garantien der dauernden und unbehinderten Benutzung der Meerengen geschaffen werden, d. h. „der ganze Seeweg durch die Meerengen muß in dieser oder jener Form völlig in unsere Gewalt kommen"; andererseits aber „wird sogar die Aufrichtung unserer Herrschaft über die Meerengen uns keineswegs unbedingt unseren wirtschaftlichen Ausgang ins Mittelmeer sichern", denn „sie wird nicht die Möglichkeit beseitigen, daß eine Macht, die im Mittelmeer über genügende Seestreitkräfte verfügt, im Fall eines Krieges mit uns die Blockade der Meerengen erklärt und verwirklicht".

Im vollen Widerspruch zu dieser offenbaren Wahrheit schrieb in derselben Zeit oder etwas später P. Miljukow, der künftige Außenminister der Provisorischen Regierung:

„Unsere Verbündeten müssen notwendig begreifen, daß unser Lebensinteresse und unser dringendes Bedürfnis nach dem Besitz der Meerengen mit Eroberungstendenzen nichts gemein haben, denen die Anhänger des künftigen organisierten Friedens Europas mit voller Berechtigung ein Ende bereiten wollen. Der Besitz Konstantinopels und der Meerengen ist ein Ende und kein Anfang. Mit anderen endgültigen Liquidierungen alter komplizierter Probleme, die mit dem gordischen Knäuel der türkischen Erbschaft verbunden sind, wird die Liquidation der Meerengenfrage die Möglichkeit geben, die Europa so lange quälende ‚Orientfrage' im Allerheiligsten der Geschichte feierlichst zu beerdigen[2]." Trotzdem „es das Ende und nicht der Anfang ist", „muß gewiß das Schwarze Meer vor dem Einlaufen der ausländischen Schiffe in die Meerengen geschützt werden, während die

---

[1]) „My Mission to Russia", Bd. I, S. 224 [deutsch S. 122]. Die Ansicht der englischen Regierung spiegelt sich im Dezembergespräch Greys mit dem britischen Botschafter in Paris Bertie klar wider. Vgl. die „Erinnerungen" Berties, Bd. I. Es wurde nur die Internationalisierung und Neutralisierung als zulässig angenommen.

[2]) Sammelschrift „Die Fragen des Weltkrieges", Petrograd 1915, S. 548.

russischen Kriegsschiffe einen freien Ausgang haben müssen". Wegen dieser kleinen Frage des „freien Ausganges" waren sowohl die Zarenregierung als auch ihre Verbündeten am wenigsten bereit, die „Orientfrage" den Allerheiligsten der Geschichte zu übergeben, sondern, nachdem sie die Liquidation dieser Frage bei den Meerengen und Konstantinopel angefangen hatten, setzten sie sie vielmehr durch Vereinbarungen über die Aufteilung der asiatischen Türkei, durch Projekte der Errichtung eines griechischen Reiches usw. fort.

„Unsere Beherrschung dieses Seewegs", erklärt Basili im strategischen Teil der Denkschrift, „kann uns, selbst wenn sie auf die vor den Dardanellen liegende Ägäische Inselgruppe ausgedehnt würde, noch nicht unter allen Umständen die Gewißheit der Freiheit unseres Zuganges zum Mittelmeer geben. Der Gegner, der über die Seeherrschaft in diesem Meere verfügt, wird offenbar immer in der Lage sein, unseren Schiffen den Weg zu verlegen."

„Der freie Ausgang" ist für den Verfasser des Memorandums auf jeden Fall kein Ende, sondern der Anfang: Er würde uns in „die Möglichkeit versetzen, mit unserer Flotte das Mittelmeer zu bedrohen, was im Fall des Besitzes bedeutender Seestreitkräfte unsern Einfluß in der Welt außerordentlich stärken könnte", — sogar trotzdem „der Nutzen einer weitgreifenden offensiven Seepolitik für uns, wenigstens in der jetzigen Zeit, bestritten werden kann".

Die Schlußfolgerung des Verfassers, daß die „Vorteile", die uns durch das Recht, unsere Kriegsschiffe durch die Meerengen zu führen, gegeben wären, bedeutend die Nachteile der Zulassung der fremden Flotten in das Schwarze Meer überwiegen, stützt sich einzig und allein auf die Vorstellung eines russisch-türkischen Gegensatzes und des Nutzens einer weitgreifenden offensiven Seepolitik, die er eben einem Zweifel unterzogen hat. Aber es wird auch die Besitzergreifung des Bosporus vor Augen gehalten, und bei einer solchen Sachlage „entfallen natürlich gänzlich die Nachteile der Zulassung der fremden Flotten in das Schwarze Meer".

Indem der Verfasser zur Sicherung „der freien Ausfahrt" übergeht, erklärt er, daß an erster Stelle der Besitz der Inseln Imbros, Tenedos und Lemnos und an zweiter Stelle der Besitz Samothrakes eine Garantie dafür bietet. Die englischen Marinefachmänner gehen bekanntlich noch weiter und unterscheiden drei Verteidigungslinien der Meerengen, als Stützpunkte der äußeren Linie betrachten sie Saloniki und Smyrna. Jedoch hat auch die russische Regierung in der Diskussion über den Plan einer Aufteilung der asiatischen Türkei bereits Smyrna eine besonders wichtige Bedeutung beigemessen, da sie glaubte, daß das Erscheinen Italiens dort das Meerengengebiet bedrohte. Wie dem auch sei, der Verfasser der Denkschrift, der den Nutzen einer offensiven Seepolitik bezweifelte, machte zum äußerst notwendigen Minimum die Forderung der obengenannten Inseln.

Die politischen Betrachtungen des Verfassers entsprechen der Stimmung der Personen, für die diese Denkschrift verfaßt wurde. Er ist einverstanden, daß in der Vergangenheit der Besitz der Meerengen seitens der Türkei wesentliche Vorteile für Rußland darstellte. Aber jetzt verwirft er diesen Standpunkt. Erstens „ist die Türkei in den Kreis der uns feindlichen Mächtegruppe getreten", sie hat „eine uns bedrohliche Position eingenommen". Es genügte aber diesen Standpunkt zu vertreten, damit die Türkei nicht gezwungen wäre, in diesen Kreis zu treten und die bedrohende Stellung einzunehmen. Zweitens: die wiederholte Schließung der Meerengen. Sie blieb jedoch das einzige Selbstverteidigungsmittel der Türkei. Drittens, der Besitz der Meerengen erscheint als „Grundlage zur Beherrschung der Balkanländer und Vorderasien, d. h. der Länder, an deren Schicksal Rußland historisch am meisten interessiert ist". Aber wenn man darunter die Türkei begreift, so hat doch der Besitz der Meerengen keineswegs die Aufteilung ihres Besitzes auf der Balkanhalbinsel durch ihre schwachen Nachbarn verhindert; wenn aber darunter der Übergang der Meerengen in andere Hände verstanden wird, kann man nur zu der Schlußfolgerung gelangen, daß man entweder den Weg der Teilung und der allgemeinen offensiven Politik betreten, alle Zweifel und Schwankungen unterdrücken, oder eine Politik der Freundschaft und des Bündnisses mit der Türkei entwickeln muß.

Der Verfasser der Denkschrift untersucht dann alle Wege zur „Lösung" der Meerengenfrage, die ihm bekannt sind:

I. Der Weg der „Voll"- oder „Großmachtentscheidung", d. h. die Besitzergreifung der Meerengen mit einem Teile der Ägäischen Inseln und „einem genügenden Hinterland", der diesen Besitz sichert [1]). Dieser Weg verschafft „uns ein neues Mittel zur Mehrung der Weltbedeutung unseres Vaterlandes", aber er hat seine Schattenseiten, denn die Meerengen sind eine von der Landseite her sehr leicht angreifbare Position und bedeuten im Verteidigungssystem der Südküste eine schwere Belastung. Die Verteidigung des Bosporus wird jährlich nicht weniger als 150—200 Millionen Rubel und nicht weniger als zwei Armeekorps erfordern, die gleiche Summe wird die Verteidigung der Dardanellen erfordern. „Werden diese Opfer durch den Wert des Erworbenen gerechtfertigt?" Der Verfasser weigert sich, diese Frage zu entscheiden, indem er sich darauf beruft, daß man sie als „Forderung unserer Großmachtstellung" betrachten muß, und daß man deshalb nur „vom höchsten allgemein staatlichen Standpunkt" aus die Frage entscheiden kann, ob diese Opfer berechtigt sind und den Kräften und Mitteln Rußlands entsprechen. Jedenfalls erweckt

---

[1]) Wir erinnern daran, daß die Anhänger dieses Lösungsmodus die Organisationen des russischen Adels, der Industrie und des Handels waren, sowie die Führer der Kadettenpartei mit Miljukow an der Spitze.

bei ihm, vom Standpunkte der Verteidigung der Ufer des Schwarzen Meeres aus, die Zweckmäßigkeit dieser Opfer „große Zweifel". Deshalb geht er zu den anderen „weniger vollkommenen" Entscheidungen der Meerengenfrage über.

II. Die Neutralisierung der Meerengen[1]). Die fundamentale Schwierigkeit der Neutralisierung sieht der Verfasser in der Unwirksamkeit der internationalen Garantien im Verlaufe des Krieges, indem er sich mit Recht auf das Schicksal Belgiens beruft. Er zieht das Beispiel des Suez-Kanals heran, um zu zeigen, daß die Fiktion der Neutralität das tatsächliche Wirtschaften einer Macht verhüllt. Die Nichtbefestigung der Meerengen erleichtert nur ihre Besitzergreifung durch den ersten besten Verletzer ihrer juristischen Unverletzlichkeit.

III. Die Neutralisierung unter der alleinigen Kontrolle der Ententemächte[2]). Als unerläßliche Bedingung einer solchen Neutralisierung betrachtet der Verfasser den alleinigen russischen Besitz des Bosporus, während er diese Einschränkung bei dem vorigen Modus der Lösung der Frage nicht macht; jedoch auch mit dieser Einschränkung verwirft er eine solche Kombination, die sich auf dem unberechtigten Glauben an die Unveränderlichkeit der bestehenden internationalen Gruppierung begründet.

IV. „Das Bündnis" mit der Türkei. Dieses „Bündnis" erscheint dem Verfasser einzig und allein in der Gestalt eines Protektorats bei voller Unterstellung der türkischen Armee und Flotte unter den russischen Generalstab und seine Instrukteure möglich, deren Unzulänglichkeit er aber dabei verzeichnet. Die Überzeugung von dieser Unzulänglichkeit veranlaßt ihn, den Gedanken eines solchen „Bündnisses" zu verwerfen.

V. „Die Besetzung der Meerengen durch die Seestreitkräfte" ist offenbar nur als ein für die Besetzung auch der Ufer vorbereitendes Stadium der Besitzergreifung der Meerengen denkbar, und wenn sie eine provisorische Ersparnis von Ausgaben für die Befestigung der Ufer ergibt, bringt sie Aufgaben für die Landungsarmee, den Transport usw. Der Verfasser erklärt diesen Plan für zulässig, soweit es sich um die Dardanellen handelt, aber hält ihn sogar unter der Bedingung der Besitzergreifung der Marmarameerinseln nur in dem Falle für zulässig, wenn es unmöglich sein sollte, die Eroberung der Bosporusufer durchzusetzen. Die Verteidigung des Bosporus erfordert jedoch den Besitz des Bosporus in seiner ganzen Ausdehnung auf beiden Ufern, und außerdem noch einen Raum in einer Tiefe von

---

[1]) Ihre Anhänger haben sich nach der Kriegserklärung an die Türkei fast gar nicht gemeldet. In der Rundfrage der „Birzewia Wedomosti" sprach sich zu ihren Gunsten Prof. Alexejew aus.

[2]) Diesen Plan brachte N. Durnowo vor, der die Umbildung Konstantinopels in eine „freie Stadt" vorschlug, die von den Griechen unter Kontrolle der Ententemächte verwaltet werden sollte.

etwa 20—30 Werst landeinwärts, sowie die Prinzeninseln. Indem der Verfasser annimmt, daß sogar die „passive" Lösung der Frage auch den Besitz der Marmarainseln erfordert, bemerkt er vorsichtig, daß „nur ein Schritt übrigbleibt, um zur aktiven Lösung überzugehen" mit ihren „unvergleichlich" größeren Vorteilen, d. h. zur Besetzung der Dardanellen mit den Ufern und den Inseln Tenedos, Imbros, Lemnos und Samothrake. So kehrt er zum Ausgangspunkt zurück, zum ersten Mittel der Lösung der Frage, indem er bemerkt, daß der Verzicht auf Lemnos nur unter dem Druck der Notwendigkeit zulässig wäre, und man sich nur in diesem äußersten Falle mit der Überlassung von Lemnos und Samothrake in den Händen einer zweitrangigen Macht, wie Griechenland, zufrieden geben könnte, das sie tatsächlich zu dieser Zeit[1]) unter der Bedingung ihrer Neutralisation besetzt hielt. Auffällig ist die verschwommene Erwähnung der Folgen einer Besetzung der Insel Lemnos durch eine Seemacht ersten Ranges; offenbar denkt der Verfasser an England, und hier wird schon ein eventueller Zusammenstoß mit ihm vorgesehen, bei dem seine Flotte „an einem andern Ort" beschäftigt werden muß; ebenso ist es offenbar, daß unter diesem „anderen Ort" nur an die Ostsee gedacht werden konnte; es ist also klar, daß unsere Militärs nie bis auf das Niveau der liberalbürgerlichen Politiker sanken, die die Liquidierung aller Konflikte in Europa überhaupt im Krieg 1914 proklamierten, insbesondere die Liquidierung der „Orientfrage" durch die Besetzung der Meerengen seitens Rußlands.

Bleibt die Frage des Marmarameeres. Am besten ist es natürlich, auch vom Marmarameer Besitz zu ergreifen[2]); wenn es unmöglich ist, muß man die Nichtexistenz fremder Marinebasen und Flotten garantieren, auf jeden Fall aber Bulgarien nach Möglichkeit an die Ufer nicht heranlassen; sollte das letztere unvermeidlich sein, so müßte

---

[1]) Anläßlich der Unterhandlungen Giers in Konstantinopel erklärte Sasonow sein Einverständnis mit der Rückgabe von Lemnos an die Türkei (die jedoch von den Franzosen und Engländern abgelehnt wurde), für Griechenland sollte in Epirus eine Kompensation geschaffen werden, dabei wurde auch auf den Grund dieses Einverständnisses hingewiesen, nämlich auf den Zusammenhang von Lemnos mit der Meerengenangelegenheit.

[2]) Einige ganz konsequente Schriftsteller haben den Beweis geführt, daß Rußland ganz Kleinasien erobern müsse, „auch in Anatolien und an der Schwarzen-Meer-Küste, auf dem Armenischen Plateau festen Fuß fassen und seinen Anteil in den Mesopotamischen Gebieten erhalten müßte. Außerdem müssen das deutsche (!) Alexandrette und Smyrna Stützpunkte unseres wirtschaftlichen Einflusses im Mittelmeer werden." — Vgl. den Artikel Pletnews in „Golos Zisni" Nr. 3; Arktur, „Die Grundlagen der auswärtigen Politik Rußlands". Der Chef des Generalstabs der Marine Fürst Liven glaubte (1912), daß der Besitz der Meerengen nur im Falle des Besitzes der Balkanhalbinsel und Kleinasiens Sinn hätte („Krasni Archiv", Bd. VI; Sacher, „Konstantinopel und die Meerengen").

Bulgarien durch die erwähnte Garantie ungefährlich gemacht werden . . .

Die Denkschrift ist, wie am Schlusse verzeichnet ist, unter Beteiligung von Danilow, Nemitz und Bubnow zusammengestellt worden, also von Personen, die an Staatsberatungen in der Orientfrage teilnahmen; sie stellt also eine Zusammenfassung von Meinungen der obersten Regierungskreise sowie der Landes- und Marinekommandostellen dar. Nicht nur die bürokratische Vorsicht allein zieht alle Schlußfolgerungen der Denkschrift in bedingter Form; die Denkschrift wird vom Zweifel beherrscht, ob die Opfer durch den Nutzen für den Staat entschuldigt werden, die der Besitz der Meerengen und Konstantinopels im Namen „des höchsten Standpunktes des Staates in seiner Großmachtpolitik" erfordert. Es ist bezeichnend, daß Konstantinopel für die Verfasser der Denkschrift an und für sich bereits eine unzweifelhaft nutzlose Last darstellt. Bei der Entscheidung der Frage des Schicksals Konstantinopels ist der Verfasser sogar bereit „die Verminderung der administrativen Reibereien" in Betracht zu ziehen, sogar „dem Hellenismus ein Zugeständnis" zu machen. Indessen begann der liberale Professor Eugen Trubetzkoj seine Agitationsvorlesung (als Broschüre ausgegeben) mit folgender Erklärung:

„Unter den Fragen, die der jetzige Krieg aufgeworfen hat, ist die Konstantinopelfrage für Rußland von besonderem Interesse und besonderer Wichtigkeit. Alle unsere Lebensinteressen sind mit ihr verbunden. Sie ist für uns sowohl eine Frage unseres täglichen Brotes, als auch unserer gesamten politischen Herrschaft und auch unserer Kulturmission, des höchsten geistigen Seins Rußlands[1]." Die weitere Auseinandersetzung hat zum Ziele, den Leser zu überzeugen, daß nichts anderes als der Dom der Heiligen Sophia „die evangelische Perle ist, für die Rußland bereit sein muß, alles, was es besitzt, zu opfern"! . . .

Im Vergleich zu diesem politischen Mystizismus können die Betrachtungen der Verfasser der beiden von uns veröffentlichten Denkschriften nicht anders erscheinen als Musterbeispiele politischer Reife und Umsicht. Jedoch kann der Kapitän Nemitz, der die Konstantinopelfrage von der Meerengenfrage völlig abtrennt und sogar von vornherein auf die „Zarenstadt" und „die Heilige Sophia" verzichtet, nur „nach der Dienstvorschrift" daran glauben, daß der Besitz der Meerengen etwas Leichteres ist als der Besitz Konstantinopels.

Der erste Teil der Denkschrift von A. Nemitz „Die politischen Ziele des jetzigen Krieges" beweist überzeugend die Bereitwilligkeit des Verfassers, seinen Platz in der Reihe „der besten Staatsmänner Rußlands" einzunehmen, welche Rußland die Aufgabe gestellt haben,

---

[1]) Fürst Eugen Trubetzkoj, „Die nationale Frage", Moskau 1915. — Unterstreichungen im Original.

„festen Fuß am Bosporus und den Dardanellen zu fassen". Jedoch hinter dieser Bereitschaft und der offiziellen Unterwürfigkeit unter „das Gebot der Vorsehung" erscheint schon deutlich (die Denkschrift von A. Nemitz ist vom 1./14. Dezember 1914 datiert) das Bewußtsein der politischen Unvermeidlichkeit, daß man für die Sünden „der besten Staatsmänner" wird büßen müssen, der Versuch, sich von dem Gericht des Volkes loszukaufen:

„Wir müssen aus dem Kriege ein Resultat mitbringen, das in jedem russischen Herzen ein lautes Echo findet und dabei für das Vaterland tatsächlich wichtig ist, sonst wird dieser ungeheuerliche Krieg im Innern Rußlands nicht den Zusammenschluß, sondern die Zwietracht hervorrufen."

Die Wichtigkeit der voraussichtlichen Kriegsbeute mußte man auch anderen Orts und vor einer anderen Zuhörerschaft erklären; hier genügte es nicht das eigene Verständnis auszudrücken, sondern es war notwendig, auch die Bedingungen für die Eroberung dieser Beute zu nennen. Diese Aufgabe war, wie wir wissen, viel weniger dankbar als die Erwägungen über „die Perle aus dem Evangelium": „Die für die Operationen gegen Konstantinopel notwendigen Streitkräfte werden unzweifelhaft nicht früher zur Verfügung gestellt werden, bevor nicht die Kraft des deutschen Heeres auf dem Hauptkriegsschauplatz endgültig gebrochen ist." „Nachdem wir unsere strategischen Operationen auf dem Hauptkriegsschauplatz bis zu diesem Punkt (gemeint ist die entscheidende Zertrümmerung Deutschlands, Ad.) durchgeführt haben, können wir dazu übergehen, die Offensivoperationen gegen Konstantinopel zu beginnen, richtiger gesagt, einen ganzen Feldzug." Wird es aber dann nicht zu spät sein, an dieses Werk heranzugehen? Dieser Gedanke taucht beim Verfasser auf, aber er erledigt ihn mit uns bekannter Leichtigkeit, indem er bequeme hypothetische Auswege aus schweren Situationen findet: „Man muß annehmen, daß vom Präliminarfrieden mit Deutschland bis zum allgemeinen europäischen Friedensschluß Monate vergehen werden — und so werden wir Zeit haben, die Konstantinopel-Operation genug zu entwickeln, bevor noch der europäische Kongreß den großen europäischen Krieg endgültig liquidiert haben wird..." Zweifellos kommt Neratow an der Stelle seiner Denkschrift der Wahrheit unvergleichlich näher, wo es heißt, daß „Frankreich und England, vom langen Krieg ermüdet, bestrebt sein werden, Frieden zu schließen, sobald ihre eigenen Aspirationen im Kriege mit Deutschland gesichert sind, und werden sich so der Fortsetzung des Krieges mit der Türkei gegenüber gleichgültig verhalten können". (Aber auch in dieser „Gleichgültigkeit" würden sie natürlich nicht lange bleiben.)

Man muß feststellen, daß kein militärischer Kenner dieser Frage, der über die mannigfachste Bedeutung der Meerengen diskutierte, daran dachte und sich auch zu dieser Zeit mit einem Worte darüber

äußerte, welche Bedeutung die Meerengen für die Fortsetzung des Krieges besäßen, und ob die Möglichkeit eines Versuches der Alliierten bestände, die Meerengen mit Waffengewalt zu öffnen. Aber unser Verfasser glaubt ja am 1./14. Dezember 1914, daß „die Kampfanstrengungen, die Deutschland (d. h. das ganze Land) macht, bereits ihre Grenze erreicht haben". Ihm scheint es, daß die „geniale" Strategie der Verbündeten und die „talentlose" Strategie Deutschlands es zur Kräfteverzettelung der Gegner gebracht haben, trotzdem er selbst erklärt, daß Deutschland sich nur deshalb hält, weil es in den Gebieten seiner Gegner Krieg führt.

Dafür erfahren wir aufs neue, daß die Konstantinopel-Operation „in Friedenszeiten nicht von uns vorbereitet wurde", und es uns erst noch bevorsteht, uns mit dieser Vorbereitung zu beschäftigen. Welche Zeit steht aber den russischen Kommandostellen für diese Vorbereitung zur Verfügung? „Der Krieg mit Deutschland wird sich kaum länger als zwei Jahre hinziehen" und „kaum weniger als 4 bis 6 Monate", und da die Vorbereitung der Operation einge Monate erfordern wird, ist es notwendig, sie sofort in Angriff zu nehmen.

Man muß nur zuvor feststellen, in welcher konkreten Form und welchem Rahmen es erforderlich ist, die Herrschaft Rußlands „in Konstantinopel, am Bosporus, an den Dardanellen und in den anderen anschließenden Gebieten" aufzurichten.

„Rußland muß an den Meerengen eine solche militärische Position erlangen, dank der der Seeweg aus dem Mittelmeer ins Schwarze Meer unter der sicheren Bewachung der russischen Flotte und einer russischen Festung steht." Es ist unmöglich, die Stadt Konstantinopel in eine solche Festung umzuwandeln, und deshalb ist die Konstantinopel-Frage als solche von der Meerengenfrage nicht zu trennen. „Sehr große, weltbedeutende Interessen konzentrieren sich seit ältesten Zeiten in Konstantinopel und erlebten dort sehr komplizierte Formen." Konstantinopel kann „unter keinen Umständen die Stadt irgendeiner einzelnen Nationalität werden". Eins von beiden muß geschehen: „entweder wird diese Macht (die Konstantinopel erobert hat) keinen Gegensatz und keinen Zusammenstoß mit den Weltkräften erleben, aber dann wird sie ebenso fiktiv sein wie die Macht des türkischen Sultans in Konstantinopel, oder aber sie wird mit allen diesen Kräften oder einigen derselben kämpfen, aber dann wird der Staat, den sie vertritt, sehr schnell in schwere, hitzige und langwierige Konflikte mit einer (sic) europäischen Großmacht geraten und zuletzt gezwungen sein, sich dem Willen der europäischen Koalition zu beugen, oder durch Waffengewalt gezwungen werden, sich von der Konstantinopeler ‚Weltposition' zurückzuziehen, genau so, wie vor unseren Augen die Türkei dazu gezwungen wird. Es ist offenbar, daß der denkende russische Patriot seinem Vaterlande weder eine fiktive Herrschaft in Konstantinopel noch einen Konflikt mit Europa wünschen kann und

daß er also über die Form der Verwirklichung der russischen Herrschaft in dieser Stadt gründlich nachdenken muß, einer Stadt, die wir gar nicht brauchen, weil sie uns keinen realen Nutzen bringt, sondern uns nur mit größten politischen Verwicklungen droht."

Ebenso brauchen wir nicht den Besitz der thrakischen und kleinasiatischen Küste des Marmarameeres, deren Besitz „uns nur politische Reibungen und Störungen unserer slawisch-balkanischen Beziehungen und unnütze Kriegsausgaben bringt".

Hier fällt in den Ausführungen des Verfassers wenigstens eins und zwar das wichtigste logische Glied völlig aus: Alle Reibungen und Zusammenstöße wegen Konstantinopel und der Küsten des Marmarameeres sind nur durch ihre Lage an den Meerengen bedingt; daraus ergibt sich, daß die Eroberung der Meerengen alle diese Reibungen und Zusammenstöße hervorrufen muß. Wenn man logisch urteilt, muß man zur Schlußfolgerung gelangen, daß im Falle einer tatsächlichen Eroberung der Meerengen durch Rußland seine Konkurrenten es entweder zwingen würden von dieser Weltposition zurückzutreten, oder aber sie wären im Falle eines Mißerfolges selbst von den Zugaben zu dieser Position zurückgetreten, die ohne sie gar keinen Wert besaßen, außer wiederum der Bedeutung von Stützpunkten für die Zurückdrängung des Besitzers der Meerengen von ihrem Besitz, d. h. für die Fortsetzung des Kampfes um ihren Besitz. Deshalb sind alle diese politischen Betrachtungen absolut nicht überzeugend, sie sind inhaltslos; es kann nur davon die Rede sein, ob es nützlich oder vom strategischen Standpunkte aus nutzlos ist, die Besitzergreifung der Meerengen auch auf die Stadt Konstantinopel und die Ufer des Marmarameeres auszudehnen. Trotzdem ist die trügerische Vorsicht des Verfassers der Denkschrift nicht minder lehrreich als die energische und konsequente Bestrebung, sowohl am Goldenen Horn als auch am Marmarameere, auf der Insel Lemnos und sogar in Smyrna „festen Fuß zu fassen". Diese Vorsicht ist von der unverhohlenen Angst vor den unausbleiblichen Folgen der Lösung der „historischen Aufgaben" hervorgerufen. Es ist ein kindliches Verlangen, eine Rose ohne Dornen zu erhalten, wenigstens in der Einbildung, den schicksalsschweren Folgen der Verwirklichung der Bestrebungen „der besten Staatsmänner" zu entschlüpfen, es ist eine wahre Vogelstraußpolitik. Miljukow wollte die Verbündeten überzeugen, daß Konstantinopel und die Meerengen ein Ende, kein Anfang wären. Nemitz hofft es nicht; er zweifelt nicht an der Unausbleiblichkeit der Zusammenstöße „vor allem mit unseren Verbündeten" und natürlich nicht mit „Deutschland", wie sich Eugen Trubetzkoj überschrie, aber er versucht sich selbst und seine Vorgesetzten durch die phantastische Vorstellung zu betrügen, daß man den rettenden „Punkt" n a c h den Meerengen, aber v o r Konstantinopel setzen kann.

Ebenso charakteristisch ist seine Betrachtung über die Insel Lem-

nos. Er meint, daß man das Griechenland gegebene Versprechen, ihm Lemnos zu überlassen, nicht zurücknehmen kann, da es wiederum „Reibungen“ ergeben wird, deshalb schlägt er vor, den Punkt schon vor Lemnos zu setzen, aber gleichzeitig findet er eine strategische Garantie in einem sehr originellen (um sich nicht anders auszudrücken) Projekt: Griechenland des Rechtes zu berauben, dort eine Kriegsflotte, Befestigungen und eine Basis zu halten, während Rußland vorbehalten bleibt, in „einer beliebigen Bucht einen eigenen Kriegshafen“ zu errichten. Das Fragezeichen an dieser Stelle hat der Verfasser mit Recht verdient.

Indem Basili einem Fremdwort ausweicht, sagt er klar: Es ist ein imperialistisches Programm, das Programm des russischen Imperialismus, — beliebt die Annahme? Im entsprechenden Falle muß man es mit allen Ausgaben, Reibungen und Zusammenstößen annehmen, ohne auf halbem Wege stehen zu bleiben, in der alleinigen Berechnung, daß die Flotte der Macht „ersten Ranges“, die sich diesem Programm entgegenstellen will, an einer anderen Stelle beschäftigt sein wird.

Aber Nemitz hat als Seemann offenbar schwachen Glauben an einen günstigen Ausgang solcher Wandlungen der alliierten Beziehungen; wie unsere Diplomaten die Lösung ihrer Aufgaben oft in Phantastereien militärischer Art suchten, rettet er sich vor den ihm dienstlich bekannten Tatsachen in das Reich politischer Phantastereien.

Indem er für Rußland das Monopolrecht einer Seebasis auf der neutralisierten griechischen Insel Lemnos ausbedingt, verzichtet er auf die asiatische Küste des Marmarameeres und der Dardanellen mit doppelter Begründung: Erstens, „die Alliierten bieten sie uns gar nicht an“ (hier steht wieder ein sehr vernünftiges Fragezeichen nach den mit Bleistift unterstrichenen Worten), zweitens, „brauchen wir diesen Gebietsstreifen nicht“, zu seiner Verteidigung ist entweder eine Reihe von Festungen oder eine große Armee notwendig. Diesen Gebietsstreifen überläßt der Verfasser großzügig der Türkei, aber er beraubt sie des Rechts, dort Kriegsbauten „in Friedenszeiten“ zu errichten. Wie werden denn die Türken in Kriegszeiten diese asiatische Küste (besonders die Dardanellen) gegen den Übergang „in dritte und freie Hände“ verteidigen? . . .

Offenbar werden die Russen sie auf jeden Fall verteidigen müssen, die weder Festungen noch eine Armee haben werden, ohne die der Verfasser die Verteidigung für unmöglich hält.

Die Frage der europäischen Küste des Marmarameeres löst der Verfasser in derselben Weise wie die Lemnosfrage. Wenn die „großen Alliierten“ auch Rußland die Marmaraküste überlassen sollten, so wird „Rußland sie selbst Bulgarien geben“, wie es Griechenland Lemnos überläßt. So beabsichtigt der Verfasser die Sympathien Bulgariens und Griechenlands zu erobern; indem er aber, ohne sich dessen bewußt zu sein, beweist, daß beide diese Geschenke unter seinen Be-

dingungen nicht benötigen, da er vollständig unüberzeugend erklärt, daß sie für die Verteidigung des Seehandelsweges aus dem Schwarzen Meere ins Mittelmeer nicht nötig sind, und indem er das phantastische Projekt einer Ersparnis von Geldmitteln erdichtet sowie einer Versöhnung aller Interessen und des gesicherten Monopolbesitzes dieses Weges.

Dann kommt die Lösung der Frage der Stadt Konstantinopel; dabei stellt sich heraus, daß das Mittel zur Umgehung aller mit ihrem Besitz verbundenen Schwierigkeiten darin besteht, nicht einen Gouverneur, sondern einen Statthalter („Konsul?“..) dort einzusetzen, indem man die Stadt zu einer „freien“ Stadt erklärt, und dabei Europa daselbst die Organisation einer städtischen Selbstverwaltung und schließlich die herrschenden Punkte in der Stadt selbst sowie an der Küste dem „vollständigen Besitz Rußlands“ überlassen werden. . . . Der politische Wert dieses Projekts ist ohne jede Erläuterung klar; was den strategischen Gedanken des Verfassers betrifft, so ist es nicht verwunderlich, daß er nirgends Anhänger gefunden hat: weder in Rußland, noch bei seinen „großen“ Verbündeten, die für sich selbst die Benutzung dieses Seeweges sicherten.

Dem Ausflug des Chefs des zweiten operativen Teiles des Generalstabs der Marine in das Gebiet der hohen Politik folgt der Versuch der Lösung des strategischen Problems der Eroberung der Meerengen seitens des stellvertretenden Ministers für auswärtige Angelegenheiten A. Neratow.

Neratow zweifelte, Konstantinopel auf dem Seewege zu erobern und verfiel auf einen neuen Gedanken, auf die Idee eines Landfeldzuges durch Rumänien. Er läßt die Frage völlig offen, was nach dem Durchzug der russischen Truppen durch Rumänien eintritt, er begnügt sich vielmehr jene Bedingungen zu nennen, unter denen Rumänien sich bereit erklären würde, diesen Truppen den Durchgang zu gewähren. Er beabsichtigt nebenbei Bulgarien die Dobrudscha und einen Teil Mazedoniens (auf Kosten des unnachgiebigen Serbiens) anzubieten.

Bekanntlich stellte sich heraus, daß ein Geschäft mit Bulgarien nicht zu machen war; Rußland mußte Truppen nach Rumänien schicken, nicht um Konstantinopel zu erobern, sondern um Rumänien selbst zu verteidigen, — eine Aufgabe, die, wie sich herausstellte, weder Zeit noch Platz für die praktische Ausführung der Durchmarschpläne der russischen Truppen auf dem alten Wege nach Konstantinopel ließ.

In dieser Zeit aber hatten, wie Neratow bemerkt, Frankreich und England schon ihre Bereitschaft erklärt, den Wünschen Rußlands entgegenzukommen. Als jedoch die Dardanellenoperation begann, steigerte sich die Unruhe in den höchsten Regierungskreisen Rußlands bis zur Maximalgrenze: Die Perspektive eines Erfolges dieser Operation

wurde hier als größte Gefahr betrachtet. Man befürchtete die Besetzung der Meerengen durch die Alliierten ohne die Beteiligung der russischen Truppen viel mehr als einen Mißerfolg dieser Operation: „Die Eroberung der Meerengen ohne uns wäre geradezu verderblich," telegraphiert der Gesandte in Serbien Fürst Trubetzkoj, ein „Meerengenspezialist", an Sasonow — „in diesem Falle wäre Konstantinopel in Zukunft das Grab unseres jetzigen Bündnisses". Selbst schon „die Beteiligung (der Alliierten) gemeinsam mit uns an dieser Aktion ist bedauerlich, denn sie schafft für sie Rechte, die uns bei der endgültigen Entscheidung der Frage gefährlich sind." Ohne Umschweife erklärt dieser Diplomat, es wäre vorzuziehen, bei der früheren Lage zu bleiben, d. h. lieber eine „schwache Türkei als die Beteiligung unserer Alliierten zur Kontrolle über die Dardanellen zuzulassen." Ihre Neutralisierung ist „der Anfang vom Ende" der Bundesbeziehungen zwischen Rußland und England mit Frankreich, und die am wenigsten schlechte Lösung, wenn die Verwirklichung des Maximalprogramms (d. h. volle und ausschließliche Anschließung der Gebiete der Meerengen an Rußland) unmöglich ist, wäre „die Belassung der Meerengen bei der Türkei unter der Bedingung der Errichtung unserer Marinekontrollen in den Meerengen „und mit der Versetzung der Türkei . . . in die Lage von Buchara . . ."

Hier können wir eine uns wohl bekannte Erscheinung beobachten, wenn sie auch vom Standpunkte der allgemein menschlichen Logik unfaßbar ist: Die Türkei, die zur Position von Buchara degradiert ist, wird dem Maximalprogramm des russischen Imperialismus gegenübergestellt als etwas, was für dieselben Alliierten völlig annehmbar ist, die damit drohen, Konstantinopel zum Grabe ihres Bündnisses mit Rußland zu machen. Trubetzkoj spricht die Überzeugung aus, daß eine solche Kombination „die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen der Alliierten sichern würde, ohne wahrscheinlich auf unüberwindliche Schwierigkeiten ihrer öffentlichen Meinung zu stoßen", er schlägt sogar vor, sofort einen erschöpfenden Meinungsaustausch in dieser Richtung zu gewinnen, um „die gefährlichsten Verwicklungen in nächster Zukunft zu verhindern [1])".

In seinem Briefe an Sasonow vom 24. Februar (9. März) 1915 charakterisiert derselbe Diplomat eindrucksvoll die aussichtslose Lage, aus der der traumvolle Gedanke des innerlich kraftlosen und seine Kraftlosigkeit erkennenden russischen Imperialismus einen Ausweg in den Versuchen sucht, auf dem Papier die unversöhnlichen Gegensätze zu versöhnen und das Unmögliche möglich zu machen. Er sieht voraus, daß „ganz Rußland Rechenschaft fordern würde, wofür das Blut unserer Nächsten vergossen wird", und wegen dieser Rechenschaft ist in Zukunft, seiner Meinung nach, die tatsächliche und voll-

[1]) Telegramm Trubetzkojs an Sasonow vom 13./26. Februar 1915.

ständige Eroberung der Meerengen notwendig, und zwar vorläufig die Gewißheit der Erreichung dieser Eroberung; diese Gewißheit wird aber weder in den „ausweichenden" Erklärungen Greys noch in den Betrachtungen der englischen und französischen Presse „über die Gleichheit der Interessen und Rechte der großen und kleinen Mächte in den Meerengen" gegeben[1]).

Es handelt sich nicht darum, daß dieser Diplomat „in Dienst getreten ist, und die ganze Zeit über mit dem einen einzigen Gedanken gedient hat, daß die Meerengen uns gehören müssen", mit welchen stolzen Gefühlen es ihn auch zu erfüllen vermag, sondern es handelt sich darum, daß der Augenblick gekommen ist, in dem Alle, die der Zarenmacht gedient haben, gezwungen waren, sich an diesen Gedanken zu klammern als an das einzige Mittel, vor „ganz Rußland" für das vergossene und zu vergießende Blut Rechenschaft abzulegen. In dem Telegramm des Stockholmer Gesandten Nekludow vom 3./16. September 1915 klingt dieselbe Note panikartig an: „Nach den ungeheuren Opfern des jetzigen Krieges werden nicht nur unsere gebildeten Schichten, sondern auch das ganze russische Volk eine große Belohnung erwarten. Als eine greifbare und jedem verständliche Belohnung kann nur der Besitz Konstantinopels und der Meerengen erscheinen". Nekludow spricht das, was an sich ganz klar ist, nicht bis zum Ende aus: Wenn nicht Konstantinopel und die Meerengen, so ist die „Rechenschaftsforderung" und die große „Belohnung" zu Hause unvermeidlich. Um dies zu vermeiden, ist es vor allem notwendig, auf den Kompromißfrieden mit der Türkei zu verzichten, wenn er auch „die Kriegsopfer" vermindert haben würde. Konstantinopel und die Meerengen sind bereits eine Frage über Leben oder Tod für die, die gezwungen werden, „Rechenschaft abzulegen". Sasonow war gezwungen, nicht nur Nekludow und Trubetzkoj zu beruhigen, sondern auch alle „besten Männer", außerdem auch noch sich selbst.

Anhänger eines Separatfriedens mit der Türkei war General Alexejew[2]), der der Meinung war, man müsse notwendig soweit

---

[1]) Ein interessantes Dokument, das dem Außenminister von der Kriegszensur geliefert wurde, befindet sich in den Akten des Außenministeriums unter der Bezeichnung: „Ein Auszug aus dem Briefe des Fürsten E. Trubetzkoj, Moskau, vom 18. März 1915 an Pawel Nikolajewitsch Miljukow nach Petrograd, Bassejnaja 60": „Werden Sie sich vielleicht einverstanden erklären, an der politischen Versammlung unserer Gesellschaft in Moskau teilzunehmen? Um den überparteiischen Charakter der Kundgebung zu wahren, denken wir irgend jemandem von den anständigen Rechten einzuladen (z. B. Grafen D. Olsufjew). Zum Schluß ist an eine Resolution gedacht, die kategorisch den Anschluß der Meerengen an Rußland fordert. Es scheint, als ob eine solche Versammlung jetzt wünschenswert wäre, da bestimmte Forderungen der öffentlichen Meinung auch für die Regierung notwendig sind, die gezwungen ist, sich bei den Unterhandlungen mit den Verbündeten auf sie zu stützen."

[2]) Brief Kudaschews vom 10./23. September 1915.

kommen, um die Kaukasusarmee gegen Deutschland werfen zu können, denn alle Bemühungen, alle Verstärkungen Deutschlands „richten sich gegen uns, auf uns lastet schon 5 Monate lang die ganze Schwere des Krieges". Dies Gewicht wird sowohl infolge der französischen als auch der italienischen Art der Kriegsführung auf die Schultern Rußlands gewälzt. Unter solchen Bedingungen kann man beliebige Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen schließen, aber die Kriegslage gibt keinen Grund zum Glauben an ihre Verwirklichung, und „die Skepsis Alexejews an der Möglichkeit der Eroberung Konstantinopels durch uns" wird von Kudaschew ganz unwiderleglich fixiert.

Diese wichtigste Seite der Frage wird auch aus den Briefen des Fürsten Kudaschew klar, die wir im II. Bande dieser Ausgabe bringen, da sie sich auf die Kriegsaktionen unmittelbar beziehen. Aus diesen Briefen erfahren wir, daß am 10. Januar 1915 der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch (schriftlich und mündlich) dem General Williams, der im Großen Hauptquatier zwecks Verhandlungen über die gemeinsame Durchführung des englischen Planes der Dardanellenoperation eingetroffen war, erklärte, daß „wir froh wären, wenn wir der alliierten Flotte Unterstützung leihen könnten, aber wir können diese Unterstützung weder mit der Flotte noch mit den Landestruppen versprechen". Danilow sprach sich ausführlicher und bestimmter aus: „Die Lage im Kaukasus ist vorzüglich, aber nicht befestigt"; ... „1½ bis 2 Monaten wird unsere Kaukasusarmee[1]) in derselben kritischen Lage sein, in der sie vor unseren Siegen war"; man muß „der Katastrophe im Kaukasus zuvorkommen".

General Danilow „glaubte auf keinen Fall" an den Erfolg des englischen Unternehmens. Als der Großfürst von einem Landungsminimum von zwei Armeekorps sprach, mußte er nur „lächeln". Er ist sicher, daß „keine Landungsarmee, die die Engländer senden könnten, in der Lage wäre, die türkische Armee zu besiegen, die ohne Kampf die Hauptstadt nicht ausliefern wird". Deshalb teilt er die Besorgnisse nicht, die Sasonow ausgesprochen hatte, die Beute werde in anderen Händen verschwinden. Endlich „erklärte er in der eindringlichsten Weise: Die Eroberung des Bosporus wird einen besonderen Krieg erfordern; ob Rußland imstande sein wird, diesen besonderen Krieg zu führen, und ob es wollen wird, bezweifelt er sehr[2])". Derselbe Kudaschew schreibt an Sasonow aus dem Großen Hauptquartier am 1. Februar 1915, und zwar in dem Augenblick, als

---

[1]) Infolge der Zusammenziehung türkischer Verstärkungen, die früher zum Kampf gegen die Engländer in Mesopotamien bestimmt waren.

[2]) Brief des Fürsten Kudaschew, Chef der diplomatischen Kanzlei beim Stabe des Oberbefehlshabers an Sasonow vom 12./25. Januar 1915.

„wir in Ostpreußen alles hingeworfen hatten und hastig flüchteten", und dem Verfasser des Briefes unverständlich war, „weshalb diese ganze Geschicte angezettelt wurde", — daß der Zar „nur eine Lösung dieser Frage (der Meerengen) anerkennt: den Anschluß der beiden Meerengen. . . . Aber er (dieses „Er" in dem Briefe Kudaschews bezieht sich gleichermaßen auf den Zaren und auf Januschkewitsch) irrt sich, wenn er meint, daß eine solche bedeutende Frage nur durch Gewalt allein entschieden werden kann. Gott gebe nur, daß diese Gewalt da ist".

Am 10. Februar teilt Kudaschew die Ergebnisse der Beratung Danilows und Nenjukows im Großen Hauptquatier mit und wiederholt: „Wir sind auch jetzt (nach der Havarie der „Göben") nicht imstande, am Bosporus irgendeine Landungsoperation vorzunehmen, sogar wenn dort unsere Flotte und die der Verbündeten erscheinen würde. Ich spreche natürlich nicht", fügte er hinzu, „von einem scheinbaren Einschiffen auf die Transportschiffe des Landsturms, die Admiral Eberhard projektiert." Sogar im Falle des Durchbruchs der Meerengen „wird Konstantinopel gewiß unter dem Feuer der drei Geschwader liegen, aber weder wir noch unsere Alliierten werden imstande sein, es zu erobern. Es wird ein Augenblick eintreten, wo man den unzweifelhaft großen moralischen Eindruck wird ausnützen müssen, den das Erscheinen der Kriegsschiffe der Alliierten vor den Mauern von Konstantinopel ausüben wird. Man wird schleunigst handeln müssen, bevor unsere Schwäche offenbar wird, daß wir die Bosporusufer und die Stadt nicht erobern können. Ich zweifle nicht daran, daß unsere Alliierten, eingedenk ihrer Versprechungen, uns an Ort und Stelle vorschlagen werden, unsere Absichten auf den Bosporus zu verwirklichen. Aber da wir es nicht tun können, und den Erfolg, der von England und Frankreich wahrscheinlich mit großen Opfern erreicht wird, man mit desto größerem Vorteil wird ausnützen können, je schneller die weiteren Aktionen vorgenommen werden, so wird die natürlichste Aspiration unserer Verbündeten der Friedensschluß mit der Türkei sein, mit dem Erwerb der entsprechenden wirtschaftlichen und anderen Vorteile, Vernichtung des deutschen Einflusses usw. Durch welche Opfer für die Türkei dieser Friede auch bedingt sein möge, es ist völlig klar, daß die Türken unter dem Druck der Flotte allein ihre Hauptstadt, die zahlreiche muselmanische Heiligtümer birgt, nie wird opfern wollen noch können. Auf diese Weise wird keine Lösung der Meerengenfrage ‚im Einklang mit unseren Interessen' (Anführungsstriche des Originals) erfolgen, eine solche Lösung, wie wir sie alle verstehen, denen die geschichtlichen Überlieferungen unseres Vaterlandes teuer sind. Mit dieser unerbittlichen Tatsache muß man nicht nur rechnen, sondern meiner tiefen Überzeugung nach muß man sich mit dieser Tatsache abfinden und all-

mählich auch unsere öffentliche Meinung auf sie vorbereiten. Nichts ist so gefährlich, wie die Augen vor der Wirklichkeit zu schließen und sich von unwirklichen Träumereien verführen zu lassen, wie teuer sie uns auch sein mögen. Die Eroberung Konstantinopels durch uns wird nicht nur jetzt, da so viele äußere Umstände sich für uns günstig zusammengefunden haben, sondern auch für lange Zeit ein Traum bleiben, da sie weder unserer moralischen noch unserer militärischen Kraft entspricht. Indem ich mich so bestimmt in der Frage äußere, in der mein Gefühl mit den Schlußfolgerungen des Verstandes auseinandergeht, dem man aber in der Politik immer den Vorzug gewähren muß, bitte ich Sie zu glauben, daß ich es keinesfalls unter dem schweren Eindruck der unvorteilhaften Nachrichten tue, die in der letzten Zeit vom Kriegsschauplatz eintreffen, sondern auf Grund einer sich bei mir fest gebildeten Überzeugung."

Jedoch mit den Schlußfolgerungen der Vernunft zu rechnen oder, einfacher gesagt, zu denken, oder gar die Schlußfolgerungen der Vernunft offen auszusprechen, weil sie den Absichten der vorgesetzten Behörde zuwiderliefen, war nicht leicht. Außerdem mußten die denkenden Menschen auch verstehen, daß der Verzicht auf den „Traum" bedeutete, offen vor Rußland zu bekennen, daß die ganze auswärtige Politik der Romanowmonarchie ein ungeheuerer Betrug war, diesen „Traum", der den inneren Bankerott und die vollständige Versklavung Rußlands unter die Interessen „der großen Verbündeten" verdeckt. Deshalb ist es verständlich, daß sich Kudaschew unmittelbar nach diesem Brief, bereits am nächsten Tag, beeilt, einen zweiten Brief zu senden, in dem er Sasonow mitteilte, daß General Danilow es plötzlich für möglich hielt, ein kaukasisches Armeekorps zum Bosporus „im Fall eines Erfolges des Durchbruches der Meerengen" zu schicken. „Wenn es sich so verhält, kann sich das Bild natürlich ändern, und die Schwierigkeit unserer Lage wird bis zur Zeit des Eintreffens des Geschwaders in Konstantinopel etwas vermindert." „Aber", setzt mit dem Mut eines Galilei der „denkende" Mensch fort, „sachlich wird an der Lösung der Meerengenfrage durch die Entsendung dieses Armeekorps nichts geändert, sie wird meine Überzeugung nicht erschüttern, daß wir weder geistig noch materiell auf die Eroberung der Meerengen vorbereitet sind. Wenn ich sage, ‚geistig' oder moralisch unvorbereitet, so verstehe ich darunter folgendes: Sich in Konstantinopel als eine Art Kreuzfahrer festzusetzen, um den Triumph der Orthodoxie zu verkünden, ist völlig undenkbar, bei unseren slawischen Sympathien und Strömungen, bei der Antipathie gegenüber den Griechen und auch der kaum genügenden moralischen Autorität unserer kirchlichen Hierarchie in den Augen der griechischen Kirchenwürdenträger. Die Rolle zu übernehmen, die England

in glänzender Weise in Ägypten durchgeführt hat, steht absolut nicht in unserer Kraft".

„Was würde geschehen, wenn wir dank Schicksalsfügung Konstantinopel, die Meerengen usw. erobern würden? ... — Unter anderem würden wir durch die Anwendung unserer veralteten Administrationsmethoden und besonders durch unsere Anschauungen gegenüber den fremdstämmigen Elementen die gesamte Ortsbevölkerung gegen uns aufbringen, außerdem auch noch Bulgarien und Griechenland, die bestimmte Ansichten über die Meerengen und besonders über Konstantinopel haben, ferner Rumänien, das wir auf unsere Bahn zu ziehen versuchen" . . .

Der Verfasser dieses Briefes äußerte hier nur einen kleinen Teil dessen, was er zur Begründung der sich bei ihm selbst entwickelten Skepsis sagen konnte. Wir erinnern daran, daß vor dem Kriege der einzige, soweit bekannt ist, russische Diplomat, der systematisch, aber völlig ergebnislos die Ansicht vertreten hat, daß der Gedanke einer Besitzergreifung Konstantinopels und der Meerengen eine äußerst gefährliche und hoffnungslose Illusion wäre, Baron von Rosen war. Seinen „Wunderlichkeiten" schenkte man keine Aufmerksamkeit bis zu der Zeit, da die politische Kriegsbilanz der Romanowmonarchie nicht vollkommen klar am Tage lag. Dann versuchte Nikolaus II. durch seinen „treuen Diener" (den Grafen Frederiks) Sasonow zu zwingen, die Argumente Rosens anzuhören, die auf den Verzicht des „siegreichen Endes" des Krieges (das nur für Frankreich und, nach der Meinung Rosens, keineswegs für Rußland notwendig war) hinausliefen und den Austritt Rußlands aus dem Kriege, nötigenfalls sogar im Gegensatz zum Willen seiner Alliierten, forderten. Es war die zweite Illusion, daß man das Schicksal der Monarchie und der Dynastie noch durch den allgemeinen oder einen Sonderfrieden retten könnte, eine Illusion, die Sasonow anscheinend nicht teilte, und der er seine Überzeugung gegenüber vertrat, die die alten Bürokraten in der Erzählung Rosens durch ihre Leichtfertigkeit und Ungereimtheit empörte, daß er (Sasonow) berufen sei, Rußland mit Konstantinopel, den Meerengen samt allen Küsten und Inseln, die auf der Karte vermerkt waren, die in seinem Arbeitszimmer hing, zu belohnen (um den undankbaren und kleinmütigen Kaiser zu erhöhen).

Das kaukasische Korps wurde tatsächlich nach Odessa verschoben, aber man mußte es bei dem Versuch, die Räumung Przemysls und Lembergs zu vermeiden, nicht an den Bosporus, sondern nach Lemberg werfen. Kudaschew macht am 1. Mai 1915 Sasonow Mitteilung von diesem Vorgang und tröstete ihn damit, daß andere Truppen nach Odessa kämen, „so daß das Landungskorps, das wir den Engländern versprochen haben, immer bereit war und bereit sein wird, wenn es notwendig ist".

Im September verzeichnet Kudaschew, wie wir gesehen haben, die „Skepsis" Alexejews, und im Oktober schreibt er: „Die Lage, wie sie sich durch den Entschluß Bulgariens, sich unseren Feinden anzuschließen, gestaltet hat, wird von General Alexejew so ernst angesehen, daß er mir kategorisch erklärte, wir würden sie nicht bestehen, wenn wir keinen Frieden mit der Türkei schlössen. Auf meine Bemerkung," setzt Kudaschew fort[1]), „daß ein solcher Friede, selbst wenn es gelingen sollte, ihn zu schließen (aber es bestehen fast unüberwindliche technische Schwierigkeiten), den Zusammenbruch aller unserer Hoffnungen auf die Lösung der schweren Konstantinopelfrage bedeuten würde, antwortete General Alexejew: ‚Was soll man denn machen? Der Notwendigkeit muß man sich fügen.'"

Wie wir sehen, wird jetzt die Frage von der ersten militärischen Autorität folgendermaßen gestellt: Entweder Verzicht aller Hoffnungen auf die Meerengen und Konstantinopel und Friede mit der Türkei, oder Verzicht der Hoffnungen auf Besserung der Kriegslage und eines günstigen Kriegsausganges für Rußland.

In dem weiteren Gespräch mit Alexejew erhielt Kudaschew folgende Erläuterungen:

Mit der Herstellung der Verbindung zwischen Deutschland und der Türkei (der Durchbruch durch Serbien) wird die Lage ganz hoffnungslos. „Wir sind schon jetzt nicht imstande, mit Deutschland fertig zu werden, — aber wie wird es erst werden, wenn sich seine Hilfsquellen vergrößern werden?" Anscheinend braucht Rußland auch neue Hilfsquellen und kann sie nur durch die Befreiung der Kaukasusarmee (bei den Verbündeten ihrer Landungsarmee auf Gallipoli) bekommen, wie durch die Öffnung des Seeweges durch die Meerengen für die Zufuhr der Kriegsmunition und für die Getreideausfuhr, d. h. für die Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage. Und nur dann wird sich eine Lage bilden, „dank der man vernünftigerweise mit einer Verwirklichung des Kriegszieles rechnen kann: der Vertreibung des Feindes aus unseren Gebieten und der Vernichtung der für unsere Existenz gefährlichen Kriegsmacht Deutschlands: Andere Ziele verfolgen, hieße Trugbildern nachjagen[2])".

Weiter schreibt Kudaschew, er hätte Alexejew gebeten, Sasonow persönlich mit dieser Auffassung der Kriegsziele bekannt zu machen, Alexejew, der einverstanden war, hätte ihn beauftragt, in diesem Sinne einen Brief zu entwerfen und ihn Alexejew zur Unterschrift vorzulegen. Aber dreimal fragte Kudaschew bei Alexejew an, ob er den ihm überreichten Briefentwurf gelesen habe, und erhielt ständig als Antwort die Ausrede, es fehle ihm an freier Zeit. Offenbar wurde dieser Brief unter demselben Vorwand weder unterschrieben noch abgesandt, und

---

[1]) Brief an Sasonow vom 8./21. Oktober 1915.
[2]) Die ausdrucksvollen Punkte stammen von Kudaschew.

nicht, wie man annehmen muß, wegen der „im Außenministerium herrschenden Stimmungen", die Kudaschew, wie er sagt, veranlaßten, selbst diese Frage nicht aufzuwerfen und Alexejew nur anzuhören. Man kann annehmen, daß Alexejew der Auffassung war, daß der Verzicht auf die „Trugbilder" wenn er zu einem Frieden mit der Türkei geführt haben würde, die Fortsetzung des Krieges mit Deutschland erschweren, ja sogar unmöglich machen würde. Daher auch sein heißer Wunsch, den Brief durch „eine mündliche Aussage mit Sasonow über alle diese Fragen" zu ersetzen. Kudaschew selbst, der „der im Ministerium herrschenden Stimmung nachgibt", schlägt ein Kompromiß zwischen der „Skepsis" des Großen Hauptquartiers und dem Optimismus des Ministeriums vor: Sollte der Durchbruch der Meerengen den Alliierten sogar gelingen, müßte man dennoch mit den Türken den Frieden auf Grundlage der Beibehaltung ihrer Hauptstadt, „aber unter irgendeiner (!) russisch-französisch-englischen Vormundschaft, die uns die freie Benutzung der Meerengen verbürgt", schließen. Unter der Garantie der freien Schiffahrt in den Meerengen könnte man England und sogar Rumänien (!) zu einer solchen Lösung der Frage heranziehen".

Aus den Dokumenten, die sich auf die Verhandlungen der Alliierten über die Veröffentlichung des Abkommens betreffs Konstantinopels beziehen, werden wir ersehen, welche Evolution England (d. h. seine Regierung und „öffentliche Meinung") in der „kranken Frage" der Erbschaft des „kranken Mannes" allein im Jahre 1915 durchgemacht hat. Die Zweifel und die „Skepsis", die Schwankungen und Versuche, die Kriegsziele zurückzustecken, wurden ihnen natürlich bekannt. Zur wichtigsten Aufgabe der englisch-französischen Diplomatie gehörte es, das russische „graue Viehchen" mit Hilfe der russischen „patriotischen Kreise" anzuspornen. Deshalb zog England, bevor jene Ansichten auftauchten, die durch die Briefe Kudaschew charakterisiert werden, und obwohl es bereits „den Wechsel auf Konstantinopel unterschrieben hatte", unter verschiedenen Vorwänden die Veröffentlichung dieses Abkommens hin. Als aber in den russischen regierenden Kreisen eine Stimme vernehmbar wurde, die von den Verbündeten als Neigung zum Sonderfrieden aufgefaßt wurde, begann England vielmehr energisch die Veröffentlichung dieses Abkommens zu betreiben und zwar um so energischer, je ausweichender die Haltung der Zarenregierung nach der Demission Sasonows wurde.

Wir befinden uns vorläufig an den Grenzsteinen dieser beiden Epochen. Im regierenden offiziellen Rußland herrscht noch die Einheit der Ansichten: Ein Riß ist eben jetzt und zwar völlig unbemerkt in dieser Einheit entstanden. Der Zar läßt eine andere Lösung der „kranken" Frage nicht zu, außer der radikalsten. Andererseits verlor der Gedanke Alexejews eines Separatfriedens mit der Türkei, der sich, wie wir aus der entsprechenden Dokumentengruppe ersehen werden,

auf das gewisse Auftreten türkischer regierungsoppositioneller Kreise stützte, die praktische Bedeutung, nachdem der Zusammenbruch des Dardanellen-Abenteuers offenbar wurde. Am 18./31. Oktober schrieb Kudaschew an Sasonow: „Von einem Sonderfrieden mit der Türkei hat Alexejew nicht mehr mit mir gesprochen. Ich glaube, daß er sich jetzt von der Unmöglichkeit eines solchen Friedens überzeugt hat."

Jedoch setzt die Eroberung Erserums plötzlich die Frage eines solchen Friedens wieder auf die Tagesordnung, und Alexejew lädt am 4./17. März 1916 Kudaschew ein, mit ihm darüber zu sprechen, wie dieser unerwartete Erfolg auszunutzen ist, und beauftragt ihn dann, Sasonow folgende Betrachtungen zu dieser Frage zu übermitteln:

„Welches auch unsere Hoffnungen und Berechnungen inbetreff der Ausnützung des Eintrittes der Türkei in den Krieg waren, und wie wir uns auch beim Friedensschluß auf ihre Kosten entschädigen wollten, müssen wir jetzt anerkennen, daß diese Berechnungen sich nicht erfüllt haben und kaum im Laufe dieses Krieges erfüllt werden können. Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird für uns irgendein neues besonderes Unternehmen nach seiner Beendigung. Die Eroberung der Meerengen wird unzweifelhaft ein solches neues besonderes[1]) Unternehmen sein. In dieser Frage stimmen die Meinungen der Generäle Danilow und Alexejew völlig überein... Für uns ist es wichtig, das Hauptziel zu erreichen, und das Hauptziel des Krieges muß der Sieg über den Hauptfeind sein, von dem die Wiederherstellung unserer Staatsgrenze, die Rückgabe der besetzten Gebiete abhängt. Unser Hauptgegner ist Deutschland, und da es für uns zweifellos unvergleichlich wichtiger ist z. B. Kurland zurückzugewinnen, als die Meerengen zu erhalten, ist die volle Besiegung Deutschlands die Hauptsache. Diese Aufgabe ist so schwierig, daß zu ihrer Durchführung alle Anstrengungen und alle Opfer gebracht werden müssen. Eins der Opfer muß der Verzicht auf einige unserer Hoffnungen sein. Was kann uns ein Sonderfrieden mit der Türkei geben? Wir könnten ihr einen solchen ohne Verletzung unserer realen Interessen (und nur bei zeitweiliger Vertagung der Eroberung der Meerengen) auf der Grundlage eines status quo ante bellum vorschlagen, mit der Wiederherstellung der Kapitulationen und aller unserer übrigen vertraglich festgelegten Rechte. Dabei wird man die Entfernung der Deutschen fordern müssen und dafür der Türkei versprechen, sie im Falle deutscher Repressalien vor Deutschland zu schützen."

Der Friede mit der Türkei würde für den Kampf mit Deutschland die siegreiche kaukasische Armee und die englischen Truppen in Ägypten freimachen. Er „wird die Lage auf dem Balkan völlig zu

---

[1]) Unterstrichen im Original, die vorhergehenden von den Herausgebern.

unseren Gunsten verändern und uns in Fühlung mit unsern Verbündeten bringen . . . Mit einem Worte: die günstigen Folgen eines Friedens mit der Türkei sind unzählbar . . . Gewiß, sowohl wir als auch sie werden einige schöne Träume opfern müssen . . . Aber keiner hindert uns daran, diese Träume in Zukunft und für die Zukunft weiter zu hegen . . . Erreichen wir durch den Sieg über Deutschland eine ähnliche Stellung, wie wir sie nach den napoleonischen Kriegen hatten, warum sollten sich in der Folge nicht die berühmten Verträge, Verträge von Adrianopel, Hunkiar-Skelessi wiederholen, die, wie man hoffen muß, so geschlossen werden, daß sie uns nicht mehr in Konflikte mit den Westmächten bringen, jedoch die wirklichen Bedürfnisse Rußlands vernünftig befriedigen . . ."

Hier gibt Kudaschew zu, daß er „die Gedanken des Generals Alexejew etwas mit seinen eigenen verflochten hat" und fügt hinzu: „Obwohl General Alexejew mit Nachdruck erklärt, daß er keinesfalls als Anwalt und Urheber des Gedankens eines Friedens mit der Türkei auftreten möchte, bin ich in der Tiefe meiner Seele überzeugt, daß er einen solchen Frieden in unserm Interesse am günstigsten betrachtet". Natürlich teilen Alexejew wie Kudaschew, vollkommen „die Gefühle hinsichtlich Konstantinopels, die alle Russen beseelen", wie den Glauben an die „historischen Aufgaben Rußlands" (K. selbst setzt diese Worte in Anführungsstriche) aber sie „unterwerfen das Gefühl den Schlußfolgerungen des Verstandes", da man doch unmöglich „Rußland von der deutschen Hegemonie erretten, die baltische Küste und die russischen Gebiete zurückerobern und gleichzeitig Konstantinopel gewinnen" kann . . .

Dann verläßt Fürst Kudaschew die Bühne, und macht dem geschmeidigeren und „taktischeren" N. Basili[1]) Platz. Alexejew folgt seinem weisen Wunsch und tritt nicht als Initiator eines Gedankens des Friedens mit der Türkei auf. Die gleichzeitige Errettung von der deutschen Vorherrschaft, die Rückeroberung der baltischen Küste und der Westgebiete, wie „die Erwerbung Konstantinopels" werden fortgesetzt.

7. *Unterhandlungen zwischen Rußland, Frankreich und England*

1. Die englische Anerkennung der Aspirationen der Zarenregierung auf Konstantinopel und die Meerengen.

Wenn man der flinken Feder Paléologues glauben darf, war man schon Mitte August in London und Paris voller Unruhe infolge der

[1]) Ihm folgt der Spezialist der „schweren" Frage Fürst G. Trubetzkoj.

Gerüchte, Rußland beabsichtige Kriegsaktionen gegen die Türkei. Deshalb bestand Paléologue, wie er schreibt, darauf, daß selbst im Falle unseres Sieges Rußland keine territorialen oder politischen Ansprüche auf die Türkei anmelde. „Sie begreifen doch die Wichtigkeit, die ich meiner Frage beimesse; es ist Ihnen ja tatsächlich bekannt, daß die unbedingte Unabhängigkeit der Türkei zu den leitenden Grundsätzen der französischen Diplomatie gehört," worauf Sasonow, wie ein Schüler, der die Worte des Lehrers wiederholt, antwortete:

„Selbst wenn wir siegen werden, werden wir die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Türkei achten, — sie soll nur neutral bleiben. Wir werden", fügte er jedoch hinzu, „als Äußerstes die Errichtung eines neuen Meerengenregimes fordern, das für alle Küstenstaaten des Schwarzen Meeres, für Rußland, die Türkei, Bulgarien und Rumänien gleich sein soll." —

Anläßlich des Manifestes zu Beginn des Krieges mit der Türkei vom 2. November wandte sich Paléologue an Sasonow mit dem Ersuchen um Erklärung der Worte von der Öffnung „des Weges zur Lösung der historischen Aufgaben an den Ufern des Schwarzen Meeres". Sasonow erklärte:

„Wir müssen feste Garantien am Bosporus erhalten. Was Konstantinopel betrifft, so wünschte ich persönlich keine Vertreibung der Türken. Ich würde mich begnügen, ihnen die alte byzanthinische Stadt zu überlassen. Aber nicht mehr [1])."

Schließlich lud Nikolaus II. am 21. November Paléologue nach Zarskoje zu einer inoffiziellen Aussprache über die Friedensbedingungen ein, natürlich eines siegreichen Friedens. Nachdem der Zar im voraus sein Einverständnis mit den Forderungen Frankreichs und Englands ausgesprochen hatte, definierte er in folgender Weise sein eigenes Programm: Anschluß Ostpreußens (bis zur Weichselmündung, aber vielleicht auch in kleinerem Ausmaße), Vereinigung von Posen und einem Teile Schlesiens mit dem „autonomen" Polen, Anschluß Galiziens und der Nordbukowina (bis zu den Karpathen) und Armeniens (bedingt, „auf besondere Bitte der Armenier") und schließlich „freie Durchfahrt durch die Meerengen". Die Türken müssen aus Europa vertrieben werden, Konstantinopel muß in eine neutralisierte Stadt, unter internationaler Verwaltung, verwandelt werden, die Linie Enos—Midia wird die Grenze zwischen Bulgarien und Rußland bilden [2]).

---

[1]) M. Paléologue, „Am Zarenhof während des Weltkrieges" I. S. 79, 172.

[2]) Unsere Dokumente bestätigen, wie der Leser sich überzeugen wird, die Richtigkeit der Aufzeichnung dieses Gespräches, einschließlich des tollen Gedankens der Wiederherstellung des „kleinen" Königreichs Hannover. Vgl. Paléologue a. a. O. I. S. 187 f.

Jedoch erklärte Sasonow am 1. März 1915, indem er sich auf Buchanan und Paléologue „als Zeugen" der Aufregung „berief", die „in allen Schichten des russischen Volkes" die Konstantinopelfrage hervorgerufen habe, unter dem Eindruck der Dardanellenexpedition:

„Einige Wochen zuvor konnte ich noch denken, daß die Öffnung der Meerengen die endgültige Besetzung von Konstantinopel nicht unvermeidlich zur Voraussetzung haben würde. Jetzt muß ich feststellen, daß das ganze Land diese radikale Entscheidung gefordert ... Bis jetzt begnügte sich Sir Edward Grey mit der Erklärung, daß die Meerengenfrage im Einklang mit den Wünschen Rußlands entschieden werden müsse. Die Zeit ist gekommen, wo man klarer sprechen muß ... England und Frankreich müssen laut erklären, daß sie bei Friedensschluß mit dem Anschluß Konstantinopels an Rußland einverstanden sind."

Am 3. März, beim Empfang des Generals Pau, äußerte sich auch der Zar „mit ernstem Ausdruck" Paléologue gegenüber:

„Ich würde mir nicht das Recht zuerkennen, meinem Volke die furchtbaren Opfer des jetzigen Krieges aufzuerlegen, ohne ihm als Belohnung die Erfüllung seines jahrhundertealten Traumes zu gewähren. Und so ist denn mein Entschluß gefaßt, Herr Botschafter. Ich werde das Konstantinopel- und Meerengenproblem gründlich lösen. Die Lösung, auf die ich Sie im November hingewiesen habe, ist die einzig richtige und verwirklichbare: Die Stadt Konstantinopel und Südthrazien [1]) müssen meinem Reiche einverleibt werden. Ich würde übrigens für die Verwaltung der Stadt einem besonderen Regime zustimmen, das den Interessen der Fremden Rechnung trüge [2])".

Wenden wir uns zu unseren Dokumenten.

Das chronologisch frühste Dokument dieser Serie ist das Telegramm Paléologues an Delcassé nach Bordeaux vom 14. September 1914, es übermittelt 13 Punkte des künftigen Aufbaues Europas, die von Sasonow in einer „intimen" Aussprache mit Paléologue und Buchanan fixiert worden waren. Hier finden wir auch das Königreich Hannover, dafür aber nicht die geringste Erwähnung der Meerengen. Rußland werden der Unterlauf des Njemen und Ostgalizien „gutgeschrieben", sowie das mit dem „wiederhergestellten" Polen vereinigte Ostposen, ein Teil Schlesiens und Westgaliziens.

Zwei Wochen später, am 26. September, telegraphiert Paléologue an seinen Minister, daß einen Tag zuvor Kriwoschein (wie der Botschafter schreibt; „der tatsächliche Präsident des Ministerrates") bei

---

[1]) Paléologue, dem die Geographie völlig gleichgültig ist, spricht in diesem Falle abwechselnd von Süd- und Nordthrazien.

[2]) Paléologue a. a. O. I, S. 295. — Die flüchtigen Bemerkungen Buchanans stimmen mit der Erklärung Paléologues überein. („My Mission", Bd. I, Kap. XVII; deutsch: S. 123.)

ihm erschien, um ihm seine Anschauungen in derselben Frage auseinander zu setzen: Nachdem Kriwoschein die 13 Punkte Sasonows wiederholt hatte, erklärte er, daß die Meerengen frei oder offen (dieses Wort ist undechiffriert geblieben, aber der Sinn ist klar) sein müßten, „die Türken müssen nach Asien gehen, und Konstantinopel muß eine neutrale Stadt werden, mit einem Regime, analog dem Regime von Tanger".

Paléologue beschränkte sich mit dem Hinweis auf den unvermeidlichen Widerstand Englands und äußerte Interesse, zu erfahren, ob der Zar die Meinung Kriwoscheins kenne. Nachdem er eine bejahende Antwort erhalten hatte, unterrichtete er Sasonow in Gegenwart Buchanans von diesem Gespräch; Buchanan bestätigte die Vermutung Paléologues. Es folgte eine Erläuterung Sasonows: Sasonow sei mit Kriwoschein nicht völlig einverstanden, denke aber wie jener, daß „wir uns im Augenblick des Friedens für immer den freien Durchgang durch die Meerengen sichern müssen". „In einem sehr entschiedenen Ton", fuhr er fort: „Die Türken müssen in Konstantinopel und Umgebung bleiben. Die Freiheit der Meerengen muß uns durch drei Bedingungen garantiert werden: 1. An den Ufern der Dardanellen werden keine Befestigungen errichtet, 2. eine Kommission, die über Seestreitkräfte verfügt, wird die Polizeiaufsicht über die Dardanellen und das Marmarameer ausüben, 3. Rußland wird am Eingang zum inneren Teil des Bosporus, z. B. in Böjükdere . . .[1]) Station haben".

Die beiden Botschafter gewannen den Eindruck, daß es sich um „kein Projekt, sondern um eine Entscheidung" handelte. Damit wird vollauf der Sinn der Verhandlungen über die Garantie der territorialen Unversehrtheit der Türkei gegen ihre Neutralität erklärt: Die Internationalisierung der Meerengen (mit einer russischen Station im Bosporus) sollte offenbar nach Beendigung des Krieges als ein Moment vorgebracht werden, das die territoriale Unversehrtheit der Türkei nicht verletze. Dieselbe Internationalisierung der Meerengen wurde sehr schnell darauf als die schlimmste aller Lösungen der Meerengenfrage erkannt; auch bis zu dieser Zeit hatte sie in Rußland, wie wir gesehen haben, fast keinen Anhänger, der status quo wurde in jeder Beziehung für vorteilhafter anerkannt. Die plötzliche Annahme dieser Entscheidung erklärt sich offenbar durch völlige Zerfahrenheit, die unabänderlich eintraf, wenn man sich auf eine bestimmte klare Entscheidung festlegen mußte.

Konnten die „starken Einwände seitens Englands", über die Paléologue mit Kriwoschein und Buchanan mit Sasonow gesprochen hatte, sich „präventiv" in der rätselhaften Affaire der glücklichen An-

---

[1]) Das undechiffrierte Wort kann entweder „Marine-" oder „Kohlen-" heißen.

kunft der „Göben“ und „Breslau“ in Konstantinopel unter der „Kontrolle“ der englischen Schiffe auswirken? Der türkische Botschafter in Berlin war in seinem Telegramm vom 17. Oktober an seine Regierung vom „Macchiavellismus“ des Foreign Office überzeugt, das mit diesen Mitteln alle Voraussetzungen des russischen Marinestabs im Hinblick auf die Operationen in den Meerengen jeder Bedeutung beraubte, jene Voraussetzungen, die mit der englischen Regierung im Verlaufe der Verhandlungen über eine englisch-russische Marinekonvention im Mai 1914 in Übereinstimmung gebracht waren. Wir können hier diese Meinung im Zusammenhang mit der sich herausbildenden komplizierten politischen Konjunktur registrieren, zwar mit der Einschränkung, daß das chiffrierte Telegramm Muchtar Paschas möglicherweise darauf berechnet war, in die Hände der russischen Regierung zu geraten.

Jedenfalls haben die Verdächtigungen der türkischen Staatsmänner, die beiläufig nach der Kriegserklärung auch in den russischen offiziellen Ausgaben [1]) für begründet anerkannt wurden, wie wir sehen, eine feste Basis gehabt.

Der Eintritt der Türkei in den Krieg vereinfachte die Lage. Buchanan verzeichnete bereits im ersten Augenblick, daß der Krieg mit der Türkei „in breiten Kreisen der russischen Gesellschaft sympathisch aufgenommen wurde, da sie überzeugt waren, daß Rußland aus dem Kriege mit Deutschland und Österreich keine bedeutenden Vorteile ziehen würde“. Diese „breiten Kreise“, die zu einem großmächtlichen Nationalliberalismus neigten, der danach strebte, durch den Krieg die Macht in die Hände zu bekommen, erlangten jetzt den Kraftpunkt für ihre liberal-patriotische Agitation und Propaganda. Die Regierung, die den Krieg mit Deutschland in der Überzeugung begonnen hatte, daß ein Zugeständnis in dem österreichisch-serbischen Konflikte mindestens eine Palastrevolution hervorgerufen hätte —, diese Regierung, die Rußland die Last des Krieges mit dem einzigen Ziele einer Rettung der Krone Nikolaus' II. aufbürdete, erhielt jetzt die Möglichkeit, ein „russisches“ Kriegsziel und eine eigene „nationale“ Politik vorzuweisen. Diese Lage der russischen Regierung wurde sofort von der alliierten Diplomatie erkannt, und die englische Regierung mußte erkennen, daß eine Opposition gegen die russischen Wünsche hinsichtlich der Meerengen und Konstantinopels der russischen Regierung die Fortsetzung des Krieges unmöglich machen würde [2]).

---

[1]) Siehe darüber „Die Aufteilung der asiatischen Türkei“, S. 55. „Morskoj Sbornik“ 1914, Nr. 11, S. 258.

[2]) Auch Rosen hält das Einverständnis Englands und Frankreichs mit diesen Wünschen für „eine Vereinbarung, in der nur das vulgäre Analphabetentum etwas anderes sehen kann, als eine betrügerische Verlockung, die zum Ziele hatte, der russischen Diplomatie die Möglichkeit zu geben, dem russischen Volke einen

Am 9. November äußerte Grey in einem Gespräch, dessen Zweck war, die russische Regierung zu bewegen, auf Kriegsoperationen in Persien zu verzichten, Benckendorff gegenüber den „historischen" Satz: „Wenn Deutschland zermalmt ist, kann das Schicksal der Meerengen und Konstantinopel diesmal nicht anders entschieden werden als im Einklang mit den russischen Interessen." Grey behandelte diese Frage mit der größten Vorsicht, da er, wie man sich denken kann, gegen dies Zugeständnis nicht nur eine Opposition in britischen Regierungskreisen voraussah, sondern auch eine Werterhöhung dieses Zugeständnisses in den Augen der Zarenregierung. Für dies Zugeständnis mußte man wenigstens Handlungsfreiheit in Ägypten und der „neutralen" persischen Zone eintauschen. Deshalb beauftragte Grey keineswegs Buchanan, eine solche angenehme Neuigkeit Sasonow mitzuteilen, sondern „spielte darauf an, wenn auch nicht in einer so klaren Form". . . .

Dieser Stimulans zur Fortsetzung des Krieges bis zum Siege und bis zur eigenen Erschöpfung seitens Rußlands wird Gegenstand der unermüdlichen Aufmerksamkeit der englischen Diplomatie: am 10. November erinnerte Buchanan daran, daß auch die Inseln Imbros und Tenedos zur Sphäre der Meerengen gehören, und daß ihr Schicksal nicht ohne Einverständnis der russischen Regierung gelöst werden könnte, am 12. November erfolgte eine Bestätigung in einem Memorandum, das Buchanan Sasonow überreichte. Am 13. November „erklärte plötzlich" der König gegenüber Benckendorff: „Was Konstantinopel betrifft, so ist es klar, daß es Euch gehören muß." Endlich am 14. November und zwar im Zusammenhang mit derselben Frage des Verzichtes Rußland auf eine Operation innerhalb des persischen Gebietes, die die englische Regierung aus der einfachen Ursache in äußerste Aufregung versetzte, weil die Operationen gegen die Türkei von dieser Seite her die größten Erfolgschancen hatten und sich auf Mesopotamien auszudehnen drohten, wurde Sasonow ein Memorandum der englischen Botschaft überreicht, das mit den Worten endet:

„Aber in welchem Maße Rußland und Großbritannien sich auch in ihren Aktionen gegen die Türkei auf die Verteidigung bis zum günstigen Ausgang des Kampfes mit Deutschland, von dem alles übrige abhängt, beschränken mögen, so meint Sir Eduard Grey, daß das Verhalten der türkischen Regierung die Lösung der türkischen Frage in ihrem ganzen Umfange, einschließlich der Meerengen- und Konstantinopelfrage, und im Einvernehmen mit Rußland unausbleib-

---

Schein der Rechtfertigung zu zeigen, weshalb sie Rußland in einen katastrophalen Krieg hineingezogen hätte, und zwar als eine Verlockung, die mit keinem Risiko verbunden war, da die Verwirklichung dieser Vereinbarung mehr als zweifelhaft war". „Forty years of Diplomacy", Bd. II, S. 102.

lich gemacht hat. Die Lösung dieser Frage wird natürlich nach der deutschen Niederlage verfolgen, unabhängig davon, ob im Verlaufe der augenblicklichen Kriegsoperationen das türkische Staatswesen tatsächlich niedergeworfen sein wird."

Wir haben die Worte hervorgehoben, die nicht nur die Unterordnung der russischen Kriegsoperationen unter das Hauptziel der Alliierten, nämlich die Zertrümmerung Deutschlands, feststellen, sondern auch die uneingeschränkte Bedingtheit „der Lösung der türkischen Frage in ihrem ganzen Umfang und im Einvernehmen mit Rußland" durch diese Zertrümmerung Deutschlands. Dies Memorandum erscheint auf diese Weise als erstes Hauptdokument der Kriegszeit im Hinblick auf die „Anwerbung" Rußlands zur Fortsetzung des Krieges[1]. Die Antwort Sasonows (vom 16. November) lautet:

„Belieben Sie Sir Eduard Grey meine aufrichtige Anerkennung für die Ihnen[2]) gegebene Erklärung auszudrücken, daß im Falle der Niederlage Deutschlands die Frage des Schicksals der Meerengen und Konstantinopels nicht anders als im Einklang mit unseren Wünschen gelöst werden kann." Die Bedingungen der „Anwerbung" waren also angenommen. Sollte der Krieg, welche Opfer er auch immer von Rußland fordern sollte, nicht mit einer Niederlage Deutschlands enden, sondern auch nur mit einem Kompromißfrieden, so besaß England keine Verpflichtungen mehr gegenüber Rußland. Jedoch als Ergänzung der Sicherung der russischen Hilfe forderte die englische Regierung bereits sofort eine ganz reale Belohnung für ihr absolut bedingtes Einverständnis mit der künftigen „Belohnung" Rußlands. Ohne die Niederlage Deutschlands abzuwarten, erklärte sie sofort (am 18. November) in einer Denkschrift Buchanans an Sasonow, „daß England beabsichtigte, Ägypten zu annektieren, da bei der Lage, wie sie sich gebildet habe, nur diese Annexion die englischen Interessen sichern könne". Sasonow antwortete, daß er „überhaupt keine Hindernisse zur Verwirklichung der genannten Absicht erblicke: jetzt aber, angesichts des Einverständnisses Englands mit der Lösung der Meerengen- und Konstantinopelfrage, erkläre ich mit besonderem Vergnügen das Einverständnis der Kaiserlichen Regierung mit dem beabsichtigten Anschluß Ägyptens an England". Das Projekt dieses Telegramms quittierte Nikolaus II. mit dem Worte: „Ausgezeichnet". Anscheinend glaubte er, damit sei die Hälfte der Sache getan: hat England Ägypten als „Vorschuß" genommen, so bedeutet dies, daß das Geschäft einen ernsten sachlichen Charakter annimmt. . . . Inzwischen wurden die vorausgegangenen Unterhandlungen über die

---

[1]) Vgl. das Chiffretelegramm Diamandis vom 28. Februar 1915: „Einer der uns freundlich gesinnten Botschafter teilte mir vertraulich mit, daß die englische Regierung beabsichtige, den Sieg des russischen Standpunktes in der Meerengenfrage von den Bemühungen dieser Macht im Kriege abhängig zu machen."

[2]) An Benckendorff.

Wahrung der Neutralität des persischen Gebietes (in deren Verlauf es Benckendorff, der nun ganz die englische Livré angezogen hatte, „immer klarer und klarer wurde, daß das Prinzip, das der politischen Harmonie zwischen den drei verbündeten Ententemächten zugrunde liegt, der Schutz der Unverletzlichkeit und Neutralität der Mächte zweiten Ranges ist") von Grey auf Grund der beharrlichen Erklärungen geführt, daß die Tatsache der Verletzung dieser Neutralität durch die russischen Truppen „im Orient unvermeidlich eine starke Erregung hervorrufen würde, daß sie ohne Zweifel auf die Bemühungen, die England in Frankreich mache, zurückwirken würde", d. h., daß sie eine verstärkte Entsendung englischer Truppen nach dem Orient erfordern würde. Eines der Argumente Alexejews zugunsten des Friedens mit der Türkei war, wie wir gesehen haben, auch der Gedanke, die englischen Truppen in Ägypten frei zu machen. Und mit dem Prinzip, das Buchanan innigst berührte, wie mit den Einwänden gegen die russischen Operationen von persischer Seite her, stimmte am wenigsten die Erklärung der Annexion Ägyptens überein, die tatsächlich eine starke Erregung hervorrufen mußte (und bekanntlich auch hervorgerufen hat) und also auf die Bemühungen Englands nicht nur in Frankreich sondern auch in den Dardanellen einwirkte. Alexejew war anscheinend der einzige Mensch, der fand, daß dies alles zwar „ausgezeichnet" sei, aber nur vom englischen Standpunkt. Bereits im Jahre 1916, als der im Großen Hauptquartier erschienene englische General Calwell sich sehr ausweichend zu dem Vorschlag verhielt, die Truppen in Persien und Mesopotamien zu verstärken, schrieb Alexejew an Shilinski: „So sind meine Berechnungen auf gemeinsame in Übereinstimmung gebrachte Aktionen mit den Engländern gegen die Türken in Richtung Bagdads, Kermanschach und Musch zusammengebrochen. Dabei hätten diese Aktionen jede ernste Voraussetzung eines Feldzuges gegen Ägypten vernichtet"[1]), Voraussetzungen, die durch die Erklärung der Annexion nur bekräftigt wurden. Neben diesen Protesten Alexejews offenbart das Geschwätz Benckendorffs[2]) vom „Prinzip der politischen Harmonie der Ententemächte" die ganze Tiefe der „nationalen" Politik Sasonows, Nikolaus' II. und der gesamten russischen Diplomatie der Kriegszeit.

Eine Einschränkung im Ausdruck seines Dankes an Grey machte Sasonow: Das Memorandum Greys erwies sich „zurückhaltender im Ausdruck", als Grey selbst sich im Gespräch mit Benckendorff geäußert hatte, und man mußte nun erreichen, daß Buchanan das englische Versprechen mit den Worten Greys formulierte. Der Unterschied läuft offenbar darauf hinaus, daß Benckendorff eine Lösung

---

[1]) Siehe N. Wallentinow, „Beziehungen zu den Alliierten in militärischen Fragen im Kriege 1914/18", I. Teil, Moskau 1920, S. 98.

[2]) Besonders sein Telegramm Nr. 664 vom 31. Oktober/13. November 1914.

„im Einklang mit den russischen Interessen" versprochen war, und Sasonow im Memorandum las — „im Einvernehmen mit Rußland". Es bleibt die Frage, ob Benckendorff genau die Worte Greys übermittelt hat, die Sasonow mit dem Rausch des großen diplomatischen Sieges beflügelten. Wie immer in solchen Fällen verbreitet Benckendorff soviel Nebel in seinen hochtrabenden Mitteilungen, als notwendig ist, um die Spuren seiner eigenen Hilflosigkeit zu verwischen und im Ministerium den Wunsch zu vernichten, den genauen sachlichen Inhalt seiner Unterhandlungen und der Berichte über diese Unterhandlungen erschöpfend zu untersuchen. Man kann aber die Worte: „Grey wird nicht über gemäßigte Erklärungen (proclamations moderées) hinausgehen" auf nichts anderes beziehen, als auf die Konstantinopel- und Meerengenfrage. Weiter greift er voraus, und da er ohne Zweifel von Nicolson „aufgepumpt ist", redet er Sasonow ein, daß Grey vor der Öffentlichkeit auch seine ermäßigte Erklärung nicht abgeben sollte, da dann „die Befürchtung einer Militärhegemonie auftauchen würde, die an die Stelle der deutschen Hegemonie treten würde". Wieder waren einmal für England mit Ägypten und für Rußland mit den „gemäßigten Erklärungen" Greys die Maße völlig verschieden.

Am 21. November fand jene Zusammenkunft Paléologues mit Nikolaus II. statt, von der oben, nach den Erinnerungen Paléologues, die Rede war. Jetzt kommen wir nach dem dechiffrierten Telegramm des japanischen Botschafters, der, auf Grund von Worten Paléologues selbst, der japanischen Regierung Mitteilung über diese interessante Zusammenkunft macht, mit dem einleitenden Teil des Gesprächs bekannt, der von dem französischen Diplomaten in seinen „Erinnerungen" ausgelassen wurde: „Der Kaiser sagte: Ihnen (Paléologue) hat man mitgeteilt, daß gewisse Personen unlängst in politischen Kreisen behauptet haben, daß Rußland gegenwärtig Frieden wünscht. Ich, der Kaiser von Rußland, erkläre Ihnen jetzt kategorisch, daß Rußland jetzt keinen Frieden wünscht und den Krieg solange fortsetzen wird, bis der deutsche Militarismus zertrümmert ist, und ich bitte Sie, dies der französischen Regierung mitzuteilen. — Wie der französische Botschafter bemerkte, hat der Kaiser keinen direkten Hinweis gemacht, aber unter ‚gewissen Personen' muß man verstehen Witte und ... (hier ist ein Wort nicht dechiffriert). Besonders Witte hat sich in Gesprächen mit mir in dem Sinne geäußert, daß ein Krieg gegen Deutschland unzweckmäßig sei."

In diesem Telegramm spiegelte sich der Widerspruch, der in den höchsten Kreisen diese Frage hervorgerufen hatte, wider, ob der Krieg gegen Deutschland für die Dynastie nützlich wäre oder nicht. Wenigstens formulierte Rosen die Frage eben so. Witte konnte natürlich, in der Tiefe seiner Seele, die Frage auch breiter formulieren, aber

sogar in höchst akademischer Form erlaubte er sich darüber nur mit den Vertretern Japans zu sprechen, wo Deutschland auch während des Krieges viele Freunde hatte, und wo es sehr wenige überzeugte Anhänger der Vernichtung oder Zerstückelung Deutschlands gab. „Manche Personen" flüsterten unter sich und mit dem japanischen Botschafter in derselben Zeit, wo andere laut über deutsche Kabalen und Intrigen unter den hochgestellten russischen „Deutschen" und „Deutschfreunden" schrien, indem sie Paléologue und Buchanan mit Denuntiationen bestürmten. Das „Flüstern" nahm bedrohlichen Charakter an. Den Flüsterern hat man den Mund mit Meerengen und Konstantinopel gestopft. Die Schreier hat man — wiederum mit den Meerengen und Konstantinopel — gezwungen, bis zur Heiserkeit die Treue zu den „teuern Verbündeten" hinauszuschreien. Rußland schwieg, und für Rußland erklärte sein Kaiser, nachdem er ein Papierchen erhalten hatte, das man als „Wechsel" auf Konstantinopel und die Meerengen angenommen hatte: Rußland will keinen Frieden, Rußland wird kämpfen, Rußland wird sich — bis zum letzten Soldaten und bis zum letzten Stück Brot — die Belohnung Sir Eduard Greys verdienen.

2. Die Vereinbarung über Konstantinopel und die Meerengen.

Zur Zeit, da Alexejew trotz seiner Abneigung, gegen den Strom zu schwimmen, immer wieder und wieder zur Schlußfolgerung kam, es sei notwendig jede Möglichkeit auszunützen, um mit der Türkei Frieden zu schließen, ergriff Sasonow alle Maßnahmen, um jene Möglichkeiten zu liquidieren, die der geschäftige Serafimow in Konstantinopel entdeckt hatte. „Zwischen uns und den Türken steht die Meerengenfrage" — lautet die Formel Sasonows[1]), die alle Betrachtungen Alexejews über die Notwendigkeit, die „Traumgebilde" zu opfern, um zu versuchen, sich aus der hoffnungslosen Kriegslage zu retten, zunichte macht. Sir Eduard Grey beeilt sich, Sasonow formell zu versichern, daß er „in keine Sonderverhandlungen mit den Türken eintreten werde". Aber wenn Sasonow mit Begeisterung die Schlinge fester zuzog, in der Rußland und die russische Armee erstickten, war Grey lange nicht in dem Maße des Verantwortungsbewußtseins seinem Lande gegenüber bar, auf die Möglichkeit zu verzichten, die Kriegsbürden zu erleichtern und zu verkürzen, — desto mehr, da man es durch ein so angenehmes Mittel erreichen konnte wie die Beschneidung russischer Aspirationen in der „kranken" Frage. (Es ist lehrreich, den Gedanken Greys in der verzuckerten Wiedergabe Benckendorffs mit der Wiedergabe dieses Gedankens in dem eigenen Telegramm Greys an Buchanan vom 10. Februar 1915 zu vergleichen.) Jedoch hat Sasonow, den die Redner aller bürgerlichen Parteien, die am „patrio-

[1]) Telegramm an die Botschafter vom 7./20. Januar 1915.

tischen" Eifer einander Konkurrenz machten, in der Reichsduma aufstachelten, unter Berufung auf diese Demonstration der öffentlichen Meinung erklärt, daß von einem Zugeständnis seinerseits keine Rede sein könne. Erst Ende Februar wurde er mit den alliierten Botschaftern (im Fall eines Durchbruchs an den Dardanellen und einer Kapitulation der Türkei) über die Bedingungen des Waffenstillstands einig, die die Auslieferung der deutschen Schiffe, die sofortige und vollständige Abrüstung des ganzen Meerengengebiets, die Anwesenheit der verbündeten Geschwader am Goldenen Horn und die Besetzung der befestigten Punkte durch die Alliierten enthielten [1]).

Gleichzeitig kam die Zeit, um das Geschäft zu legalisieren und Frankreich hinzuzuziehen, um so mehr, als Iswolski Ungeduld im Hinblick auf den Eintritt in diese Verhandlungen zeigte und sogar damit zu schrecken versuchte, daß die französische Regierung, da sie nicht informiert wäre, „leicht den falschen Weg betreten könnte" [2]). Sasonow aber fürchtete nicht diesen Umstand, sondern geriet vielmehr in Unruhe, weil auf die Anfrage im Unterhaus anläßlich der Rede Sasonows in der Reichsduma Grey eine so ausweichende und unbestimmte Antwort gegeben hatte [3]) (aber doch eben in den Ausdrücken von Sasonow selbst, allerdings mit dem Zusatz, daß „die genaue Form" des Zuganges Rußlands zum freien Meere „ohne Zweifel in den Friedensbedingungen festgehalten würde"), — so daß es dringend nötig wurde, diese „genaue Form" vor den Duma- und übrigen Patriotenkreisen festzustellen, besonders angesichts der alliierten Operationen vor den Dardanellen. „Die Antwort Greys", telegraphierte Sasonow nach London, „hat in unserer Presse Zweifel hervorgerufen und in Dumakreisen einen nicht ganz günstigen Eindruck erregt."

Nach Empfang der Nachricht über die Debatten im Unterhause ging man in Petrograd energisch ans Werk, am 13./26. Februar 1 Uhr nachts wurde nach Paris und London ein Telegramm gesandt, das den russischen Entwurf einer „genauen Form" enthielt. „Nur unsere feste Niederlassung an den Meerengen", telegraphierte Sasonow, „kann als Garantie dafür dienen, daß wir imstande sein werden, jeden Versuch, uns im Schwarzen Meere einzuschließen, zurückzuschlagen. . . . Die Linie Enos—Midia muß die Grenze zwischen uns und Bulgarien bilden. Auf dem Asiatischen Ufer muß die Grenzlinie etwa am Fluß Sakaria [4]) entlang laufen, und dann muß unsere Position

---

[1]) „Die Aufteilung der asiatischen Türkei", S. 113/14.

[2]) Telegramm an Sasonow vom 10./23. Februar 1915.

[3]) Benckendorff an Sasonow am 12./25. Februar 1915.

[4]) Aus dem Gespräch Nikolaus' II. mit Paléologue am 21. November 1914: Paléologue: „Wenn ich also Ihre Gedanken richtig verstehe, . . . würden der Bosporus, das Marmarameer und die Dardanellen . . . die Westgrenze der Türkei bilden?" Nikolaus II.: „Ganz richtig." [Deutsche Ausgabe I, S. 188.]

in den Meerengen vom südlichen Ufer des Marmarameers her gesichert werden."

In der Eile vergaß man die Inseln des Marmarameers, wie Imbros und Tenedos, erinnerte sich ihrer erst am 2. März (17. Februar) und ließ sich über sie in der Fortsetzung des Telegramms vom 26./13. Februar aus. Zu dieser Zeit aber öffnete sich die bedrohliche Perspektive eines Durchbruchs der Dardanellen und einer Besetzung der Meerengen durch die Alliierten „ohne unsere direkte Mitwirkung". Infolgedessen beauftragt Sasonow am selben Tage die Botschafter in London und Paris auf die beiden Regierungen einzuwirken in dem Sinne, „dem Bewußtsein der öffentlichen Kreise umgehend einzuhämmern, daß alle Alliierten im gleichen Maße am allgemeinen Ziele mitwirken" und „unsere Rechte auf die Meerengen und Konstantinopel" unbestreitbar sind.

Dabei vermochte Iswolski selbst bei der einflußreichen Position in Paris, die ihm zugeschrieben wurde, — sogar nach der Rettung von Paris durch die Aufopferung der russischen „Bauern" in Ostpreußen, — nur in äußerst vorsichtiger Form und in seinem eigenen Namen im Gespräch mit Delcassé die Meerengenfrage zu berühren. Er entschloß sich nicht einmal die „genaue Formel" endgültig auszusprechen, als Delcassé schon „offenbar beunruhigt" war; er „dachte immer auf Grund seiner eigenen Gespräche mit Ihnen [1]) und der Berichte Paléologues, daß wir für Konstantinopel und seine nächste Umgebung eine internationale Organisation für zulässig erachten und nur den Anschluß eines Teiles von Thrakien bis zur künftigen Grenze mit Bulgarien wünschen; hinsichtlich der Meerengen (dachte er) sind wir bestrebt, dort nur unsere Handelsfreiheit zu sichern und genügende internationale Garantien gegen die Schließung der Dardanellen für unseren Handel zu verwirklichen". Die Antwort Greys im Unterhause verriet nach der Meinung Delcassés auch eine solche Auffassung der russischen Wünsche. Gewiß — Delcassé sah den Wunsch, Konstantinopel zu erhalten, als „natürlich" an, aber das Bestreben, sich nicht nur auf dem europäischen, sondern auch auf dem asiatischen Ufer der Meerengen zu befestigen, wird, wie der französische Minister sagte, „einen energischen Widerstand seitens des Londoner Kabinetts und der ganzen europäischen öffentlichen Meinung hervorrufen". Die Besitzergreifung beider Ufer irgendwelcher Meerengen, erklärte Delcassé im Gespräch mit Iswolski, ist unzulässig; z. B. hätte Frankreich nie eine Festsetzung Englands in Tanger zugelassen. Iswolski gibt den Kampf auf. Er gesteht seine Hilflosigkeit ein, indem er Sasonow den Vorschlag macht, sich selbst nach Paris zum Zwecke einer Zusammenkunft mit Delcassé und Grey zu persönlichen Unterhandlungen in dieser Frage zu begeben.

---

[1]) D. h. mit Sasonow noch während der Anwesenheit Delcassés in Petersburg.

Für Benckendorff war dieselbe Aufgabe wesentlich dadurch erleichtert, daß in der englischen Presse Mitteilungen über den schlechten Eindruck erschienen, den in Petrograd die Antwort Greys im Unterhause hervorgerufen habe. Grey konnte wirklich in „Verzweiflung" geraten, da die Hauptaufgabe seiner ganzen Politik die gleiche war, die auch Sasonow anstrebte: mit unzerreißbaren Ketten die Zarenregierung an das Londoner Kabinett zu schmieden. Wenn er auch durch das ihm vorgelegte Programm „beunruhigt" war, hatte er deshalb Eile, es zu verbergen und beschränkte seine Einwände mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, Frankreichs Meinung kennenzulernen, und berief sich darauf, daß dies Programm die Frage „der Aufteilung der ganzen Türkei" auf die Tagesordnung setzte; obwohl England Aspirationen nur auf gewisse Punkte in der Persischen Bucht hätte, hält Grey es für vorzeitig, die Pläne einer Aufteilung der Türkei zu veröffentlichen, solange sie nicht besiegt ist[1]). Die Schlußfolgerung Benckendorffs — Widerstände gegen das russische Programm hätten sich nicht in London, sondern in Paris erhoben — folgt durchaus natürlich auf die Erklärung Delcassés, daß dies Programm gerade in London auf unüberwindlichen Widerstand stoße, und am Vorabend der neuen Mitteilung Iswolskis, daß „der Knoten der Frage nicht hier, sondern in London ist".

Wir besitzen eine sehr autoritative Zeugenaussage in der bereits erwähnten offiziellen englischen „History of the Great war", Naval Operations, by J. S. Corbett: „Zum Teil infolge seiner vorzeitigen Bemühung, den Druck (der deutschen Armee) gegen Frankreich zu erleichtern, litt Rußland in jeder Beziehung so furchtbar, daß Deutschland, wie unserem Foreign Office wohl gut bekannt war, bereits einen verführerischen Plan zur Gewinnung Rußlands für einen Sonderfrieden und einen Verzicht auf seine Alliierten entworfen hatte. Deshalb war nichts so zeitgemäß als der Verzicht auf unsere frühere (bis 1903) Obstruktionspolitik (hinsichtlich der Meerengen).

Auf Grund dieser Erwägungen, mit vollem Einverständnis der Führer der Opposition, wurde beschlossen, Rußland die Kontrolle (über die Meerengen) zu gewähren, die es so lange erheischte[2]).“

Es ist klar, daß weder hier noch dort von einer Ablehnung die Rede sein konnte. Aber der Widerstand war möglich, solange Hoffnung auf den Erfolg der Dardanellenoperation bestand.

In der erläuternden Denkschrift Buchanans anläßlich der Erklärung Greys wird trotz ihres hochmütigen Tones nur eine Bedingung

---

[1]) Vgl. das Telegramm Benckendorffs an Sasonow vom 3. März/18. Februar 1915.

[2]) Corbett a. a. O., Bd. II, S. 204.

für eine „bestimmtere Erklärung“ gestellt: eine vorausgehende Besprechung mit der französischen Regierung. Am Schlusse der Denkschrift wird die großmütige Meinung Greys wiedergegeben, daß die Initiative des Ausdrucks der Sympathien mit den russischen Bestrebungen England gehören müsse, das in früheren Zeiten die Leitung des Widerstandes gegen diese Bestrebungen auf sich genommen hätte. Am 4. März (19. Februar) teilte Sasonow die „genaue Formel“ dokumentarisch den alliierten und seinen eigenen Botschaftern mit, indem er durch einen kurzen Hinweis auf die Verteidigungsbedingungen in den Meerengen die Theorie Delcassés widerlegte. Dieses Dokument erklärte [1]):

„Der Verlauf der letzten Ereignisse veranlaßt Se. Majestät den Kaiser Nikolaus zu dem Gedanken, daß die Konstantinopel- und Meerengenfrage endgültig und im Einklang mit den jahrhundertalten Bestrebungen Rußlands entschieden werden muß. Jede Entscheidung wird in dem Falle ungenügend sein, wenn die Stadt Konstantinopel, das Westufer des Bosporus, des Marmarameeres und der Dardanellen sowie Südthrakien bis zur Linie Enos—Midia dem russischen Reiche nicht einverleibt werden. In der gleichen Weise und in Anbetracht der strategischen Notwendigkeit müssen der Teil der asiatischen Küste im Raum zwischen dem Bosporus, dem Flusse Sakaria und einem noch zu bestimmenden Punkte am Ufer der Bucht von Ismid, die Inseln des Marmarameers, die Inseln Imbros und Tenedos dem Reiche einverleibt werden.“

An demselben Tage versicherte Delcassé Iswolski seiner aufrichtigen Bereitschaft zur Unterstützung „des historischen Bestrebens Rußlands, nach dem Besitz von Konstantinopel“, wogegen man jedoch „ernste Einwände seitens des Londoner Kabinetts erwarten muß“. Aber die Angelegenheit wird in Ordnung kommen, wenn zuvor die „volle Freiheit der Meerengen“ garantiert ist, d. h. ihre Entmilitarisierung und Internationalisierung. Wie sich plötzlich herausstellt, ist sogar der russische Besitz beider Meerengenufer möglich, man muß nur zu einer Verständigung über die Aufteilung der asiatischen Besitzungen der Türkei gelangen [2]). An demselben Tage dichtet Benckendorff sein telegraphisches Traktat über die in Rußland unverstandene Liebe Englands zu Rußland, eine Liebe, die hervorgerufen sei 1. durch den Erfolg der russischen Mobilmachung, 2. durch die Orangebücher des Außenministeriums, 3. durch das Polen-Manifest und 4. durch die Maßnahme gegen den Alkoholismus. Als ob Benckendorff Iswolski parodieren wollte, wird er aus einem russischen Botschafter zum inoffiziellen Agenten des britischen Außenministeriums.

---

[1]) Vgl. das Memorandum Sasonows an den französischen und großbritannischen Botschafter vom 4. März (19. Februar) 1915, — Das Hauptdokument zur Vereinbarung über Konstantinopel und die Meerengen.

[2]) Iswolski an Sasonow am 19. Februar (4. März) 1915.

Grey brauchte nur die Aussprüche dieses Botschafters zu zitieren und hinzuzufügen: „ich bestätige die von ihm geäußerten Ansichten", um aus diesen Zitaten Memoranden der englischen Botschaft anzufertigen.

Die englische Regierung hielt es für notwendig, vor allem auf die Befürchtungen zu antworten, die in Petrograd anläßlich der Dardanellenoperation und des energischen Feldzugs in der französischen und teils auch in der englischen Presse zugunsten der Internationalisierung der Meerengen entstanden waren. Das Memorandum Buchanans an Sasonow vom 6. März, das in demselben „zur Ordnung rufenden" Tone gehalten ist, erklärt, daß Grey genug getan habe, indem er Sasonows Dumarede bestätigt, und gegen diese Erklärung Sasonows Buchanan keinen Widerspruch erhoben habe; aber Rußland dürfe nicht die Hinzuziehung Griechenlands zur Teilnahme an der Dardanellenoperation erschweren; England sei dafür bereit, seine Interessen zu „opfern", die Grey nachträglich im Smyrnagebiet entdeckt hatte; der englische Botschafter wird beauftragt, „wiederholt" die „Uneigennützigkeit" der Dardanellenoperation gegenüber den Aspirationen Rußlands zu erklären. Delcassé wiederholte im Gespräch mit Iswolski die Argumente Greys zugunsten einer Zuziehung Griechenlands zu dieser Operation, indem er diese Argumente auch auf die Zuziehung Italiens ausdehnte und bemerkte, daß dadurch die Lösung der „kranken" Frage nicht beeinflußt würde, da diese Entscheidung hauptsächlich „von Rußland, Frankreich und England" abhinge. Nachdem Delcassé die Formel Sasonows kennengelernt hatte, erklärte er „unter dem starken Eindruck" dieser Formel, daß sie die Hauptfrage „der Meerengenfreiheit" umginge, während vorausgesetzt war, daß Petrograd mit der Entmilitarisierung der Meerengen und ihrer Unterwerfung unter die Aufsicht einer „europäischen Kommission" einverstanden war; sollte es dabei bleiben, werde die Frage der russischen Besitzergreifung Konstantinopels und der beiden Bosporusufer sehr erleichtert.

In seiner Verteidigung Greys gegen jede Verdächtigung macht Benckendorff unfreiwillig zwei charakteristische Bemerkungen: erstens, die Erklärung Greys „erscheint nicht als endgültiger Ausdruck des englischen Standpunktes, sondern kann vielmehr als Basis für eine weitere Entwicklung dienen"; zweitens, „vieles hängt unvermeidlich von unseren Kriegserfolgen" ab, die so als die wichtigste Bedingung dieser „Entwicklung" erscheinen. Aber auch er hält die Ankunft Sasonows im Interesse eines erfolgreichen Ganges der Unterhandlungen für notwendig. In Petrograd hielt man sie für überflüssig und begnügte sich dort mit der Wiederholung des Gesagten: Die unaufschiebbare Entscheidung der Meerengen- und Konstantinopelfrage ist notwendig; „die russische Gesellschaft wird sich nie mit einer anderen Entscheidung zufriedengeben, außer mit unserer ungeteilten Herrschaft über die Meerengen und Konstantinopel"; es wurde nur das

Versprechen hinzugefügt, die Freiheit der Schiffahrt durch die Meerengen und „jegliche wirtschaftliche Interessen" sicherzustellen. Aber, diese Frage (zusammen mit allen übrigen Friedensbedingungen) wird ihre endgültige Lösung im Friedensvertrag finden, der laut der Erklärung vom 4. September 1914[1]) von allen drei verbündeten Mächten gemeinsam beraten und gleichzeitig unterschrieben werden muß. Dazu fügte Delcassé Iswolski gegenüber noch hinzu, daß jedoch „die Sicherung der Freiheit des internationalen Handels" notwendig sei, und die Konstantinopel- und Meerengenfrage einen Teil der allgemeinen Vereinbarung über die Friedensbedingungen bilden müsse und nicht als eine besondere Vereinbarung dastehen dürfe.

Die zugespitzte Lage veranlaßte auf Ersuchen des französischen Botschafters einen Befehl an die russische Zensur, keine Artikel über die Konstantinopel- und Meerengenfrage durchzulassen, wie ein Ersuchen Sasonows, in Paris dieselben Maßnahmen gegen Artikel zu ergreifen, „die in unserer öffentlichen Meinung Mißtrauen gegenüber unseren Alliierten säen".

Am 10. März teilte Iswolski mit, er habe den Eindruck, daß Delcassé „sich endgültig mit dem Gedanken unseres ungeteilten Besitzes von Konstantinopel und die Meerengen abgefunden habe. Alle seine Bemühungen wird er auf eine möglich weite Sicherung der Freiheit des internationalen Handels in den Meerengen konzentrieren". Gleichzeitig machte Benckendorff von Greys ähnlicher Stellung Mitteilung. Am 12. März erhielt Sasonow das Memorandum Buchanans, in dem es hieß, nach erfolgreicher Beendigung des Krieges und Verwirklichung der Wünsche Großbritanniens und Frankreichs im Ottomanenreiche als auch an anderen Orten werde die britische Regierung sich mit den Ausführungen im Memorandum der russischen Regierung vom 4. März (19. Februar) einverstanden erklären.

Im Zusatzschreiben zu diesem Dokument gab Buchanan, gemäß der Instruktion Greys, folgende Erläuterungen ab: Sasonow muß sich darüber Rechenschaft ablegen, daß seitens der englischen Regierung kein „größerer Beweis der Freundschaft" geliefert werde „als durch den Inhalt des erwähnten Memorandums", denn „die Forderungen vom 4. März übersteigen wesentlich die Wünsche, die Herr Sasonow einige Wochen vorher geäußert hat"; die englische Regierung wünscht, daß in Konstantinopel ein Freihafen für Warentransit errichtet werde, die zwischen nichtrussischen Gebieten ausgetauscht werden, als auch für die Durchfahrt der Handelsschiffe, welche die Meerengen passieren; Rußland darf der Hinzuziehung griechischer Hilfe keine Hindernisse bereiten; außerdem ist es wünschenswert, daß Rußland Bulgarien und Rumänien versicherte, ihre Interessen würden bei der neuen Sachlage nicht leiden, seinerseits

---

[1]) Nichtabschluß eines Sonderfriedens.

würde es sich bemühen, auch diese Staaten zur Teilnahme am Kriege auf seiten der Ententemächte zu gewinnen; die Frage, „was jetzt als Asiatische Türkei" zu betrachten ist, werden die drei Regierungen besprechen, aber da Grey vorläufig nicht in der Lage ist, die englischen Wünsche zu formulieren, erklärt er im voraus, daß einer dieser Wünsche in der Überprüfung des Persien betreffenden Teiles des englisch-russischen Abkommens von 1907 im Sinne der Anerkennung der neutralen Sphäre als englische Sphäre bestehen wird, endlich soll bis zur Lösung der Kompensationsfrage für den Eintritt Rumäniens und Bulgariens in den Krieg auf seiten der Verbündeten und bis zum Abschluß eines allgemeinen Abkommens hinsichtlich der französischen und englischen Wünsche die Vereinbarung über Konstantinopel und die Meerengen geheimbleiben[1]).

Man muß bemerken, daß man ungefähr zu dieser Zeit, wie aus dem Brief Iswolskis an Sasonow vom 14. März zu ersehen ist, in Paris die Operation zur Forcierung der Dardanellen schon nicht als eine Operation von drei bis vier Wochen betrachtet hat, sondern als eine „sehr komplizierte Aktion, die sich weit länger hinziehen kann". Aber Iswolski schrieb am 14. März dies alles, d. h. eben nachdem dies Abkommen zustande gekommen war. Die Auffassung (die u. a. auch Churchill vertreten hat) ist bekannt, daß die Meerengen forciert worden wären und die Türkei niedergezwungen worden wäre, falls die englische Regierung den Beschluß, die Dardanellenoperation zu liquidieren, nicht angenommen hätte, dann wäre die Seeverbindung mit Rußland von Süden her erreicht, die Kriegsdauer ganz erheblich verkürzt worden, und nach Churchill wäre es zu keiner Revolution gekommen, die die ganze Welt und eine Reihe von Generationen mit unmenschlichem Elend bedroht[2]). Trug die Tatsache des Abschlusses des Konstantinopel- und Meerengen-Abkommens zum Verzicht auf weitere Anstrengungen und Opfer bei, deren Notwendigkeit, nach den undementierten Erklärungen desselben Churchill, alle Befehlshaber jener Truppenverbände gefordert haben, die im Dardanellengebiet operierten? Diese Tatsache mußte natürlich in Betracht gezogen worden sein. Auch wenn sie erfolgreich geheimgehalten worden wäre, konnte man nunmehr den Griechen nicht nur Konstantinopel, sondern auch den Einzug ihrer Truppen nicht versprechen.

---

[1]) Am 20. März brachte Buchanan in schriftlicher Form den neuen Wunsch Greys zum Ausdruck, daß alle drei verbündeten Mächte Bulgarien und Rumänien die Öffnung der Meerengen auch für die Kriegsschiffe garantieren sollten. Sasonow antwortete auf diesen hinterlistigen Vorschlag sehr zurückhaltend und ausweichend, indem er sich darauf berief, daß man sich um Bulgarien nicht zu kümmern brauche, da es einen Ausgang zum Ägäischen Meer habe, Rumänien solle man nicht eher beruhigen, bevor es nicht in den Krieg getreten sei.

[2]) Churchill, „Weltkrisis" (Verlag K. F. Köhler, Berlin und Leipzig) Bd. II, Kap. XIII, S. 240/262, und Kap. XIV, S. 497.

Ihr Ersatz durch Rumänien oder Bulgarien wurde auch schwierig. Schließlich beraubte das Ausbleiben der russischen Flotte und der Landungsarmee die russische Regierung der Möglichkeit, auf einer Fortsetzung der Operation zu bestehen. Gewiß hat Januschkewitsch am 2. April (20. März) Sasonow schriftlich die allgemeinen bekannten Fakten dargelegt, auf Grund deren Sasonow die Berufung, daß Rußland sich an der Dardanellenoperation nicht beteiligte, ablehnen sollte. Aber dadurch wurde die Lage nicht verändert: Die Liquidation der Dardanellenoperation war nicht nur vom Standpunkte des Verzichtes auf weitere Opfer, sondern auch vom Standpunkte der „hohen" Politik geboten. Der Zeitpunkt für diese Liquidation war noch nicht da: man bereitete sich noch auf die Besetzung Konstantinopels vor, man arbeitete Pläne für die Verwaltung der Stadt und die Etats der provisorischen Verwaltung aus. Aber „die Kompliziertheit des Unternehmens" wurde sofort fühlbar.

Die Antwort Sasonows auf das englische Memorandum gab natürlich Grey in allen Punkten Genugtuung, besonders in der Transitfrage und der Frage der Schiffahrtsfreiheit der Handelsschiffe; hinsichtlich der „Heiligen Orte" der Muselmanen warf er nur die Frage der Loslösung des Kalifats von der Türkei und die Frage auf, ob neue unabhängige Staaten gebildet werden sollen; anläßlich der Umbildung der neutralen persischen Zone hatte er einen wesentlichen Vorbehalt im Hinblick auf die Anerkennung der vollen Freiheit in der Nordzone für die russische Regierung gemacht als auch hinsichtlich der Verbesserung von drei Punkten der Grenze „der russischen Einflußsphäre" und nahm auch die Frage der Eisenbahnkonzessionen aus; schließlich forderte er die Anerkennung der Grenzgebiete Nordafghanistans als russische Einflußsphäre, wofür die Aspirationen Englands in Tibet anerkannt werden sollten.

Indessen besaß Sasonow keine schriftlichen Verpflichtungen seitens der französischen Regierung, und Iswolski drang nicht über Ausflüchte und nicht innegehaltene Versprechen Delcassés hinaus. Iswolski verspricht seine Mißerfolge zu erklären, indem er am 28. März sich auf folgende Hindernisse beruft: in gewissen einflußreichen Pariser Kreisen fordert man die Internationalisierung Konstantinopels und die Neutralisierung der Meerengen unter dem Einfluß der an der Türkei interessierten Finanzmänner; ferner „werden uns wahrscheinlich die persönlichen Anschauungen Poincarés, die immer noch von den Traditionen der französischen Orientpolitik durchdrungen sind, Schwierigkeiten bereiten, sogar gegen den Willen der Regierung". Schließlich haben die Franzosen und die Engländer schwere Verluste vor den Dardanellen erlitten, und „unsere Beteiligung an der gemeinsamen Aktion ist noch in keiner Weise tatsächlich in Erscheinung getreten". Daraus zieht Iswolski seine beständige und

einfache Schlußfolgerung: Man muß in die Lage der „beati possidentes“ kommen, d. h., man muß die führende Kriegsrolle bei der Besetzung Konstantinopels an sich reißen, denn nur in diesem Falle werden seine (Iswolskis) Bemühungen im Kampfe mit den feindlichen Strömungen in Paris von Erfolg gekrönt werden. Und als Krönung der Unannehmlichkeit wurde aus Stockholm ein Gerücht von der Existenz eines Abkommens über Konstantinopel zwischen England und Frankreich lanciert, das gegen Rußland gerichtet sein sollte. Erst am 10. April erklärte Paléologue in einer Verbalnote zu Händen Sasonows das Einverständnis der französischen Regierung mit dem russischen Memorandum vom 4. März, „unter der Bedingung, daß der Krieg bis zum siegreichen Ende durchgeführt würde, und im Falle der Verwirklichung der Pläne Frankreichs und Englands sowohl im Orient als auch in anderen Orten, wie es im russischen Memorandum ausgeführt ist“.

Man kann sich leicht überzeugen, daß im russischen Memorandum nichts Ähnliches steht[1]). Diese grobe Ungenauigkeit ist nicht nur für dieses Dokument, sondern für das ganze Abkommen im allgemeinen sehr charakteristisch. Wie dem auch sei, das Geschäft war jetzt unter allen drei Verbündeten formell abgeschlossen. In dieser seiner endgültigen Form stellt es als Bedingung nicht nur die Erringung des Sieges, sondern auch „die Verwirklichung der Pläne Frankreichs und Englands im Orient als auch in anderen Orten“. Im Augenblick des Abschlusses waren diese Pläne nicht bekannt. Sie wurden von den Verbündeten erst später formuliert und bestätigt, und England und Frankreich waren absolut imstande, diese Pläne bis zur Grenze des Unmöglichen zu führen[2]). Diese Bedingung war, wie wir sehen, so formuliert, daß es sich nicht nur um die Verwirklichung der konkreten Aspirationen Englands und Frankreichs zu ihren Gunsten handelte, sondern auch ihrer „Pläne im Orient“, wie an anderen Orten. Der Krieg ist siegreich beendet, aber ist damit auch der Augenblick der Verwirklichung der Pläne Englands und Frankreichs gekommen? — denn nur in diesem Falle tritt das Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen in Kraft. Und wenn ihre Verwirklichung auch nach 1917 das Inkrafttreten dieser Vereinbarung herbeigeführt haben würde, wäre nicht die Verwirklichung an irgendwelchen anderen Orten erschwert? Wer sollte endlich die große türkische

---

[1]) „Die verbündeten Regierungen“, wird dort gesagt, „können überzeugt sein, daß sie seitens der Kaiserlichen Regierung derselben Sympathie hinsichtlich der Verwirklichung der Pläne begegnen werden, die bei ihnen hinsichtlich anderer Gebiete des Ottomanenreiches und an anderen Orten erscheinen können.“

[2]) Wir lenken die Aufmerksamkeit des Lesers darauf, daß 1917 Ribot daran festhielt, die Vereinbarung „über die Pläne im Orient, d. h. über die Aufteilung der asiatischen Türkei, sei immer noch nicht für abgeschlossen zu betrachten“. (Vgl. Dokumente im Abschnitt „Die Provisorische Regierung“.)

Nuß knacken, und wer hätte auf das Vergnügen verzichtet, an dieser Nuß die Zähne des russischen Bären zu brechen, nach der Methode, wie sie bei der englisch-griechischen Offensive gegen die Türkei angewandt wurde? Fürwahr „nur die vulgäre Unwissenheit" konnte diesen Verpflichtungen Vertrauen entgegenbringen, wenn sie auch nicht so geschickt redigiert gewesen wären; jenes Mitglied des Reichsrats, das die prahlerische Äußerung Sasonows über die von ihm für Rußland erworbenen Meerengen und Gebiete vernommen hatte und sich an Rosen mit den Worten wandte: „Et dire que ça c'est un ministre des affaires étrangères, — mais c'est effrayant!", hatte Grund genug, für die Zukunft zu fürchten.

Die Herbstmitteilungen Iswolskis zeigen, daß dieser unglückselige „Liebling des Schicksals" anscheinend ganz „zunichte" und völlig entmutigt war. Er wird in Paris von einer feindlichen Atmosphäre umgeben. Nicht nur Poincaré wurde aus einem treuesten Freunde der Urheber von Hindernissen; „die Erregung über Rußland . . . wächst mit jedem Tage in den hiesigen Parlaments-, Zeitungs- und sogar Regierungskreisen." Rußland ist an der Zertrümmerung Serbiens schuld, es muß mit seinen zahllosen Bauern Serbien retten. Rußland ist schuld, daß Rumänien nicht in den Krieg eintritt. Rußland untergräbt das Prestige Englands und Frankreichs bei den Balkanvölkern. Rußland will nach dem Kriege „die allergrößten Vorteile" haben, und wenn die russische Regierung denkt, ihre Soldaten zu schonen, um sie an ihren eigenen Fronten vernichten zu lassen, müssen Frankreich und England ihre Entscheidung über Konstantinopel und die Meerengen nachprüfen. Endlich ist Rußland verpflichtet, Bessarabien an Rumänien abzutreten[1]).

Benckendorff bemerkte vieles nicht, und vieles hielt er nicht für wert bemerkt zu werden. Aber Churchill charakterisiert in seinen „Erinnerungen", wie es nicht besser möglich war, die Haltung der englischen regierenden Kreise gegenüber Rußland, indem er den Wortlaut seines Briefes an Grey wiedergibt, der im Vorschlag gipfelte, Rußland wegen der Ablehnung der griechischen Hilfe durch die Revision des Konstantinopel- und Meerengenabkommens zu züchtigen! In diesem Briefe (vom 6. März 1915), der an den Adressaten infolge der plötzlichen Demission von Venizelos nicht abgeschickt wurde, redete Churchill Grey zu, er solle „mutig und grausam" sein: „Sagen Sie den Russen, daß wir in hochherziger Gesinnung und voller Verständnis mit ihnen über Konstantinopel verhandeln wollen. Sie dürfen aber dem Zusammengehen mit Griechenland kein Hindernis in den Weg legen. Griechenland und Rumänien müssen sich, wenn sie wollen, uns anschließen können. Ich bin ernstlich besorgt, daß Sie Griechenland verlieren und unser Schicksal in Rußlands Hand geben. Wenn

[1]) Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 12. Oktober /29. September 1915.

Rußland den Anschluß Griechenlands verhindert, werde ich alles tun, um seinen Ansprüchen auf Konstantinopel entgegenzutreten. Rußland ist verloren, wenn wir ihm nicht helfen, und es bliebe ihm nur übrig, Verrat an unserer Sache zu üben — das kann es nicht tun[1]."

Für Sasonow wird die Rettung dieser Vereinbarungen vor einer Revision Ziel seiner ganzen Politik. Das Abkommen schließt Sasonow in einen verzauberten Kreis ein. Es verpflichtet Sasonow zum Einverständnis mit allem, was die Engländer und Franzosen außerhalb des gesegneten Konstantinopel-Gebietes und der Meerengen beanspruchen. Die Engländer und Franzosen besäßen also volle Freiheit, solche nicht zu verwirklichenden Wünsche oder „Pläne" („desseins") zu formulieren, daß ihre Realisierung offenkundig nicht möglich war. Gegen derartige undurchführbaren Projekte konnte Sasonow keinen Widerspruch erheben, ohne auf das Meerengenabkommen zu verzichten; waren diese Projekte nicht durchzuführen, wie wir gesehen haben, so war auch das Meerengenabkommen „nicht zu verwirklichen". Sasonow konnte unter solchen Umständen nur die Augen verschließen, indem er sich mit beiden Händen an das kostbare Papierchen klammerte.

Auf solcher Grundlage liefen im Winter 1916 zu Petrograd Unterhandlungen über das Programm der Aufteilung der Asiatischen Türkei zwischen Sasonow und den Herren Sykes und Picot. Indem wir den Leser auf unsere bezügliche Veröffentlichung verweisen[2]), werden wir nur daran erinnern, daß dies grandiose Programm tatsächlich weit über den Rahmen des Realisierbaren hinausging. Es konnte auch nicht anders sein, da ganz offenkundig der Besitzübergang Konstantinopels und der Meerengen samt den Ufern und Inseln an Rußland in einem solchen Grade die Pläne und Interessen des englisch-französischen Imperialismus verletzte, daß als Bedingung für die nur theoretische Annahme eines solchen Besitzwechsels nur die englisch-französische Aufteilung des ganzen Ottomanenreiches, ganz Vorderasiens gestellt werden sollte und mußte.

Die Instruktion an Iswolski anläßlich der Pariser Alliierten-Märzkonferenz (1916) stellt tatsächlich in erste Linie die Unversehrtheit des Abkommens über Konstantinopel und die Meerengen; im Zusammenhang damit hat auch Iswolski sich daran zu erinnern, daß „wir bereit sind, Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der Westgrenzen Deutschlands zu gewähren". Ohne Zweifel „ist die Freiheit der Grenzbestimmung zwischen uns und Deutschland mit Österreich" eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Viel

---

[1]) W. Churchill, „Weltkrisis", 1915, II, S. 188.

[2]) „Die Aufteilung der asiatischen Türkei" (Redaktion E. Adamow), Moskau 1924.

wichtiger war es, die volle Freiheit der „Großmut" hinsichtlich Polens zu behalten.

Ende Sommer 1915 wurde in Petersburg die Frage des Zeitpunktes der Besetzung Petrograds durch die Deutschen erörtert[1]), die Minister versuchten zusammen mit Sasonow Rußland zu retten, indem sie kollektiv gegen den Entschluß Nikolaus' II., den Platz von Nikolai Nikolajewitsch einzunehmen, protestierten und eine unvermeidliche Revolution prophezeiten, wenn Kriwoschein (oder Poliwanow) nicht den Platz Goremykins einnähmen. Die Retter erlitten einen vollen Mißerfolg. Indessen war die zweite Hälfte des Jahres 1915 durch Streiks in den bedeutendsten Petrograder Werken ausgefüllt, und ganz Rußland erwartete mit Ungeduld die „Veränderung", wie der damalige volkstümliche Ausdruck hieß.

In Europa organisierte und entwickelte sich der revolutionäre Kern der künftigen III. Internationale. Zimmerwald und Kiental waren bereits überwundene Etappen. Die sozialistischen Parteien spalteten sich, und die Linksminderheiten gewannen einen solchen Einfluß auf die Arbeitermassen, daß die „regierenden" Parteimehrheiten gezwungen waren, auf die unbedingte Unterstützung der „Regierungen der Verteidigung" zu verzichten und die Bekanntgabe der Kriegsziele zu fordern. In Frankreich war der wundeste Punkt die Frage der „russischen Ziele", die zu unvolkstümlich waren auch in bürgerlichen Schichten, und zugleich den „Sozialpatrioten" den Vorwand gaben, die „Wiedergutmachung des Unrechts von 1871" zu fordern und gleichzeitig gegenüber dem russischen Imperialismus ihre antiannektionistische Unschuld zu demonstrieren. Darüber schreibt beunruhigt Iswolski in seinem Briefe vom 16./29. August 1916, der zu verstehen gab, daß von dieser Seite Gefahr droht.

8. *Italiens Stellung zur Konstantinopel- und Meerengenfrage*

Die Information des Marquis Carlotti in Petrograd war ergiebig, wie sein Telegramm vom 26. Februar 1915 beweist. Als ein vorläufig beiseite stehender Beobachter orientiert er sich über die Vorgänge nicht schlecht und kommt zu ihrer richtigen Wertung; er meint, daß England die Unterhandlungen über Konstantinopel verschleppe und vorziehe, ohne Hilfe Rußlands an den Dardanellen weiterzukommen, solange Hoffnung auf einen leichten oder wenigstens schnellen Erfolg dieser Operation bestehe.

---

[1]) A. Poliwanow, „Memoiren" (Redaktion A. Sajontschkowski), Moskau 1924. [Vgl. „Rußland auf dem Wege zur Katastrophe", D. V. G. 1926, Tagebücher Poliwanows, S. 283.]

Die Operation rief in Italien Sympathie und Befürchtungen hervor; die Sympathie basierte auf der Aussicht der Wiederaufnahme des Handels (und der Getreidezufuhr) mit dem Süden Rußlands, die Befürchtungen wuchsen aus der Möglichkeit „einer Liquidation des türkischen Reiches" ohne Teilnahme Italiens an seiner Aufteilung. Nach dem Zeugnis des russischen Botschafters in Rom, A. Krupenski, „lassen diese Befürchtungen" Viele zugunsten eines Auftretens Italiens auf seiten der Ententemächte hinneigen, zugleich verloren sie die Hoffnung auf ein freiwilliges Entgegenkommen Österreich-Ungarns, Gebietszugeständnisse zugunsten seines unsicheren Verbündeten zu machen.

Die Frage der Teilnahme Italiens am Krieg selbst wird mit der Diskussion der drei Regierungen über die Frage der Teilnahme Italiens an der Dardanellenoperation verbunden. Für Sasonow trat alles Andere hinter der Befürchtung zurück, ob sich diese Teilnahme nicht im weiteren Schicksal des Konstantinopelabkommens fühlbar machen werde. Hängt davon das Auftreten Italiens ab, so zieht er es vor, ohne Italien auszukommen wie auch ohne die Balkanstaaten. Aber andererseits bleibt er sich treu und ist bereit, „jede Vereinbarung (wie er am 5. März Paléologue erklärte) anzunehmen, die Frankreich und England getroffen hätten, und durch die die Mitarbeit Italiens unter der Bedingung gesichert wäre, daß die Meerengen und die ihnen anliegenden Gebiete außerhalb des italienischen Aktionskreises befindlich angesehen würden".

Man könnte das als eine Manie betrachten. Denn Sasonow äußerte doch am 8. März Paléologue gegenüber den rätselhaften Satz, als die französische Regierung das Versprechen gab, das Ihrige zur Lösung der Konstantinopelfrage zu tun:

„Ihre Regierung hat der Allianz soeben einen unschätzbaren Dienst geleistet. . . . Einen Dienst, von dem Sie vielleicht gar keine Ahnung haben . . .[1]."

Aber auch dieser Satz und diese maniacalische Hartnäckigkeit lassen sich, wenn auch nicht ganz, so doch im wesentlichen durch die Annahme erklären, daß auch Sasonow begriff, wie unmöglich es war, Rußland zu zwingen, bis „zum siegreichen Ende" Krieg zu führen, ohne zum „byzantinischen Traumgebilde" zu greifen, das, wie sich Paléologue ausdrückte, „die öffentliche Meinung so sehr gefangen nahm, daß sie sich beinahe gleichgültig gegenüber den militärischen Mißerfolgen und Verlusten verhielt." Wir sagen „nicht ganz", da wir an das Memorandum Sasonows (an Paléologue und Buchanan vom 7. März/22. Februar) denken, das mit den Worten beginnt: „Da die großbritannische und die französische Regierung anscheinend der italienischen Mitarbeit eine gewisse Bedeutung beimessen, beabsichtigt

---

[1]) Paléologue, „Am Zarenhof während des Weltkrieges", Bd. I, S. 296.

Herr Sasonow nicht, sich ihr zu widersetzen." Es handelte sich immerhin um „eine Million Gewehre", wie Grey Sasonow gegenüber mit Nachdruck erklärte; dem russischen Außenminister erschien die Kriegslage in einem solchen Lichte, daß er offenbar eine solche Nichtigkeit verschmähte und es auf jeden Fall für notwendig hielt, die sechs Monate früher in Aussicht genommenen Bedingungen einer „Belohnung" Italiens zu schmälern, indem er anscheinend daran dachte, Valona „zu sparen". Dieser Umstand könnte tatsächlich den Gedanken anregen, daß sich Sasonow an die englische und französische Diplomatie mit jener Selbstverleugnung auswärtigen Gönnern gegenüber anpaßte, die Rosen für eine psychologische Eigenart der Staatsmänner des Kaiserlichen Rußland hielt[1]); oder daß die russische Kaiserliche Regierung gegenüber Italien, Griechenland usw. von Gefühlen der Eifersucht, Angst und des Mißtrauens erfüllt war, da mit dem Bewußtsein ihrer Abhängigkeit und mit dem Erscheinen neuer Anwärter der Gedanke der Annäherung an Italien auf die Gunst der Gewalthaber verbunden waren; anscheinend kam ihm der Gedanke einer Annäherung an Italien gar nicht in den Sinn, der bei den Petrograder Herrschern, die an einem Tische mit den Staatsmännern Londons und Paris' saßen, eine feindliche und verächtliche Stellungnahme hervorrief. „Die Welt" mit einem Lande wie Italien oder sogar mit Griechenland oder Bulgarien nach einem zweiten „vaterländischen Kriege" auf dem internationalen Petrograder (wie man bereits sagte) Kongreß zu teilen, schien unwürdig und unsinnig vom Standpunkte des Kurses, der in Richtung der Großmachts-„Welt"-Politik eingeschlagen war.

Um Konstantinopel und den Meerengen die Bedeutung zu verleihen, die als Ziel und Grundlage dieser ganzen Politik erschien, mußte man sie nicht als Ende, sondern als Beginn betrachten, als einen Weg zur Mittelmeerarena — für die erste Zeit. Man mußte sich

---

[1]) Tatsächlich spielte hier der Umstand eine große Rolle, den ein aufmerksamer Berufsbeobachter ausgezeichnet notierte, nämlich ein amerikanischer Geschichtsprofessor, der in der Abteilung „Kriegsinformation" des Generalstabes der Vereinigten Staaten arbeitete:

„Zur Zeit, wo die reaktionären Monarchisten ganz von den Gefühlen der nationalen Einheit durchdrungen waren, von denen sie die Erstarkung der zaristischen Regierung erwarteten," hoffte die liberale Bourgeoisie, „die den unvermeidlichen Zusammenbruch der kraftlosen und käuflichen zaristischen Bürokratie voraussah, daß die liberalen Organisationen die Oberhand gewinnen würden; in der Hauptsache verließ sie sich auf die Kraft ihrer Verbindungen mit den Alliierten, um den Sieg der parlamentarischen Institutionen zu sichern." — A. Dennis, „The Foreign Policies of Soviet Russia", New York 1924, S. 4.

Bekanntlich schwankte Sasonow zwischen diesen beiden Lagern, indem er sich immer mehr dem letzteren zuneigte, je mehr die hoffnungslose Situation des ersten Lagers ins Bewußtsein drang, er hielt sich für den Hauptverbindungsmann zwischen den Alliierten und dem bürgerlich-konstitutionellen Lager.

deshalb eine Position in der Osthälfte des Mittelmeeres sichern. Von diesem Standpunkte aus ist auch das Bestreben verständlich, die Schöpfung einer großgriechischen Seemacht zu verhindern, wie auch der Widerstand gegen die italienischen Aspirationen an der dalmatinischen Küste (Streit um Sabbioncello) endlich der Versuch selbst irgendwie an die Palästinaküste heranzukommen. Alles dies mußte dazu führen, daß sich bei den Alliierten eine Anschauung herausbildete, die der Formel „nicht Anfang, sondern Ende", direkt entgegengesetzt war. Außerdem mußten die Alliierten nicht nur für alle Fälle auf die Auffüllung ihrer Armeen, soweit es nur möglich war, bedacht sein, um französisches und englisches Blut zu sparen, sondern mußten sich auch speziell versichern lassen, in Voraussicht (siehe oben den Brief Churchills an Grey) eines unvermeidlichen Zusammenbruchs Rußlands. Deshalb lassen sich Grey und Delcassé in der Frage der Gesinnung Italiens nicht erschüttern, der Erstere droht Sasonow, daß die Vernachlässigung Italiens „die traurigsten Folgen" haben kann, von deren Charakter uns Churchill einen Begriff gegeben hat.

Sasonow kapitulierte natürlich, indem er versuchte, noch besondere Bedingungen für die Zulassung Italiens zur Koalition zu erkämpfen; die Hauptbedingung war: Festsetzung einer Monatsfrist bis zur Eröffnung von Kriegshandlungen seitens Italiens. Dieser Versuch mißfiel Grey außerordentlich, er schlug Sasonow vor, „die Lage von diesem (d. h. englischen) Gesichtswinkel aus zu betrachten", denn „vom russischen Standpunkt aus kann die Mitarbeit Italiens gleichgültig sein, aber für uns — und ich spreche in diesem Falle für die englischen Kriegs- und Seemachtskommandostellen — ist die italienische Mitwirkung und ihr Einfluß auf die neutralen Länder von außerordentlicher Bedeutung" [1]).

Zu einem delikateren Griff nahm die französische Regierung ihre Zuflucht: Poincaré wandte sich mit einem Telegramm an Nikolaus II., der sofort „seine Regierung bevollmächtigte, den italienischen Forderungen weite Zugeständnisse zu machen, obwohl diese Forderungen sehr beträchtlich und in vielen Punkten in Widerspruch zu den Bestrebungen der slawischen Völker stehen, deren Aufopferung Gefahren für die Zukunft voraussehen läßt" [2]).

Indem die russische Regierung somit auf die Drohung Greys mit einer Drohung an die Adresse Poincarés antwortete, gab sie ihr Einverständnis unter der Bedingung, daß die Neutralisierung der Ostküste des Adriatischen Meeres Montenegro nicht berühren und der Teil, der nicht an Italien fallen würde, restlos zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro und Griechenland aufgeteilt würde, um der italienischen Expansion auf der Balkanhalbinsel einen Riegel vor-

---

[1]) Memorandum der englischen Botschaft in Petrograd vom 20. April 1915.
[2]) Telegramm Nikolaus' II. vom 8./21. April 1915.

zuschieben. Darauf „erhielt Sir George Buchanan Instruktion, Herrn Sasonow der völligen Zustimmung Sir Eduard Greys zur Haltung zu versichern, die Sasonow jetzt gegenüber Italien eingenommen hat", wie ferner zu erklären, daß „Sir Eduard Grey die Konstantinopel- und Meerengenfrage nicht mehr aufwerfen wird"[1]), woraus man schließen könnte, daß es nach Aufwerfung dieser Schicksalsfrage und ihrer Auswirkung notwendig war, die russische Regierung hinsichtlich des „byzantinischen Traumgebildes" zu beruhigen. Sasonow seinerseits beeilt sich dies Versprechen zu protokollieren, „indem er feststellt, daß Sir Eduard Grey ebenso wie er selbst die Konstantinopel- und Meerengenfrage für endgültig geregelt betrachtet"[2]). Durch den Notenaustausch erfolgt eine Bestätigung, daß die früheren alliierten Vereinbarungen anläßlich des Anschlusses Italiens an die Koalition der Ententemächte nicht überprüft werden dürfen. Die Unruhe der Petrograder Regierung, daß Italien, das von der bereits erfolgten „endgültigen" Lösung dieser Frage nicht im voraus unterrichtet war, protestieren, ihre Überprüfung fordern und von England und Frankreich dabei unterstützt werden könnte, war somit zur Hälfte beschwichtigt.

Unmittelbar nach der Kriegserklärung an die Türkei[3]) warf Italien unverzüglich in London die Frage nach der Mitteilung der Vereinbarungen auf, die in der Konstantinopelfrage getroffen waren. Grey schlug vor, Italien den Inhalt der Vereinbarung mitzuteilen, und, falls es sich wohlwollend zu ihr verhalten sollte, ihm das Anerbieten zu machen, sich ihr anzuschließen. Sasonow zog vor, diese Mitteilung bis zu dem Augenblick zu vertagen, in dem Italien Artikel 2 der Londoner Konvention vom 13./26. April 1915 erfüllt hätte, d. h., nicht nur gegen die Türkei sondern auch gegen Deutschland aufgetreten wäre. Erst am 26. Mai 1916 verwirklichte Grey seine Absicht und machte dem italienischen Botschafter in ganz allgemeiner Form von der Vereinbarung Mitteilung. Am 6. September bevollmächtigte Stürmer Iswolski und Benckendorff, in Paris und London den Entwurf einer Mitteilung zu übergeben und durchzusprechen, die von den alliierten Botschaftern in Rom der italienischen Regierung über das von England und Frankreich gegebene Einverständnis mit dem Anschluß der ganzen Meerengensphäre samt den Inseln zwischen den Linien Enos—Midia und dem Flusse Sakaria gemacht werden sollte, als auch den Inhalt der Vereinbarung bezüglich der Aufteilung der Asiatischen Türkei. Jedoch erfolgte diese Mitteilung am 5. Oktober in der Form, daß man Imperiali Einsicht in die Dokumente gewährte, die sich auf diese Vereinbarungen bezogen, und von denen die zweite, nämlich diejenige betreffs der Aufteilung der Asiatischen Türkei, be-

[1]) Memorandum vom 22. April 1915.
[2]) Memorandum vom 9./22. April 1915.
[3]) 8./21. August 1915.

kanntlich hinter dem Rücken, ohne Kenntnis und Teilnahme Italiens als eines nicht vollberechtigten Alliierten abgeschlossen worden war. Das Memorandum der italienischen Regierung vom 19. November 1916 verzeichnet auch voller Bitterkeit diesen Umstand und benachrichtigt die russische Regierung, die italienische Regierung sei bereit, sich mit dem Wunsch der russischen Regierung unter der Bedingung einverstanden zu erklären, wenn der Krieg bis zum siegreichen Ende geführt würde, und die italienischen Bestrebungen im Orient und an anderen Orten erfüllt wären.

Das Telegramm Stürmers vom 6./19. November 1916 an Iswolski und Benckendorff ist der Ausdruck völliger Zerfahrenheit. „Seinerseits" hätte es Stürmer „für notwendig gehalten, gewisse Einschränkungen hinsichtlich der Bedingungen zu machen, die die Italiener hinsichtlich der Anerkennung Konstantinopels und der Meerengen für uns erheben, angesichts gewisser Verpflichtungen, die Italien uns gegenüber noch 1909 in Racconigi übernommen hat". Er „erachtete auch die Ausdehnung des italienischen Besitzes in Richtung der Meerengen nicht gemäß unseren Interessen". Die Aspirationen Italiens in Kleinasien hält er für überspannt, tröstet sich aber damit, daß sie hauptsächlich die französische und englische Zone berühren. Alle seine Instruktionen an die Botschafter laufen darauf hinaus, daß es vorzuziehen wäre, der italienischen Regierung in London und nicht in den drei Hauptstädten separat, d. h. gemeinsam und nicht einzeln zu antworten. Giers, der Krupenski in Rom ersetzte, versucht die Petrograder Regierung aufzustacheln: „Italien", erklärt er, „hat kein Recht, die Frage einer Anerkennung oder Nicht-Anerkennung unseres Besitzes von Konstantinopel und den Meerengen aufzuwerfen", da die entsprechenden Vereinbarungen mit Frankreich und England vor dem Eintritt Italiens in den Bund getroffen wurden. Beiläufig war dies zu Beginn der Unterhandlungen über den Eintritt Italiens sogar der Standpunkt des Londoner Kabinetts. Jedoch ließ Neratow, der nach der Demission Stürmers am 10./23. November als Leiter des Außenministeriums im Amte blieb, in Petrograd gewissenhaft die Frage nach der Unterschrift auf den berüchtigten „Wechsel" auch seitens der italienischen Regierung erledigen, wogegen natürlich weder die englische noch die französische Regierung irgendwelche Einwände fanden. Eine besondere Sorgfalt verwandte Neratow darauf, um von der italienischen Regierung eine Erklärung zu erzwingen, daß die Vereinbarung von Racconigi, an die Giers ihn erinnert hatte, in Kraft bliebe. Sonnino, der dies nicht verstehen konnte, sah in dieser Hartnäckigkeit eine Falle (offenbar im Hinblick auf die Balkanpolitik) und verweigerte hartnäckig diese Einschränkung. Man einigte sich endlich darauf, daß die unterschriebene Vereinbarung in nichts „den Geist der Vereinbarung von Racconigi ändert", was Neratow befriedigte.

In sachlicher Hinsicht wurde am 2. Dezember (19. November) 1916 dem englischen und französischen Dokument, das unter den bekannten Bedingungen das Recht Rußlands, Konstantinopel und die Meerengensphäre zu annektieren, bestätigte, ein italienisches Dokument völlig gleichlautenden Inhaltes beigefügt. Mit anderen Worten wurde als Bedingung für diese Annexion noch die Verwirklichung „der Bestrebungen Italiens im Orient und in anderen Orten, wie im russischen Memorandum ausgeführt ist" erhoben — und diese Formel wurde seitens des italienischen Außenministers vollauf gewürdigt. Sind diese „Bestrebungen" Italiens im Orient verwirklicht? Hatten sie Aussicht auf Verwirklichung? Wird ihre Verwirklichung nicht von irgendeinem der beiden früheren „Wechselgeber" gestört? Diese Fragen interessierten schon niemand mehr. „Der auf Konstantinopel bezügliche Abschnitt der ministeriellen Erklärung", verzeichnete am 4. Dezember Paléologue, „hat im Publikum keinen größeren Widerhall geweckt als in der Duma. Es ist derselbe Ausdruck der Gleichgültigkeit und Verwunderung, als hätte Trepow[1]) eine alte beliebte aber längst vergessene Utopie ausgegraben. Ich beobachte dies allmähliche Erblassen des byzantinischen Traumes in der nationalen Seele bereits seit einigen Monaten. Der Zauber ist dahin[2])."

9. Die Stellung Rumäniens, Serbiens, Japans und der Vereinigten Staaten von Amerika

Die Begegnung in Konstanza hatte, wie wir gesehen haben, zum Ziele, sich um jeden Preis bei einem Kriege mit Deutschland und Österreich-Ungarn die Unterstützung Rumäniens zu sichern. Deshalb wurden alle Verführungskünste angewandt, um Rumänien zum gemeinsamen Auftreten in Konstantinopel in der Meerengenfrage heranzuziehen. Die von Sasonow beabsichtigte „Verführung" der rumänischen Eigenliebe war insofern erreicht, als die rumänische Regierung versuchte, eine Versicherung der bevorstehenden Internationalisierung der Meerengen durchzusetzen und „nicht zuzulassen", daß er (Sasonow) in dieser Frage Unterhandlungen führt, ohne uns über ihren Gang zu informieren und ohne sogar zu versuchen, unsere Meinung kennenzulernen[3]). Diese Ansprüche wurden durch die einfache Negierung der Tatsache der laufenden Unterhandlungen und dann des Abschlusses des Abkommens pariert. Eine große Virtuosität und Vorliebe für dies diplomatische Spiel bewies Paléologue. Grey zog es vor, in der Lage zu sein, auf anständigere Weise die Fragen zu beantworten, die an ihn gerichtet und inoffiziell von ihm genügend

---

[1]) Der neue Regierungschef.

[2]) M. Paléologue, „Am Zarenhof", 1925, II, S. 279.

[3]) Telegramm des rumänischen Außenministers Porumbaro an den Gesandten in Petrograd Diamandi vom 18. Januar 1915.

klar beantwortet wurden; Sasonow war einverstanden, ihn in die Möglichkeit zu versetzen, Rumänien hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Interessen im Schwarzen Meere und an den Meerengen zu beruhigen. Bratianu beharrte auf folgender Formulierung der Position Rumäniens: Rumänien, das an dieser Frage sehr interessiert ist, rechnet auf die Unterstützung Englands und Italiens, vertagt aber diese Frage bis zum Kriegsende, indem es sich in dieser Hinsicht für frei betrachtet, da ihm offiziell von der getroffenen Vereinbarung nichts bekannt ist[1]). Die nächste Aufgabe der rumänischen Politik war bekanntlich die Bildung „Großrumäniens" auf Kosten Österreich-Ungarns[2]).

Die Schlußfolgerung Trubetzkois, daß von allen Balkanstaaten nur Serbien die Festsetzung Rußlands an den Meerengen „wünsche", ist nur insofern berechtigt, als diese Festsetzung, ohne unmittelbar das großserbische Programm zu berühren, tatsächlich als Sicherung gegen Bulgarien und Rumänien erschien, und Serbien für die nächste Zukunft eine Unterstützung der russischen Regierung gegen die italienische Regierung versprach.

Unsere Dokumente zeigen eine gewisse Annäherung zwischen der japanischen und der rumänischen Diplomatie. Jedoch wurde in Japan die Frage eines Bündnisabschlusses mit Rußland auf die Tagesordnung gesetzt[3]). Die japanische Regierung, die zum Anschluß an die antideutsche Koalition neigte, zog im September 1915 in London über die unter den Alliierten getroffenen Vereinbarungen Erkundigungen ein. Grey schlug vor, die Einzelheiten des Abkommens mit Italien, das die Adria betraf, zu verschweigen, aber alles mitzuteilen, was sich auf das Ägäische Meer bezog; ebenso ferner die Unterhandlungen über die Aufteilung der Asiatischen Türkei zu verheimlichen, aber das Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen mitzuteilen. Die Mitteilung des Abkommens an die japanische Regierung erfolgte am 30. November 1916 vor der Veröffentlichung durch die Regierungserklärung Trepows in der Reichsduma.

Das Friedensprogramm Wilsons hinderte die Regierung der Vereinigten Staaten keineswegs, sich auf den Standpunkt der Unantastbarkeit der Kriegsvereinbarungen zu stellen. Die Erklärung der russischen Provisorischen Regierung über den „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" rief, nach der Mitteilung des russischen Geschäftsträgers in Washington „eine besondere Verwirrung" hervor[4]). Die Note Lansings vom 4. Juni fordert von der Provisorischen Regie-

---

[1]) Poklewski an Sasonow am 8./21. August.

[2]) Die Fragen der Balkanpolitik werden im zweiten Bande dieser Ausgabe ausführlicher behandelt.

[3]) Die japanische Presse verwies darauf, daß dies Bündnis die einzige Sicherung der japanischen Interessen in China gegen eine „dritte Macht" wäre.

[4]) Telegramm Onous vom 12./25. Mai 1917.

rung die Fortsetzung des Krieges mit der früheren Energie und eine „gewissenhafte Erfüllung der Bundesverpflichtungen". In derselben Zeit setzte sich die amerikanische Regierung zur Aufgabe, einen überwiegenden Einfluß auf die Provisorische Regierung zu gewinnen, ohne vor großen Finanzoperationen zurückzuschrecken, dabei hatte sie ein doppeltes Ziel: Festigung des amerikanischen Einflusses in Rußland selbst und Ausnutzung Rußlands als einer Hilfsmacht, falls es beim Friedensabschluß möglich sein sollte. Es war verführerisch, das Programm Wilsons mit den Prinzipien der Provisorischen russischen Regierung in dieser Weise zu kombinieren, um die Durchführung jener Kriegsabkommen zu verhindern, die Amerika aus irgendwelchen Amerika interessierenden Gebiete ausschlossen. Deshalb war der Erfolg der von der Provisorischen Regierung aufgeworfenen Frage eines Widerstandes gegen die italienischen Aspirationen in Kleinasien gesichert, und diese Frage erweckte in Washington die Absicht, „die Alliierten zu veranlassen, auf ihre Eroberungsbestrebungen in der Türkei zu verzichten" [1]).

10. Versuche eines Sonderfriedens und die Meerengenfrage

Zu einer unmittelbaren Gefahr für die Krone Nikolaus' II. wurden dieselben „reaktionären Monarchisten", die den Glauben an die Erstarkung der Selbstherrschaft durch den Krieg verloren hatten und den Kampf mit der Kaiserin (und Rasputin) aufnahmen, indem sie versuchten, um irgendeinen Preis sich selbst vor dem nahenden Sturm zu retten. Hier sprossen unterirdische Intrigen, die zum Ziele hatten, den Krieg „ehrenvoll" zu liquidieren, wenn auch durch einen Sonderfrieden [2]). Infolge ihrer Konspiration und größten Scheu ist es schwer, diese Versuche zu fixieren. Eine Erfolgschance und eine Möglichkeit zur Besiegung der patriotischen Opposition hätten gewinkt, wenn man ganz dieselben „Rechtfertigungen" hätte vorbringen können, nämlich die Verwirklichung „der geschichtlichen Aufgaben" oder wenigstens ihren Anschein. Die innere Lage Rußlands wurde in Deutschland nicht minder in Betracht gezogen als in den alliierten Ländern. So kam es im Juli 1916 zu den Stockholmer Unterhandlungen des Finanzbeirates bei der deutschen Mission, Warburg mit Protopopow [3]) und denselben „anständigen Rechten", dem Grafen Olsufjew,

---

[1]) Telegramm Bachmetjews aus Washington vom 18./31. August 1917.

[2]) Buchanan erzählt in seinen „Erinnerungen" von einem Brief des Grafen Eulenburg an den Grafen Frederiks, der ihn Anfang Dezember 1915 Nikolaus II. zur Kenntnis brachte, ferner von einem Versuch des Großherzogs von Hessen, durch Vermittlung der Hofdame Wassiltschikow Sonderfriedensaussichten zu sondieren. „Meine Mission", Kap. XVIII, 1915, S. 137. Den Stockholmer Zwischenfall erwähnt er nur flüchtig. Kap. XX, 1916, S. 149.

[3]) Damals noch Vizepräsident der Reichsduma.

den die Kadetten in Moskau zu einer gemeinsamen Agitation zugunsten des „byzantinischen Traumes" heranziehen wollten. Die Schwäche der Protopopow-Regierung wird am besten dadurch charakterisiert, daß Protopopow Buchanan um Schutz gegen die Dumaopposition ersuchte, indem er den englischen Botschafter anflehte, durch Rodsjanko einen Druck auf die Reichsduma auszuüben. Nicht minder charakteristisch ist das Telegramm Protopopows (als er schon das Innenministerium verwaltete) an den Gesandten Nekludow mit der Bitte zu telegraphieren, er und „die Gesellschaft" hätten der Unterhaltung Protopopows mit Warburg nicht widersprochen, einer Unterhaltung, von der Protopopow, Nekludow „im Augenblick der Abfahrt zum Bahnhof" informiert hatte. Nekludow forderte als Antwort die Demission Protopopows, indem er sonst mit der eigenen Demission drohte. Eine Information des italienischen Botschafters, die Vertrauen verdient (und von einem Zeugen der Unterhaltung stammt), erwähnt den Punkt „der Freiheit der Schiffahrt in den Dardanellen", der, wie Warburg sagte, für den Abschluß des Friedens kein Hindernis bilden würde. In seinem Briefe an den neuen Außenminister Pokrowski schrieb Nekludow u. a., daß er Protopopow wegen des wahrscheinlichen Verlaufes der Unterhaltung gewarnt und vorausgesagt habe, daß auch die Rede von „einem russisch-deutschen Kondominium in Konstantinopel" sein würde. Dieser Zwischenfall ist offenbar deshalb wichtig, weil er sehr deutlich bewies, welche innerpolitische Bedeutung die Konstantinopel- und Meerengenfrage nach allgemeiner Vorstellung hatte, und wie offenkundig es war, daß die Romanow-Monarchie, die keine Mittel zur Fortsetzung des Krieges besaß, auch keine Mittel zum Abschluß des Friedens hatte.

Die Hauptbedeutung dieses Zwischenfalls für die Geschichte des uns interessierenden Abkommens über Konstantinopel und die Meerengen besteht darin, daß eben in diesem Zusammenhang die Frage der Veröffentlichung des Abkommens, nach unserer Meinung im hohen Grade verschärft wurde, und die Alliierten seine Veröffentlichung durchzusetzen versuchten, besonders die englische Regierung, während man auf russischer Seite zu schwanken begann, und später auch der offene Versuch gemacht wurde, sich diese Veröffentlichung überhaupt vom Halse zu schaffen[1]).

11. Die Unterhandlungen über die Veröffentlichung des Abkommens

Im Frühjahr 1916 äußerte sich Grey, daß es wünschenswert sei, das Konstantinopel- und Meerengenabkommen im Interesse der Be-

[1]) Über die Versuche des Sonderfriedens vgl. folg. Kap. und die Dokumente in dem Buche W. Semennikows: „Die Politik der Romanows am Vorabend der Revolution". Staatsverlag Moskau 1926.

hebung verschiedener „Zweifel“ in der russischen Öffentlichkeit zu veröffentlichen. Er schwankt noch, ob man auf diese Weise „die Treue“ Rußlands zu den Alliierten unterstützen solle, oder ob nicht vielmehr zu befürchten wäre, daß sie in den neutralen Ländern einen schlechten Eindruck hervorrufen würde. Anscheinend sollte der Brief des Königs Georg diese Veröffentlichung ersetzen. Dieser Brief war vom Wunsche beseelt, den Glauben an „den byzantinischen Traum“ und die Zuverlässigkeit der englischen Regierung zu stärken, die in Rußland nach dem Verzicht auf die Fortsetzung der Dardanellenaktion sehr bezweifelt wurde. Nicht nur in Rußland — nicht nur Churchill sondern auch Liman v. Sanders und der amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Morgentau (und nach der Angabe des letzteren „ganz Konstantinopel“) — waren der Überzeugung, daß der Dardanellendurchbruch eine unabwendbare Möglichkeit war, deren Verzicht allgemeine Verwunderung in Konstantinopel hervorrief. Nikolaus II. antwortete am 29. August Georg, gewisse „einzelne Personen“ schenkten der Aufrichtigkeit Großbritanniens kein Vertrauen, aber er hoffe, mit ihnen fertig zu werden; um „die Geister zu beruhigen“ und „das Mißtrauen zu zerstreuen“, wäre es jedoch nützlich, bekanntzugeben, daß „England und Frankreich den russischen Besitz Konstantinopels und der Meerengen als unerläßliche Friedensbedingung betrachten“. Grey war natürlich damit einverstanden, sprach jedoch noch immer die Befürchtung aus, welchen Eindruck diese Mitteilung in Indien und Afghanistan machen müßte. Er ersuchte am 16. September 1916 um eine kleine Vertagung. In der Mitteilung Stürmers an Benckendorff vom 18. September spricht er davon, „wie wünschenswert es sei, der russischen öffentlichen Meinung eine Genugtuung zu geben“, schlägt aber trotzdem Benckendorff vor, nur in dem Falle darüber zu sprechen, wenn Grey diese Frage selbst aufwerfen würde. Nachdem Harding wie Grey selbst mit Benckendorff gesprochen hatten, und Grey erklärte, daß bereits die Einleitung zu den Dokumenten fertig wäre und es sich jetzt nur noch um Frankreich handelte, antwortet Stürmer auf die Mitteilung Benckendorffs in einem sehr interessanten Telegramm vom 13. Oktober/30. September 1916:

„Bei Unterhandlungen mit Lord Grey über die Veröffentlichung der Vereinbarung über Konstantinopel und die Meerengen belieben Sie in Betracht zu ziehen, daß ich keineswegs auf der sofortigen Festsetzung des Veröffentlichungstermins bestehe, wenn ich diese Frage aufwerfe. Es ist begreiflich, daß zur Ausschaltung aller auf diesem Wege befindlichen Hindernisse eine gewisse Zeit erforderlich sein wird.“

Indessen fürchtete Grey gerade den Zeitverlust und korrespondierte mit Briand wegen der Redaktion der Einleitung zu den zu veröffentlichenden Dokumenten. . . . Auf dem Telegramm Benckendorffs

vom 5./18. Oktober, das diese Bemühungen Greys mitteilt, erscheint der vielsagende eigenhändige Vermerk des russischen Kaisers: „Man darf sich nicht beeilen“ (Zarenhauptquartier, 12. Oktober 1916).

Die Rollen sind so vertauscht, daß Buchanan schon Grey durch Mitteilungen beruhigen muß, Stürmer stehe „der Veröffentlichung völlig sympathisch gegenüber“. Nachdem jedoch Buchanan im Auftrage Greys mit Stürmer „aufrichtig“ die Lage Rußlands durchgesprochen hatte, „teilte er ganz seine (Stürmers) Meinung“, daß der jetzige Augenblick für die Veröffentlichung des Abkommens nicht geeignet wäre, und man wenigstens eine Besserung der Lage in Rumänien abwarten müsse. Nachdem Buchanan dies Zugeständnis gemacht hat, hält er es nichtsdestoweniger für angebracht, „Rußland daran zu erinnern, daß es von der siegreichen Beendigung des Krieges abhängt, ob es einen freien Zugang zum Mittelmeere erhielt, ohne dabei etwas über Konstantinopel gesagt zu haben“, — Stürmer verhielt sich auch demgegenüber ablehnend.

Als Buchanan am 10. November die aufrichtige Unterhaltung mit Stürmer fortsetzte, erklärte er, daß es seiner Meinung nach „notwendig wäre, ein Mittel gegen einen solchen offenbaren Niedergang der Stimmung zu finden, und wir deshalb erklären müssen, daß Rußland Konstantinopel erhält“. . . . Auch Paléologue hat sich für die unaufschiebbare Veröffentlichung ausgesprochen. Stürmer antwortete, er sei einverstanden, aus diesem Anlaß „Verhandlungen zu beginnen“.

Am 11. November bestand Grey im Gespräch mit Benckendorff darauf, daß „die russische öffentliche Meinung völlig informiert und beruhigt werden sollte“.

In Paris stand es trotz der Unterstützung Buchanans durch Paléologue anders. Wie Iswolski am 12. November mitteilte, befürchtete die Regierung der Republik, die Veröffentlichung des Abkommens würde der sozialistischen Opposition eine Waffe liefern; selbst innerhalb des Außenministeriums gäbe es viele Gegner dieses Abkommens. Trotzdem konnte es Paléologue sich gewiß gemeinsam mit Buchanan leisten, diese diplomatische Intervention in die innere Politik der russischen Regierung durchzuführen. Der eigentliche Anlaß zur Veröffentlichung war die Notwendigkeit, durch diesen diplomatischen Erfolg das Manifest zu kompensieren, das den autonomen Aufbau Polens versprach, — die letzte Errungenschaft Sasonows, die ihm das Portefeuille des Außenministers kostete. Briand beeilte sich, den Eindruck zu verwischen und sich von dem Vorwurf zu befreien, er wünsche die Veröffentlichung zu verzögern.

Eine neue Schwierigkeit entstand bei der Entdeckung, daß die Veröffentlichung des Abkommens angesichts der schweren Kriegslage einen katastrophalen Eindruck in Rumänien hervorrufen würde. Man begann in aller Eile, die rumänische Regierung auf diese Mit-

teilung „vorzubereiten", indem man ihr erklärte, daß sie beim Besitzübergang Konstantinopels und der Meerengen in russische Hände nichts verlieren würde. Neratow verfiel auf den originellen Gedanken, nur das englische Vorwort zu veröffentlichen, ohne die Dokumente zu publizieren. Als Grey damit einverstanden war, war Neratow, der anscheinend nicht ganz davon überzeugt war, daß dieser Ausweg aus der Lage sehr bequem wäre, schon bereit, der Veröffentlichung der Dokumente nicht zu widersprechen, wenn es die französische oder italienische Regierung wünschen sollte. Jedoch äußerten diese Regierungen nicht nur den Wunsch, sondern sprachen sich dahin aus, daß auch die englische Einleitung nicht veröffentlicht werden sollte.

Welchen Eindruck in Petersburg die Erklärung Trepows, soweit sie das Abkommen berührte, hervorgerufen hat, wissen wir. Wir wissen auch, welche Befürchtungen vor dem Eindruck ausgesprochen wurden, den die Veröffentlichung in Frankreich machen würde. Tatsächlich aber geschah wenigstens im ersten Augenblick, wenn man den Eindrücken Iswolskis glauben darf, das Gegenteil: Die Erklärung über Konstantinopel und die Meerengen begegnete nicht nur keinem Widerstand, sondern erweckte auch vollen Beifall, als Beweis der Kampfentschlossenheit der russischen Regierung zum Kriege „bis ans Ende", im Gegensatz zu den Gerüchten einer Hinneigung zum Abschluß eines Sonderfriedens.

12. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage und das Februarabkommen 1917 zwischen Frankreich und Rußland über Elsaß-Lothringen und das Saargebiet

Im Januar 1917, anläßlich der Alliiertenkonferenz in Petrograd[1]), übermittelte das Haupt der französischen Delegation Doumergue persönlich Nikolaus II. den Wunsch Frankreichs, sich nach Beendigung des Krieges die Rückgabe Elsaß-Lothringens und eine „besondere Stellung" im Saarbecken zu sichern, ferner „die politische Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland und seiner Gliederung auf besonderen Grundlagen durchzusetzen".

Im Auftrage Nikolaus' II. telegraphierte der Außenminister Pokrowski an Iswolski, die russische Regierung erkläre sich einverstanden, den Wunsch unseres Alliierten zu befriedigen, er hält es aber für seine Pflicht, an den Standpunkt zu erinnern, der bereits im Februar 1916 von Sasonow eingenommen wurde: „Indem wir Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der westlichen Grenzen Deutschlands überlassen, rechnen wir unsererseits darauf, daß unsere Verbündeten ihrerseits uns die gleiche Freiheit in unseren

[1]) Von dieser Konferenz erzählt Paléologue ausführlich in seinen „Erinnerungen", II. Bd., Kap. 14, S. 342 ff.

Grenzregulierungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräumen[1]." Auf Vorschlag Paléologues wurde in Paris beschlossen, diese Vereinbarung durch einen Briefaustausch festzulegen, und am 12. Februar (30. Januar) 1917 wandte sich Paléologue an Pokrowski mit einem Brief, in dem folgendermaßen „die Forderungen und Garantien territorialer Art" formuliert wurden, „die die französische Regierung beabsichtigt, in die Deutschland zu diktierenden Friedensbedingungen aufzunehmen:

„1. Elsaß-Lothringen muß Frankreich zurückgegeben werden.

2. Seine Grenzen müssen mindestens bis zum Umfange des ehemaligen Herzogtums Lothringen reichen und sollen nach den Wünschen der französischen Regierung festgesetzt werden, mit Berücksichtigung der strategischen Notwendigkeiten und der Einverleibung des ganzen Eisenerzreviers Lothringens und des ganzen Kohlenbeckens des Saartales.

3. Die übrigen Gebiete auf dem linken Rheinufer, die Bestandteile des Deutschen Reiches bilden, ‚müssen abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden'.

4. Aus den Gebieten, die nicht Bestandteile des französischen Territoriums werden, soll ein autonomes und neutralisiertes Staatswesen gebildet werden, das solange von französischen Truppen besetzt bleibt, bis die Garantien und Bedingungen, die von den Alliierten im Friedensvertrag zur Sicherung eines dauernden Friedens gefordert werden, erfüllt sind und in allgemeinem Sinne bis zu der Zeit, wo die im Augenblick feindlichen Staaten alle Bedingungen des Friedensvertrages völlig erfüllt haben werden."

Doumergue, wird weiter im Bericht gesagt, erinnerte den Kaiser daran, daß er wiederholt „im voraus" und „allseitig die Forderungen" gutgeheißen habe, „die von der Regierung der Republik hinsichtlich der Rheingebiete vorgelegt werden könnten", und er informierte sich darüber, ob seine Regierung „auf die feste Unterstützung" dieser Forderungen seitens der Kaiserlichen Regierung rechnen könne. Der Kaiser „befestigte" ihn in dieser Überzeugung und versprach, seinen Außenminister davon zu benachrichtigen. Zum Schluß schlug Paléologue vor, in die endgültige Besprechung dieser Frage zwischen den beiden Regierungen einzutreten.

In dem Telegramm, in dem Pokrowski seinerzeit Iswolski die Unterhandlungen mit Doumergue mitteilt, beauftragt er Iswolski, die französische Regierung zu bitten, beim Notenaustausch ihr Einverständnis zu bestätigen, daß sie Rußland in der Sache der Bestimmung seiner zukünftigen Grenzen mit Deutschland und Österreich-Ungarn

---

[1]) Vgl. die Notiz des Außenministeriums „Das Abkommen mit Frankreich vom Jahre 1917". [Ferner F. Stieve, „Iswolski im Weltkrieg", S. 212 ff.]

volle Handlungsfreiheit überläßt, ferner auch ihr Einverständnis mit der Abschaffung der Bestimmungen über das Servitut der Aalandinseln nach Kriegsende[1]).

Die Frage der Westgrenzen Rußlands war mit der Frage des Schicksals Polens verknüpft, an der die französische Regierung vom Standpunkt der Sicherung der Hegemonie Frankreichs über die Staaten Zentral- und Osteuropas am meisten interessiert war. Iswolski berichtet von den Schwierigkeiten, denen der Wunsch Pokrowskis begegnet, und übermittelt die Worte des vorsichtigen Cambon, der die Polenfrage stillschweigend überging, aber „die Zweifel der politischen Kreise Frankreichs" zum Ausdruck brachte, warum die französische Regierung die formelle Festlegung der Rechte Frankreichs auf Elsaß-Lothringen nicht gefordert hätte, als „wir forderten und erreichten, daß Konstantinopel uns zugesprochen wurde; hierin sieht man eine bedeutende Unterlassung, an der man Delcassé Schuld gibt, und es ist sehr wohl möglich, daß diese Ansicht, die einige Minister teilen, sich auf ihre Stellungnahme zu der von uns jetzt aufgeworfenen Frage ausgewirkt hat[2])".

Inzwischen erfolgte am 14. (1.) Februar der Briefaustausch zwischen Paléologue und Pokrowski, der sich nicht entschließen konnte, das Ergebnis seines Ersuchens um Handlungsfreiheit in der Sache der Bestimmung der künftigen Westgrenzen Rußlands abzuwarten. Auf diese Weise erfuhr das Rheinprogramm Frankreichs volle Anerkennung eben als Kompensation dafür, daß Konstantinopel und die Meerengen Rußland zugesprochen wurden. Die Nachricht vom erfolgten Briefaustausch erhielt man in Paris, nachdem Iswolski der Entwurf eines Abkommens mitgeteilt war, der im französischen Ministerrat ausgearbeitet worden war.

Dieser Entwurf[3]) beginnt mit der Erklärung, daß beide Regierungen wünschen „in ihrer ganzen Kraft die Abkommen zu bestätigen, die 1915 zwischen ihnen abgeschlossen worden sind, zum Ziele der Lösung der Konstantinopel- und Meerengenfrage bei Kriegsende in Einklang mit den jahrhundertlangen Bestrebungen Rußlands". Ein Beweis, daß die französischen Minister die Politik Delcassés glänzend verstanden haben, der die „russischen" Kriegsziele zum Grundstein aller späteren Vereinbarungen machte. Pokrowski berief sich darauf, daß er mit dem Briefaustausch Paléologues einverstanden war, „in der Voraussetzung und unter der Bedingung des Versprechens der Regierung der Republik uns die gleiche Unterstützung in der Sache der Durchführung der Westgrenze Rußlands" zu gewähren, ferner be-

---

[1]) Telegramm Pokrowskis an Iswolski vom 12. Februar/30. Januar 1917, Nr. 507. [F. Stieve, „Iswolski im Weltkrieg", S. 217.]

[2]) Telegramm Iswolskis vom 13. Februar/31. Januar 1917.

[3]) Vgl. das Telegramm Iswolskis vom 4./17. Februar 1917.

stand Pokrowski darauf, daß der Pariser Abkommenentwurf nicht hinfällig wäre, und zwischen Briand und Iswolski ein Briefaustausch erfolgen müsse, deren Wortlaut von der französischen Regierung ausgearbeitet worden sei, d. h. mit der Verpflichtung, „im Augenblick der Friedensverhandlungen gegenseitige Unterstützung im Interesse der Sicherung der Ostgrenzen Frankreichs und die Westgrenzen Rußlands in solchen Ausmaßen zu gewähren, die allen Wünschen des französischen und russischen Volkes entsprechen, vom militärischen und industriellen Standpunkt aus alle notwendigen Garantien der Sicherheit und ökonomischen Entwicklung der beiden Völker gewähren".

Wenn man in Betracht zieht, daß die russische Regierung ihrerseits versprochen hat, detaillierte Wünsche hinsichtlich der Westgrenzen Rußlands zu äußern (von der Bestimmung ausgehend, daß die Polenfrage eine „innere" Frage Rußlands ist), wird die unbestimmte Pariser Redaktion verständlich, die zum Ziele hatte, der Anerkennung eines konkreten Gebietsprogramms der russischen Regierung auszuweichen. Iswolski aber geriet in Verlegenheit, die Ankündigung der bevorstehenden Detaillierung dieses Programms dem Wortlaute der Vereinbarung einzuverleiben, da er offenbar befürchtete, daß unter den gegebenen Bedingungen der geringste Anlaß ein Zusatzabkommen unmöglich machen könnte. Tatsächlich wurde eine Unterschrift von einen Tag auf den anderen hingezögert, und im letzten Augenblick schlug Briand eine veränderte, noch kürzere Fassung vor. Diese Form, die die französischen Wünsche nicht erwähnte, gestand „Rußland die volle Freiheit in der Bestimmung seiner Westgrenzen zu; Briand führte sie auf die Einwirkung Doumergues zurück, der die Regierung gewarnt hatte, in Rußland „unangenehme Gefühle" hervorzurufen. Jedenfalls kam es auf diese Weise zu zwei besonderen Briefaustauschen, d. h., die Frage der Ostgrenzen Frankreichs und die Frage der Westgrenzen Rußlands erhielten zwei besondere formell unabhängige Lösungen.

13. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage unter der Provisorischen Regierung

Die Denkschrift, die für die Provisorische Regierung zusammengestellt wurde, und in der sie von dem ihr vom gestürzten Regime vermachten diplomatischen Erbe informiert wurde, übergehen wir und beginnen mit dem Zirkulartelegramm des Außenministers Miljukow an die diplomatischen Vertreter Rußlands vom 4./17. März.

„Auf dem Gebiete der Auswärtigen Politik", erklärte der neue Außenminister, „wird das Kabinett, in dem ich das Portefeuille des Außenministers übernommen habe, mit beständiger Achtung an den internationalen Verpflichtungen festhalten, die vom gestürzten Regime

übernommen worden sind, getreu den Versprechungen, die Rußland gegeben hat." Dieser Gedanke wird im Geiste der früheren Kriegspropaganda „der Eroberungsgelüste der Raubtierrasse, die vom Traume der Errichtung einer unzulässigen Hegemonie über die Nachbarvölker geleistet ist", weiterentwickelt usw.[1]).

Als Ergänzung zu dieser Deklaration, die zur Übergabe an die entsprechenden Regierungen bestimmt war, wurde am 8./21. März ein Telegramm geschickt, daß „die in unserem Zirkulartelegramm enthaltene Erklärung der Verbindlichkeit der internationalen Verträge für die neue russische Regierung und der sich aus ihnen ergebenden Vereinbarungen, die unter dem früheren Staatsregime abgeschlossen wurden, sich selbstverständlich auch auf alle Abkommen erstreckt, die mit den alliierten Mächten im Verlaufe des jetzigen Krieges abgeschlossen worden sind. Deshalb wäre es wünschenswert, daß die Alliierten in ihren Antworten auf unsere Benachrichtigung in gleicher Weise die Verbindlichkeit aller früher mit Rußland abgeschlossenen Vereinbarungen bestätigen würden" ... Für dieses Zirkulartelegramm gibt es eine leichte Erklärung, wenn man die Aufzeichnungen Paléologues verfolgt, die sich auf diese Vorgänge beziehen. Nachdem er die Deklaration gelesen hat („ein langes, wortreiches, hochtrabendes Dokument"), begab er sich „sofort" zu Miljukow und erklärte, er wäre über sie „entrüstet", obwohl er über diese Art nicht überrascht sei: „Der Entschluß, den Krieg bis aufs äußerste, bis zum vollständigen Siege fortzuführen, ist nicht einmal erwähnt. Deutschland ist nicht einmal genannt! Nicht die mindeste Anspielung auf den preußischen Militarismus! Nicht die geringste Bezugnahme auf unsere Kriegsziele! . . . Sehr bleich, ganz bestürzt hört mir Miljukow zu. Indem er nach Worten sucht, wendet er mir ein, daß die Deklaration ganz besonders für das russische Volk bestimmt sei . . . er versucht wenigstens die Schwierigkeiten der inneren Lage ins Treffen zu führen. Er schließt: „Gewähren Sie mir Zeit." Aber da Paléologue ihm keine Zeit läßt und eine „baldige Antwort" fordert, verspricht

---

[1]) Zu diesem Telegramm, das „vom Wunder der russischen Revolution" sprach, schrieb Lenin in dem „Brief aus der Ferne" in der „Prawda" am 21. und 22. März: „Wunder gibt es in der Natur und in der Geschichte nicht. . . Wenn die Revolution so rasch gesiegt hat . . ., so doch nur deshalb, weil . . . ganz verschiedene Strömungen, ganz verschiedenartige Klasseninteressen, ganz entgegengesetzte politische und soziale Bestrebungen zusammentrafen. . . Einerseits die Verschwörung der englisch-französischen Imperialisten, der Miljukow und Gutschkow und Konsorten zur Machtergreifung im Interesse der Kriegsverlängerer . . . damit die Gutschkow Konstantinopel, die französischen Kapitalisten Syrien, die englischen Mesopotamien usw. erhalten. Dies einerseits. Und andererseits eine tiefgehende proletarische Massen- und Volksbewegung (der allerärmsten Bevölkerung in Stadt und Land) revolutionären Charakters um Brot, um Frieden, um die wahre Freiheit." [W. J. Lenin, „Der Kampf um die soziale Revolution", Verlag für Literatur und Politik 1925, S. 345, 349 f.]

Miljukow, in der nächsten Zukunft „uns zu beruhigen“ [1]). Anscheinend war das Zusatztelegramm eine Antwort auf diese plumpe, herrische Zurechtweisung des französischen Botschafters.

Das Telegramm Nabokows (9./22. März) verzeichnet den Augenblick, da Kerenski mit seinem Programm auftrat: Krieg bis zum siegreichen Ende, ohne jede Eroberungsziele, d. h. Rückkehr zum Programm der Zarenmanifeste bis zum Eintritt der Türkei in den Krieg, in der Konstantinopel- und Meerengenfrage setzte er der „Taktlosigkeit“ Miljukows in dieser Frage die „Freiheit der Schiffahrt“ in den Meerengen entgegen, die durch ihre Internationalisierung garantiert werden sollte. In einer Unterredung mit dem englischen Militärattaché und einem englischen Journalisten wurde diese Stellungnahme kundgegeben, offenbar war sie bestimmt, den englischen regierenden Kreisen zu gefallen. In England veröffentlichte man zu dieser Zeit spezielle Untersuchungen [2]), die zum Ziele hatten, diesen Modus der Lösung der Meerengenfrage zu propagieren. Schon 1916, im Septemberheft der „National Review“, war ein für die Stimmung der englischen Bourgeoisie bezeichnender Artikel erschienen, der die Aufteilung der Türkei propagierte, zur Konstantinopel- und Meerengenfrage jedoch nur erklärte, daß die Türkei für immer das Tor ins Schwarze Meer öffnen und die Befestigungen am Bosporus und beiden Dardanellenufern schleifen müßte. „Aber wird denn“, brachte am Schluß der Verfasser des Artikels seine Zweifel zum Ausdruck, „Rußland die Absicht hegen, auf der Verwirklichung seiner Aspirationen in Zarjgrad zu bestehen?“ Zur selben Zeit forderten die Abgeordneten der Arbeiterpartei in Volksversammlungen von der Regierung eine Antwort auf die Frage der Kriegsziele, indem sie (wie z. B. Snowden) fragten, ob England etwa so viele seiner Söhne verloren und die Militärpflicht eingeführt hätte, nur damit Rußland Konstantinopel erhielte?

Am 22. März händigte Buchanan Miljukow eine Note ein, in der die Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die großbritannische Regierung zum Ausdruck gebracht war: „Meine Regierung, die erfahren hat, daß die neugebildete Provisorische Regierung Rußlands bereit ist, die Verpflichtungen zu wahren, die ihre Vorgänger mit den verbündeten Regierungen übernommen haben, und die insbesondere die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende betreffen, hat mich bevollmächtigt, sie anzuerkennen.“ Diese Form zeugt zweifellos von der „Bedingtheit“ der Anerkennung; die Provisorische Regierung wurde anerkannt, sofern sie bereit war, den Krieg bis zum siegreichen Ende fortzusetzen.

---

[1]) M. Paléologue, „Am Zarenhof während des Weltkrieges“ a. a. O. II, S. 419 ff.

[2]) Z. B. „The question of the Bosporus and Dardanelles“, by C. Phillipson and N. Buxton, London, Stevens and Haynes, 1917.

Der italienische Botschafter wiederholte in seiner Anerkennungsnote wörtlich die englische Formel, ein Beweis für eine vorausgegangene Vereinbarung zwischen London und Rom.

Die französische „Notiz ohne Unterschrift", wie sich Miljukow ausdrückte, enthielt nicht die geringste Erwähnung einer Anerkennung, sie beschränkte sich auf „Wünsche für das Glück und die Größe" und sprach die Hoffnung auf Fortsetzung des Krieges „ehrlich und unermüdlich bis zum endgültigen Siege" aus; noch am 31. März hat Ribot, das Haupt des neuen französischen Kabinetts, „da er von Paléologue keine Nachrichten über die Erfüllung der Instruktion bezüglich der Anerkennungserklärung" erhalten hatte, erneut, auf Iswolskis Ersuchen, telegraphiert, daß er diese Anordnung ausführen sollte. Andererseits äußerte sich die französische Regierung als erste auf das Ersuchen, die früheren Abkommen zwischen Frankreich und Rußland zu bestätigen, trotzdem Sonnino bereits eine gemeinsame gleichlautende Antwort an die russische Regierung seitens Italiens, Englands und Frankreichs plante.

Am 30. März antwortete auch Balfour mit einer Note, durch die die gegenseitige Verbindlichkeit der früheren Vereinbarungen bestätigt wurde.

Am 29. (16.) März beauftragt Miljukow Nabokow[1]), in der Presse zu erklären, daß „in seinen Erklärungen keine Hinweise auf die Schwächung der Aspirationen Rußlands enthalten wären", da, wie Nabokow mitteilte, die englische Presse ihm die Erklärung Kerenskis von der uneigennützigen Fortsetzung des Krieges zugeschrieben hatte[2]). Am 22. (9.) März gab er selbst die entsprechende Erklärung in einem Interview mit den ausländischen Korrespondenten ab. Aber bereits am 9. April (27. März) wurde mit der Unterschrift des Fürsten Ljwow die Deklaration der Provisorischen Regierung veröffentlicht, auf Grund des Entschlusses „direkt und offen dem Volke die ganze Wahrheit zu sagen". „Indem die Provisorische Regierung es dem Willen des Volkes überläßt, in voller Einigkeit mit unseren Alliierten endgültig alle Fragen, die mit dem Weltkriege verbunden sind, zu lösen, hält sie es für ihr Recht und ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß das Ziel des freien Rußland keine Herrschaft über andere Völker, keine Beraubung ihres nationalen Eigentums, keine gewaltsame Besitzergreifung fremder Gebiete, sondern die Errichtung eines dauernden Friedens auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist. Das russische Volk erstrebt keine Erstarkung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer Völker, es

---

[1]) Nach Benckendorffs Tode russischer Geschäftsträger in London.

[2]) Auch in der französischen Presse wurde der „Verzicht" Kerenskis freudig aufgenommen mit der Schlußfolgerung, daß alle anderen Vereinbarungen in Kraft verblieben — ausgenommen sind nur die russischen Aspirationen. Vgl. das Telegramm Sewastopolis vom 13. April (31. März).

setzt sich nicht zum Ziele die Versklavung und Erniedrigung anderer. Im Namen der vornehmsten Grundsätze der Gerechtigkeit hat es die Ketten abgenommen, in denen das polnische Volk lag. Aber das russische Volk wird nicht dulden, daß seine Heimat aus dem gewaltigen Kampfe erniedrigt und in seinen Lebenskräften untergraben hervorgeht. Diese Prinzipien werden der auswärtigen Politik der Provisorischen Regierung zugrunde gelegt, die unerschütterlich den Volkswillen verwirklicht und die Rechte unseres Vaterlandes beschützt unter voller Innehaltung aller Verpflichtungen, die unseren Alliierten gegenüber übernommen wurden." Schließlich folgte die Erklärung des Staates in den Zustand „der Gefahr".

Im Telegramm vom 14. (1.) April an den Londoner und Pariser Vertreter lenkt Miljukow die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß in der englischen und französischen Presse Artikel erschienen sind, die auf Grund „gewisser Erklärungen einzelner Mitglieder der provisorischen Regierung und in Verbindung mit dem Auftreten der äußersten Linksparteien[1]) Schlußfolgerungen in dem Sinne ziehen, als hätten wir auf das Abkommen vom Jahre 1915 über Konstantinopel und die Meerengen verzichtet. Die letzte Deklaration der Provisorischen Regierung über die „Prinzipien ihrer auswärtigen Politik" erwähnt u. a. „die volle Innehaltung der Verpflichtungen, die unseren Alliierten gegenüber übernommen wurden". Angesichts dessen, daß diese Verpflichtungen nach zwei Seiten hin verpflichten, „verzichten wir keineswegs auf die Sicherung der Lebensinteressen Rußlands, die in den entsprechenden Vereinbarungen geltend gemacht sind. Außer extrem sozialdemokratischen Organen, deren Agitation augenblicklich ganz beträchtlich durch die erwähnte Deklaration geschwächt und erschüttert ist, teilen die ganze ernste Presse und breite öffentliche Kreise Rußlands unseren obengenannten Standpunkt, der auch sympathischen Widerhall in der Armee findet". Das beruhigende Telegramm Sewastopulos, daß man sich in Paris „sehr wohl bewußt wäre, alles, was jetzt erklärt werde, könne keinen endgültigen Charakter haben", macht bei der Lektüre einen völlig doppelsinnigen Eindruck, aber am 24. (11.) April versicherte Ribot Iswolski, daß „Frankreich seinem Versprechen treu bleibe". In einer Besprechung über die Aussichten eines raschen Friedensschlusses bemerkte er noch: „Selbst wenn Rußland auf Konstantinopel verzichten würde, und Deutschland sich verpflichten würde, alle besetzten Gebiete zurückzugeben, würde die Sache des Friedens auch dann kaum vorwärtsgebracht, denn . . . Frankreich könnte sich sogar mit einer Rückgabe Elsaß-Lothringens nicht zufriedengeben, sondern es sei vielmehr verpflichtet, hinreichende Garantien für die Zukunft zu fordern." Ein

---

[1]) Die Rede Steklows am 4. April im Taurischen Palais: „Wir haben die Provisorische Regierung gezwungen, auf Annexionen zu verzichten."

klarer Beweis, daß vom Abschluß eines allgemeinen Friedens nicht die Rede sein könne, bevor nicht Deutschland völlig zertrümmert wäre, ja nicht einmal die Überprüfung der Kriegsziele kam in Betracht. Im Gegensatz dazu teilte Nabokow im Telegramm vom 17. (4.) April mit, daß der Hinweis der Deklaration, Rußland werde „die Völker nicht ihres nationalen Eigentums berauben und kein fremdes Gebiet mit Gewalt besetzen", von der englischen Regierung und Presse als „ein Verzicht auf das Recht auf Konstantinopel und andere Gebietserwerbungen ausgelegt werde, die in der Konvention ausbedungen seien; ferner deuteten sie auf die Bereitschaft Rußlands hin, einen Frieden ‚ohne Annektionen' zu schließen. Indessen (setzt Nabokow fort) erscheint es nicht zweifelhaft, daß weder England noch Frankreich noch Italien dies Prinzip annehmen und auf Gebiete verzichten können, die bereits erobert sind, oder die sie für sich nach dem Friedensvertrag behalten wollen" . . . Nabokow hält „eine ganz bestimmte Erklärung der Regierung für notwendig, daß Rußland fest beabsichtigt, im Einvernehmen mit den Alliierten die Sicherheit des Schwarzen Meeres und einen freien Ausgang durch die Meerengen zu garantieren", um „die Überzeugung zu verbreiten, daß wir das Prinzip eines ‚Friedens ohne Annektionen' nicht bedingungslos annehmen", mit anderen Worten: man möchte die Alliierten über ihre eigenen annektionistischen Absichten beruhigen.

Jedoch war die Hauptquelle ihrer Sorge nicht hier, sondern im Zustand der russischen Armee. Die alliierten Botschafter ließen keinen Tag vergehen, ohne die Mitglieder der Provisorischen Regierung an die obligatorische Frühlingsoffensive zu mahnen. Am 16. April besuchte Buchanan, wie er selbst erzählt, den Fürsten Ljwow, um ihm zu eröffnen, daß er der Regierung nicht mehr glaube, seine eigenen Informationen hätten ihn von der völligen Zersetzung der Armee überzeugt. Er forderte, die Besuche der „sozialdemokratischen Agitatoren" an der Front müßten sofort eingestellt werden, worauf Ljwow versicherte, die Armee sei als Ganzes gesund, die Regierung könne auf ihre Unterstützung zählen, die Petrograder Garnison habe sich angeboten, den Arbeiterrat zu unterdrücken [1]). Auch Kerenski versicherte anläßlich eines Diners in der englischen Botschaft Buchanan und O'Grady, nur ein kleiner Teil der Armee stehe auf der Seite der Sowjets, er möchte gern den Krieg zu einem nationalen machen usw.[2]).

Die Ankunft von Albert Thomas sollte bekanntlich die russische Revolution an das Beispiel der französischen Revolution mahnen; er sollte ferner bis zur Ankunft Noulens' den aristokratischen Botschafter provisorisch als ehemaliger Sozialist ersetzen, der imstande wäre, eine gemeinsame Sprache mit den neuen Männern Rußlands zu

---

[1]) M. Buchanan, „Meine Mission", S. 194.
[2]) M. Buchanan a. a. O., S. 195.

sprechen. Im Telegramm an Iswolski vom 30. (17.) April teilt Miljukow seine „private und vertrauliche Unterredung" mit Thomas mit, in der er versuchte, Kerenski, Tschernow u. a. zu beeinflussen, um sie dahin zu bringen, auf den Gedanken zu verzichten, „den Aufruf an die Bürger über die Kriegsziele zu einem diplomatischen Dokument zu machen, das eine Überprüfung der Ansichten der Alliierten über die Kriegsziele zu veranlassen suchte". Thomas versprach, Kerenski die Unmöglichkeit einer Überprüfung der Kriegsziele vom Standpunkte der französischen Regierung auseinanderzusetzen, er hat es auch getan, aber ohne praktisches Ergebnis. In diese Zeit fällt auch das Telegramm Paléologues nach Paris, das auch von Miljukow erwähnt wird, und das Paléologue in seinen Erinnerungen wiedergibt:

„Wenn uns, wie ich befürchte (Paléologue erfuhr ‚aus indirekten Quellen von den tatsächlichen Reibereien', wird im Telegramm Miljukows gesagt), die russische Regierung ersucht, unsere auf die Grundlagen des Friedens hinzielenden Abkommen nochmals zu prüfen, dürfen wir, meiner Ansicht nach, nicht zögern, ihr zu erklären, daß wir diese Abkommen energisch aufrechterhalten, indem wir nochmals ausdrücklich auf unseren Wunsch hinweisen, den Krieg bis zum endgültigen Siege fortzusetzen. Wenn wir der Unterhandlung, zu der die Führer der sozialdemokratischen Parteien und sogar Kerenski uns zu bringen hoffen, nicht aus dem Wege gehen, können nicht wieder gutzumachende Folgen daraus entstehen. Die erste Wirkung wird darin bestehen, daß man Männer wie Fürst Ljwow, die Herren Gutschkow, Miljukow, Schingarew usw., die so tapfer kämpfen, um die russische Vaterlandsliebe wieder zu erwecken, jedes Ansehens beraubt. . . . Die entscheidende Haltung, die ich mir Ihnen zu empfehlen gestatte, kann möglicherweise als äußerste Folge den Bruch der Allianz mit sich bringen. Aber so ernst diese Möglichkeit auch sei, ziehe ich sie noch immer den Folgen der zweideutigen Unterhandlungen vor, die uns, wie ich höre, die Sozialistische Partei vorzuschlagen im Begriff steht. Tatsächlich könnten wir für den Fall, daß wir den Krieg ohne die Mitwirkung Rußlands fortsetzen müßten, zum Schaden unseres abgefallenen Verbündeten eine ganze Reihe sehr hoch einzuschätzender Vorteile aus dem Siege ziehen[1])."

Die Frist für die Erklärung, die Paléologue in diesem, wie wir hoffen, „unsterblichen" Telegramm vorschlug, war nach Miljukows Ansicht verpaßt. „Als Kompromiß", informiert fortgesetzt Miljukow Iswolski, „schlug mir Thomas vor, den Aufruf der Regierung den alliierten Staaten zu überreichen. Ich antwortete, daß ich dies nur in dem Falle tun würde, wenn ich überzeugt wäre, daß der Inhalt des Aufrufes keine Mißverständnisse hervorrufen würde, besonders hin-

---

[1]) M. Paléologue a. a. O., S. 476. Sperrungen vom Herausgeber.

sichtlich unseres angeblichen Einverständnisses mit dem Verzicht auf die Meerengen." Zum Schluß teilt Miljukow mit, daß er auf den Gedanken gekommen sei, seine Zuflucht zu einem früheren Mittel zu nehmen, nämlich den Aufruf den Alliierten „mit einem Begleitschreiben zu überreichen, das die Möglichkeit einer Kommentierung des Aufrufes zu unserem Schaden ausschließt"; gleichzeitig lenkt er die Aufmerksamkeit Iswolskis auf den Schaden, den „die Unterhaltungen Thomas' mit unseren Linkselementen" angerichtet haben.

Das begleitende Zirkulartelegramm vom 1. Mai (18. April) enthält den Wortlaut der Erklärung, die die diplomatischen Vertreter Rußlands den Alliierten Regierungen gleichzeitig mit dem Wortlaut der Deklaration übergeben sollten. Die Deklaration wurde in diesem Dokument als Zeugnis für die hohe Auffassung der Kriegsziele ausgelegt, die „die Regierung des alten Regimes natürlich nicht beseelen mochte", sie läßt nicht den geringsten Gedanken aufkommen, daß die Revolution die Rolle Rußlands im allgemeinen Kampf geschwächt hat. „Vielmehr haben die Bestrebungen des ganzen Volkes, den Weltkrieg bis zum entscheidenden Siege durchzuführen, eine Steigerung erfahren, dank dem Bewußtsein der allgemeinen Verantwortung Aller und jedes Einzelnen. . . . Selbstverständlich wird die Provisorische Regierung . . . vollauf jene Verpflichtungen innehalten, die gegenüber unseren Alliierten übernommen wurden[1]."

---

[1]) „Die Karten sind aufgedeckt," schrieb Lenin in der „Prawda" vom 4. Mai. „Wir haben allen Grund, den Herren Gutschkow und Miljukow für ihre Note zu danken, die heute in allen Zeitungen veröffentlicht ist, . . . Klipp und klar. Krieg bis zum endgültigen Siege. Das Bündnis mit den englischen und französischen Bankiers ist heilig . . . Wer hat dies Bündnis mit ‚unseren' Alliierten, d. h. mit den englisch-französischen Milliardären, geschlossen? Der Zar, Rasputin, die Zarenbande, natürlich. Aber für Miljukow u. Co. ist dieser Vertrag ein Heiligtum. Warum? Einige antworten: Weil Miljukow ein unaufrichtiger Mensch, ein Schlaukopf sei usw. Aber so liegen die Dinge nicht. Es handelt sich darum, daß Gutschkow, Miljukow, Tereschtschenko, Konowalow Vertreter der Kapitalisten sind. Und die Kapitalisten brauchen die Eroberung fremder Gebiete.

. . . Die neue Note der Provisorischen Regierung wird Öl ins Feuer gießen. Sie kann in Deutschland nur Kriegsstimmung entfachen. Sie dient dazu, daß Wilhelm, der Räuber, ‚seine' Arbeiter und Soldaten weiter betrügt und in den Krieg ‚bis zum Ende' schleppt.

. . . Der jetzige Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten ist vor die Wahl gestellt: Die Pille, die ihm Gutschkow und Miljukow präsentiert haben, schlucken, hieße, für immer auf eine selbständige politische Rolle verzichten — denn morgen wird Miljukow ‚die Beine auf den Tisch' legen und den Rat zu einer runden Null machen; der Note Miljukows Widerstand leisten, hieße, mit der alten Vertrauenspolitik brechen und den Weg beschreiten, den die ‚Prawda' vorschlägt. Man kann natürlich auch einen faulen Mittelweg finden. Aber auf wie lange?

Arbeiter, Soldaten, erklärt jetzt laut: Wir verlangen e i n e Regierung — die der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte. Die Provisorische Regierung, die Regierung einer Hand voll Kapitalisten, muß den Räten Platz machen." (Vgl.

Diese Note erregte drei Tage lang Unruhen, rief Massendemonstrationen von Regimentern, Fabriken und Werken auf dem Marien-Platz gegen die „Minister-Kapitalisten" und insbesondere gegen Miljukow hervor. Ergebnis dieser Demonstrationen und Auseinandersetzungen im Arbeiter- und Soldatenrat und in der Provisorischen Regierung war eine Regierungserklärung, in der es hieß, es seien Zweifel bei der Auslegung der Note des Außenministeriums aufgetaucht, diese Note sei von den Ministern einstimmig gebilligt worden, — wo sie vom entscheidenden Sieg spreche, sei an die Verwirklichung der Aufgaben gedacht, von denen in der Erklärung vom 27. März die Rede gewesen sei, die Worte in der Note „Sanktionen und Garantien eines dauernden Friedens" bedeuteten Beschränkung der Rüstungen, internationale Tribunale usw.

Die erste Antwort auf diese Note war die italienische mit der Unterschrift Sonninos. Die italienische Regierung vermerkte mit lebhafter Genugtuung „diesen neuen Beweis des unerschütterlichen Willens, der die glorreiche russische Nation erfüllt, um den Weltkrieg bis zum entscheidenden Siege zu führen", und den Entschluß Rußlands, „seine Anstrengungen zur Befreiung des vaterländischen Bodens und Wiederherstellung Polens zu verstärken". Zum Schluß wurde gesagt, daß Italien im Namen des Triumphes der heiligen Prinzipien der Freiheit der Völker und der Sicherung seiner Unabhängigkeit in den Krieg getreten wäre. „Jeder Geist der Eroberung und Herrschaft ist aus seiner Politik verbannt." „Es begrüßt die russische Deklaration freudig" und spricht „den festen Glauben an den Endsieg über unsere gemeinsamen Feinde" aus.

Die französische Regierung wünschte eine ergänzende Information, und zwar von beiden Richtungen her: sowohl vom „Freund" des alten Rußland, Paléologue, als auch vom „Freund" des neuen Rußland, Thomas. Das ganze Ergebnis war, daß Paléologue den ersten Teil des Projektes auseinandersetzte „über die Verschaffung von Vorteilen auf Kosten des abfallenden Rußland", und zwar auf dem Wege „sehr konspirativer Friedensunterhandlungen mit der Türkei unter gleichzeitigem Verzicht auf irgendeine Antwort auf die Note der russischen Regierung", während Thomas zwar Paléologues Sprache milderte, sich aber ganz auf den Boden seines türkischen Projektes stellte, vorausgesetzt, daß sich dies Projekt nur auf die Türkei erstreckt[1]) (was mehr als zweifelhaft ist, denn einige Wochen später begannen ganz konspirative Unterhandlungen Briands in Belgien über Friedensbedingungen mit Deutschland).

Lenin, Sämtliche Werke, Band XX, 1. Die Revolution von 1917. Berlin 1928. S. 273 ff.]

[1]) M. Paléologue, a. a. O., II. Bd., S. 495 ff.

Die Krise, die durch die Note Miljukows hervorgerufen war, fand ihre provisorische Lösung durch den Rücktritt Miljukows (und Gutschkows) und die Bildung der Koalitionsregierung mit den sozialistischen Ministern Petschechonow, Skobelew, Tschernow und Zeretelli, dem früheren Präsidenten Fürsten Ljwow und dem Außenminister Tereschtschenko, der zuvor Finanzminister war.

Der Standpunkt der Regierung zur „kranken" Frage setzte Tereschtschenko Buchanan in einer Privatunterhaltung auseinander: Persönlich wäre er nie ein Anhänger der russischen Besetzung Konstantinopels gewesen. Auch Fürst Ljwow hätte nie die annektionistischen Ansichten Miljukows begünstigt [1]), jedoch sei es die allgemeine Ansicht der Regierung, daß für Rußland Armenien und Kurdistan von vitalem Interesse wären. Auf die Bemerkung Buchanans, je eher Rußland erkläre, daß es Konstantinopel nicht haben wollte, desto besser erwiderte er, die Provisorische Regierung sei nicht befugt, ohne die Wünsche des Volkes ermittelt zu haben, etwas preiszugeben, was Rußland versprochen sei.

Der Erklärung (19. [6.] Mai) „der umgebildeten und durch neue Vertreter der revolutionären Demokratie verstärkten" Provisorischen Regierung bezüglich der auswärtigen Politik wurden folgende Punkte zugrunde gelegt: 1. Negierung eines Sonderfriedens; 2. als „offenes Ziel": „Erreichung eines allgemeinen Friedens", „eines Friedens ohne Annektionen und Kontributionen", wozu „die Provisorische Regierung die vorbereitenden Schritte zum Einvernehmen mit den Alliierten unternimmt"; 3. nicht zuzulassen, daß „die deutschen Truppen unsere Alliierten im Westen zertrümmern und sich mit ihrer ganzen Waffengewalt auf uns stürzen [2])".

---

[1]) Paléologues Gewährsmänner aus ersten Kreisen versicherten ihn, in ganz Rußland gäbe es nur noch einen, der noch an Konstantinopel, die Heilige Sophia und das Goldene Horn denke, nämlich Miljukow, und auch er nur deshalb, weil er Historiker wäre.

[2]) „Ihr wünscht revolutionäre Begeisterung in der Armee, Bürger Tschernow und Zeretelli," schrieb aus Anlaß dieser Deklaration Lenin in der „Prawda" vom 19. Mai. „Ihr könnt sie nicht schaffen, denn der revolutionäre Enthusiasmus der Volksmassen wird nicht durch den Wechsel der ‚Führer' in den Ministerien geboren, nicht durch hochtrabende Worte in Deklarationen, nicht durch Versprechungen, Schritte zur Überprüfung des Vertrages mit den englischen Kapitalisten zu unternehmen, sondern durch alltägliche, überall vorkommende Tatsachen der revolutionären Politik, die allen und jedem einzelnen sichtbar sind, gegen die Allmacht des Kapitals, gegen die Schöpfung durch ihn zum Profit aus dem Kriege, einer Politik, die tatsächlich radikal die Lebensbedingungen für die Massen der Armen bessert . . .

Ihr wollt eine Offensive, Bürger Tschernow und Zeretelli? Ihr könnt nicht die Armee zur Offensive bringen, denn eine Vergewaltigung des Volkes ist jetzt unmöglich. Und ohne die Vergewaltigung des Volkes wird es nur im Namen der großen Interessen der großen Revolution gegen das Kapital aller Länder in einen Angriffskrieg gehen, und eine Revolution, die nicht nur verkündet ist,

Buchanan teilte anläßlich der Bildung der Koalitionsregierung nach London mit, sie erscheine als Ausweg aus der Lage, die Fürst Ljwow mit den Worten charakterisierte: Die Regierung besitzt Autorität, aber keine Macht, der Rat besitzt Macht, aber keine Autorität. Die Schwächung der „Gemäßigten" infolge des Abganges Miljukows wurde nach Buchanans Meinung dadurch kompensiert, daß Miljukow so von der Idee „Konstantinopel" besessen war, daß er niemals die Ansichten der Gesamtregierung vertreten hat[1]).

Buchanan hielt es für unmöglich, die Antwort der englischen Regierung, die er bereits erhalten hatte, zu veröffentlichen, ohne neue Komplikationen und eine neue Offensive des Rates heraufzubeschwören. Buchanan hatte über diese Frage eine Unterredung mit Thomas, beide kamen zu der Schlußfolgerung, es wäre am besten, wenn sie eine Antworterklärung in ihrem eigenen Namen abgeben würden, denn „wenn wir von den siegreichen Sozialisten eine Unterstützung zugunsten der Fortsetzung des Krieges bis zum Ende erreichen wollen, so müssen wir versuchen, ihre Sympathien zu erobern. Die neuen sozialistischen Minister werden natürlich den Inhalt der russischen Geheimverträge erfahren. Wenn die russischen Soldaten erfahren, sie müßten solange weiterkämpfen, bis sich die Ziele dieser Abmachungen verwirklicht hätten, werden Sie einen Sonderfrieden fordern. Ich möchte deshalb vorschlagen, unserer Antwort eine Erklärung einzufügen, daß unsere Abmachungen über Kleinasien hauptsächlich der Abwehr eines Eindringens der Deutschen gegolten hätten, daß wir aber bereit wären, die Frage zu überprüfen, wenn sich dieses Ziel auch durch andere Mittel erreichen ließe, und der geeignete Moment für einen Gedankenaustausch über die Friedensbedingungen gekommen sei[2]).

In dieser Note der englischen Botschaft vom 24. (11.) Mai, der Antwort auf die „Proklamation" und die Note der russischen Regierung über die Kriegsziele, wird der „herzlichen Freude" der britischen Regierung Ausdruck gegeben, zur Absicht des freien Rußland, Polen zu befreien, und zwar nicht nur Russisch-Polen, sondern auch Deutsch- und Österreichisch-Polen. „Zu diesem Unternehmen wünscht die britische Demokratie Rußland Gottes Hilfe." Nicht weniger freut sich die britische Regierung über die Entsklavung großer Teile Armenies von der scheußlichen türkischen Administration, sie glaubt,

---

die nicht nur proklamiert ist, sondern die bereits durchgeführt, in die Tat umgesetzt ist, für jedermann sichtbar, für jedermann fühlbar." [Lenin a. a. O. S. 451 f.]

[1]) Als Miljukow auf einer patriotischen Demonstration vom Auto aus eine Rede vor der britischen Botschaft hielt, fielen Buchanan die „dienstfertigen Freunde" aus der bekannten Fabel ein. Vgl. Buchanan a. a. O., S. 201.

[2]) Buchanan, a. a. O., S. 202.

daß das ganze einige Armenien gleichermaßen von der Unterdrückung befreit wird". Indem der Provisorischen Regierung dieser edle Gedanke eingeflößt wird, d. h., daß man sich bereits den Zielen nähert, die später von den englischen Diplomaten und Heeresteilen im Kaukasus offen verkündet wurden, beruft sich die Note zur Begründung dieser Hoffnung darauf, daß „sich die Araber im Hedschas kraft ihrer eigenen Bemühungen befreit haben, und die Bewohner Mesopotamiens ihre Befreiung den britischen Waffen verdanken"[1]). Niemand kann wünschen, daß diese Völker aufs neue der türkischen Macht unterworfen wären, „es wäre fast ebenso bedauernswert, wenn die Eingeborenen in den deutschen Kolonien, die von britischen Kräften besetzt sind, unter deutsche Oberhoheit zurückkehren müßten, bei der militärischen Anmaßung und Grausamkeit der Deutschen". . . . „In Europa hat die britische Regierung keine Gebietsaspirationen, anerkennt aber die Ansprüche ihrer Verbündeten" und „die Provinzen, deren Bevölkerung durch das Band der Abstammung und Sympathie mit unseren Alliierten verbunden ist, müssen wieder mit ihnen vereinigt werden".... „Kurz, die britische Regierung vereinigt sich herzlich mit ihren russischen Verbündeten in der Annahme und Billigung des Prinzips, das von Wilson in seiner bekannten Botschaft festgelegt ist." Die britische Regierung ist der Meinung, daß die alliierten Vereinbarungen „in allgemeinen Zügen im Einklang" mit diesem Prinzip stehen. . . . „Aber wenn es die russische Regierung wünscht, ist die britische Regierung völlig bereit, mit ihren Verbündeten diese Vereinbarungen zu untersuchen und nötigenfalls zu überprüfen."

Gleichwohl wurde die Note von der Provisorischen Regierung veröffentlicht (am 8. Juni/26. Mai), trotzdem wir den Zusatz, den Buchanan plante, und der ohne Zweifel dieses klassische Dokument noch mehr verschönert hätte, nicht finden. Aber die Provisorische Regierung fand einen anderen radikaleren und einfacheren Ausweg aus ihrer Lage; sie entfernte nach Verständigung mit der englischen Regierung aus dem veröffentlichten Wortlaut alle besonders „unbequemen" Punkte, nämlich über Armenien, Hedschas, Mesopotamien, die deutschen Kolonien, die territorialen Aspirationen der Verbündeten in Europa, über die mit ihnen „sympathisierenden" Provinzen usw., d. h. den ganzen mittleren „sachlichen" Teil. Dafür ließ sie die fromme Einleitung und den tröstenden Schluß stehen. Da der unveröffentlichte Teil alle Aspirationen der Verbündeten Rußlands von der Überprüfung ausschließt, lief die zum Schluß ausgedrückte Bereitschaft zur Überprüfung der Vereinbarungen offenbar auf die Bereitschaft hinaus, sich vom Ballast der Ansprüche der russischen Regierung zu befreien. Es wäre nicht überflüssig, die Aufmerksamkeit

---

[1]) Zu dieser „Befreiung" vgl. „Die Aufteilung der asiatischen Türkei".

darauf zu lenken, daß unter diesen Ausnahmen auch Gebiete aufgezählt sind, aus denen „der Eroberer vertrieben werden sollte", nämlich Frankreich und Rumänien. Aber es ist ja die „Vergeltung" für Belgien, Serbien und Montenegro als Bedingung gestellt, während außer Polen die übrigen besetzten russischen Gebiete stillschweigend übergangen sind.

Die Antwortnote der französischen Botschaft (vom 26./13. Mai) erklärte, daß die französische Regierung an den Erfolg der Maßnahmen glaubt, „die zum Ziele hätten, die Bedingungen zu verbessern, unter denen das russische Volk beabsichtige, den Krieg bis zum Siege über den Feind fortzusetzen", sie „sei glücklich, sich mit der russischen Regierung und dem russischen Volke völlig solidarisch in den Prinzipien zu fühlen, die die russische Politik im jetzigen Kriege inspiriert hätten. Frankreich denkt nicht daran, irgendein Volk zu unterdrücken, irgendeine Nationalität, selbst wenn sie sich in den Reihen seiner Feinde befindet". Frankreich hat keine „eigennützigen Eroberungsgelüste" und wird „nie gesetzmäßigen Besitzern ihr Gebiet wegnehmen wollen". — Es will nur „die Unterdrückung" beseitigen und verlangt „Bestrafung" für „Verbrechen, die unsere Feinde in diesem Kriege mit Schande bedeckt haben". Frankreich ist nur im Namen der Selbstverteidigung und „Freiheit der Nationen" in den Krieg getreten. Es nimmt natürlich zur Kenntnis, daß „Rußland die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit Polens proklamiert". . . . . Für sich wünscht es die Rückgabe von Elsaß-Lothringen, und es wird „gemeinsam mit seinen Verbündeten bis zum Siege kämpfen, um für Elsaß-Lothringen die völlige Wiederherstellung seiner territorialen Rechte zu sichern, als auch die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit (?); außerdem wünscht es die Wiedergutmachung der Verluste . . ., sowie die notwendigen Garantien „gegen seine Feinde". . . . „Nur nach einem siegreichen Kampfe werden die Alliierten imstande sein, einen festen und dauernden Frieden auf Grundlage des Rechts zu schaffen. Die russische Provisorische Regierung kann sicher sein, daß die französische Regierung von dem Willen erfüllt ist, mit ihr nicht nur eine Vereinbarung in der Frage der Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu treffen, sondern auch zu seiner Beendigung auf dem Wege der Prüfung und Festlegung mit dem allgemeinen Einverständnis von Bedingungen, unter denen die Alliierten auf eine endgültige Entscheidung rechnen können, die mit den Ideen in Übereinstimmung seien, durch die sie sich bei der Führung des jetzigen Krieges hätten leiten lassen."

Diese Note wurde anscheinend derselben Operation unterzogen, wie die englische. Ihr Sinn läßt auch keine Zweifel übrig: Im Rahmen der Wiedervereinigung mit Elsaß-Lothringen, und der Wiedergutmachung und Garantien, hauptsächlich unter der Bedingung des „siegreichen Kampfes", war die französische Regierung bereit, zuerst zu

einer Verständigung über „die Mittel zur Fortsetzung des Krieges" zu gelangen, und dann die Bedingungen „für die Erreichung einer endgültigen Entscheidung" zu untersuchen, die auf jeden Fall mit jenen „Ideen" in Übereinstimmung gebracht werden mußten, von denen sich die Alliierten bei der Führung des Krieges leiten ließen.

Was sich hinter der mehr oder weniger geschickt komponierten Rhetorik der offiziellen Antworten an die russische Regierung verbarg, wird durch das Telegramm des italienischen Außenministers Sonnino an den italienischen Gesandten in Rumänien vom 3. Juni enthüllt. Dem Ministerium des Auswärtigen der Provisorischen Regierung gelang es, dies Telegramm zu dechiffrieren. „Die italienische Regierung", sagt Sonnino kurz und klar, „kann keine Überprüfung der früher mit den Alliierten geschlossenen Verträge dulden, die sich in den Vorteilen auswirken würden, die sie (die Regierung) von Rechts wegen durch die Tatsache ihres Eintritts in den Krieg erworben hat" . . .[1])

Dies waren die Folgen des „loyalen" diplomatischen Auftretens der Provisorischen Regierung in der Frage der Überprüfung der Kriegsziele.

Aber die Befürchtungen, die die russische Revolution in den regierenden Kreisen des Auslandes erweckte, und die wachsende Bewegung unter den Arbeitermassen machte sich in Frankreich „in der Agitation gegen den Präsidenten der Republik" und in den „äußerst nervösen Stimmungen" Poincarés bemerkbar[2]).

In Rußland wurde in aller Schärfe die Frage der Veröffentlichung der Geheimabkommen gestellt, die das alte Regime mit den allierten Regierungen geschlossen hatte. Das Volksgewissen, das durch das Bewußtsein getrübt war, daß Rußland einer der verderblichsten Kriege fremder Ziele willen aufgezwungen war, die von den regierenden Oberschichten verfolgt wurden, während die Kriegspropaganda unter der Flagge der Revolution fortgesetzt wurde, die dieses Bewußtsein mit Verrat und Preisgabe der Revolution und Rußland gleichstellte, forderte die Eröffnung der tatsächlichen Zusammenhänge, die zur Teilnahme am Kriege 1914 führten.

Der Außenminister der Provisorischen Regierung mußte sich zu dieser Frage äußern. Nachdem er die Unmöglichkeit, die von der Zarenregierung abgeschlossenen Vereinbarungen zu veröffentlichen, erklärt hatte, begründete er diese Erklärung mit dem Hinweis auf die Gefahr eines Bruches mit den Alliierten und der folgenden Isolierung Rußlands. Diese Erklärung genügte, damit in Frankreich durch die

---

[1]) Anfang Mai wurde von den „Nowoje Wremia" der Inhalt der interalliierten Vereinbarungen in jenem Teile veröffentlicht, der die „Vorteile" betraf, die Italien versprochen wurden. Die Presse verschiedener Richtungen stürzte sich daraufhin auf den entlarvten italienischen Imperialismus.

[2]) Telegramm Iswolskis vom 16./29. Mai 1917.

bloße Tatsache der Existenz derartiger für eine Veröffentlichung ungeeigneter Verträge eine „Agitation" gegen Poincaré hervorgerufen wurde. Poincaré wurde bezichtigt, mit Umgehung des Parlaments Vereinbarungen mit dem russischen Zaren geschlossen zu haben, die zur Entstehung des Krieges beigetragen hätten. Die Entdeckung, daß nicht die Verteidigung des schwachen Serbiens, sondern die Hoffnung, in den Besitz Konstantinopels zu gelangen, die leitende „Idee" für die Kriegführung der Zarenregierung war, und gerade diese „Idee" eine Schicksalsgemeinschaft Frankreichs und des Kaiserlichen Rußland schmiedete, versetzte der französischen „Kriegspsychologie" den ersten Schlag. Die Forderung nach der Veröffentlichung der Geheimverträge, wie sie in Rußland aufgestellt war, fand auf diese Weise einen Widerhall auch in Frankreich. Sie streute auch in England ihre ersten Samen aus und veranlaßte jenen Protest gegen die „Geheimdiplomatie", der zu der bekannten Entschließung der englischen Trade Unions über die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz führte [1]), zu Resolutionen und Parlamentsdebatten über die Kontrolle der diplomatischen Tätigkeit der britischen Regierung.

Wie diese Folgen von den diplomatischen Vertretern der Provisorischen Regierung aufgenommen wurden, zeigen die Telegramme des in Ungnade gefallenen Iswolski, seines Vertreters Sewastopulo und des Londoner Nabokow, der sich zum Unterschied von den beiden ersteren Mühe gab, um jeden Preis „im Namen des aufgeklärten Rußland" zu sprechen. Während selbst überzeugte Gegner des revolutionären Rußland, wie Paléologue, die Tragödie, die es durchlebte, sehr gut begriffen, brachte der russische Diplomat es fertig, alle Fragen auf eine einizige Frage zu konstruieren, auf die Frage „des Mißtrauens der russischen Demokratie gegenüber unseren edlen Alliierten" und präsentierte folgende Definierung der englischen Kriegsziele: „Millionen englischer Truppen" kämpfen in Frankreich nur „für die Befreiung Belgiens und Nordfrankreichs vom niederträchtigen und schimpflichen Joch Deutschlands"; in Saloniki und Gallipoli verfolgte England Ziele, „deren Uneigennützigkeit unbestritten ist"; in Kleinasien „operiert (England) nicht Gebietserwerbungen halber, sondern für die Befreiung der von der Türkei unterworfenen und tierische Vergewaltigungen erleidenden Völker"; hinsichtlich Afrikas wäre „zweifellos" die Einbeziehung der losgelösten deutschen Kolonien in die unabhängigen Besitzungen des großbritannischen Reiches, im Interesse dieser Kolonien der brutalen deutschen Ausbeutung vorzuziehen. „Tatsächlich kämpft England mit allen Mitteln . . . im Namen derselben Freiheits- und Selbstbestimmungsideale, die der

---

[1]) „Der erste Riß in der nationalen Einigkeit Großbritanniens", schrieben „Nowaja Jisn" und „Prawda", die sich dieser Konferenz gegenüber ablehnend verhielten.

russischen Demokratie als eine verklärte Parole vorschweben." Als letztes Argument wird vorgebracht: „Glaubt jemand, daß Australien, Kanada, Indien dem Appell Großbritanniens mit einem so wunderbaren Enthusiasmus gefolgt wären, wenn der wahre Sinne des Krieges und seine wahren Ziele nicht klar gewesen wären?" Daher sah dieser Diplomat nicht, „weshalb England schwanken könnte, seine Ziele in einer für uns annehmbaren Form klar auszusprechen", ferner aber war er in Übereinstimmung mit den Artikeln in den Londoner „leitenden Presse-Organen" überzeugt, daß „auch die russischen Formeln nichts enthalten, was England befürchten könnte" [1]).

An der russischen Front wurde zu dieser Zeit mit allen Kräften die denkwürdige Offensive in Galizien vorbereitet. Es ist natürlich unmöglich, nach den Dokumenten des Archivs des Außenministeriums festzustellen, ob das Telegramm, das an Nabokow mit der Unterschrift Tereschtschenkos vom 6. Juni (24. Mai) Nr. 2366 in der Hoffnung auf den Erfolg dieser Operation abgesandt wurde, Ergebnis irgendeiner Privatbesprechung war oder von allen Ministern gebilligt wurde. Jedenfalls hatte es zum Ziele, den obenerwähnten, mindestens bescheidenen diplomatischen Erfolg des Auftretens der Provisorischen Regierung zur Frage der Kriegsziele zu paralysieren.

„Angesichts des grundsätzlichen Einverständnisses der englischen Regierung mit der Besprechung der Frage der Kriegsziele, glauben wir, daß es im Augenblick unseren Interessen nicht entsprechen würde, mit den Alliierten sofort einen Austausch der Ansichten in dieser Frage zu veranlassen. Dieser Augenblick wird erst dann kommen, wenn die jetzigen Bemühungen der Provisorischen Regierung, die Lage an unserer Front wiederherzustellen, wie wir zuversichtlich glauben, von Erfolg gekrönt sind." Dieses Telegramm schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß wir „zu gegebener Zeit mit England Einmütigkeit in den Endzielen, die wir zu verwirklichen bestrebt sind, erzielt haben".

Eine Woche später (am 13. Juni/31. Mai) händigte derselbe Tereschtschenko Albert Thomas, der die Mitglieder der Provisorischen Regierung besuchte, eine Note ein, deren Schluß lautete: „Indem die russische Demokratie der allgemeinen alliierten Sache unerschütterlich treu bleibt, begrüßt sie den Entschluß jener verbündeten Mächte, die ihre Bereitschaft ausgesprochen haben, den Wünschen der russischen Provisorischen Regierung entgegenzukommen, und die Vereinbarungen einer Prüfung zu unterwerfen, die sich auf die Endziele des Krieges beziehen. Wir schlagen vor, zu diesem Ziele ein Konferenz der Vertreter der verbündeten Mächte einzuberufen, die in nächster Zeit, wenn günstige Bedingungen geschaffen sind, stattfinden könnte" . . . Die letzten beiden wenig untereinander har-

---

[1]) Telegramm Nabokows vom 3. und 6. Juni.

monierenden Definitionen des Termins der Einberufung der Konferenz weisen, wie es scheint, auf die „Koalitions"-Herkunft dieses Dokuments.

Anscheinend sollte die italienische Regierung nicht hinzugezogen werden, die aber ihrerseits keineswegs daran dachte, zu schweigen. Am 20. Juni hielt Sonnino anläßlich der Parlamentseröffnung eine Rede, in der er im üblichen Geiste die Formel „eines Friedens ohne Annektionen und Kontributionen" kritisierte; diese Rede bot nach dem festgestellten Zeremoniell Anlaß zu einem Privatbrief Giers', der auch „im Namen des aufgeklärten Rußland" in Rom sprach, und ferner zu einem schriftlichen Kommentar Sonninos, der, wie sich herausstellte, einen Unterschied zwischen einer „einfachen" oder „absoluten" Formel: „weder Annektionen noch Kontributionen" und derselben Formel „ohne Annektionen und ohne Kontributionen", aber mit gewissen „Erklärungen und Einschränkungen" machte. Tereschtschenko trat in dieser Diskussion entschlossen auf die Seite Sonninos gegen Giers, dem er auseinandersetzte, daß auch die Provisorische Regierung diese Formel nur mit dem Zusatz des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen" annähme.

Der Mißerfolg der Juni-Offensive hatte den Fall der Regierungskoalition zur Folge. In der Deklaration der „umgebildeten Provisorischen Regierung"[1]) wurde erklärt, daß die letztere, „indem sie die Grundsätze der auswärtigen Politik verwirklicht, die in der Deklaration der Regierung vom 6. Mai verkündet waren, beabsichtigt, den Alliierten vorzuschlagen, im Laufe des August eine Alliierten-Konferenz abzuhalten, um die gemeinsame Richtung der auswärtigen Politik der Verbündeten zu bestimmen und ihre Aktionen mit der Durchführung der Prinzipien, welche die russische Revolution verkündet hat, in Übereinstimmung zu bringen".

Mit diesem Augenblick hört die Provisorische Regierung auf, die alliierten Regierungen zu interessieren. Der Petrograder Rat versucht seine frühere politische Linie der Lage anzupassen, wie sie sich infolge des Zusammenbruchs im Juli gebildet hatte, und zwar mit Hilfe der Stockholmer Konferenz. Dem Außenminister der Provisorischen Regierung bleibt nur übrig, Antworten auf Fragen zu schreiben, die seine diplomatischen Vertreter eher gewohnheitsmäßig als auf Grund tatsächlicher Bedürfnisse stellten. Eine Ausnahme bildet die Frage der Veröffentlichung der Geheimverträge, die diesmal der deutsche Reichskanzler Ende Juli aufwarf, und die das Haupt des französischen Kabinetts, Ribot, ohne Scheu dahin beantwortete, Frankreich hätte nichts gegen diese Veröffentlichung, aber Rußland wäre mit ihr nicht einverstanden. Als Tereschtschenko von dieser Rede Ribots erfuhr, telegraphierte er: „Wenn auch Frankreich jetzt in vollem Umfang seine

[1]) Terminus in der Deklaration vom 8./21. Juli.

Forderungen unterstützt hätte, hätte dies ohne Zweifel einen ungünstigen Eindruck auf die russische Demokratie gemacht . . . Ich betrachte es für notwendig, die Aufmerksamkeit Ribots vor der Veröffentlichung des Februar-Abkommens auf diesen Umstand zu lenken." Nachdem Tereschtschenko auf diese Weise Ribot vor einem unvorsichtigen Schritt gewarnt hatte, bat er, daß, falls Ribot es nicht für wünschenswert hielte, die Vereinbarung über die Ostgrenzen Frankreichs zu veröffentlichen, er „eine neue öffentliche Erklärung" abgebe, daß er, Ribot selbst (oder Frankreich), diese Veröffentlichung nicht wünsche.

Der russische Geschäftsträger scheint in dieser Zeit den französischen Premier nicht oft gesehen zu haben und ist also in seiner Antwort gezwungen, sich mit einer Information zu begnügen, die „aus Privatgesprächen im Ministerium des Auswärtigen" geschöpft war. Seine Schlußfolgerung aus dieser Information ging dahin, daß der russische Außenminister am besten täte, vorausgesetzt, daß der Eindruck der Erklärung Ribots „nicht besonders stark" ist, auf seine Forderung zu verzichten: „Eine solche Handlung könnte hier als wesentlicher Dienst für die französische Regierung hingestellt werden[1]." Der Minister der Provisorischen Regierung ließ sich verführen und bestätigte, daß diese Frage „tatsächlich ihren akuten Charakter verloren habe, und er gern bereit wäre, auf einer Antwort Ribots in diesem Falle nicht zu bestehen".

Später wiederholte Ribot in einer Antwort auf eine Anfrage in der Kammer, weshalb er sein Versprechen, die Geheimdokumente zu veröffentlichen, nicht gehalten hätte, seine Erklärung, die russische Regierung hätte gegen diese Veröffentlichung Einwände erhoben, und er möchte ihr keinerlei Schwierigkeiten bereiten[2]). Diesmal brachte es Sewastopulo schon nicht mehr nur zu einer Privatunterhaltung, sondern zu einer offiziellen Begegnung mit dem Abteilungsdirektor, den er darauf verwies, daß sich Ribot „auf die Alliierten im allgemeinen, ohne besonders auf uns hinzuweisen", berufen könnte; er erhielt aber die unbestimmte Antwort, daß Noulens beauftragt wäre, über diese Angelegenheit mit Tereschtschenko Rücksprache zu nehmen. Die folgenden Mitteilungen Sewastopulos beweisen, daß er entweder von den tatsächlichen Stimmungen in den französischen Regierungskreisen nichts wußte oder es für überflüssig hielt, Tereschtschenko zu informieren. Wie jetzt bekannt ist, erfolgten im Laufe des Monats Juli die von uns erwähnten „privaten" Unterhandlungen Briands mit Deutschland über Belgien und die Friedensbedingungen. Diese Unterhandlungen wurden auf die Forderung Ribots hin abgebrochen, trotzdem sie, auch nach der heutigen Überzeugung Bri-

---

[1]) Telegramm Sewastopolis vom 12. August (30. Juli).
[2]) Sewastopulo am 6./19. September.

ands[1]), die Kriegsleiden um ein Jahr verkürzt hätten. Die französische Regierung rechnete zu dieser Zeit offenbar fest auf den nahen Sieg, es war der Gipfel der Naivität und der Sorglosigkeit, wenn Sewastopulo annahm, die französische Regierung sei bereit gewesen, „alle unsere Abkommen", einschließlich des Februarabkommens, mit der Erklärung ihrer Ungültigkeit zu veröffentlichen.

Bei der Zusammenkunft Sewastopulos mit Ribot erklärte Ribot, daß Tereschtschenko in einer Unterredung mit Noulens davon gesprochen hätte, daß eine Veröffentlichung des Februarabkommens großen Schwierigkeiten begegne, da es mit dem Meerengenabkommen in Zusammenhang stehe, zu dessen Gültigkeit die Provisorische Regierung sich hätte erklären müssen[2]).

Tereschtschenko antwortete, er habe Noulens gegenüber nichts Ähnliches erklärt, und im französischen Außenministerium hielt man Sewastopulo ein Telegramm Noulens' vor, in dem Noulens sein Gespräch mit Tereschtschenko über diesen Punkt mitteilte. Tereschtschenko hatte jedoch auch diesmal „nicht die Absicht, Frankreich in dieser Sache Schwierigkeiten zu bereiten und Ribot in eine noch unbequemere Lage zu bringen". Des-

---

[1]) Gerichtsaussage Briands im Prozeß des Barons Coppé. Baron E. Coppé wurde beschuldigt, während des Weltkrieges Brennstoffe wie Benzol u. a. hergestellt und an die deutsche Armee geliefert zu haben; mit der Untersuchung wurde im Jahre 1919 begonnen. Zu seiner Verteidigung gab Coppé an, daß er im Interesse des Landes gehandelt hätte, da die Besatzungstruppen im Falle einer Nichterfüllung der Forderungen Deutschlands die Fabriken zerstört hätten. Außerdem legte Coppé bei seiner Vernehmung dar, daß er als „Informator" der belgischen Regierung und der vereinigten Stäbe gewirkt habe, indem er Nachrichten über die Aktionen der feindlichen Truppen vermittelte, was ihm nur dank des Vertrauens der deutschen Mächte gelang. Um seine politische Rolle klarzulegen, ließ die Verteidigung das Material über seine Teilnahme an den im Juli 1917 stattgefundenen Geheimkonferenzen zwischen Belgien, Frankreich und Deutschland, über den Friedensschluß und die Unterredungen v. d. Lankens sammeln. Diese den Untersuchungsschriften beigefügten Materialien bezogen sich auf 1. einige Briefe des früheren Vorsitzenden des Belgischen Ministers Graf de Brockville, aus denen hervorging, daß Coppé als Agent tätig war, und Brockville davon wußte; 2. einen Brief Briands an Coppé vom 6./VII. 1919, der die Bestätigung erbrachte, daß Coppé in Anwesenheit des Grafen Brockville ihm, Briand, tatsächlich den Vorschlag Deutschlands unterbreitet hat, den er der französischen Regierung überreicht habe; 3. den an Briand gerichteten Brief des Sohnes von Coppé, in Beantwortung der durch Robo erfolgten Zusendung einer Kopie des Briandschen Schreibens, in dem Briand den Satz prägte: „les conditions où aurait lieu eventuellement la conversation qu'il envisageait." Die oftmals vertagte Verhandlung begann am 19. V. 24 und endete am 18. VII. mit dem Freispruch Coppés. Als Zeuge fungierte u. a. Briand, der den Inhalt seines Briefes am 6. VII. 19 bestätigte und den von uns erwähnten Ausspruch tat. Siehe „Temps" die Nummern 22 930, 22 933, 22 934, 22 937, 22 938, 22 944, 22 945, 22 953, 22 990.

[2]) Sewastopulo am 21./8. September.

halb beschränkt er sich auf eine „offizielle Erklärung", daß „seitens Rußlands keine Einwände gegen die Veröffentlichung aller Vereinbarungen überhaupt zu erwarten seien, die vor und während des Krieges geschlossen wären, wenn das Einverständnis der übrigen interessierten Verbündeten erfolgt sei"[1]. Da er das Telegramm Sewastopulos absolut nicht verstand, der die Worte Cambons übermittelt hatte, daß das Kleinasienabkommen eine Sonderstellung einnähme, da es „nicht endgültig" wäre und deshalb angeblich für eine Veröffentlichung nicht in Betracht käme, widerspricht er eingehend den angeblichen Äußerungen Ribots, die er sich eingebildet hat, und sucht zu beweisen, das Kleinasienabkommen könne nicht von dem Konstantinopelabkommen abgetrennt werden. Dies Telegramm[2]) ist für den inneren Zustand der Provisorischen Regierung ebenso charakteristisch, wie es die Mitteilung Sewastopulos vom 1. Oktober (18. September) für die auswärtige Lage ist: Als Sewastopulo dem französischen Außenminister die Erklärung des russischen Außenministers überreichte und ihm eine Denkschrift einhändigte, in der es hieß, daß die Provisorische Regierung nichts gegen die Veröffentlichung aller Verträge einzuwenden hätte, die vor und während des Krieges geschlossen wären, äußerte der französische Minister, „. . . er würde es im Falle der Notwendigkeit nicht unterlassen, sich von den Hinweisen, die in ihr enthalten seien, leiten zu lassen". Indem er sich offenbar fortgesetzt über ihn lustig zu machen scheint, bemerkt er noch, daß diese Denkschrift, wie er es auffasse, „nicht für die Veröffentlichung bestimmt wäre". Danach zu urteilen, daß Sewastopulo keineswegs im Rufe der Einfalt stand, mußte er (natürlich achtungsvoll) lächeln, als er auf diese Äußerung bestätigend antwortete. Man muß annehmen, daß er schon in ziemlich lustiger Stimmung war, als er dies Telegramm mit den Worten schloß: „Sollte ich Sie in dieser letzten Beziehung nicht verstanden haben, belieben Sie mir zu telegraphieren, falls eine Mitteilung an den Minister notwendig sein sollte."

Zwei Tage zuvor hat in Taschkent der örtliche Arbeiterrat bereits die Macht ergriffen, und dem Zentralkomitee der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki) lagen bereits die Thesen Lenins mit der allgemeinen Überschrift vor: „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen."

---

[1]) Telegramm Terestschenkos vom 24/11. September.

[2]) 25./12. September.

VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

I. Erwägungen der Zarenregierung in der Konstantinopel- und Meerengenfrage

1. Brief G. Trubetzkojs an M. Giers. — 7/20. August 1914. — S. 3.
Erwägungen in der Frage der Kompensationen für die Beteiligung Rußlands am Kriege; darunter die Hauptkompensation auf dem Gebiete der Meerengen.

2. Denkschrift N. Basilis. — November 1914. — S. 4.
„Über unsere Ziele in den Meerengen" (Über Mittel und Wege zur Lösung der Meerengenfrage).

3. Denkschrift A. Nemitz'. — 1/14. Dezember 1914. — S. 35.
„Vorbetrachtungen über die Konstantinopel-Operation".

4. Denkschrift A. Neratows. — 14/27. Dezember 1914. — S. 52.
Über die Notwendigkeit eines Abkommens mit Rumänien mit dem Ziele, zu einer Verständigung zu kommen über den Durchmarsch der russischen Truppen durch das rumänische Territorium für den Landfeldzug gegen Konstantinopel.

5. Telegramm G. Trubetzkojs an S. Sasonow Nr. 201. — Nisch, den 13/26. Februar 1915. — S. 56.
Zwei Lösungen der Konstantinopel- und Meerengenfrage sind möglich: 1. der Besitz der Meerengen mit der Zusprechung der Grenze Midia—Enos an Rußland oder 2. die Belassung der Meerengen bei der Türkei mit der Errichtung einer russischen Militär- und Marinekontrolle.

6. Brief G. Trubetzkojs an Sasonow. — Nisch, den 24. Februar/9. März 1915. — S. 58.
Über dasselbe Thema; bei der erfolglosen Lösung der Meerengenfrage würde „ganz Rußland Rechenschaft verlangen, wofür das Blut unserer Nächsten vergossen wird".

7. Telegramm A. Nekludows an S. Sasonow. — Stockholm, den 3/16. September 1915. — S. 62.
Der Besitz Konstantinopels und der Meerengen ist die Belohnung für die Opfer, die Rußland im Kriege bringt.

8. Telegramm S. Sasonows an A. Nekludow. — Petrograd, den 4/17. September 1915. — S. 63.
Das Außenministerium verliert die Verwirklichung der historischen Aufgaben Rußlands nicht aus den Augen.

9. Brief N. Kudaschews an S. Sasonow. — Mohilew, den 10/23. September 1915. — S. 63.
General Alexejew ist für einen Separatfrieden mit der Türkei.

10. Brief N. Kudaschews an S. Sasonow. — Großes Hauptquartier, den 8/21. Oktober 1915. — S. 65.

General Alexejew ist der Meinung, daß der Abschluß eines Separatfriedens mit der Türkei die einzige Möglichkeit ist, die Kriegslage zu verbessern.

11. Brief N. Kudaschews an S. Sasonow. — Großes Hauptquartier, den 8/21. Oktober 1915. — S. 68.

Rußland ist nicht imstande, gleichzeitig auf allen Fronten den Krieg fortzusetzen. Die Zertrümmerung Serbiens wird die Lage katastrophal gestalten.

12. Brief N. Kudaschews an S. Sasonow. — Großes Hauptquartier, den 18/31. Oktober 1915. — S. 70.

Über die Nicht-Bereitschaft der rumänischen Armee und über die mangelhafte Bewaffnung der russischen Armee.

13. Brief N. Kudaschews an S. Sasonow. — Großes Hauptquartier, den 5/18. März 1916. — S. 72.

Über die Notwendigkeit, die für Rußland nach der Einnahme von Erzerum günstige Situation auszunutzen mit dem Ziele des Abschlusses eines Separatfriedens mit der Türkei um den Preis des Verzichts auf Konstantinopel und die Meerengen.

14. Denkschrift N. Basilis. — 4—8/17—21. April 1916. — S. 76.

1) Betrachtungen und Angaben, die dem Minister vorgetragen wurden:

1. Der Gedanke eines Staatsstreichs in Bulgarien.
2. Rumänien.
3. Die Frage der Aufteilung von Kleinasien.

2) Die vom Minister erhaltenen Instruktionen und die im Ministerium mitgeteilten Angaben:

1. Der Plan eines Staatsstreichs in Bulgarien.
2. Rumänien.

II. Unterhandlungen mit Rußland, England, Frankreich, 1914—1916

1. Verhandlungen und Anerkennung der Aspirationen der Zarenregierung auf Konstantinopel und die Meerengen seitens England 1914

15. Telegramm M. Paléologues an Th. Delcassé (dechiffr.). — Petrograd, den 26. September 1914. — S. 85.

Inhalt seiner Unterredung mit Kriwoschein und Sasonow über die zukünftigen Friedensbedingungen und das Schicksal Konstantinopels und der Meerengen.

16. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 2935. — Petrograd, den 14/27. September 1914. — S. 88.

Instruktionen an die Botschafter, durch einen Vorschlag klarzustellen, welche Forderungen Frankreich und England nach Beendigung des Krieges aufwerfen werden.

17. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 526. — London, den 15/28. September 1914. — S. 88.

Schlußfolgerungen Benckendorffs auf Grund von Unterhaltungen mit den Mitgliedern des englischen Ministeriums und den Vertretern der konservativen Kreise über die zukünftigen Forderungen Englands. Benckendorff ist der Meinung, daß England u. a. die Freiheit der Handelsschiffahrt in den Meerengen zu erreichen sucht.

18. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 497. — Bordeaux, den 30. September/13. Oktober 1914. — S. 90.

Unterredung mit Delcassé über die Bedingungen des künftigen Friedens. Frankreich ist bereit, Rußland in der Sache der Sicherung der „Freiheit der Meerengen" zu unterstützen.

19. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 498. — Bordeaux, den 30. September/13. Oktober 1914. — S. 91.

Unterredung mit Delcassé über das zukünftige Schicksal von Österreich-Ungarn.

20. Telegramm Muchtar-Paschas an Said-Halim-Pascha (dechiffr.). — Berlin, den 17. Oktober 1914. — S. 93.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" über die Marinekonvention zwischen England und Rußland und Kommentare anläßlich der Fahrt der „Goeben" und „Breslau".

21. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 571 (dechiffr). — Petrograd, den 29. Oktober 1914. — S. 96.

Die Erklärung Sasonows, daß der Eintritt der Türkei in den Krieg „die Nahe Orientfrage" in ihrer Gesamtheit stellen und die endgültige Lösung der Meerengenfrage mit sich bringen wird.

22. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 649. — London, den 27. Oktober/9. November 1914. — S. 97.

Die Erklärung Greys zur Frage der persischen Neutralität, das Schicksal der Meerengen und Konstantinopels müsse im Einklang mit den russischen Wünschen entschieden werden.

23. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 1004 (dechiffr.). — London, den 10. November 1914. — S. 100.

Anerkennung der russischen Wünsche in der Imbros- und Tenedosfrage und das künftige Schicksal des Dodekanes.

24. Memorandum der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 12. November 1914. — S. 101.

Über dasselbe Thema wie oben.

25. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 663. — London, den 31. Oktober/13. November 1914. — S. 101.

Die Erklärung des großbritannischen Königs über die Bestimmung Konstantinopels für Rußland.

26. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 664. — London, den 31. Oktober/13. November 1914. — S. 102.

Der Wunsch der englischen Regierung, die persische Neutralität nicht verletzt zu sehen im Zusammenhang mit der Bewegung der russischen Truppen nach Aserbeidschan.

27. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 14. November 1914. — S. 104.

Versprechen, die türkische Frage einschließlich der Konstantinopel- und Meerengenfrage im Einvernehmen mit Rußland zu lösen.

28. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 3861. — Petrograd, den 3/16. November 1914. — S. 105.

Dank an Grey für die Erklärung, daß das Schicksal der Meerengen und Konstantinopels im Einklang mit den Wünschen Rußlands entschieden werde.

29. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 3861. — Petrograd, den 5/18. November 1914. — S. 105.

Einverständnis mit dem Anschluß Ägyptens an England.

30. Telegramm N. Etters an S. Sasonow Nr. 680. — London, den 6/19. November 1914. — S. 106.

Die englische Regierung wird sich provisorisch mit dem Protektorat Ägyptens begnügen.

31. Denkschrift S. Sasonows an G. Buchanan. — Petrograd, den 7/20. November 1914. — S. 107.

Anerkennung der Annexion Ägyptens durch England seitens der russischen Regierung im Zusammenhang mit der Erklärung Greys über das Schicksal der Meerengen und Konstantinopels.

32. Telegramm I. Motonos an T. Kato (dechiffr.). — Petrograd, den 23. November 1914. — S. 107.

Inhalt der Unterredung Paléologues mit Nikolaus II. über die Bedingungen des künftigen Friedens.

33. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 3996. — Petrograd, den 14/27. November 1914. — S. 108.

Mitteilung der Erklärung Greys an Benckendorff, daß das Schicksal der Meerengen und Konstantinopels im Einklang mit den Wünschen Rußlands entschieden werde.

2. Die Vereinbarung über Konstantinopel und die Meerengen 1915

34. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 115. — Petrograd, den 7/20. Januar 1915. — S. 113.

Instruktion an Serafimow, sich jedweder Beziehung zu den Mitgliedern der Partei „der Einheit und des Fortschritts" zu enthalten.

35. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 27. Januar 1915. — S. 113.

Grey wird auf keine Sonderverhandlungen, die von den Türken ausgehen könnten, eingehen.

36. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 206 (dechiffr.). — London, den 10. Februar 1915. — S. 114.

Vorschlag Greys, im Fall einer Staatsumwälzung in der Türkei die Friedensbedingungen zu prüfen, vorerst muß man aber zu einer Vereinbarung über die Garantien in bezug auf die Meerengen kommen.

37. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow. — London, den 29. Januar/11. Februar 1915. — S. 115.

Erklärung Greys, im Fall von Unterhandlungen mit der Türkei beabsichtige er nicht, irgendwelche Veränderung vorzunehmen in bezug auf seine Erklärungen über die Meerengen.

38. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 592. — Petrograd, den 1/14. Februar 1915. — S. 116.

Über dasselbe Thema.

39. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 86. — Paris, den 10/23. Februar 1915. — S. 117.

Die Stellungnahme der französischen öffentlichen Meinung zu den Operationen vor den Dardanellen und zum künftigen Schicksal Konstantinopels und der Meerengen.

40. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 122. — London, den 12/25. Februar 1915. — S. 118.

Über den Entwurf einer Antwort Greys im Unterhause anläßlich der Rede Sasonows in der Reichsduma.

41. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 133. — London, den 12/25. Februar 1915. — S. 118.

Auszug aus der Rede Greys im Unterhaus.

42. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 815. — Petrograd, den 13/26. Februar 1915. — S. 119.

Die Motivierung der russischen Annexion der Meerengen und Bestimmung der Grenze der zu annektierenden Zone.

43. Telegramm K. Diamandis an E. Porumbaro Nr. 283 (dechiffr.). — Petrograd, den 15/28. Februar 1915. — S. 120.

Über die Vorbereitungen Rußlands für die Operationen gegen die Meerengen.

44. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 865. — Petrograd, den 16. Februar/1. März 1915. — S. 121.

Über den ungünstigen Eindruck, den in den Dumakreisen das Auftreten Greys im Unterhause am 12/25. Februar 1915 gemacht hat.

45. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 879. — Petrograd, den 17. Februar/2. März 1915. — S. 121.

Erklärung, daß es für Rußland notwendig sei, die Inseln des Marmarameeres zu erhalten sowie Imbros und Tenedos, um die Freiheit des internationalen Handels durch die Meerengen und die Verteidigung der Dardanellen zu sichern.

46. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff und A. Iswolski Nr. 887. — Petrograd, den 17. Februar/2. März 1915. — S. 122.

Im Zusammenhang mit den erfolgreichen Aktionen der Alliierten vor den Dardanellen wird vorgeschlagen, die öffentliche Meinung Frankreichs und Großbritanniens auf die Anerkennung der russischen Rechte auf die Meerengen und Konstantinopel vorzubereiten.

47. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 107. — Paris, den 17. Februar/2. März 1915. — S. 122.

Über die Schwierigkeiten, die der Wunsch Rußlands, sich auf beiden Meerengenufern festzusetzen, hervorrufen wird.

48. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 146. — London, den 17. Februar/2. März 1915. — S. 124.

Über die Operationen vor den Dardanellen, es sei wünschenswert, Bulgarien, Griechenland und Rumänien auf die Seite der Ententemächte zu bringen.

49. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 147. — London, den 18. Februar/3. März 1915. — S. 126.

Die englische Regierung hält es für notwendig, sich zuerst mit der französischen Regierung zu verständigen, bevor sie sich endgültig über den Anschluß Konstantinopels an Rußland äußern könnte.

50. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 151. — London, den 18. Februar/3. März 1915. — S. 127.

Benckendorff weist darauf hin, daß es die Absicht Greys war, zu zeigen, daß England auf seine traditionelle Politik im Nahen Osten verzichtete.

51. Telegramm Odagiris an Chasegawa (dechiffr). — Petrograd, den 3. März 1915, — S. 129.

Annahme, daß die „Aktionen gegen die Dardanellen von England und Frankreich unternommen wurden, um den Übergang der Meerengen an die Herrschaft Rußlands nicht zuzulassen".

52. Die alleruntertänigste Denkschrift S. Sasonows. — Petrograd, den 19. Februar/4. März 1915. — S. 129.

Begleitdenkschrift zur Denkschrift in der Meerengenfrage, die im Einverständnis mit dem französischen und englischen Botschafter entworfen wurde.

53. Denkschrift S. Sasonows an M. Paléologue und G. Buchanan. — Petrograd, den 19. Februar/4. März 1915. — S. 130.

Das Konstantinopel- und Meerengenabkommen (Russisches Memorandum).

54. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 942. — Petrograd, den 19. Februar/4. März 1915. — S. 131.

Erklärung über die Notwendigkeit der Festsetzung Rußlands auf beiden Meerengenufern zwecks Sicherung der Freiheit der Durchfahrt nach dem Bosporus.

55. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 4. März 1915. — S. 131.

Grey glaubt eine bestimmtere Erklärung in der Konstantinopel- und Meerengenfrage erst nach Besprechung mit der französischen Regierung abgeben zu können.

56. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 113. — Paris, den 19. Februar/4. März 1915. — S. 132.

Die Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten ohne Teilnahme Rußlands schafft für Rußland äußerst ungünstige Bedingungen für die Lösung dieser Frage.

57. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 115. — Paris, den 19. Februar/4. März 1915. — S. 133.

Die Überlassung Konstantinopels an Rußland muß, nach Meinung Delcassés, durch sein Einverständnis mit der Errichtung einer „vollkommenen Freiheit" in den Meerengen bedingt sein.

58. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 153. — London, den 19. Februar/4. März 1915. — S. 134.

Benckendorff ist der Meinung, daß die englische öffentliche Meinung sich immer mehr zugunsten der englisch-russischen Annäherung entwickelt.

59. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 5. März 1915. — S. 138.

Grey ist der Meinung, daß Benckendorff seine Erklärung im Unterhaus vom 12/25. Februar 1915 richtig kommentiert hat.

60. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 6. März 1915. — S. 139.

Erklärung Greys, daß die Operationen, die von den Alliierten gegen die Dardanellen unternommen wurden, die Frage des künftigen Schicksals Konstantinopels und der Meerengen nicht vorausentscheiden, da sie im Einklang mit den Wünschen Rußlands entschieden werden soll, und es notwendig ist, Griechenland zu diesen Operationen hinzuzuziehen.

61. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 120. — Paris, den 21. Februar/6. März 1915. — S. 141.

Wunsch der französischen Regierung, Griechenland, Bulgarien und Italien auf die Seite der Entente zu ziehen.

62. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 121. — Paris, den 21. Februar/6. März 1915. — S. 142.

Delcassé ist der Meinung, daß die Entscheidung der Frage der Gewährung Konstantinopels und der beiden Bosporusufer an Rußland wesentlich erleichtert sein wird, wenn Rußland mit ihrer Unterwerfung durch die Kontrolle einer europäischen Kommission einverstanden wäre.

63. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 155. — London, den 21. Februar/6. März 1915. — S. 143.

Die Erklärung Greys in der Konstantinopel- und Meerengenfrage ist „keine endgültige Formulierung des englischen Standpunktes, im Gegenteil — sie kann als Grundlage für seine weitere Entwicklung dienen".

64. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 993. — Petrograd, den 22. Februar/7. März 1915. — S. 144.

Erklärung Sasonows, daß die „russische Öffentlichkeit sich nie mit einer anderen Lösung der Frage zufrieden geben wird als der, die unsere unbeschränkte Herrschaft über die Meerengen und Konstantinopel verwirklicht".

65. Telegramm A. Carlottis an S. Sonnino Nr. 228 (dechiffr.). — Petrograd, den 7. März 1915. — S. 145.

Über die Stellungnahme der russischen Regierung zur Frage des Eintritts in den Krieg im Zusammenhang mit den Operationen gegen die Meerengen durch Rumänien, Bulgarien und Griechenland.

66. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 159. — London, den 22. Februar/7. März 1915. — S. 146.

Über die wohlwollende Stellung der englischen Presse zur Entscheidung der Konstantinopel- und der Meerengenfrage im Einklang mit den russischen Aspirationen.

67. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 162. — London, den 22. Februar/7. Februar 1915. — S. 148.

Unterredung mit Cambon anläßlich der russischen Denkschrift über Konstantinopel und die Meerengen.

68. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 163. — London, den 23. Februar/8. März 1915. — S. 148.

Unterredung mit Nicolson über dieselbe Frage.

69. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 1020. — Petrograd, den 23. Februar/8. März 1915. — S. 149.

Vorschlag an die französische und englische Regierung, ihre Botschafter in Petrograd zu bevollmächtigen, mit Sasonow in Petrograd die Friedensbedingungen zu besprechen.

70. Denkschrift der französischen Botschaft an S. Sasonow Nr. 29. — Petrograd, den 8. März 1915. — S. 149.

Indem die französische Regierung ihre Bereitschaft mitteilt, die Konstantinopel- und Meerengenfrage im Einklang mit den Wünschen Rußlands zu lösen, ist sie der Meinung, daß diese Frage sowie die Fragen, die Frankreich und England im Orient interessieren, ihre endgültige Lösung in dem Friedensvertrag der drei alliierten Mächte finden müssen.

71. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 1030. — Petrograd, den 24. Februar/9. März 1915. — S. 150.

Sasonow ist Delcassé verbunden für die von der französischen Regierung ausgesprochene Bereitschaft, zur Lösung der Konstantinopel- und der Meerengenfrage im Einklang mit den Wünschen Rußlands beizutragen.

72. Denkschrift S. Sasonows an M. Paléologue Nr. 244. — Petrograd, den 24. Februar/9. März 1915. — S. 150.

Sasonow spricht seine Genugtuung anläßlich der Erklärung des französischen Botschafters über die Konstantinopel- und Meerengenfrage aus.

73. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 127. — Paris, den 24. Februar/9. März 1915. — S. 151.

Wie Delcassé sagt, ist Frankreich mit der Überlassung Konstantinopels und der Meerengen an Rußland einverstanden unter Bedingung der Sicherung der Freiheit des internationalen Handels in den Meerengen.

74. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 128. — Paris, den 24. Februar/9. März 1915. — S. 152.

Delcassé drückt sein Bedauern darüber aus, daß Sasonow sich weigert, nach Paris zu kommen.

75. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 1057. — Petrograd, den 25. Februar/10. März 1915. — S. 152.

Über die gegenseitige Zensur infolge des Erscheinens von Artikeln über die Konstantinopel- und Meerengenfrage in der Pariser Presse, die Rußland günstig sind.

76. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 1058. — Petrograd, den 25. Februar/10. März 1915. — S. 153.

Vorschlag der französischen und englischen Regierung, die ihnen wünschenswerten wirtschaftlichen Garantien für das Gebiet der Meerengen mitzuteilen.

77. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 129. — Paris, den 25. Februar/10. März 1915. — S. 153.

Zur Frage der Sicherung der Freiheit des internationalen Handels in den Meerengen.

78. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 170. — London, den 25. Februar/10. März 1915. — S. 154.

Unterredung mit Grey über die Hinzuziehung Griechenlands zur Teilnahme an den Operationen gegen die Meerengen und über die russischen Aspirationen auf Konstantinopel und die Meerengen.

79. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 174. — London, den 26. Februar/11. März 1915. — S. 156.

Englische Wünsche auf dem Gebiete der Meerengen betreffen die Frage der Freiheit der Handelsschiffahrt und eines Freihafens für den Transitverkehr.

80. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 12. März 1915. — S. 156.

Die englische Regierung ist mit der Lösung der Konstantinopel- und der Meerengenfrage im Einklang mit den russischen Aspirationen einverstanden, wenn die Wünsche Großbritanniens und Frankreichs im Ottomanenreiche wie auch an anderen Orten erfüllt sein werden. (Konstantinopel- und Meerengenabkommen; Zusatzabkommen — 81.)

81. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 12. März 1915. — S. 157.

Indem die englische Regierung ihr Einverständnis mit der Überlassung Konstantinopels und der Meerengen an Rußland ausspricht, drückt sie den Wunsch aus über 1) Errichtung eines Freihafens in Konstantinopel, 2) Hinzuziehung Griechenlands zu den Operationen in den Meerengen, 3) Befriedigung der Aspirationen Frankreichs und Englands in der Asiatischen Türkei und 4) Überprüfung des Teiles des englisch-russischen Abkommens 1907, der Persien betrifft.

82. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow. — London, den 28. Februar/13. März 1915. — S. 159.

Es sei wünschenswert, der englischen Regierung den Dank dafür auszusprechen, daß sie die russischen Aspirationen in Konstantinopel und den Meerengen anerkannt hat.

83. Brief A. Iswolskis an S. Sasonow. — Paris, den 1/14. März 1915. — S. 160.

Ausführliche Wiedergabe des Verlaufes der Verhandlungen mit Delcassé über die Konstantinopel- und Meerengenfrage.

84. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 178. — London, den 1/14. März 1915. — S. 164.

Wortlaut der englischen Denkschrift, die die russischen Aspirationen in Konstantinopel und den Meerengen anerkennt, sie wurde vorher den Führern der Opposition mitgeteilt.

85. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 1226. — Petrograd, den 5/18. März 1915. — S. 165.

Die russische Regierung wünscht genaue Erklärungen über das Einverständnis Frankreichs mit der Überlassung Konstantinopels und der Meerengen an Rußland.

86. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 143. — Paris, den 5/18. März 1915. — S. 166.

Über die Stellung der französischen Presse zur Konstantinopel- und Meerengenfrage.

87. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 1265. — Petrograd, den 7/20. März 1915. — S. 167.

Die Antwort der russischen Regierung auf das Memorandum Englands vom 12. März 1915.

88. Denkschrift der großbritannischen Regierung an S. Sasonow. — Petrograd, den 20. März 1915. — S. 169.

Grey ist der Meinung, daß die drei alliierten Mächte Bulgarien und Rumänien Versicherungen abgeben müssen, daß die Meerengen für die rumänischen und bulgarischen Kriegsschiffe offen und für den Handel frei sein werden.

89. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 157. — Paris, den 7/20. März 1915. — S. 170.

Delcassés Einverständnis mit einer schriftlichen Erklärung an die russische Regierung zur Konstantinopel- und Meerengenfrage.

90. Denkschrift S. Sasonows an M. Paléologue und G. Buchanan Nr. 313 und 318. — Petrograd, den 8/21. März 1915. — S. 170.

Sasonow ist der Meinung, daß man die Mitteilung an Rumänien in bezug der Eröffnung der Meerengen für seine Kriegsschiffe bis zum Augenblick verschieben soll, wo Rumänien sich entschließt, sich aktiv auf die Seite der Alliierten zu stellen.

91. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 1319. — Petrograd, 9/22. März 1915. — S. 171.

Einverständnis Sasonows mit einer Erklärung Greys an den rumänischen Gesandten, daß Rußland die wirtschaftlichen Interessen Rumäniens im Meerengengebiet sicherstellen wird.

92. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 1315. — Petrograd, den 10/23. März 1915. — 171.

Sasonow unterstreicht den bestimmteren Charakter des englischen Memorandums im Vergleich zur Deklaration der französischen Botschaft.

93. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 168. — Paris, den 11/24. März 1915. — S. 172.

Delcassé beauftragt Paléologue, eine schriftliche Deklaration über Konstantinopel und die Meerengen abzugeben.

94. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 182. — Paris, den 15/28. März 1915. — S. 173.

Angesichts gewisser für Rußland ungünstigen Strömungen in der französischen öffentlichen Meinung über die Konstantinopel- und die Meerengenfrage ist es, nach Iswolskis Meinung, notwendig, Rußland bei der Besetzung Konstantinopels die Hauptrolle in der Führung der Kriegsoperationen zu übertragen.

95. Telegramm E. Greys an G. Buchanan Nr. 475. — (dechiff.) — London, den 30. März 1915. — S. 174.

Über das von dem deutschen Gesandten in Stockholm verbreitete Gerücht, England und Frankreich hätten ein Sonderabkommen über Konstantinopel getroffen.

96. Telegramm A. Neratows an A. Nekludow Nr. 1472. — Petrograd, den 18/31. März 1915. — S. 174.

Dementi der Mitteilung aus Berlin, daß England und Frankreich ein Sonderabkommen über das Schicksal Konstantinopels geschlossen hätten.

97. Telegramm A. Neratows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 1473. — Petrograd, den 18/31. März 1915. — S. 175.

Ersuchen an die englische und französische Regierung, die Existenz eines Abkommens zu dementieren, das die deutsche Presse „erfunden" hat.

98. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 189. — Paris, den 19. März/1. April 1915. — S. 175.

Iswolski fragt bei Sasonow an, ob Paléologue die ihm vorgeschriebene Deklaration über Konstantinopel und die Meerengen abgegeben hat.

99. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 1518. — Petrograd, den 21. März/3. April 1915. — S. 176.

Sasonow teilt mit, daß Paléologue keine schriftliche Erklärung in der Konstantinopel- und Meerengenfrage abgegeben hat.

100. Brief N. Januschkewitsch an S. Sasonow. — Großes Hauptquartier, den 21. März/3. April 1915. — S. 177.

Zur Frage der Beteiligung Rußlands an den Operationen der Alliierten in den Meerengen.

101. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 197. — Paris, den 23. März/5. April 1915. — S. 180.

Mitteilung, daß Delcassé Paléologue beauftragt hat, eine Deklaration zur Konstantinopel- und Meerengenfrage abzugeben.

102. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 232. — London, den 24. März/ 6. April 1915. — S. 180.

Nicolson beauftragt den englischen Vertreter in Stockholm, die deutsche Mitteilung zu dementieren.

103. Verbalnote der französischen Botschaft an S. Sasonow Nr. 120. — Petrograd, den 10. April 1915. — S. 180.

Die französische Regierung wird ihr Einverständnis mit der Annexion Konstantinopels und der Meerengen durch Rußland geben unter der Bedingung der Verwirklichung der Pläne Englands und Frankreichs im Orient und in anderen Orten (Konstantinopel- und Meerengenabkommen).

104. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 639. — Paris, den 29. September/ 12. Oktober 1915. — S. 181.

Im Zusammenhang mit der Unzufriedenheit der französischen politischen Kreise mit der Politik Rußlands auf dem Balkan wird in der französischen Presse die Frage der Überprüfung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens aufgeworfen.

105. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 1999 (dechiffr.). — Petrograd, den 30. Dezember 1915. — S. 183.

Verhandlungen mit Djemal-Pascha über den Abschluß eines Sonderfriedens mit der Türkei.

106. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 948. — Petrograd, den 24. Februar/ 8. März 1916. — S. 184.

Instruktion für Iswolski als Richtlinie für die bevorstehende alliierte Konferenz.

107. Brief A. Iswolskis an B. Stürmer Nr. 912. — Paris, den 16/29. August 1916. S. 185.

Über die im August 1916 stattgefundene Tagung des Nationalrates der französischen vereinigten sozialistischen Partei.

108. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 969. — Paris, den 16/29. Dezember 1916. — S. 191.

Über die Stellung der französischen politischen und öffentlichen Kreise zur Konstantinopel- und Meerengenfrage.

III. Die Stellungnahme Italiens zur Konstantinopel- und Meerengenfrage

1. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage in Verbindung mit Italiens Eintritt in den Krieg, 1915

109. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 104. — London, den 4/17. Februar 1915. — S. 195.

Unterredung mit dem General Garibaldi über die Konstantinopel- und Meerengenfrage.

110. Telegramm A. Carlottis an S. Sonnino (dechiffr.). — Petrograd, den 26. Februar 1915. — S. 196.

Die Informationen, die Carlotti über die Existenz eines Abkommens zwischen den Alliierten in der Konstantinopel- und Meerengenfrage erhalten hat.

111. Brief A. Krupenskis an S. Sasonow. — Rom, den 18. Februar/3. März 1915. S. 197.

Über die politische Lage in Italien und über die Möglichkeit seines Eintritts in den Krieg.

112. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 114. — Paris, den 19. Februar/4. März 1915. — S. 202.

Delcassé ist der Meinung, daß der Eintritt Italiens in den Krieg auf seiten der Ententemächte äußerst wünschenswert sei.

113. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 305 (dechiffr.). — London, den 4. März 1915. — S. 202.

Die Meinung der englischen Regierung über dasselbe Thema.

114. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 255. — Petrograd, den 5. März 1915. — S. 203.

Negative Stellungnahme Sasonows zur Teilnahme Italiens und Griechenlands an den Operationen gegen die Türkei.

115. Telegramm S. Sonninos an A. Carlotti. — Rom, den 6. März 1915. — S. 204.

Über die Abkommen der Tripleentente in der Konstantinopelfrage.

116. Denkschrift S. Sasonows an M. Paléologue und G. Buchanan. — Petrograd, den 22. Februar/7. März 1915. — S. 204.

Die russische Regierung widerspricht der Teilnahme Italiens am Kriege auf seiten der Ententemächte nicht, meint aber, daß die Vorteile, die Italien für seine Mitarbeit gewährt werden, der militärischen und politischen Hilfe entsprechen müssen, die die Italiener leisten können.

117. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 264 (dechiffr.). — Petrograd, den 7. März 1915. — S. 205.

Benachrichtigung über den Empfang der Denkschrift Sasonows vom 7. März 1915.

118. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 1001. — Petrograd, den 23. Februar/8. März 1915. — S. 206.

Die von Rußland vorgeschlagenen Bedingungen der Zulassung Italiens zu den mit den Alliierten gemeinsam unternommenen Aktionen gegen die Türkei.

119. Brief A. Krupenskis an S. Sasonow. — Rom, den 25. Februar/10. März 1915. — S. 206.

Über die Änderungen in der Stimmung des italienischen Kabinetts in Richtung der Kriegsintervention Italiens.

120. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 126. — Paris, den 25. Februar/10. März 1915. — S. 209.

Antwort Delcassés auf die von Rußland vorgeschlagenen Bedingungen der Zulassung Italiens zur Teilnahme an dem Krieg.

121. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 154. — Bukarest, den 4/17. März 1915. — S. 210.

Über den kommenden Eintritt Italiens in den Krieg auf seiten der Ententemächte.

122. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 155. — Bukarest, den 4/17. März 1915. — S. 210.

Zu den Anfragen des italienischen Gesandten in Bukarest, warum die Ententemächte keine Verhandlungen mit Italien begännen.

123. Telegramm S. Sonninos an A. Carlotti (dechiffr.). — Rom, den 21. März 1915. — S. 211.

Benachrichtigung, daß nach der Behauptung Soldatenkows Sasonow alle Wünsche Italiens akzeptiert hat.

124. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 1. April 1915. — S. 212.

Italienische Aspirationen im Adriatischen Gebiet.

125. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 1757. — Petrograd, den 6/19. April 1915. — S. 215.

Sasonow ist der Meinung, daß die Deklaration über den Anschluß Italiens an das Abkommen vom 5. September 1914 durch die Erklärung bedingt werden muß, daß alle bereits unter den Alliierten getroffenen Entscheidungen in bezug auf den zukünftigen Frieden in Kraft bleiben.

126. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 20. April 1915. — S. 216.

Einwände Greys gegen den Vorschlag Sasonows, die Teilnahme Italiens abzulehnen, wenn sein Eintritt in den Krieg nicht im Laufe eines Monats gesichert sein werde.

127. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 1797. — Petrograd, den 7/20. April 1915. — S. 217.

Einverständnis Rußlands mit der Unterzeichnung des Vertrages mit Italien unter der Bedingung gewisser Einschränkungen.

128. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 268. — London, den 7/20. April 1915. — S. 219.

Einwände der englischen Regierung gegen die Eintragung von Zusätzen in den Vertrag mit Italien in diesem Augenblick.

129. Telegramm Nikolaus II. an R. Poincaré. — Petrograd, den 8/21. April 1915. — S. 219.

Einverständnis mit der Unterzeichnung des Vertrages mit Italien über Eintritt in den Krieg unter der Bedingung der Unverletzlichkeit aller vorher unter den Alliierten abgeschlossenen Verträge.

130. Denkschrift S. Sasonows an M. Paléologue und G. Buchanan. — Petrograd, den 8/21. April 1915. — S. 220.

Über dasselbe Thema.

131. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 22. April 1915. — S. 221.

Der Vorschlag Greys, Italien nach seinem Anschluß an das Abkommen vom 5. September 1914 davon in Kenntnis zu setzen, daß die Konstantinopel- und Meerengenfrage von ihm, als entschieden angenommen werden muß.

132. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 1824. — Petrograd, den 9/22. April 1915. — S. 222.

Inhalt von zwei Noten, die Sasonow Grey und Cambon nach der Unterzeichnung des Abkommens mit Italien zu überreichen vorschlägt.

133. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 22. April 1915. — S. 223.

Grey spricht seine völlige Billigung der Position aus, die Sasonow gegenüber Italien angenommen hat.

134. Denkschrift S. Sasonows an G. Buchanan. — Petrograd, den 9/22. April 1915. — S. 226.

Erklärung, daß die russische Regierung beide Formeln akzeptiert, die für das Abkommen mit Italien vorgeschlagen wurden.

135. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 23. April 1915. — S. 227.

Erklärung Greys, daß die Abkommen, die unter den Alliierten zustandegekommen sind, im Zusammenhang mit dem Anschluß Italiens nicht überprüft werden dürfen.

136. Denkschrift der französischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 11/24. April 1915. — S. 227.

Einverständnis der französischen Regierung mit einem Notenaustausch über die Unverletzlichkeit der unter den Alliierten getroffenen Abkommen.

137. Telegramm R. Poincarés an Nikolaus II. — Paris (die ministerielle Kopie ist undatiert. April 1915). — S. 228.

Über die Bereitschaft Frankreichs, die Interessen der slawischen Völker zu verteidigen, und über die Unverletzlichkeit der früher unter den Alliierten getroffenen Abkommen.

138. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski Nr. 1887. — Petrograd, den 12/25. April 1915. — S. 228.

Über die Sendung des Antworttelegramms Nikolaus II. an den Präsidenten der französischen Republik.

139. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 283. — London, den 15/28. April 1915. — S. 230.

Notenaustausch zwischen Rußland, Frankreich und England darüber, daß die Abkommen, die unter den Alliierten vor dem Anschluß Italiens getroffen wurden, keiner Überprüfung unterworfen werden dürfen.

140. Telegramm F. Elliots an Ed. Grey Nr. 488 (dechiffr.). — Athen, den 9. Juli 1915. — S. 230.

Informationen, die die griechische Regierung über ein zwischen Deutschland und Italien getroffenes Abkommen erhalten hat.

141. Telegramm S. Sasonows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 4098. — Petrograd, den 10/23. August 1915. — S. 231.

Vorschlag Sasonows über die Entsendung italienischer Truppen nach den Dardanellen im Zusammenhang mit der Bildung der mazedonischen Front.

142. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 520. — Paris, den 12/25. August 1915. — S. 231.

Delcassé ist der Meinung, daß Italien kaum mit einer Entsendung der Truppen nach den Dardanellen einverstanden sein wird.

143. Telegramm G. Trubetzkojs an S. Sasonow Nr. 775. — Nisch, den 14/27. August 1915. — S. 232.

Trubetzkoj ist der Meinung, daß die Teilnahme der italienischen Truppen an den Dardanellen-Operationen den Einfluß Italiens bei der Lösung der Konstantinopel-Frage stärken wird.

144. Telegramm M. Giers' an S. Sasonow Nr. 333. — Rom, den 15/28. August 1915. — S. 233.

Gerücht, daß Italien ein Landungskorps nach Kleinasien schickt.

145. Brief D. Nelidows an S. Sasonow Nr. 30. — Rom, den 20. Oktober/2. November 1915. — S. 234.

Stellungnahme des Heiligen Stuhls zur Konstantinopel-Frage.

2. Die Mitteilung der Abkommen über den Nahen Orient an Italien und sein Anschluß an das Konstantinopel- und Meerengen-Abkommen 1915—1916.

146. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 1891 (dechiffr.). — London, den 24. August 1915. — S. 239.

Der Wunsch Italiens, über das unter den Alliierten in bezug auf das Schicksal Konstantinopels getroffene Abkommen informiert zu werden.

147. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 1891 a (dechiffr.). — London, den 24. August 1915. — S. 240.

Entwurf einer Antwort an die italienische Regierung über das getroffene Abkommen nach Greys Vorschlag.

148. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 26. August 1915. — S. 241.

Über dasselbe Thema.

149. Denkschrift S. Sasonows an M. Paléologue und G. Buchanan. — Petrograd, den 14/27. August 1915. — S. 242.

Sasonow ist der Meinung, daß die Mitteilung des Konstantinopel-Abkommens an Italien bis zu dem Augenblick vertagt werden muß, wo Italien die Verpflichtungen erfüllen wird, die es laut dem Londoner Vertrag vom 26. April 1915 übernommen hat.

150. Telegramm A. Carlottis an S. Sonnino Nr. 190 (dechiffr.). — Petrograd, den 18. Mai 1916. — S. 242.

Informationen, die Carlotti von der Existenz eines Geheimvertrages zwischen den Ententemächten in der Konstantinopel- und Meerengenfrage erhalten hat.

151. Telegramm S. Sonninos an A. Carlotti Nr. 655 (dechiffr.). — Rom, den 22. Mai 1916. — S. 243.

Die französische Regierung hält es für notwendig, daß Grey der italienischen Regierung in allen Einzelheiten den Vertrag mit Rußland mitteilt.

152. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 268. — London, den 11/24. Mai 1916. — S. 244.

Grey ist der Meinung, daß die Antwort an die italienische Regierung in London in der Form einer mündlichen Mitteilung an den italienischen Botschafter gegeben werden muß.

153. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 341. — Paris, den 12/25. Mai 1916. — S. 244.

Interview Miljukows mit einem Redakteur von „l'Oeuvre" über Konstantinopel und die Meerengen.

154. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 280. — London, den 13/26. Mai 1916. — S. 245.

Erklärung Greys an Imperiali über das interalliierte Konstantinopel- und Meerengenabkommen.

155. Telegramm B. Stürmers an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 3864. — Petrograd, den 24. August/6. September 1916. — S. 246.

Begleittelegramm zum Entwurf einer Mitteilung an Italien in bezug auf die Nahe-Orient-Abkommen.

156. Telegramm B. Stürmers an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 3865. — Petrograd, den 24. August/6. September 1916. — S. 247.

Entwurf einer Mitteilung der Nahe-Orient-Abkommen an Italien, der von der russischen Regierung vorgeschlagen wird.

157. Denkschrift des italienischen Außenministers, die B. Stürmer von A. Carlotti überreicht wurde, Nr. 2. — Petrograd, den 19. November 1916. — S. 248.

Antwort der italienischen Regierung auf die ihr gemachte Mitteilung vom zwischen Frankreich, Großbritannien und Rußland geschlossenen Nahe-Orient-Abkommen.

158. Telegramm B. Stürmers an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 4877. — Petrograd, den 6/19. November 1916. — S. 250.

Zum Memorandum der italienischen Regierung vom 19. November über die italienische Aspiration in der asiatischen Türkei.

159. Telegramm A. Iswolskis an B. Stürmer Nr. 835. — Paris, den 9/22. November 1916. — S. 251.

Stellungnahme der französischen Regierung gegenüber den italienischen Aspirationen in der asiatischen Türkei.

160. Telegramm M. Giers' an B. Stürmer Nr. 784. — Rom, den 10/23. November 1916. — S. 252.

Giers ist der Meinung, Italien sei nicht berechtigt, die Konstantinopel- und Meerengenfrage zu diskutieren, weil das Abkommen der drei Mächte in dieser Frage vor seinem Eintritt in den Krieg getätigt wurde.

161. Telegramm A. A. Neratows an M. Giers Nr. 5024. — Petrograd, den 15/28. November 1916. — S. 252.

Zur Frage des Anschlusses Italiens an das Konstantinopel- und Meerengenabkommen 1915.

162. Telegramm A. Benckendorffs an A. Neratow Nr. 734. — London, den 15/28. November 1916. — S. 254.

Einverständnis Greys mit dem Anschluß Italiens an das Konstantinopel- und Meerengenabkommen.

163. Telegramm A. A. Neratows an M. Giers Nr. 5026. — Petrograd, den 15/28. November 1916. — S. 254.

Über den Anschluß Italiens an das Konstantinopel- und Meerengenabkommen und über die Inkraftbehaltung des Abkommens, das 1909 in Racconigi abgeschlossen wurde.

164. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 1820 (dechiffr.). — Petrograd, den 28. November 1916. — S. 255.

Zur Frage des Anschlusses Italiens an die Deklaration der Alliierten in bezug auf Konstantinopel und die Meerengen.

165. Telegramm Iswolskis an Neratow Nr. 849. — Paris, den 16/29. November 1916. — S. 255.

Dasselbe Thema.

166. Telegramm M. Giers' an A. Neratow Nr. 795. — Rom, den 16/29. November 1916. — S. 256.

Zur Formel Sonninos in bezug auf die Beibehaltung des Abkommens von Racconigi vom Jahre 1909.

167. Telegramm A. Neratows an M. Giers Nr. 5060. — Petrograd, den 17/30. November 1916. — S. 257.

Einverständnis der russischen Regierung mit der Formel von Sonnino in bezug auf Racconigi.

168. Telegramm Giers' an Neratow Nr. 803. — Rom, den 19. November/2. Dezember 1916. — S. 257.

Austausch der Dokumente erfolgt.

169. Denkschrift Giers' an S. Sonnino Nr. 114. — Rom, den 19. November/2. Dezember 1916. — S. 257.

Das Konstantinopel- und Meerengenabkommen mit Italien (siehe folg.).

170. Wortlaut der Denkschrift S. Sonninos an M. Giers Nr. 56 165—230. — Rom, den 19. November/2. Dezember 1916. — S. 258.

Einverständnis Italiens mit der Überlassung Konstantinopels und der Meerengen an Rußland unter der Bedingung der Verwirklichung der italienischen Aspirationen im Orient und an anderen Orten.

171. Telegramm M. Giers' an A. Neratow Nr. 807. — Rom, den 19. November/2. Dezember 1916. — S. 259.

Notenaustausch zwischen der russischen und der italienischen Regierung über die Inkraftbelassung des Racconigi-Abkommens vom Jahre 1909.

IV. Die Stellungnahme Rumäniens zur Konstantinopel- und Meerengenfrage, 1914—1916

172. Alleruntertänigster Bericht S. Sasonows. — Petrograd, den 11/24. Juni 1914. — S. 263.

Über die Begegnung des russischen Zaren mit dem rumänischen König in Konstanza.

173. Telegramm T. Delcassés an M. Paléologue Nr. 351 (dechiffr.). — Bordeaux, den 9. November 1914. — S. 272.

Über den Eindruck, den in Rumänien das Manifest Nikolaus II. über die Kriegserklärung an die Türkei gemacht hat.

174. Telegramm M. Paléologues an T. Delcassé Nr. 893. — Petrograd, den 10. November 1914. — S. 273.

Dasselbe Thema.

175. Auszug aus dem Briefe P. Gudim-Lewkowitschs an M. Leontjew Nr. 127. — Athen, den 24. Dezember 1914/6. Januar 1915. — S. 274.

Rumäniens Bestrebungen, einen Block der Balkanstaaten zu bilden zum Widerstand gegen die Politik Rußlands im Meerengengebiet.

176. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 9. Januar 1915. — S. 275.

Die Erklärung des rumänischen Premierministers, es sei wünschenswert, die Bildung eines „Blocks" zu erreichen, der aus Rumänien, Griechenland, Bulgarien bestünde, zum Ziele einer befriedigenden Lösung der Meerengenfrage.

177. Telegramm E. Demidows an S. Sasonow Nr. 414. — Athen, den 29. Dezember 1914/11. Januar 1915. — S. 275.

Die griechische Regierung dementiert die Gerüchte einer Beteiligung an den rumänisch-bulgarischen Verhandlungen über Sicherung der gemeinsamen Interessen an den Meerengen.

178. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 8. — Bukarest, den 2/15. Januar 1915.— S. 276.

Unterredung mit Bratianu über dieselben Gerüchte.

179. Telegramm K. Diamandis an E. Porumbaro Nr. 6 (dechiffr.). — Petrograd, den 16. Januar 1915. — S. 277.

Der französische Botschafter in Petrograd dementiert die Tatsache des Abschlusses eines Abkommens zwischen England und Rußland in der Meerengenfrage.

180. Telegramm E. Porumbaros an K. Diamandi Nr. 230 (dechiffr.). — Bukarest, den 18. Januar 1915. — S. 278.

Instruktion, sich der Verhandlungen mit Sasonow über die Meerengenfrage vor Empfang neuer Instruktionen zu enthalten.

181. Telegramm I. Kudaschews an S. Sasonow Nr. 2. — Le Havre, den 9/22. Januar 1915. — S. 278.

Über die Möglichkeit des Abschlusses eines rumänisch-griechisch-bulgarischen Bündnisses mit dem Ziele, Rußland und Serbien entgegenzuwirken.

182. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 62. — Bukarest, den 20. Januar/2. Februar 1915. — S. 279.

Bratianu ist der Meinung, daß man angesichts der Absicht Rumäniens, auf seiten der Tripleentente zu intervenieren, einen örtlichen Balkankonflikt vermeiden muß.

183. Telegramm A. Iswolskis an S. Sasonow Nr. 72. — Paris, den 4/17. Februar 1915. — S. 280.

Delcassé ist der Meinung, daß man den Vorschlag der Ententemächte an die rumänische Regierung, auf seiten der Alliierten in den Krieg einzutreten, bis zu den Ergebnissen der bevorstehenden Aktionen der englisch-französischen Flotte gegen die Dardanellen verschieben müsse.

184. Telegramm S. Sonninos an A. Carlotti (dechiffr.). — Rom, den 19. Februar 1915. — S. 281.

Mitteilung darüber, daß die rumänische Regierung nicht gewillt ist, die Abhängigkeit der Meerengen von einer Macht anzuerkennen.

185. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 122. — Bukarest, den 18. Februar/3. März 1915. — S. 281.

Über den Eindruck, den das Bombardement der Dardanellen in Rumänien hervorgerufen hat.

186. Telegramm K. Diamandis an E. Porumbaro Nr. 310 (dechiffr.). — Petrograd, den 6. März 1915. — S. 282.

Über die Operationen der Alliierten-Flotte vor den Dardanellen.

187. Telegramm K. Diamandis an E. Porumbaro Nr. 313 (dechiffr.). — Petrograd, den 7. März 1915. — S. 283.

Über die Stellungnahme der Ententemächte zur Beteiligung der neutralen Staaten an der Dardanellen-Operation.

188. Telegramm K. Diamandis an E. Porumbaro Nr. 409 (dechiffr.). — Petrograd, den 16. März 1915. — S. 283.

Unterredung mit dem französischen Botschafter über Konstantinopel und die Meerengen.

189. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 156. — Bukarest, den 3/16. März 1915. — S. 284.

Bratianu dementiert kategorisch die Durchlassung irgendwelcher Kriegsgeräte für die Türkei durch Rumänien.

190. Telegramm M. Boerescos an E. Porumbaro Nr. 213 (dechiffr.). — London, den 18. März 1915. — S. 285.

Informationen, die Boeresco über den Abschluß eines Abkommens zwischen den Alliierten über Konstantinopel erhalten hat.

191. Telegramm S. Poklewskis an A. Neratow Nr. 162. — Bukarest, den 6/19. März 1915. — S. 286.

Über die Durchlassung von Kriegsgeräten für die Türkei durch Rumänien.

192. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow. — Petrograd, den 26. März 1915. — S. 287.

Auf die Anfrage Rumäniens, ob die Handelsfreiheit in den Meerengen gesichert wird, hat Grey eine positive Antwort gegeben.

193. Telegramm E. Porumbaros an M. Boeresco Nr. 7567 (dechiffr.). — Bukarest, den 27. März 1915. — S. 288.

Eine Anfrage Porumbaros nach den zwischen den Alliierten getroffenen Abkommen in der Meerengenfrage.

194. Telegramm S. Poklewskis an A. Neratow Nr. 188. — Bukarest, den 19. März/1. April 1915. — S. 288.

Zur Erklärung des Feldmarschalls v. d. Goltz-Pascha über den Zustand der türkischen Armee und die Verteidigung der Meerengen.

195. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 471. — Bukarest, den 8/21. August 1915. — S. 289.

Versicherungen Bratianus, daß die rumänische Regierung dem Gedanken der Wiederherstellung des Balkanblocks sympathisch gegenüberstehe.

196. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 472. — Bukarest, den 8/21. August 1915. — S. 290.

Erklärung Bratianus, daß Rumänien an der Konstantinopelfrage interessiert sei.

197. Denkschrift der großbritannischen Botschaft an S. Sasonow Nr. 277. — Petrograd, den 4. November 1915. — S. 290.

Bedingungen militärischer Art, die Rumänien im Zusammenhang mit den Verhandlungen über seinen Eintritt in den Krieg auf seiten der Entente aufwirft.

198. Telegramm S. Poklewskis an S. Sasonow Nr. 831. — Bukarest, den 19. Dezember/1. Januar 1916. — S. 291.

Debatten über die auswärtige Politik in der rumänischen Abgeordnetenkammer.

199. Telegramm S. Poklewskis an B. Stürmer Nr. 550. — Bukarest, den 15/28. August 1916. — S. 292.

Sitzung des Kronrates über den Eintritt Rumäniens in den Krieg auf seiten der Ententemächte.

V. Die Stellungnahme Serbiens zur Konstantinopel- und Meerengenfrage, 1915

200. Telegramm G. Trubetzkojs an S. Sasonow Nr. 200. — Nisch, den 14/27. Februar 1915. — S. 297.

Trubetzkoj ist der Meinung, daß die Serben die Festsetzung Rußlands an den Meerengen wünschen, da sie darin die Sicherung „gegen den bulgarischen Imperialismus und die Aspirationen Rumäniens auf dem Balkan" erblicken.

VI. Die Stellungnahme Japans zur Konstantinopel- und Meerengenfrage, 1915—1916

201. Telegramm K. Diamandis an E. Porumbaro Nr. 692. — Petrograd, den 3. Mai 1915. — S. 301.

Der japanische Botschafter ist der Meinung, daß Frankreich und England der Überlassung Konstantinopels an Rußland nicht widersprechen, aber die Schiffahrtsfreiheit durch die Meerengen sichern werden.

202. Telegramm N. Malewski-Malewitschs an S. Sasonow Nr. 51. — Tokio, den 2/15. Juli 1915. — S. 301.

Über die Stimmung der japanischen politischen Kreise zugunsten des Abschlusses eines russisch-japanischen Bündnisses.

203. Telegramm N. Malewski-Malewitschs an S. Sasonow Nr. 54. — Tokio, den 16/29. Juli 1915. — S. 304.

Über die Stellungnahme der japanischen Presse zur Frage des Abschlusses eines russisch-japanischen Bündnisses.

204. Telegramm S. Sasonows an A. Benckendorff Nr. 4713. — Petrograd, den 10/23. September 1915. — S. 306.

Projekt einer Mitteilung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens an Japan im Zusammenhang mit seinem Anschluß an die Konvention vom 5. September 1914.

205. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 633. — London, den 10/23. September 1915. — S. 307.

Vorschlag Greys anläßlich einer Mitteilung der zwischen den Alliierten geschlossenen Abkommen an Japan.

206. Telegramm K. Diamandis an E. Porumbaro Nr. 142 (dechiffr.). — Petrograd, den 24. Januar/6. Februar 1916. — S. 308.

Der japanische Botschafter in Petrograd ist der Meinung, falls Konstantinopel bis zum Friedensschluß von den Alliierten nicht erobert wäre, würde die Frage nur durch eine Vereinbarung zwischen allen Mächten gelöst werden können.

207. Depesche W. Krupenskis an S. Sasonow Nr. 44. — Tokio, den 2/15. Juli 1916. — S. 309.

Über die sympathisierende Haltung der japanischen öffentlichen Meinung gegenüber dem russisch-japanischen Abkommen vom 20. Juni 1916.

VII. Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten von Amerika zu den interalliierten Akommen, 1917

208. Telegramm K. Onous an P. Miljukow Nr. 221. — Washington, den 20. April/3. Mai 1917. — S. 317.

Erklärung Balfours, daß die alliierten Mächte nicht beabsichtigen, mit den Vereinigten Staaten in Vertragsbeziehungen zu treten.

209. Telegramm K. Onous an M. Terestschenko Nr. 289. — Washington, den 12/25. Mai 1917. — S. 318.

Über den Eindruck, den die Deklaration der russischen Regierung vom 6/19. Mai 1917 in den Vereinigten Staaten gemacht hat.

210. Telegramm K. Onous an M. Terestschenko Nr. 311. — Washington, den 22. Mai/4. Juni 1917. — S. 319.

Inhalt der Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917.

211. Telegramm B. Bachmetjews an M. Terestschenko. — Washington, den 15/28. Juni 1917. — S. 320.

Ersuchen, eine Reihe von Fragen zu erläutern, die mit der Deklaration der Provisorischen Regierung vom 6/19. Mai 1917 in Zusammenhang stehen.

212. Telegramm M. Terestschenkos an B. Bachmetjew Nr. 2830. — Petrograd, den den 21. Juni/4. Juli 1917. — S. 321.

Antworten auf die Fragen, die Bachmetjew im vorigen Telegramm gestellt hat.

213. Telegramm B. Bachmetjews an M. Terestschenko Nr. 614. — Washington, den 4/17. Juli 1917. — S. 323.

Zur Frage der Finanzhilfe der Vereinigten Staaten für Rußland, die russisch-amerikanische Annäherung sei auf dem Gebiete der internationalen Politik wünschenswert.

214. Telegramm B. Bachmetjews an M. Terestschenko Nr. 409. — Washington, den 11/24. Juli 1917. — S. 325.

Zur Frage der Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika an der in Aussicht genommenen interalliierten Konferenz.

215. Telegramm M. Terestschenkos an B. Bachmetjew Nr. 3181. — Petrograd, den 15/28. Juli 1917. — S. 326.

Dasselbe Thema.

216. Telegramm M. Terestschenkos an B. Bachmetjew Nr. 3571. — Petrograd, den 5/18. August 1917. — S. 326.

Instruktion, in einen vertraulichen Gedankenaustausch mit der Washingtoner Regierung in der türkischen Frage zu treten, um die Aktionen Rußlands und der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Kriege in Einklang zu bringen.

217. Telegramm B. Bachmetjews an M. Terestschenko Nr. 501. — Washington, den 18/31. August 1917. — S. 327.

Zum Wunsch der Vereinigten Staaten die Kriegsziele zu definieren und die Alliierten zu bewegen, auf Eroberungsbestrebungen in der Türkei zu verzichten.

VIII. Die Konstantinopelfrage in den Verhandlungen A. Protopopows mit Warburg, 1916

218. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 1195 (dechiffr.). — Petrograd, den 28. Juli 1916. — S. 331.

Inhalt der Unterredung Protopopows mit Warburg über die Friedensbedingungen, die Deutschland vorschlägt.

219. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 1701 (dechiffr.). — Petrograd, den 7. November 1916. — S. 332.

Negative Stellung Nikolaus' II. zu den Friedensvorschlägen Deutschlands.

220. Telegramm A. Neratows an A. Nekludow Nr. 5268. — Petrograd, den 29. November/12. Dezember 1916. — S. 332.

Zur Behauptung Protopopows, daß seine Unterredung mit Warburg „mit Kenntnis und auf Ersuchen" Nekludows stattgefunden hätte.

221. Telegramm A. Protopopows an A. Nekludow. — Petrograd, den 29. November/12. Dezember 1916. — S. 334.

Ersuchen zu telegraphieren, daß Nekludow über die Unterredung Protopopows mit Warburg informiert war.

222. Telegramm A. Nekludows an A. Neratow Nr. 568. — Stockholm, den 30. November/13. Dezember 1916. — S. 334.

Nekludow dementiert die Behauptung Protopopows, daß seine Unterredung auf sein (Nekludows) Ersuchen hin stattgefunden hat.

223. Telegramm A. Carlottis an S. Sonnino (dechiffr.). — Petrograd, den 13. Dezember 1916. — S. 335.

Zur Unterredung Protopopows mit Warburg in Stockholm.

224. Brief A. Nekludows an N. Pokrowski. — Stockholm, den 8/21. Dezember 1916. — S. 336.

Umstände, die der Unterredung Protopopows mit Warburg vorausgingen.

IX. Verhandlungen unter den Alliierten über die Veröffentlichung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens, 1916

225. Telegramm A. Benckendorffs an S. Sasonow Nr. 150. — London, den 24. März/6. April 1916. — S. 343.

Unterredung mit Grey über die Veröffentlichung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens.

226. Telegramm Georgs V. an Nikolaus II. — London, August 1916. — S. 345.

Das Dementi eines Gerüchtes, das von den deutschen Agenten verbreitet wurde, England beabsichtige dem Besitz Konstantinopels durch Rußland entgegenzuwirken.

227. Telegramm Nikolaus II. an Georg V. — 1916. — S. 346.

Es ist wünschenswert, in einer Regierungsdeklaration festzustellen, daß England und Frankreich den russischen Besitz von Konstantinopel als eine unerläßliche Friedensbedingung betrachten.

228. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2096 (dechiffr.). — London, den 16. September 1916. — S. 347.

Grey ist mit der Veröffentlichung im Prinzip einverstanden, schlägt aber vor, sie bis zum Eintritt einer günstigen militärischen Lage zu verschieben.

229. Telegramm B. Stürmers an A. Benckendorff Nr. 4027. — Petrograd, den 5/18. September 1916. — S. 348.

Dasselbe Thema.

230. Telegramm A. Benckendorffs an B. Stürmer Nr. 549. — London, den 5/18. September 1916. — S. 348.

Grey ist der Meinung, daß das Publikationsdatum nach gemeinsamer Vereinbarung festgesetzt werden muß, wobei die Kriegslage an der türkischen Front in Betracht gezogen werden soll.

231. Telegramm A. Benckendorffs an B. Stürmer Nr. 558. — London, den 7/20. September 1916. — S. 349.

Über die Schwierigkeiten, denen in Paris die Veröffentlichung des Abkommens begegnet.

232. Telegramm A. Benckendorffs an B. Stürmer Nr. 559. — London, den 7/20. September 1916. — S. 350.

Vom Standpunkte der englischen Regierung ist es wichtig, daß die Veröffentlichung mit günstiger Kriegslage in Persien zusammenfällt, wegen des Eindrucks in Afghanistan und Indien.

233. Telegramm A. Benckendorffs an B. Stürmer Nr. 568. — London, den 12/25. September 1916. — S. 350.

Dasselbe Thema, auch über das Vorwort zu den zu veröffentlichenden Dokumenten, das Grey vorschlägt.

234. Telegramm B. Stürmers an A. Benckendorff Nr. 4365. — Petrograd, den 30. September/13. Oktober 1916. — S. 351.

Es ist wünschenswert, daß die Formeln und Redaktionen der Mitteilungen über das Konstantinopel-Abkommen ausgearbeitet werden.

235. Telegramm A. Benckendorffs an B. Stürmer Nr. 626. — London, den 5/18. Oktober 1916. — S. 352.

Grey ist mit Briand in Verbindung getreten wegen der Ausarbeitung der Redaktion des Vorworts, das den Dokumenten vorausgeschickt wird.

236. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2463 (dechiffr.). — London, den 21. Oktober 1916. — S. 352.

Instruktion für Buchanan, Stürmer mit dem Text der Mitteilung vom Konstantinopel-Abkommen bekanntzumachen.

237. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2584 (dechiffr.). — London, den 6. November 1916. — S. 353.

Grey ist der Meinung, daß man nur die Tatsache, daß Rußland Konstantinopel erhält, veröffentlichen soll.

238. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey (dechiffr.) Nr. 1704. — Petrograd, den 8. November 1916. — S. 353.

Stürmer ist der Meinung, daß man die Veröffentlichung bis zur Besserung der Lage in Rumänien verschieben soll.

239. Telegramm A. Benckendorffs an B. Stürmer Nr. 676. — London, den 27. Oktober/9. November 1916. — S. 354.

Das Londoner Kabinett hat keine Einwände gegen die unverzügliche Veröffentlichung der Dokumente in bezug auf Konstantinopel.

240. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 1715 (dechiffr.). — Petrograd, den 10. November 1916. — S. 356.

Stürmer ist der Meinung, es wäre wünschenswert, das Abkommen als Gegenstück zur deutschen Deklaration der polnischen Unabhängigkeit zu veröffentlichen.

241. Telegramm A. Benckendorffs an B. Stürmer Nr. 685. — London, den 29. Oktober/11. November 1916. — S. 356.

Grey ist einverstanden, die Veröffentlichung des Abkommens im Zusammenhang mit der Lage in Rumänien zu verschieben.

242. Telegramm A. Iswolskis an B. Stürmer Nr. 808. — Paris, den 30. Oktober/12. November 1916. — S. 357.

Über die möglichen Schwierigkeiten, auf die in französischen politischen Kreisen die Veröffentlichung des Abkommens stoßen könnte.

243. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2665 (dechiffr.). — London, den 14. November 1916. — S. 358.

Einverständnis Greys mit der Deklaration der russischen Regierung in der Staatsduma zum Konstantinopel- und Meerengenabkommen.

244. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 1744 (dechiffr.). — Petrograd, den 15. November 1916. — S. 359.

Stürmer ist der Meinung, es genüge, die japanische Regierung über die beabsichtigte Deklaration zu informieren, ohne ihr den Wortlaut des Abkommens mitzuteilen.

245. Telegramm B. Stürmers an A. Iswolski Nr. 4826. — Petrograd, den 3/16. November 1916. — S. 359.

Angesichts des prinzipiellen Einverständnisses der französischen Regierung mit der Deklaration über Konstantinopel und die Meerengen, hält Stürmer die sofortige Veröffentlichung des Abkommens für wünschenswert.

246. Telegramm A. Iswolskis an B. Stürmer Nr. 820. — Paris, den 4/17. November 1916. — S. 360.

Über das Einverständnis der französischen Regierung mit der Veröffentlichung der Dokumente über Konstantinopel unter Innehaltung von Bedingungen, die das Londoner Kabinett gestellt hat.

247. Telegramm A. Iswolskis an B. Stürmer Nr. 825. — Paris, den 5/18. November 1916. — S. 361.

Neue Bestätigung seitens der französischen Regierung, daß in der Frage der Veröffentlichung Frankreich dieselbe Position einnimmt, wie England.

248. Telegramm B. Stürmers an A. Iswolski Nr. 4876. — Petrograd, den 6/19. November 1916. — S. 361.

Dank an die französische Regierung für das Einverständnis mit der Veröffentlichung der Dokumente über Konstantinopel und die Meerengen.

249. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 1798 (dechiffr.). — Petrograd, den 24. November 1916. — S. 362.

Über den Eindruck, den die Deklaration über Konstantinopel und die Meerengen auf die rumänische öffentliche Meinung machen wird.

250. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2755 (dechiffr.). — London, den 24. November 1916. — S. 363.

Grey ist der Meinung, es sei wünschenswert, das Abkommen und die Dokumente in bezug auf Konstantinopel am Tage nach der beabsichtigten Erklärung in der Reichsduma zu veröffentlichen.

251. Telegramm A. Benckendorffs an A. Neratow Nr. 726. — London, den 12/25. November 1916. — S. 363.

Über die Notwendigkeit, der rumänischen Regierung Versicherungen der Bereitschaft Rußlands abzugeben, die Interessen Rumäniens in den Meerengen sicherzustellen.

252. Telegramm A. Neratows an A. Iswolski und A. Benckendorff Nr. 5001. — Petrograd, den 13/26. November 1916. — S. 364.

Über die am 19. November alt. St. bevorstehende Regierungsdeklaration in der Reichsduma über das Abkommen in bezug auf Konstantinopel und die Meerengen.

253. Telegramm A. Neratows an M. Giers Nr. 5002. — Petrograd, den 13/26. November 1916. — S. 365.

Instruktion, die Stellung der italienischen Regierung gegenüber der bevorstehenden Deklaration über Konstantinopel und die Meerengen klarzustellen.

254. Telegramm A. Neratows an M. Giers Nr. 5003. — Petrograd, den 13/26. November 1916. — S. 366.

Text des englischen Vorworts zu den zu veröffentlichenden Dokumenten.

255. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2771 (dechiffr.). — London, den 26. November 1916. — S. 368.

Über die Notwendigkeit, die rumänische Regierung über das Konstantinopel-Abkommen zu informieren und Versicherungen bezüglich der Freiheit der Durchfahrt der rumänischen Schiffe durch die Meerengen abzugeben.

256. Telegramm G. Buchanans an E. Grey Nr. 1815 (dechiffr.). — Petrograd, den 27. November 1916. — S. 368.

Anläßlich der Mitteilung, die man der rumänischen Regierung machen müßte.

257. Telegramm A. Neratows an A. Benckendorff Nr. 5012. — Petrograd, den 14/27. November 1916. — S. 369.

Die russische Regierung beabsichtigt, die rumänische Regierung über die bevorstehende Deklaration in der Reichsduma vorher zu informieren und sie der Bereitschaft, die Interessen Rumäniens an den Meerengen zu garantieren, zu versichern.

258. Telegramm A. Neratows an W. Krupenski Nr. 5025. — Petrograd, den 15/28. November 1916. — S. 369.

Instruktion, die japanische Regierung zu informieren und ihr die Texte der Dokumente in bezug auf Konstantinopel und die Meerengen zu überreichen, die zur Veröffentlichung bestimmt sind.

259. Telegramm Nikolaus' II. an A. Neratow. — Großes Hauptquartier, den 15/28. November 1916. — S. 370.

Notwendigkeit, die rumänische Regierung sofort über das Konstantinopel- und Meerengenabkommen des Jahres 1915 zu informieren.

260. Telegramm A. Neratows an S. Poklewski Nr. 5034. — Petrograd, den 15/28. November 1916. — S. 371.

Instruktion, die rumänische Regierung über die in Aussicht genommene Veröffentlichung der Dokumente in bezug auf Konstantinopel und die Meerengen zu informieren und ihr Versicherungen abzugeben über die Bereitschaft der russischen Regierung, die wirtschaftlichen Interessen Rumäniens an den Meerengen zu sichern.

261. Telegramm A. Iswolskis an A. Neratow Nr. 848. — Paris, den 15/28. November 1916. — S. 372.

Sonnino ist der Meinung, daß die Veröffentlichung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens einen ungünstigen Eindruck in Rumänien machen wird.

262. Telegramm A. Neratows an A. Iswolski, A. Benckendorff und M. Giers Nr. 5052. — Petrograd, den 16/29. November 1916. — S. 373.

Infolge der veränderten politischen Situation wird beabsichtigt, sich auf eine Erklärung in der Reichsduma über das Konstantinopel- und Meerengenabkommen zu beschränken, ohne die Dokumente zu veröffentlichen.

263. Telegramm G. Buchanans an E. Grey Nr. 1823 (dechiffr.). — Petrograd, den 29. November 1916. — S. 373.

Über den Vorschlag Neratows, sich auf eine Erklärung in der Reichsduma zu beschränken mit dem Hinweis auf das Datum des Abschlusses des Abkommens.

264. Telegramm N. Baehrs an A. Neratow Nr. 1074. — Großes Hauptquartier, den 16/29. November 1916. — S. 374.

Die englische Regierung hält es für notwendig, Rumänien rechtzeitig über das Abkommen in bezug auf Konstantinopel und die Meerengen zu informieren.

265. Telegramm A. Neratows an A. Iswolski, A. Benckendorff und M. Giers Nr. 5061. — Petrograd, den 7/30. November 1916. — S. 375.

Über die Instruktion an den russischen Gesandten in Bukarest, die rumänische Regierung in bezug auf die Sicherung der Interessen Rumäniens im Gebiete der Meerengen zu beruhigen.

266. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2802 (dechiffr.). — London, den 30. November 1916. — S. 375.

Einverständnis der englischen Regierung mit der Erklärung, in der Reichsduma mit Hinweis auf das Datum und der Absicht der deutschen Insinuation entgegenzuwirken, Rußland hätte den Krieg provoziert, um Konstantinopel zu erhalten.

267. Telegramm A. Neratows an A. Iswolski und M. Giers Nr. 5076. — Petrograd, den 18. November/1. Dezember 1916. — S. 376.

Über das Einverständnis der russischen Regierung, die Dokumente zu publizieren, die sich auf Konstantinopel und die Meerengen beziehen, wenn die französische und italienische Regierung darauf bestehen sollten.

268. Telegramm A. Neratows an W. Krupenski Nr. 5078. — Petrograd, den 18. November/1. Dezember 1916. — S. 376.

Mitteilung darüber, daß die Veröffentlichung der Dokumente vertagt wird.

269. Telegramm G. Buchanans an Ed. Grey Nr. 1830 (dechiffr.). — Petrograd, den 1. Dezember 1916. — S. 377.

Mitteilung über die bevorstehende Regierungsdeklaration in der Reichsduma.

270. Telegramm M. Giers' an A. Neratow Nr. 799. — Rom, den 18. November/1. Dezember 1916. — S. 377.

Über das Ersuchen Sonninos, ihm den Text der Erklärung in bezug auf Konstantinopel mitzuteilen, die man in der Reichsduma abzugeben beabsichtigt.

271. Telegramm M. Giers' an A. Neratow Nr. 802. — Rom, den 18. November/1. Dezember 1916. — S. 377.

Sonnino meint, es sei vorzuziehen, sich auf die Regierungsdeklaration in bezug auf Konstantinopel zu beschränken, ohne die Dokumente zu veröffentlichen.

272. Telegramm A. Iswolskis an A. Neratow Nr. 853. — Paris, den 18. November/1. Dezember 1916. — S. 378.

Mitteilung darüber, daß es die französische Regierung vorziehen würde, von der Veröffentlichung der Dokumente und des englischen Vorworts abzusehen.

273. Telegramm S. Poklewskis an A. Neratow Nr. 709. — Bukarest, den 18. November/1. Dezember 1916. — S. 378.

Über die von ihm der rumänischen Regierung gemachte Mitteilung über das Konstantinopel- und Meerengenabkommen.

274. Telegramm W. Krupenskis an A. Neratow Nr. 471. — Tokio, den 18. November/1. Dezember 1916. — S. 379.

Über die von ihm der japanischen Regierung gemachte Mitteilung in bezug auf das Konstantinopel- und Meerengenabkommen.

275. Telegramm A. Carlottis an S. Sonnino (dechiffr.). — November 1916. — S. 379.

Mitteilung vom Entschluß der russischen Regierung, sich auf eine Erklärung in der Duma über die Existenz des Abkommens mit dem Hinweis auf sein Datum zu beschränken.

276. Telegramm A. Benckendorffs an A. Neratow Nr. 748. — London, den 19. November/2. Dezember 1916. — S. 380.

Benckendorff ist der Meinung, es sei notwendig, sich endgültig für die ministerielle Deklaration auszusprechen ohne Veröffentlichung der Dokumente.

277. Telegramm A. Iswolskis an A. Neratow Nr. 857. — Paris, den 19. November/2. Dezember 1916. — S. 380.

Die französische Regierung spricht sich bestimmt gegen die Veröffentlichung sowohl der Dokumente als auch des englischen Vorworts aus.

278. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2833 (dechiffr.). — London, den 3. Dezember 1916. — S. 381.

Greys Erwägungen zur Frage, welche Dokumente in bezug auf Konstantinopel und die Meerengen veröffentlicht werden könnten.

279. Telegramm A. Iswolskis an A. Neratow Nr. 868. — Paris, den 22. November/5. Dezember 1916. — S. 382.

Über den günstigen Eindruck, den in Frankreich die Deklaration Trepows in der Reichsduma hervorrief.

280. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2851. — London, den 6. Dezember 1916. — S. 383.

Widerspruch Sonninos gegen die Veröffentlichung des Konstantinopel- und Meerengenabkommens.

281. Telegramm Ed. Greys an G. Buchanan Nr. 2866 (dechiffr.). — London, den 7. Dezember 1916. — S. 384.

Die Deklaration Sonninos über das Konstantinopel- und Meerengenabkommen, die er bei der Eröffnung der Kammer abgegeben hat.

282. Telegramm A. Balfours an G. Buchanan Nr. 2933 (dechiffr.). — London, den 13. Dezember 1916. — S. 385.

Über den vom rumänischen Außenminister ausgesprochenen Wunsch, den Text des Konstantinopel- und Meerengenabkommens zu erhalten.

283. Telegramm A. Balfours an G. Buchanan Nr. 3074 (dechiffr.). — London, den 27. Dezember 1916. — S. 385.

Über das Einverständnis der französischen Regierung mit der Abgabe einer Deklaration in der Konstantinopel-Frage seitens der russischen Regierung an Rumänien.

284. Telegramm S. Sonninos an C. Fasciotti (dechiffr.). — Rom, den 14. Januar 1917. — S. 386.

Italien ist mit der Mitteilung an die rumänische Regierung, daß es sich der russischen Denkschrift bezüglich Konstantinopel und Meerengen angeschlossen hat, einverstanden.

X. Die Konstantinopel- und Meerengenfrage im Zusammenhang mit dem französisch-russischen Abkommen über die Ostgrenzen Frankreichs und die Westgrenzen Rußlands vom Februar 1917

285. Druckschrift des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten. — 1917. — S. 389.

Abkommen mit Frankreich über die Westgrenzen Rußlands und die Ostgrenzen Frankreichs.

286. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 74. — Paris, den 28. Januar/10. Februar 1917. — S. 390.

Über den Vorschlag Paléologues, auf dem Wege des Austausches von Briefen die Zusicherungen der russischen Regierung bezüglich der territorialen Veränderungen auf Kosten Deutschlands und zugunsten Frankreichs festzulegen.

287. Brief M. Paléologues an N. Pokrowski. — Petrograd, den 12. Februar 1917.— S. 391.

Über das Einverständnis Nikolaus' II. mit dem von der französischen Regierung ausgesprochenem Wunsch der territorialen Erwerbungen Frankreichs auf Kosten Deutschlands.

288. Telegramm N. Pokrowskis an A. Iswolski Nr. 507. — Petrograd, den 30. Januar/12. Februar 1917. — S. 392.

Im Zusammenhang mit dem Einverständnis Nikolaus' II. Frankreich volle Freiheit in der Bestimmung seiner Ostgrenzen zu gewähren, beabsichigt die russische Regierung das gleiche Recht in der Bestimmung der Westgrenzen Rußlands zu fordern.

289. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 83. — Paris, den 31. Januar/13. Februar 1917. — S. 394.

Über das Einverständnis Briands, die Wünsche der russischen Regierung in der Frage der Bestimmung der Westgrenzen Rußlands zu verwirklichen.

290. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 85. — Paris, den 31. Januar/13. Februar 1917. — S. 394.

In einer Unterredung mit Cambon erklärte Iswolski, daß die Anerkennung Elsaß-Lothringens als zu Frankreich gehörig nicht als eine Kompensation für die Überlassung Konstantinopels und der Meerengen an Rußland betrachtet werden könne.

291. Brief M. Paléologues an N. Pokrowski. — Petrograd, den 14. Februar 1917. — S. 395.

Forderungen und Garantien territorialer Art, die die französische Regierung in die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland einzufügen gedenkt.

292. Denkschrift N. Pokrowskis an M. Paléologue Nr. 26. — Petrograd, den 1/14. Februar 1917. — S. 396.

Über das Einverständnis der russischen Regierung, die französischen Wünsche in der künftigen Bestimmung der Ostgrenzen Frankreichs zu unterstützen.

293. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 97. — Paris, den 4/17. Februar 1917. — S. 397.

Französisches Projekt eines Notenaustausches zwischen der russischen und französischen Regierung, der das Konstantinopel- und Meerengenabkommen bestätigt und gegenseitige Unterstützung in der Frage der Bestimmung der Westgrenzen Rußlands und der Ostgrenzen Frankreichs festlegt.

294. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 98. — Paris, den 4/17. Februar 1917. — S. 398.

Zum Notenaustausch zwischen Paléologue und Pokrowski über die zukünftigen Grenzen Frankreichs und Rußland mit Deutschland und Österreich-Ungarn.

295. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 101. — Paris, den 5/18. Februar 1917. — S. 398.

Zur Frage der beabsichtigten Erklärung an die französische Regierung über die künftigen Westgrenzen Rußlands.

296. Telegramm N. Pokrowskis an A. Iswolski Nr. 641. — Petrograd, den 9/22. Februar 1917. — S. 399.

Instruktion, den Notenaustausch mit Briand laut dem von der französischen Regierung vorgeschlagenem Projekt zu vollziehen.

297. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 142. — Paris, den 16. Februar 1917. — S. 400.

Dem Abkommen mit Briand wird die Form des Austausches von „Deklarationen" gegeben.

298. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 149. — Paris, den 18. Februar/3. März 1917. — S. 400.

Über die Verschiebung des Deklarationenaustausches infolge zufälliger Umstände.

299. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 156. — Paris, den 21. Februar/6. März 1917. — S. 401.

Über eine neue Verschiebung des Deklarationsaustausches infolge der Einwände einiger Mitglieder des französischen Ministerrates.

300. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 167. — Paris, den 25. Februar/10. März 1917. — S. 401.

Zu den Veränderungen, die Briand im Text der Deklaration vorgenommen hat.

301. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 168. — Paris, den 26. Februar/11. März 1917. — S. 402.

Text des Abkommens über die Westgrenzen Rußlands.

302. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 170. — Paris, den 26. Februar/11. März 1917. — S. 402.

Über Erwägungen, die gezwungen haben, die von Briand abgeänderte Redaktion des Abkommens anzunehmen.

303. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 171. — Paris, den 27. Februar/12. März 1917. — S. 403.

Inhalt des Begleitbriefes Briands zur Deklaration der französischen Regierung.

304. Telegramm A. Iswolskis an N. Pokrowski Nr. 172. — Paris, den 27. Februar/12. März 1917. — S. 404.

Inhalt des Antwortbriefes Iswolskis an Briand.

XI. Die Konstantinopel- und die Meerengenfrage unter der Provisorischen Regierung 1917

305. Denkschriften des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten. — 1917. — S. 407.

Das Konstantinopel- und Meerengenabkommen 1915.

306. Telegramm P. Miljukows an die diplomatischen Vertreter im Ausland Nr. 967. — Petrograd, den 4/17. März 1917. — S. 410.

Erklärung der Verbindlichkeit der internationalen Verträge und der sich aus ihnen ergebenden Abkommen, die unter dem früherem Regime abgeschlossen wurden.

307. Telegramm P. Miljukows an A. Iswolski, M. Giers, W. Krupenski und K. Nabokow Nr. 1009. — Petrograd, den 8/21. März 1917. — S. 412.

Instruktion, sich gegenüber den Ministern des Auswärtigen der alliierten Mächte dahin auszusprechen, es wäre wünschenswert, daß die Alliierten die Verbindlichkeit aller früher mit Rußland abgeschlossenen Abkommen bestätigen.

308. Telegramm K. Nabokows an P. Miljukow Nr. 184. — London, den 9/22. März 1917. — S. 413.

Zur Erklärung Kerenskis, es wäre wünschenswert, Konstantinopel zu „neutralisieren".

309. Note der großbritannischen Botschaft an P. Miljukow. — Petrograd, den 22. März 1917. — S. 414.

Über die Anerkennung der neugebildeten Provisorischen Regierung Rußlands durch die großbritannische Regierung und über den Eintritt in offizielle Beziehungen zu ihr.

310. Note der italienischen Botschaft an P. Miljukow. — Petrograd, den 22. März 1917. — S. 414.

Über die Anerkennung der neugebildeten Provisorischen Regierung Rußlands durch die italienische Regierung und über den Eintritt in offizielle Beziehungen zu ihr.

311. Note der französischen Botschaft an P. Miljukow. — Petrograd, den 22. März 1917. — S. 415.

Benachrichtigung über den Empfang der Note Miljukows über die Bildung der Provisorischen Regierung.

312. Telegramm P. Miljukows an A. Iswolski Nr. 1044. — Petrograd, den 10/23. März 1917. — S. 415.

Instruktion sich mit Ribot auszusprechen, es sei wünschenswert, das neue Regime Rußlands seitens Frankreichs in derselben kategorischen Form anzunehmen, wie es England und Italien getan haben.

313. Telegramm M. Giers' an P. Miljukow Nr. 167. — Rom, den 10/23. März 1917. — S. 416.

Über Italiens Einverständnis mit der Bestätigung der Verbindlichkeit aller früher mit Rußland abgeschlossener Abkommen.

314. Telegramm K. Nabokows an P. Miljukow. — London, den 10/23. März 1917. — S. 416.

Über die Anerkennung der Verbindlichkeit aller mit Rußland abgeschlossener Abkommen seitens Englands.

315. Telegramm A. Iswolskis an P. Miljukow Nr. 204. — Paris, den 10/23. März 1917. — S. 417.

Versprechen Cambons, die Versicherung abzugeben einer Anerkennung der Verbindlichkeit für Frankreich aller früher abgeschlossener Abkommen mit Rußland.

316. Telegramm A. Iswolskis an P. Miljukow Nr. 207. — Paris, den 11/24. März 1917. — S. 418.

Inhalt einer Unterredung mit Ribot über die Frage der Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die französische Regierung.

317. Telegramm A. Iswolskis an P. Miljukow Nr. 213. — Paris, den 12/25. März 1917. — S. 419.

Mitteilung, daß Paléologue Instruktionen in der Frage der Anerkennung der Provisorischen Regierung Rußlands erhalten hat.

318. Telegramm A. Iswolskis an P. Miljukow Nr. 217. — Paris, den 12/25. März 1917. — S. 419.

Text der Denkschrift Ribots über die Verbindlichkeit aller Verträge für Frankreich, die unter der alten Regierung Rußlands abgeschlossen wurden.

319. Telegramm K. Nabokows an P. Miljukow Nr. 196. — London, den 14/27. März 1917. — S. 420.

Über den Eindruck, den in England die Erklärung Kerenskis über die Internationalisierung Konstantinopels hervorgerufen hat.

320. Telegramm P. Miljukows an K. Nabokow Nr. 1182. — Petrograd, den 16/29. März 1917. — S. 421.

Über die Notwendigkeit, der englischen öffentlichen Meinung auseinanderzusetzen, daß in den Erklärungen des russischen Außenministers keine Hinweise auf eine Kürzung der Aspirationen enthalten sind.

321. Telegramm K. Nabokows an P. Miljukow Nr. 207. — London, den 17/30. März 1917. — S. 421.

Text der Antwortnote Balfours über die Verbindlichkeit der mit Rußland abgeschlossenen Verträge für England.

322. Telegramm A. Iswolskis an P. Miljukow Nr. 227. — Paris, den 18/31. März 1917. — S. 422.

Über die Instruktion an Paléologue, eine Erklärung über die Verbindlichkeit für Frankreich aller mit Rußland abgeschlossener Verträge abzugeben.

323. Deklaration der Provisorischen Regierung. — Petrograd, den 27. März/9. April 1917. — S. 423.

Über die Grundlagen der auswärtigen Politik Rußlands.

324. Telegramm K. Nabokows an P. Miljukow. — London, den 29. März/11. April 1917. — S. 424.

Über das Interesse, das die englische Presse für die Erklärungen der Vertreter der russischen Regierung in der Konstantinopel- und Meerengenfrage zeigt.

325. Telegramm M. Sewastopulos an P. Miljukow Nr. 279. — Paris, den 31. März/13. April 1917. — S. 426.

Über die Stellungnahme der französischen Presse zum Verzicht Rußlands auf Konstantinopel.

326. Telegramm P. Miljukows an K. Nabokow und A. Iswolski Nr. 1447. — Petrograd, den 1/14. April 1917. — S. 426.

Rußland verzichtet nicht auf seine Aspirationen, die ihm durch die Abkommen mit den Alliierten gesichert sind.

327. Telegramm M. Sewastopulos an P. Miljukow Nr. 285. — Paris, den 1/14. April 1917. — S. 427.

Die Mehrheit der französischen Blätter enthalten sich der Kommentare zum Aufruf der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917.

328. Telegramm K. Nabokows an P. Miljukow Nr. 259. — London, den 4/17. April 1917. — S. 427.

Stellungnahme der englischen Regierung zur Formel des „Friedens ohne Annexionen" und zum Verzicht Rußlands auf Konstantinopel.

329. Telegramm A. Iswolskis an P. Miljukow Nr. 317. — Paris, den 12/25. April 1917. — S. 429.

Inhalt einer Unterredung mit Ribot anläßlich der allgemeinen militärischen und politischen Lage und der Unmöglichkeit, einen Frieden in nächster Zukunft zu schließen.

330. Telegramm P. Miljukows an A. Iswolski Nr. 1703. — Petrograd, den 17/30. April 1917. — S. 432.

Über die Verhandlungen mit Thomas wegen der Überprüfung der alliierten Abkommen.

331. Telegramm P. Miljukows an die diplomatischen Vertreter Rußlands bei den alliierten Mächten Nr. 1721. — Petrograd, den 18. April/1. Mai 1917.

Begleittelegramm zur Note Miljukows vom 18. April/1. Mai 1917. — S. 433.

332. Telegramm P. Miljukows an die diplomatischen Vertreter Rußlands bei den alliierten Mächten Nr. 1721 (2). — Petrograd, den 18. April/1. Mai 1917. — S. 433.

Note, die die Übergabe der Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917 an die alliierten Regierungen begleitet.

333. Die offizielle Mitteilung der Provisorischen Regierung. — Petrograd, den 22. April/5. Mai 1917. — S. 435.

Erläuterungen anläßlich der vorigen Note.

334. Note S. Sonninos an P. Miljukow. — Rom, den 10. Mai 1917. — S. 435.

Antwort der italienischen Regierung auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917.

335. Deklaration der Provisorischen Regierung. — Petrograd, den 6/19. Mai 1917. — S. 436.

Text der Deklaration der Koalitionsregierung.

336. Note der großbritannischen Botschaft an M. Terestschenko. — Petrograd, den 24. Mai 1917. — S. 438.

Antwort der englischen Regierung auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917.

337. Note der französischen Botschaft an M. Terestschenko. — Petrograd, den 26. Mai 1917. — S. 441.

Antwort der französischen Regierung auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9.April 1917.

338. Telegramm A. Iswolskis an M. Terestschenko Nr. 437. — Paris, den 14/27. Mai 1917. — S. 443.

Anläßlich der Antwort der französischen Regierung auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917.

339. Telegramm A. Iswolskis an M. Terestschenko Nr. 441. — Paris, den 16/29. Mai 1917. — S. 444.

Über den Eindruck, den in Frankreich die Erklärung Terestschenkos vor den Pressevertretern über die Veröffentlichung der von der Zarenregierung abgeschlossenen Verträge erregt hat.

340. Telegramm M. Terestschenkos an A. Iswolski Nr. 2238. — Petrograd, den 17/30. Mai 1917. — S. 445.

Anfrage über die Veränderungen, die im Text der französischen Antwort auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917 unter dem Einfluß der englischen Regierung vorgenommen wurden.

341. Telegramm S. Sonninos an K. Fasciotti Nr. 852. — Rom, den 3. Iuni 1917. — S. 446.

Zur Frage der Unzulässigkeit der Überprüfung der von den Alliierten geschlossenen Verträge.

342. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 465. — Paris, den 21. Mai/3. Juni 1971. — S. 447.

Die französische und englische Regierung haben sich mit der gegenseitigen Mitteilung der Antwort begnügt, die sie auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917 zu geben beschlossen haben.

343. Telegramm K. Nabokows an M. Terestschenko Nr. 382. — London, den 21. Mai/3. Juni 1917. — S. 448.

Über Veränderungen, die der Umsturz in Rußland in der internationalen Lage hervorgerufen hat.

344. Telegramm M. Terestschenkos an K. Nabokow Nr. 2366. — Petrograd, den 24. Mai/6. Juni 1917. — S. 449.

Terestschenko hält einen unverzüglichen Meinungsaustausch über die Kriegsziele für nicht zeitgemäß.

345. Telegramm K. Nabokows an M. Terestschenko Nr. 392. — London, den 24. Mai/6. Juni 1917. — S. 450.

Englische Presse hält es für notwendig, daß die englische Regierung ihre Stellung zur russischen Friedensformel definiert.

346. Telegramm K. Nabokows an M. Terestschenko Nr. 393. — London, den 24. Mai/6. Juni 1917. — S. 450.

Inhalt einer Unterredung mit Harding, ob es wünschenswert sei, wenn England seine „Kriegsziele" definiere.

347. Telegramm M. Terestschenkos an M. Giers Nr. 2413. — Petrograd, den 26. Mai/8. Juni 1917. — S. 451.

Zur Frage der Veröffentlichung der Antwortnoten der Alliierten auf die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. März/9. April 1917.

348. Telegramm M. Terestschenkos an K. Nabokow Nr. 2423. — Petrograd, den 27. Mai/9. Juni 1917. — S. 452.

Es sei wünschenswert, in Petrograd die Verhandlungen über die Kriegsziele zu konzentrieren.

349. Telegramm K. Nabokows an M. Terestschenko Nr. 417. — London, den 28. Mai/10. Juni 1917. — S. 452.

Zur Frage, ob ein Auftreten Lloyd-Georges in Hinsicht einer genauen Definierung der Kriegsziele wünschenswert sei.

350. Note M. Terestschenkos an A. Thomas. — Petrograd, den 31. Mai/13. Juni 1917. — S. 453.

Zur Frage der Konferenz der Vertreter der alliierten Mächte zur Überprüfung der Abkommen, die zwischen den Alliierten während des Krieges abgeschlossen wurden, mit Ausnahme des Abkommens vom 5. September 1914.

351. Telegramm M. Giers' an M. Terestschenko Nr. 430. — Rom, den 7/20. Juni 1917. — S. 454.

Zum Auftreten des italienischen Außenministers im Parlament und seiner Stellung zur Formel „weder Annexionen, noch Kontributionen".

352. Telegramm M. Giers' an M. Terestschenko Nr. 431. — Rom, den 8/21. Juni 1917. — S. 455.

Inhalt des Briefes Sonninos anläßlich seines Auftretens im Parlament.

353. Telegramm M. Terestschenkos an M. Giers Nr. 2701. — Petrograd, den 10/23. Juni 1917. — S. 456.

Erläuterungen anläßlich der Formel „weder Annexionen noch Kontributionen".

354. Deklaration der Provisorischen Regierung. — Petrograd, den 8/21. Juli 1917. — S. 456.

Über die Grundlagen der äußeren und inneren Politik Rußlands.

355. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 732. — Paris, den 18/31. Juli 1917. — S. 459.

Auftreten Ribots in der Kammer in Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Abkommens, das Doumergue in Petrograd abgeschlossen hat.

356. Telegramm M. Terestschenkos an M. Sewastopulo Nr. 3270. — Petrograd, den 21. Juli/3. August 1917. — S. 460.

Stellung der russischen Regierung zur Frage der Veröffentlichung des Abkommens über die Westgrenzen Rußlands und die Ostgrenzen Frankreichs.

357. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 791. — Paris, den 30. Juli/12. August 1917. — S. 461.

Über den Eindruck, den in Frankreich die Haltung Ribots gemacht hat.

358. Telegramm M. Terestschenkos an M. Sewastopulo Nr. 3525. — Petrograd, den 4/17. August 1917. — S. 461.

359. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 943. — Paris, den 6/19. September 1917. — S. 462.

Neue Erklärung Ribots in der Kammer zur Frage der Veröffentlichung der Abkommen, die mit Rußland abgeschlossen wurden.

360. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 947. — Paris, den 7/20. September 1917. — S. 462.

Das Auftreten Ribots in der Kammer kann eine Quelle innerer Schwierigkeiten für die Provisorische Regierung werden.

361. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 947. — Paris, den 7/20. September 1917. — S. 463.

Zur Frage der Veröffentlichung der Abkommen, die die Alliierten untereinander abgeschlossen haben.

362. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 952. — Paris, den 8/21. September 1917. — S. 464.

Unterredung mit Ribot über die Frage der Veröffentlichung des Februarabkommens 1917.

363. Telegramm M. Terestschenkos an M. Sewastopulo Nr. 4223. — Petrograd, den 11/24. September 1917. — S. 465.

Die russische Regierung widerspricht nicht der Veröffentlichung aller Abkommen, die zwischen den Alliierten im Falle des Einverständnisses der interessierten Mächte abgeschlossen wurden.

364. Telegramm M. Terestschenkos an M. Sewastopulo Nr. 4239. — Petrograd, den 12/25. September 1917. — S. 466.

Die russische Regierung ist der Meinung, daß die Erfüllung des kleinasiatischen Abkommens vom Jahre 1916 von der Erfüllung des Meerengenabkommens vom Jahre 1915 abhängt.

365. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko. — Paris, den 14/27. September 1917. — S. 467.

Anläßlich des Telegramms Noulens' über die Unmöglichkeit, das Februarabkommen vom Jahre 1917 zu veröffentlichen, ohne gleichzeitig das Konstantinopel- und Meerengenabkommen vom Jahre 1915 zu veröffentlichen.

366. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 969. — Paris, den 15/28. September 1917. — S. 468.

Ribot leugnete nicht den Zusammenhang zwischen dem Klein-Asien- und Konstantinopel-Abkommen.

367. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 980. — Paris, den 18. September/1. Oktober 1917. — S. 468.

Zur Übergabe der Denkschrift der russischen Regierung an den französischen Außenminister über die Veröffentlichung der Abkommen.

368. Telegramm M. Sewastopulos an M. Terestschenko Nr. 980. — Paris, den 18. September/1. Oktober 1917. — S. 469.

Text der Denkschrift der russischen Regierung zur Frage der Veröffentlichung der Verträge.

AUS DE
GEHEI
ARCHIV
DER
ENTEN

ERSTE
BAND

AUS DEN GEHEIMARCHIVEN DER ENTENTE

DIE EUROPÄISCHEN MÄCHTE UND DIE TÜRKEI WÄHREND DES WELTKRIEGES

KONSTANTINOPEL UND DIE MEERENGEN